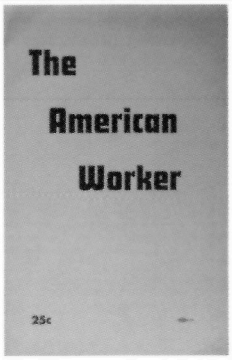
Wildcat
99
Winter 2015/16
4,00 Euro
Refugees welcome.

Der Neuaufbau der Gesellschaft

Zur Erinnerung an Grace Lee Boggs: 27. Juni 1915 – 5. Oktober 2015

Am 5. Oktober 2015 starb Grace Lee Boggs im Alter von 100 Jahren. Sie war Autorin einer der ersten Arbeiteruntersuchungen, »The American Worker«, geschrieben 1947, kurz nach dem Zweiten Weltkrieg. »Das kulturelle Leben und die Philosophie einer jeden Gesellschaft war immer bestimmt durch das Leben der Arbeiterklasse« lautet ein programmatischer Satz aus dem von ihr unter dem Pseudonym Ria Stone verfassten zweiten Teil der Untersuchung mit dem Titel »der Neuaufbau der Gesellschaft«. Unter Neuaufbau verstand Boggs einen revolutionär-sozialistischen, den nur die ArbeiterInnen selber bewerkstelligen können. Er wird alles andere als einfach sein. Der Schlüssel zur Entwicklung neuer sozialer Verhältnisse liegt im Produktionsprozess, nicht in den Produktionsmitteln! Diese waren noch nie »so hoch entwickelt, aber noch nie schienen sie so unangemessen für einen elementaren wirtschaftlichen Neuaufbau«. Die Kapitalisten haben »in ihrem unzähmbaren Verlangen nach wachsendem Mehrwert immer noch mächtigere Maschinen zur Ausbeutung der Arbeiter entwickelt, und diese zunehmend im Sinne des Endprodukts statt der Arbeitsweise entworfen«.

Eine neue Gesellschaft kann nur aufgebaut werden, »indem die menschlichen Fähigkeiten der Arbeiter ausgeweitet werden«. Das geht aber nur im Kampf, wenn die Arbeiter aus ihrer täglichen Routine ausbrechen und ihre kreativen Energien einsetzen. Die Rückkehr zum alltäglichen versteckten Klassenkampf ist deshalb sehr frustrierend, viel frustrierender, als wenn der Kampf gar nicht stattgefunden hätte. Nur in der Revolution können sich diese Energien entfalten, indem »nicht nur die alten Produktionsverhältnisse umgewälzt, sondern auch neue soziale Beziehungen positiven und kreativen Charakters geschaffen werden«.



https://libcom.org/history/american-worker-paul-romano-ria-stone

Aus der Klassengesellschaft raus kommt man weder durch demokratische Wahlen, noch durch Arbeitszeitverkürzung. Für letztere wurde blutig gekämpft, die Forderung danach ist eines der am häufigsten formulierten Anliegen der offiziellen Arbeiterbewegung. Aber der Arbeiter hat dann nur mehr freie Zeit für sich außerhalb der Produktion zur Verfügung, seine produktiven Stunden werden nicht menschlicher.

»Die Arbeiter ... betrachten ihre Arbeit als Fessel. Arbeit wurde für sie zur Lohnarbeit, etwas, wo man nur ›Zeit reinsteckt‹.« Sie bereitet nicht die Freiheit vor. »Sie ist nur ›fürs Unternehmen‹ und wird immer nur ›fürs Unternehmen‹ sein... Der amerikanische Arbeiter macht heute in der Praxis die Unterscheidung zwischen abstrakter Arbeit, die Wert produziert, und konkreter Arbeit, die menschliche Bedürfnisse befriedigt.« In der Fabrik ist er »hin- und hergerissen zwischen seinem menschlichen Wunsch, mit seinen Kollegen zu kooperieren, und dem beschränkten Verhältnis zu anderen Menschen, von denen er als Detailarbeiter getrennt ist«.

Die Arbeiter haben keinen Respekt mehr vor der Bourgeoisie als technischem Verwalter. »Sie hassen die Bourgeoisie nicht, sie verachten sie. Überall sagen die Arbeiter: ›Es wird immer mehr so, dass die Leitung sich einen Dreck um irgendwas kümmert.‹« Damals versuchte die Bourgeoisie, diese Krise zu lösen, »indem sie den Bossen beibrachte, soziale statt technische Verwalter zu sein«. Aber die Bourgeoisie kann alles versuchen, die Unzufriedenheit der ArbeiterInnen einzudämmen, außer der einzigen wirklichen Lösung, der »Aneignung aller Kenntnisse, aller Wissenschaft und Kontrolle, die der Industrie einverleibt ist, durch die Arbeiter«.

Entgegen ihrer eigenen Warnungen vergaß Boggs in ihren späteren Lebensjahren selber, dass es die ArbeiterInnen sind, durch die alles bestimmt ist – vielleicht lag es daran, dass sie die zweite Hälfte ihres Lebens in Detroit verbrachte und den Niedergang der dortigen Industriearbeiterklasse hautnah miterlebte. Ihre Wahlunterstützung für Obama geht jedenfalls weit hinter das zurück, was sie 1947 versucht hatte.

»The American Worker« und der zusammen mit C. L. R. James und Cornelius Castoriadis geschriebene Aufsatz »Facing Reality« – erschienen 1958 unter dem Eindruck des Arbeiteraufstands in Ungarn 1956 – hatten allergrößten Einfluss auf die Gruppen, die in den 50er und 60er Jahren des letzten Jahrhunderts die Arbeiteruntersuchung wieder aufnahmen (*Socialisme où Barbarie* in Frankreich, später dann die operaistischen Gruppen in Italien). Vielleicht ist Boggs' Tod sogar Anlass, dass sich Leute finden, um das Material ins Deutsche übersetzen – das gibt es leider bis heute nicht. Grace Lee Boggs warf 1947 wichtige Gedanken nach einem »Neuaufbau der Gesellschaft« auf – sie sind heute noch immer aktuell und offen. ■

RÜCKBLICK AUF 2015: VW, DEUTSCHE BANK, HECKLER & KOCH, DFB

Die Elbphilharmonie, der BER, das Sturmgewehr G36, VW, die Fußball-WM 2006, die Deutsche Bank... nix wird fertig, nix funktioniert, alles war geschmiert, steckt in einer tiefen Krise, hat geschummelt, ist kriminell. Kurz gesagt: Deutschland liegt am Boden, das »Sommermärchen« in Trümmern daneben.

Als rauskam, dass die Austragung der Fußball-WM gekauft war, heuchelten viele Überraschung. Dabei hatten sie 2006 doch mitgekriegt, was für ein durchkommerzialisierter Fifa-Event die WM war. In Hannover wurde man »Willkommen im Fifa-WM-Bahnhof!« angebellt; Bäcker, die »WM-Brötchen« anbieten wollten, wurden vor den Fifa-Anwälten gewarnt; die Städte, in denen Spiele stattfanden, wurden in Fifa-Farben uniformiert. Allen Verfassungsbedenken zum Trotz wurde die Bundeswehr zum Sicherheitseinsatz im Innern in Marsch gesetzt. Und ohne die Jubelberichte über die glücklichen Deutschen in ihren schwarz-rot-gelben Stoffbahnen, wie sie selig in ihrem neuen unverkrampften Patriotismus schwelgten und die Welt mit einer nie gesehenen Gastfreundschaft begrüßten, wäre das Tragen dieser tollen deutschen Fahne heute vielleicht nicht gar so massenkompatibel.

Medial und nachrichtendienstlich abgesichert wurde das »Sommermärchen« im Vorfeld von ganz oben: Die Innenministerkonferenz vom 5. bis 6. Mai 2006 tagte auf der Zugspitze und stellte wichtige Weichen nach dem Kasseler Mord des NSU. »Wenige Tage nach dem Mord von Kassel war ein Deutsch-Äthiopier in Potsdam zusammengeschlagen worden. Normalerweise nimmt die Öffentlichkeit selten Notiz von oder gar Anteil an einem solchen Überfall – aber unmittelbar vor der WM wird der Fall zu einer großen Story. (...) Was würde wohl passieren, wenn der neueste Stand der Ceská-Serie durchsickern würde? Wie würden die Reporter aus England, Israel, den USA mit den Informationen umgehen, dass ein deutscher Geheimdienstmann ein Verdächtiger in einer Mordserie an Migranten ist, die seit sechs Jahren von seinen Kollegen nicht gestoppt werden kann? (Es wird entschieden,) dass die BAO Bosporus in ihren Strukturen mehr oder weniger so bleiben soll wie bislang. Also keine Übernahme durch das BKA. Was den Vizepräsident des BKA Bernhard Falk zu der internen Aussage hinriss, dass die Struktur ‚kriminalfachlich stümperhaft' sei.« (Aust/Laabs: *Heimatschutz*, S. 644/45)

=> ZUM TIEFEN STAAT DER BRD, ZU AUST UND NEUES ZUM NSU SIEHE SEITE 58

Wildcat 99 - Winter 2016

Inhalt

Wanderung, Flucht, Arbeit	6
Willkommenskultur: Kümmern oder Kämpfen?	15
Caporalato	21
Italien: Logistik-Arbeitskämpfe	23
Polen: Arbeiten bei Amazon	27
Iran: Atomdeal	32
Türkei: Wilde Streiks in der Autoindustrie	35
Bolivien: Grenzen des Entwicklungsmodells	38
Mexiko - USA: Drogenkrieg-Kapitalismus	40
China: Wirtschaft am Abgrund	43
Südafrika: Studentenbewegung	55
Neues vom Tiefen Staat	58
Paris: Terrorfrei im Ausnahmezustand	64
Wenn die Kohlenstoffblase platzt	70
VW: Die teuerste Rückrufaktion	72
USA: Krieg der Armen?	76
Buchbesprechungen	84

Impressum

Eigendruck im Selbstverlag, V.i.S.d.P.: P. Müller – Wildcat

Titelfoto von Jonas Schleske:
flickr.com/photos/jonasschleske/16454098211/

Einzelheft: 4 Euro; Ausland: 5 Euro

Abopreise:

Abo: 6 Hefte (incl. Versand)
Deutschland und Österreich: 20 Euro, Förderabo: 40 Euro
Abo sonstiges Ausland: 30 Euro
WeiterverkäuferInnen: 8 Expl. der aktuellen Nummer 16 Euro

Bestellungen:
Brief: Wildcat, Postfach 80 10 43, 51010 Köln
eMail: versand@wildcat-www.de
oder per Abo-Formular auf unserer Website

Konto:
Shiraz e.V.; Kto.-Nr. 7064509
Postbank Köln; BLZ 370 100 50

Kontakt: redaktion@wildcat-www.de

Archiv und Aktuelles: www.wildcat-www.de

=> ZUM VW-SKANDAL, AN DESSEN ENDE EIN VÖLLIG ANDERER KONZERN STEHEN KÖNNTE, SIEHE SEITE 72

Anfang 2016 kam noch raus, dass auch die EU-Kommission bereits 2011 wusste, dass Dieselfahrzeuge erheblich mehr Stickoxide ausstoßen als erlaubt. Offensichtlich geht die EU mit Obergrenzen von schädlichen Gasen wesentlich flexibler um als mit solchen bei Flüchtlingen.

Orbán steht in der EU nicht alleine mit seiner Meinung »alle Terroristen sind letztlich Migranten« – sind dann Mundlos, Böhnhardt und Breivik Freiheitskämpfer?
Für den türkischen Staat sind Journalisten, protestierende Schüler und die PKK »Terroristen«. Saudi-Arabien köpft 47 Menschen »im Rahmen des Kampfs gegen den Terror«... überall nennt der Staat seine eigenen Verbrechen »Antiterrorkampf«. Als in den USA Anfang Dezember ein Paar mit Sturmgewehren und Schutzkleidung eine betriebliche Weihnachtsfeier stürmte und 14 Menschen tötete, gab es tagelang Probleme, wie man das Massaker nennen sollte: Bei einem weißen US-Amerikaner wäre es ein Amoklauf gewesen; bei einem Araber Selbstmord-Attentat, bei einem US-amerikanischen Muslim arabischer Herkunft: was?

FLÜCHTLINGE

=> DIE ARTIKEL AB SEITE 6

Noch im Januar 2015 hatte de Maizière parallel zum Aufschwung von Pegida gegen das Kirchenasyl gehetzt und es eine »christliche Scharia-polizei« genannt. Die Wende der Regierung im Spätsommer war das Eingeständnis ihrer Ratlosigkeit, Panik bestimmt(e) politisches Handeln. Vorschläge, die am Tag zuvor noch entrüstet zurückgewiesen wurden, galten nun als der Weisheit letzter Schluss – und wurden am Tag drauf wieder geändert. Merkels Selfies mit Flüchtlingen und ihre Schleimspur zu Erdogan markieren die Ränder deutscher Flüchtlingspolitik im Spätsommer 2015. Im Unterschied zu den frühen 1990er Jahren war die Regierung diesmal getrieben von einer großen Selbstorganisierungsfähigkeit der Flüchtlinge und einer breiten Unterstützerbewegung.

»Flüchtlinge« wurde zum Wort des Jahres 2015 gewählt, auf Rang 2 war »Je suis Charlie« (auch damals, im Januar 2015, hatten Hollande und Valls »die Gunst der schrecklichen Stunde« - wie die *Süddeutsche* titelte - genutzt, um ein Anti-Terror-Paket durchzusetzen und die Sicherheitsapparate verstärkt aufzurüsten), auf dem dritten Platz »Grexit«. Die drei Begriffe hängen auf EU-Ebene aufs engste miteinander zusammen. Die Flüchtlingskrise hat viel stärker als die Grexit-Debatte im ersten Halbjahr gezeigt, wie tief die EU in der Krise steckt. Es sei »payback time« in Europa sagte Martin Schulz (SPD), Präsident des europäischen Parlaments. Die anderen Länder würden die Flüchtlingskrise als Gelegenheit nutzen, um Deutschland etwas für sein Verhalten in der Eurokrise heimzuzahlen.

Leider gilt dieser Zusammenhang auch andersrum: die BRD bezahlt mit ihrem Kriegseinsatz gegen Syrien, weil man bei der französischen Regierung was gutzumachen hat.

ENERGIEWENDE – PEAK COAL

=> WENN DIE KOHLENSTOFFBLASE PLATZT, S. 70

Ende 2015 kostete ein Fass Öl aus dem sogenannten Opec-Korb 38 Dollar – halb so viel wie ein Jahr davor und kaum mehr als ein Drittel der 109 Dollar zwei Jahre davor. Die Förderung von Schieferöl schrumpft, Anlagen werden abgebaut, Unternehmen schreiben Verluste, die Investitionen der Branche sind in den vergangenen zwölf Monaten um 200 Milliarden Dollar oder 15 bis 20 Prozent gefallen. Saudi-Arabien hat es mit seinem Abnutzungskrieg gegen die Frackingindustrie in den USA und gegen den Iran nicht geschafft, die Konkurrenz in die Knie zu zwingen. Stattdessen könnte Saudi-Arabien auseinanderfliegen – und zuvor vielleicht die Opec. Aber Saudi-Arabien braucht die Opec als Hebel für seinen globalen Einfluss – gerade so wie die BRD die EU braucht. Aber sie haben der Opec nichts mehr zu bieten – gerade so wie die BRD Europa nichts mehr zu bieten hat.

Die sinkenden Ölpreise führen auch zu niedrigeren Strompreisen; Ende 2015 kostete eine Megawattstunde Strom an der Strombörse EEX mit 27,85 Euro ein Rekordtief – trotzdem steigen die Strompreise für die Privathaushalte in der BRD weiter an. 2014 mussten wir mit über 29 Cent pro Kilowattstunde mehr als das Doppelte für Strom berappen als noch 2002. Dieser Wert liegt deutlich über dem EU-Durchschnitt von 20,5 Cent. Die deutsche Großindustrie hingegen wird massiv gestützt. Mit 6,37 Cent pro Kilowattstunde zahlte sie 2014 weniger als ein Viertel dessen, was den Privatverbrauchern abverlangt wurde. Die hiesigen Konzerne lagen damit auch weit unter dem EU-Durchschnitt von 9,37 Cent. Dazu passt, dass die Versorgungskonzerne in der BRD 2014 knapp 352.000 Haushalten den Strom abgeklemmt haben, so vielen wie noch nie. Insgesamt verschickten sie 6,3 Millionen »blaue Briefe«, in denen eine Stromabschaltung angedroht wurde. Laut Gesetz dürfen sie die Versorgung unterbrechen, wenn man mit 100 Euro im Zahlungsrückstand ist. Das müssen sie mindestens vier Wochen vorher androhen.

2016 wird der Strom für Privatkunden in der BRD erneut um durchschnittlich fast drei Prozent teurer.

CHINA – DER GEFÄHRLICHSTE MOMENT?

=> SIEHE SEITE 43

China ist die größte Wirtschaftsblase aller Zeiten. Aber die Profite der chinesischen Industrie gehen seit Monaten zurück. Schlecht läuft es vor allem in der Öl-, Stahl-, Kohle- und Bergbaubranche. »Gewinnrezession«

war bisher immer der Auslöser von Kriseneinbrüchen.

Gleich am ersten Handelstag 2016 stürzten erneut die Aktien ab und zogen die Börsen rund um den Globus mit nach unten. Sie wären wohl noch stärker ins Minus gerutscht, hätte nicht eine neue Handelsregel gleich am ersten Tag ihres Inkrafttretens Schlimmeres verhindert: bei sieben Prozent Verlusten endet das Aktiengeschäft nun automatisch. Auslöser war, dass die Industrieproduktion in China den zehnten Monat in Folge geschrumpft war und im Dezember sich das Tempo des Einbruchs beschleunigt hatte.

Jetzt werden wieder alle »Experten« von notwendigen Reformen in China reden, aber laut Tocqueville ist der gefährlichste Moment für ein Regime die erstmalige Lockerung eines autoritären Systems. Als Ludwig XVI. im Zuge einer fortschreitenden Wirtschafts- und Finanzkrise am 5. Mai 1789 zum ersten Mal seit 175 Jahren die Generalstände einberufen ließ, begann der Weg in die Französische Revolution. Es ist also gar nicht so leicht für das chinesische Regime, Reformen auf den Weg zu bringen. Darauf hatten wir in der letzten Wildcat mit einer Buchbesprechung hingewiesen (»Insurgency Trap«), darauf gehen wir diesmal sehr ausführlich ein.

Am 27. Dezember verabschiedete China übrigens neue Anti-Terror-Gesetze. Am 24. Dezember hatten Sondereinsatzkommandos das Sanlitun-Viertel in Peking wegen Warnungen vor möglichen Anschlägen abgeriegelt – ein Schelm, wer einen Zusammenhang sieht!

Die Behörden haben nun Zugriff auf verschlüsselte Daten ausländischer Unternehmen und die Armee darf auch im Ausland zur »Terroristenbekämpfung« eingesetzt werden.

DER GLOBALE AUSNAHMEZUSTAND

Seit Ausrufung des Ausnahmezustands in **Frankreich** wurden 3000 Hausdurchsuchungen durchgeführt, daraus folgten 360 Hausarreste. In der großen Mehrzahl ergab sich also nichts Verdächtiges. Nirgends in Europa gibt es ähnlich schlimme Sicherheitsgesetze wie in Frankreich – aber in Ägypten. Langsam regt sich Widerstand dagegen...

=> SIEHE DEN ARTIKEL S. 64

Ansonsten setzen wir im Heft den Schwerpunkt der Wildcat 98 **»Weltarbeiterklasse«** fort.

=> SIEHE SEITE 30 FF.

Die Kämpfe in der **italienischen Logistik** sind schon allein deshalb wichtig, weil es in Italien die einzigen erfolgreichen Arbeiterkämpfe seit Jahren sind. Migrantische Arbeiter, organisiert von der Alternativgewerkschaft SiCobas, konnten sich mit ihren Kämpfen gegen eine kriminelle Arbeitsorganisation in der Logistik wehren und für sich selber höhere Löhne und deutlich bessere Arbeitsbedingungen durchsetzen. Aber SiCobas schafft es nicht, sich italienweit zu organisieren und ersetzt oft den Streik, zu dem man nicht fähig ist, durch die *picket line*. Sie sind in der Lage, viele Leute aus den *centri sociali* dazu zu mobilisieren.

Über diese Kämpfe gibt es einen neuen Film:

=> SIEHE SEITE 23

Und damit sind wir bei der Vorschau aufs nächste Heft.

Die Transportblase kommt an ein Ende, die Globalisierung geht zurück. Zu wenig Ladung für zu viele Schiffe. Der Ausbau des Suezkanals droht zum finanziellen Desaster zu werden. Die eigentliche Marktbereinigung steht der Seeschifffahrt noch bevor. Von den 377 deutschen Reedereien könnten nur 20 bis 30 übrig bleiben.

Was bedeutet das für die Arbeitsbedingungen in der Logistik? Und wie steht es mit den Kämpfen?

Januar 2016

Wanderung, Flucht und Arbeit

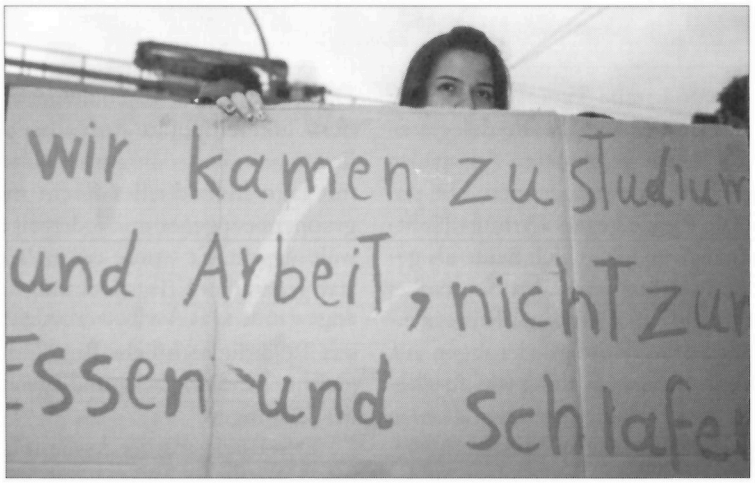
Der »Sommer der Migration« ist zu Ende. Während immer noch zahllose Initiativen die »Neubürger« unterstützen, Überleben und Feste organisieren, Sprachkurse geben und vieles mehr, versucht die Politik, diesen Schwung in sein Gegenteil zu verkehren, neue Grenzen zu errichten, soziale Verschlechterungen durchzusetzen, und die Flüchtlinge zur politischen Spaltung der Klasse zu benutzen, als Katalysator für eine sehr weitgehende gesellschaftliche Neuformierung.

In der Linken gibt es grob zwei Einschätzungen: die einen fassen die beeindruckende Selbstorganisation der Flucht und das Niederreißen von Grenzabsperrungen als »Autonomie der Migration«. Andere sehen Merkels Politik rein funktionalistisch: die Einwanderung komme dem Interesse des Kapitals an billiger, gut ausgebildeter und williger Arbeitskraft und an Beitragszahlern für die Rentenkassen entgegen.

In der Realität kommt beides zusammen. Mit ihrem Aufbruch in die nordeuropäischen Zentren versuchen viele Menschen, wieder zu Handelnden zu werden. Das Kapital will ihre Energien zur Neustrukturierung des Arbeitsmarkts nutzen und die hiesigen Klassenverhältnisse unter Druck setzen. Außerdem kann die Flüchtlingsbewegung wie ein Konjunkturprogramm wirken, Jobs in der Arbeitsagentur, als Lehrer, auf dem Bau, im Sozial- und Sicherheitsbereich... zudem werden die Reproduktionskosten der Arbeitskraft gesenkt (die Ernährung und Ausbildung eines Menschen kostet in seinen ersten 20 Lebensjahren etwa 200 000 Euro – Deutschland ist ein »altes« Land und braucht junge Leute!). Das setzt aber die Kontrolle über die proletarischen Wanderungsbewegungen voraus, und diese ist den Herrschenden in den letzten Jahren zunehmend entglitten. Die letzten Stationen waren die Eskalation der »Flüchtlingskrise« in Griechenland Anfang 2015, Mitte Juli das Niederreißen der türkischen Grenzabsperrungen durch tausende Flüchtlinge nach den Kämpfen um die syrische Stadt Tal Abjad, der Flüchtlingsmarsch vom Budapester Hauptbahnhof in Richtung Österreich. Anfang September wurden die ankommenden Flüchtlinge in Wien, München und anderen Städten beklatscht. Das ist die andere Seite des staatlichen Kontrollverlusts und wäre Anfang der 1990er Jahre undenkbar gewesen. Drittens haben die Herrschenden keinerlei Plan zur »Bekämpfung der Fluchtursachen«; im Gegenteil: Das immer brutalere und destruktivere Vorgehen gegen Oppositionsbewegungen in immer mehr Regionen der Welt verschärft die gesellschaftlichen Widersprüche; Krisen und Kriege führen zum Zusammenbruch ganzer Regionen.

Die Wende der Merkel-Regierung im Sommer war gleichzeitig das Eingeständnis dieser Realität und der Versuch, wieder die Initiative zu erlangen. Dazu gehörte auch das Ausrufen einer »Willkommenskultur«. Nur indem aus monatelanger geduldiger Basisarbeit ein »Event« gemacht wurde, konnte danach auch versucht werden, sie zu drehen.

Wir wollen im Folgenden den Zusammenhang zwischen Flucht und Arbeitsmigration in die BRD im europäischen Rahmen herausarbeiten. Dabei ist die Unterscheidung zwischen »Flüchtlingen« und »Arbeitsmigranten« zunächst eine juristische: Ein griechischer Arbeiter, der 1967 vor der Militärjunta in die BRD floh, galt als »Gastarbeiter«. Nach dem Anwerbestopp von 1973 musste ein türkischer Arbeiter, der vor dem Militärputsch 1980 floh, einen Asylantrag stellen. Ein senegalesischer Migrant, der heute unter Lebensgefahr das Mittelmeer überquert hat, gilt in Spanien als illegaler Landarbeiter, in der BRD als Asylbewerber. Das im Grundgesetz verankerte individuelle Asylrecht spielte vor Ende der 70er Jahre kaum eine Rolle und wurde vor allem für Einwanderer aus staatssozialistischen Ländern bereitgehalten. 1980 stellten zum ersten Mal mehr als 100 000 Menschen einen Asylantrag, darunter viele Vietnamesen und Palästinenser und etwa zur Hälfte Menschen aus der Türkei. Ein Jahr später kamen 20 Prozent der AsylbewerberInnen aus Polen.



In den 80er Jahren waren unter den Asylbewerbern viele Linke, die vor staatlicher Repression oder Bürgerkriegen flohen, etwa aus dem Iran oder Sri Lanka. Sie bildeten das Rückgrat einer politischen Bewegung um die Bedingungen des Asyls und gegen die Abschiebung in Krisengebiete. Die in der ersten Hälfte der 80er Jahre anschwellende Hetze gegen Flüchtlinge richtete sich vor allem gegen diese Linken, die nicht nur Kampferfahrungen mitbrachten, sondern auch Wissen über die Beziehungen des deutschen Kapitals zu den Regimen in ihrer Heimat.

Seit 1987 wurde die Krise in den Ostblockländern spürbar. Die Zahl der Aussiedler aus Osteuropa und nun auch aus der Sowjetunion stieg sprunghaft bis auf 400 000 allein im Jahr 1990; die Mehrheit von ihnen hatte eine Facharbeiterausbildung. Wer keine »deutsche Abstammung« vorweisen konnte, dem blieb nur der Asylantrag: ab 1988 stieg die Zahl der Anträge stetig. Um 1992 erreichte sie mit etwa 440 000 einen Höhepunkt. »Linke« aus der »Dritten Welt« waren nun in der Minderheit, zu 75 Prozent stammten die neuen Flüchtlinge aus Ost- und Südosteuropa – eine Folge des dortigen gesellschaftlichen Zusammenbruchs, der »Schocktherapien« und daraus folgenden Verteilungskämpfen und Bürgerkriegen. Unter den Migranten waren aber auch viele Menschen, die gar keinen dauerhaften Aufenthaltstitel über einen Asylantrag suchten, sondern schwarz arbeiteten, etwa auf dem Bau.[1]

Der Anschluss der DDR brachte allein in den ersten drei Jahren zusätzlich über eine Million Binnenmigranten in den Westen, die der Arbeitslosigkeit aufgrund der Zerstörung der ostdeutschen Industrie und Verwaltung entkommen wollten.

Die Krise Anfang der 1990er Jahre

Auch vor 25 Jahren legte die Eskalation der »Flüchtlingskrise« das Fundament für den massiven Abbau sozialstaatlicher und tariflicher Ansprüche sowie Arbeitsrechte in der kurz darauf folgenden Wirtschaftskrise. Das seit etwa 15 Jahren erfolgreiche deutsche Modell einer hochproduktiven Exportindustrie basiert auf einer Arbeiterklasse, die krasser aufgespalten und differenziert ist als in den Jahrzehnten davor.

Am 8. August 1991 stürmten mehr als 10 000 albanische Flüchtlinge den schrottreifen Frachter Vlora und zwangen die Besatzung, Kurs über die Adria zu nehmen. Die italienische Polizei schob sie nach der Ankunft in Bari brutal zurück. Dieses Ereignis lieferte die bildliche Untermalung zur »Das Boot ist voll!«-Rhetorik. *Der Spiegel* fabulierte die Migration als »Krieg des dritten Jahrtausends« herbei und sagte die Ankunft von 50 Millionen sowjetischen Flüchtlinge voraus (*Der Spiegel*, 19.8.1991).

Während die Bundesregierung die Angst vor einem unkontrollierten Zustrom von Menschen aus dem Ausland schürte, holte sie gleichzeitig im Rahmen von Werkverträgen oder branchenspezifischen Anwerbeabkommen billige Arbeitskräfte aus Ost- und Südeuropa ins Land, z. B. ab 1991 verstärkt als Saisonarbeiter in der Landwirtschaft.

Die ungeregelte sowie die Werkvertragsmigration etwa auf den Bau oder in die Fleischindustrie übte massiven Druck auf alteingesessene ArbeiterInnen aus. Die für sehr viel weniger Geld arbeitenden Migranten wurden ihrerseits systematisch um den versprochenen oder gleich den ganzen Lohn betrogen, was Anlass für zahlreiche Auseinandersetzungen und auch kleinere selbstorganisierte Streiks englischer, irischer oder italienischer Arbeiter war.

Die Ungleichbehandlung der verschiedenen Migrantengruppen bereitete den Boden für Spaltungen, Angst und Anpassungsdruck: Beschäftigte gegen Arbeitslose, Westdeutsche gegen die »faulen Ossis«, Russlanddeutsche gegen hier ansässige Migranten… Die Reihe ließe sich fortsetzen.

[1] »1988 überstieg die Kurve der Asylgesuche erneut die Marke von 100.000. Sie kletterte im Jahr der europäischen Revolutionen 1989 auf ca. 120 000, erreichte im vereinigten Deutschland 1990 ca. 190 000, 1991 sogar fast 260 000 und 1992 schließlich fast 440 000, wobei es sich nun allerdings in hoher Zahl um Flucht- und Minderheitenwanderungen aus Ost- und Südosteuropa, vor allem um Flüchtlinge aus dem Raum von Ex-Jugoslawien, aber auch um Roma aus Rumänien handelte.

Bereits 1987 waren die Aussiedlerzahlen scharf angestiegen. Sie übersprangen 1988 knapp die Marke von 200 000, erreichten 1989 fast 390 000 und 1990 schließlich fast 400 000. Hinzu kam in Westdeutschland die nunmehr legale Zuwanderung aus der in Agonie liegenden DDR bzw. dann den neuen Bundesländern: 1989 kamen fast 390 000 und 1990 rund 395 000 Menschen. Die Zahlen sanken im Folgejahr nur auf knapp 250 000, dann auf knapp 200 000 im Jahr 1992 und auf rund 172 000 im Jahr 1993, um sich schließlich 1994 bis 1997 zwischen 160 000 und 170 000 Menschen jährlich zu stabilisieren.«
Bundeszentrale für Politische Bildung(2005): *Anstieg der Asylgesuche 1988-1992*

Dass der Staat die politische Verantwortung für Rassismus an die Verlierer der Wende delegieren konnte, lag also an einem geschickten Ausspielen der verschiedenen Bevölkerungsgruppen. Die politische und mediale Hetze gegen »Armutsflüchtlinge« ließ sich damals und lässt sich heute als gezielte Handlungsanweisung lesen. Im September 1991 forderte der CDU-Generalsekretär Rühe in einem Rundschreiben seine Parteigliederungen auf, die »besorgniserregende Entwicklung von Asylbewerberzahlen« auf allen parlamentarischen Ebenen zum Thema zu machen. Er lieferte Musterentwürfe für Ratsbeschlüsse und Presseerklärungen, in denen Kindergärten gegen Flüchtlingsversorgung gegengerechnet oder Notunterkünfte in Schulen und Turnhallen für Unterrichtsausfall verantwortlich gemacht werden sollten. Wenige Tage nach dem Rundschreiben begannen in Hoyerswerda Angriffe gegen Wohnheime von mosambikanischen Arbeitern und Flüchtlingen; die Stadt nahm die Gelegenheit wahr, auf einen Schlag sowohl die Flüchtlinge als auch die letzten mosambikanischen Vertragsarbeiter loszuwerden (siehe »Harter Staat und weiche Birne«, *Wildcat* 57, 10/1991).

Ähnlich wie heute führten administrative Maßnahmen erst zu lokalen »Notlagen« und Konkurrenz, an denen die öffentliche Hetze dann ansetzen konnte. Die Kommunen waren verpflichtet, Flüchtlinge in Sammelunterkünften unterzubringen und setzten dies vielfach um, indem sie verrottete und lange leerstehende Häuser ohne adäquate Infrastruktur belegten. Zur weiteren Abschreckung und Stigmatisierung setzte man auf sehr rigide organisierte Massenabfertigung und das Prinzip von Sachstatt Geldleistungen.

Das führte mancherorts zu gewaltsamen rassistischen Ausbrüchen, vielerorts aber auch zu »zivilgesellschaftlichem« Engagement und zu Widerstand von Asylbewerbern in Form von Essensverweigerung, Hungerstreiks und Sozialamtsbesetzungen.

Um diese Solidarisierung zu neutralisieren, wurden Pogrome und schließlich auch tödliche Brandanschläge durch mit V-Leuten durchsetzte Nazibanden initiiert, bei Morden wurden beide Augen zugedrückt.

Dem Pogrom von Rostock-Lichtenhagen im August 1992 folgte der »Asylkompromiss«. Die Demo von 350 000 Menschen im November 1992 in Berlin bildete den Schlusspunkt im Widerstand gegen die Verschärfung des Asylrechts.

Die Änderung des §16 GG im Mai 1993 war ein wesentlicher Schritt in der Europäisierung des Asylrechts. Mit der Konstruktion von »sicheren Drittstaaten« schob er das Rechtsverfahren auf die EU-Randstaaten; die Deklarierung von »sicheren Herkunftsstaaten« war die faktische Abschaffung des Asylrechts für Menschen aus diesen Staaten. Dann wurde im Ausländergesetz die kontingentierte und temporäre Aufnahme von Kriegsflüchtlingen verankert – die Aufenthaltserlaubnis war damit kein individuelles Recht mehr, sondern ein gruppenbezogener und jederzeit aufhebbarer Verwaltungsakt. Er wurde erstmals in großem Maßstab gegenüber Kriegsflüchtlingen aus dem Kosovo angewandt. Das Asylbewerberleistungsgesetz schuf seit 1993 die rechtliche Begründung für eine Ungleichbehandlung bei grundlegenden sozialen Mindestleistungen.

Den Rückgang der Asylanträge im ersten Jahrzehnt des neuen Jahrtausends verbuchten die Politiker als Erfolg. Das allen Regelungen bis in die jüngste Zeit zugrunde liegende Diktum »Deutschland ist kein Einwanderungsland!« drückte vor allem die Weigerung aus, *generell* Menschen zu integrieren, d. h. sie rechtlich gleichzustellen.

Im halben Jahrhundert von 1950 bis 2000 wanderten jährlich im Schnitt 200 000 Menschen mehr ein als aus. In den Nullerjahren ging der Saldo zurück und wurde dann sogar teilweise negativ. Vorherrschend wurde in diesen Jahren eine temporäre Arbeitsmigration aus den neuen EU-Staaten im Osten. Erst seit 2010 kamen wieder mehr Menschen in die BRD als weggingen: die meisten aus anderen EU-Staaten, aber ein großer Teil auch von außerhalb und als Asylbewerber. Die Staatsangehörigkeit der Flüchtlinge wechselte in jedem Jahr; eine wichtige Herkunftsregion war Osteuropa bzw. der Balkan, der Nahe Osten die andere.

Eine neue Phase seit 2008

Die einzige exakte Zahl über den Umfang der hier ankommenden Fluchtbewegung sind Erstanträge auf Asyl. Seit Ausbruch der Weltwirtschaftskrise 2008 stieg diese Zahl von weniger als 30 000 zunächst langsam auf 64 000 Erstanträge im Jahr 2012, verdoppelte sich dann fast auf 110 000 im Jahr 2013, stieg 2014 auf 170 000 und 2015 dann auf mehr als 390 000 – das ist weit entfernt von der gehandelten Zahl von über einer Million. Wie viele der bis November 2015 erfassten etwa eine Million ZuwanderInnen noch vor Stellen eines Asylantrags weitergereist oder zurückgegangen sind, wie viele Doppel- und Fehlzählungen es gibt, und wie viele Flüchtlinge sich angesichts einer zunehmend pauschalen und rigiden Auslegung des Asylrechts der Registrierung entziehen, wissen auch die Behörden nicht. Das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) der Arbeitsagentur schätzt, dass etwa 70 Prozent hier bleiben werden.

Die EU-Staaten hatten die Lage oft nicht mehr unter Kontrolle, sie konnten oder wollten die Registrierung gar nicht mehr korrekt leisten. Manche Länder gaben die Registrierungsdaten nicht an die EU-Behörden weiter, um nicht für die Asylanträge

zuständig zu sein. An und zwischen den Grenzen auf dem Balkan wurden die Flüchtlingstrecks immer wieder aufgehalten, Versorgungsgüter zurückgehalten, Engpässe produziert. Dann wieder sorgten Regierungen für zum Teil kostenfreien Zugtransport durch ihr Land für diejenigen, die bereit waren, sich dem Akt des Registrierens zu unterwerfen und dafür Tage unter desaströsen Verhältnissen in einem Lager auszuharren. Auch damit wurden Bilder produziert von Flüchtlingstrecks als plötzlich hereinbrechender »Naturkatastrophe«, die die staatliche Verwaltung »beim besten Willen« überfordere. Ausnahmezustände und politische Verschärfungen wurden gerechtfertigt – besonders, wenn die produzierten Verhältnisse zu Widerstand führten und die Flüchtlinge die geforderte »Dankbarkeit« verweigerten.

In der BRD war seit über vier Jahrzehnten keine Bundesregierung in der Lage, eine »Einwanderungspolitik« im Sinne einer umfassenden Steuerung und Kontrolle der Zuwanderung zu formulieren. Seit dem Sommer 2015 muss sie den Tatsachen ins Auge sehen: Kriege rücken immer näher an die EU heran und breiten sich aus. Als Folge davon verlassen viel mehr Menschen auf Dauer ihre Heimat. Der Aufbau temporärer Flüchtlingslager in den Nachbarstaaten kann das Problem nicht mehr von der deutschen Haustür weghalten; weil diese Gesellschaften vom Ausmaß der Fluchtbewegungen ebenfalls destabilisiert werden – und weil die Flüchtlinge selber gegen diese Lagerhaltung kämpfen. Seit 2012 kamen deshalb tatsächlich immer mehr Menschen in der BRD an. Ausgerechnet im Juli 2012 entschied das Bundesverfassungsgericht, das grundgesetzlich garantierte *»menschenwürdige Existenzminimum«* stehe allen in der Bundesrepublik lebenden Menschen gleichermaßen zu. Auch wenn die Umsetzung des Urteils noch immer aussteht, es war ein Hieb gegen die Abschreckungspolitik mit abgesenkten Verpflegungssätzen. Es kann nur vor dem Hintergrund der breiten Unterstützung von Asylbewerbern und des beharrlichen Widerstands gegen ihre Ungleichbehandlung verstanden werden. Diese gewachsene Bewegung war auch der Grund dafür, dass der Staat seit einigen Jahren immer weniger abgeschoben hatte. 2013 und 2014 wurden jeweils etwa 10 000 Abschiebungen durchgeführt, 2015 waren es zwar 18 360 Menschen, v. a. im zweiten Halbjahr – das sind viele, aber nur rund ein Viertel der jeweils zur Ausreise Bestimmten. Die Senkung der Anerkennungsquoten auf den Promillebereich, also die faktische Abschaffung des Asylrechtes, war in der Wirklichkeit nicht durchsetzbar.

Neuankommende Flüchtlinge treffen in der BRD seit etwa 2012 auf eine Situation, die zunehmend vom selbstbewussten und organisierten Auftreten zuvor angekommener Flüchtlinge geprägt ist, u. a. mit Protesten gegen die Residenzpflicht, Besetzungen oder Hungerstreiks. 2013 entwickelte sich daraus die Bewegung der Lampedusa-Flüchtlinge. Diesen Bewegungen wird auch von bürgerlicher Seite viel Sympathie und Unterstützung entgegengebracht, wie zum Beispiel der Anstieg des Kirchenasyls zeigt (mittlerweile 450 Menschen in fast 300 Gemeinden), mit dem Abschiebungen verhindert werden sollen, oder Proteste von SchülerInnen gegen die Abschiebungen von MitschülerInnen.

In den 90er Jahren unterstützten wenige linksradikale oder bürgerliche Grüppchen die Flüchtlinge. Die Aktionen gegen die »Fresspakete« liefen zum Teil auch gegen die damit betreuten Wohlfahrtsverbände und Geschäfte, die daran verdienten. Heute hingegen engagieren sich Hunderttausende als »Freiwillige«, und die »Linken« sind darin eine Minderheit. Eine Studie der Evangelischen Kirche spricht sogar von acht Millionen Menschen, die sich 2015 in irgendeiner Weise aktiv in der Betreuung von Flüchtlingen engagiert haben. Dieses Engagement, die Begegnung mit den Flüchtlingen und ihren Kämpfen hat die Leute selber radikalisiert, etwa in Bezug auf die Verwicklung der BRD in Kriege, die Rolle der deutschen Rüstungsexporte und anderes.

Die Gewalt gegen Flüchtlinge hat wieder Dimensionen wie Anfang der 1990er Jahre erreicht. Merkel ging sogar so weit vor einem »neuen NSU« zu warnen. Es gibt eine Radikalisierung der Rechten über das organisierte militante Milieu hinaus. Heute können sich die Faschos aber nicht als Ausführende einer relativ homogenen gesellschaftlichen Ablehnung verstehen, ihre Gewalt ist vielmehr Ausdruck zunehmender gesellschaftlicher Spaltung. Pegida & Co. machen Schwächere für die eigene Verlustangst verantwortlich. Indem sie die Immigranten zu Untermenschen machen, wollen sie die Auffassung durchsetzen, dass diesen »anderen« nicht zusteht, was sie für sich selbst beanspruchen. Ein dumpfer Widerstand gegen das Modernisierungsprogramm des Kapitals, der diesem nicht gefährlich wird, sondern es sogar befördert. Deshalb ließen die Bullen Pegida weitgehend machen und der Tiefe Staat hat Brandanschläge und Übergriffe gegen Flüchtlinge zumeist geduldet.

EU, die bröckelnde Festung

Die Flüchtlingskrise in der zweiten Hälfte 2015 ging sehr viel tiefer als die Griechenlandkrise im ersten Halbjahr. Die EU driftet auseinander, Schengen ist kaputt. Wohlgemerkt: Mit dem Schengen-Abkommen ging es nicht darum, die Außengrenzen der EU hermetisch abzuriegeln, die Hürden soll(t)en so hoch sein, dass nur bestimmte Menschen

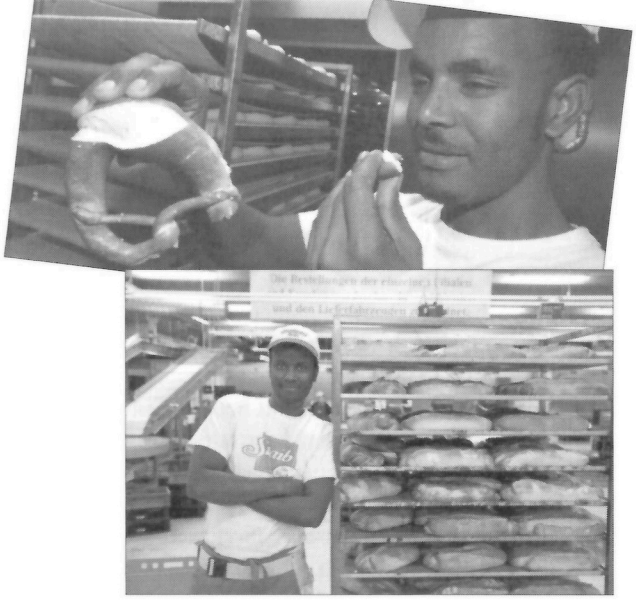
durchkommen, die fit sind, über Geld, persönliche und familiäre Ressourcen verfügen und einen unbedingten Willen haben. Damit dies aber klappt, muss auch die in den Dublin-Abkommen vorgesehene Arbeitsteilung zwischen den Staaten funktionieren. Italien und Griechenland hatten aber MigrantInnen bei ihrer Ankunft nicht mehr registriert und nach Nordeuropa weitergeleitet. In der Folge hat 2015 jedes Land nur noch eigene Interessen verfolgt.

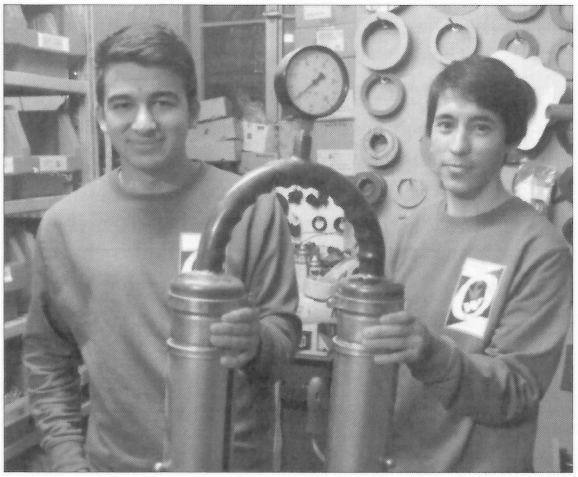
Die osteuropäischen »Frontstaaten« lehnen die Aufnahme von Flüchtlingen rigoros ab. Aber sie betreiben – neben einer stillschweigend geduldeten Pendelmigration – eine sehr freigiebige Einbürgerung von Menschen aus Nachbarländern. Polen erinnert sich »polnischer« Minderheiten in der Ukraine, Ungarn »ungarischer« in der Ukraine, Rumänien »rumänischer« in Moldawien und der Ukraine, usw. Das Vorgehen dieser nationalistischen Regierungen ähnelt in vielem der BRD-Politik bezüglich der »Spätaussiedler«. Man verspricht sich politisch angepasstere Immigranten (die größtenteils schlecht bezahlte Jobs in der Landwirtschaft oder auf dem Bau machen, vor denen die Einheimischen in die westlichen EU-Staaten abgehauen sind) und fährt gleichzeitig einen aggressiven Kurs gegen Teile der Bevölkerung, die von der Staatsbürgerschaft ausgeschlossen werden (sollen). Vorreiter waren die baltischen Staaten, die nach ihrer Unabhängigkeit Menschen, die nach 1940 aus anderen Staaten der Sowjetunion eingewandert waren, samt ihrer Nachkommen ausbürgerten und zu Staatenlosen machten. Die systematische Ausgrenzung von Roma in südosteuropäischen Staaten folgt einer ähnlichen Logik.

Viele Regionen, aus denen die Flüchtlinge Anfang der 90er Jahre kamen, sind inzwischen Mitgliedsstaaten der EU geworden oder haben Abkommen zur visafreien Einreise geschlossen. Die Ausdehnung der EU hat sowohl das Auslagern von schlecht bezahlter industrieller Zulieferarbeit in diese Staaten erleichtert, als auch die Immigration aus diesen Ländern durch die »Arbeitnehmerfreizügigkeit« schrittweise reguliert. Für die ArbeiterInnen war der Zugang zum EU-Arbeitsmarkt mit langen (nationalen) Übergangsfristen verbunden, die vor allem auch von den deutschen Gewerkschaften gefordert wurden. Während der sieben Jahre nach der ersten Erweiterungsrunde 2004 konnten Menschen aus Estland, Lettland, Litauen, Polen, der Slowakei, Slowenien, Tschechien und Ungarn (die sogenannten EU-8-Länder) aber bereits als (formal) »Selbstständige« oder als Angestellte ausländischer Firmen mit entsprechend niedrigen Löhnen und Sozialleistungen in der BRD arbeiten. 2011 lebten fast 470 000 Polen in der BRD, mehr als aus allen anderen EU-8-Ländern zusammen. Die EU-2-Länder Rumänien und Bulgarien – die 2007 mit etwa denselben Bedingungen aufgenommen wurden – lagen mit rund 160 000 bzw. 94 000 Menschen an zweiter und dritter Stelle.

Die Aufhebung der Visapflicht 2009/2010 für einige Staaten des westlichen Balkans sorgte für den weiteren Zustrom von erpressbaren und damit billigen Arbeitskräften. Mit einem Arbeitsvertrag slowenischer oder später auch kroatischer Firmen können Nicht-EU-Bürger aus Serbien oder Bosnien als »*Entsendearbeiter*« in die EU kommen. Allein in Slowenien wurden 2014 etwa 60 000 sogenannte A1-Bescheinigungen (Bestätigung der Sozialversicherung im Heimatland der Entsende-Firma) für Staatsangehörige benachbarter Balkanstaaten ausgegeben. Wer keinen Arbeitsvertrag hat, kann ohne Visum in die EU einreisen und hier z. B. einen Asylantrag stellen und sich darüber ein zumindest temporäres Aufenthaltsrecht und Einkommen verschaffen. Ein ähnliches Szenario steht mit der von der EU-Kommission jüngst empfohlenen Aufhebung der Visapflicht für Georgien und der Ukraine im Raum.

Laut Ausländerzentralregister vom Oktober 2015 war die ausländische Bevölkerung in einem Jahr um 820 000 Personen angewachsen, davon kamen 340 000 Menschen aus EU-Staaten, 260 000





aus anerkannten Kriegs- und Krisenländern und 120 000 vom Westbalkan. Mittlerweile sind etwa 650 000 Menschen aus Rumänien und Bulgarien offiziell in der BRD gemeldet; 80 Prozent von ihnen kamen innerhalb der letzten fünf Jahre. Auch aus Polen hat die dauerhafte Immigration seit 2011 noch einmal zugenommen; nunmehr gehen fast 600 000 Menschen aus den EU-8-Ländern einer sozialversicherungspflichtigen oder geringfügigen Beschäftigung nach. Seit Erreichen der vollen Arbeitnehmerfreizügigkeit am 1. Januar 2014 ist die Zahl der mit deutschen Arbeitsverträgen beschäftigten BulgarInnen und RumänInnen rapide angestiegen.

Dazu kommt noch eine statistisch schwer zu erfassende Zahl von temporär tätigen ImmigrantInnen; für das Jahr 2012 schätzte eine Studie der Böckler-Stiftung die Zahl der Entsendungen auf 800 000, 80 Prozent der Leute kamen aus Osteuropa.

Hauptsächlich aus zwei Richtungen kommen MigrantInnen in die EU: aus dem Nahen Osten und Nordafrika sowie aus Osteuropa. In den südeuropäischen Staaten stellen »illegale Migranten« in Sektoren wie Landwirtschaft, Bau oder Logistik die Haupt-Arbeitskraft. Die Einwanderung *von außen* steht in einem engen Zusammenhang zur Binnenmigration *innerhalb der* EU. In ganz Europa flüchten Teile der jungen Generationen aus der Fabrik, aus der Landwirtschaft und überhaupt aus der Handarbeit. Ein Großteil der Jugendlichen studiert und will zumindest einen – wenn auch befristeten – Job beim Staat bekommen oder Karriere in boomenden Branchen machen. Den »Arbeitskräftemangel« in den schmutzigen Jobs auf den Feldern, in der Bauwirtschaft und der Pflege beheben die MigrantInnen. In den Boomjahren nach der Jahrtausendwende ermöglichte die Zuwanderung in Griechenland, Italien, Spanien, Portugal… das »*Upgrading*« der einheimischen jungen Generation. Seit dem Kriseneinbruch haben sich viele arbeitslose junge AkademikerInnen ohne Aussicht auf einen qualifizierten Job auf den Weg nach Nordeuropa gemacht. Die Netto-Immigration aus den südeuropäischen Krisenstaaten in die BRD hatte in den letzten Jahren einen Überschuss von jeweils 30-40 000 Personen.

Die Unterschichtung in der BRD

Auch in der BRD hat die Unterschichtung des Arbeitsmarkts durch die spezielle Kombination von technischer Entwicklung und migrantischer Billigarbeit das Ausweichen vieler junger deutscher Arbeiter in qualifiziertere Jobs möglich gemacht, die so den sinkenden Löhnen entkommen konnten. Ein Beispiel ist der Boom im Oldenburger Münsterland. Obwohl bis 2005 geschätzt 25 000 Arbeitsplätze in der Fleischindustrie verloren gingen, wurden die Schlachtzahlen verdoppelt und ein »Cluster« rund um die Nahrungsmittelindustrie mit entsprechendem Maschinenbau etabliert. Nach Angaben der Gewerkschaft NGG (Nahrung Genuss Gaststätten) sollen heute nur noch zehn Prozent der ArbeiterInnen in der Fleischindustrie festangestellt sein, wenn man die nicht offiziell als »Fleischereiarbeiter« erfassten inoffiziellen Schlachtkolonnen, Industriereiniger und VerpackerInnen einberechnet. *Offiziell* arbeitet in der Fleischverarbeitung ein Viertel der Beschäftigten als *Entsendearbeiter* über ausländische Firmen – fast siebenmal so viele wie 2001.

In der Bauindustrie hatte sich diese Entwicklung bereits Anfang der 90er Jahre vollzogen. Damals versuchte die Gewerkschaft BauSteineErden durch den Aufruf zur Denunziation schwarz arbeitender Kollegen und dem Verlangen nach staatlichen Razzien die Billigkonkurrenz rauszudrängen und half so mit, rassistische Ressentiments zu schüren. Das 1996 zunächst für das Bauhauptgewerbe erlassene *Arbeitnehmerentsendegesetz* führte über einen allgemeinverbindlichen Tarifvertrag Mindestlöhne für BauarbeiterInnen ein – getrennt nach Ost- und Westfirmen. Wichtig an dem Gesetz ist bis heute die juristische Hauptunternehmerhaftung, die es ermöglicht, nicht bezahlte Löhne auch bei

Insolvenz des Subunternehmers einzuklagen. Die Erweiterung des Geltungsbereichs des AEntG über das Bauhauptgewerbe hinaus, erst 2007, dann 2009 und zuletzt 2014, zeigt die Branchen an, in denen heute sehr viele MigrantInnen arbeiten: Gebäudereinigung, verschiedene mit dem Bau verbundene Gewerke, Abfallwirtschaft, Altenpflege, Wäschereien und zuletzt die Fleischindustrie.[2]

Vor dem Hintergrund der Krise in Osteuropa gingen (Fach-)ArbeiterInnen vermehrt nach Deutschland – hier kamen sie genau richtig für die Ausweitung des »Niedriglohnsektors« auf die »Logistik« im weiteren Sinne, d. h. Werkverträge in der Autozulieferindustrie und bis hinein in die Werkhallen der deutschen Autoindustrie, wo früher einmal Spitzenlöhne verdient wurden. Die deutschen Gewerkschaften konnten ihren Burgfrieden mit dem Kapital in den letzten Jahren vor allem aufgrund der Niedriglöhne bei Zulieferfirmen im Osten aufrechterhalten. Die Lohnstückkosten wurden durch Rationalisierung, Arbeitsverdichtung und zeitliche Flexibilisierung auch für die Kernbelegschaften gesenkt; aber ihre Jahreseinkommen blieben relativ stabil. Die Drohung durch die Randbelegschaften (und die Verschärfungen des Sozialrechts) wirkten disziplinierend.

Die zunehmende Segmentierung des Arbeitsmarkts schließt Einheimische von bestimmten Jobs aus: Wenn Arbeitskräfte über rumänische Subunternehmen rekrutiert werden, kommt man als Deutscher nicht mehr rein, auch wenn man wollte – das gilt ganz ähnlich für südeuropäische Länder, in denen eine enorm hohe Jugendarbeitslosigkeit von Einheimischen mit einer hohen Beschäftigung von MigrantInnen einhergeht.

Bereits in den 1990er Jahren wurden besonders die Kinder der ersten »Gastarbeiter«-Generation und von Russlanddeutschen von den neuen ZuwanderInnen vom Arbeitsmarkt verdrängt. Früher war es ImmigrantInnen nach einer Generation meist gelungen, sich in den Arbeitsmarkt hineinzukämpfen; das ist heute nicht mehr der Fall. Für sie heißt heute sozialer Aufstieg, aufgrund ihrer Sprachnähe zu neuen Immigranten die untere Ebene einer Mafiawirtschaft zu bilden, als Hausvermieter, Kolonnenführer, Subunternehmer.[3]

Kämpfe

EinwanderInnen aus Osteuropa leisteten aber auch Widerstand. Zuweilen werden *streikende Arbeiter* in der Fleischindustrie sogar bewaffnet angegriffen, wie man hört. Die Gewerkschaften und die Kernbelegschaften haben sich an diesen Auseinandersetzungen nicht beteiligt und die Berichterstattung in den Medien als Gefährdung der Betriebe betrachtet. Sie versuchten, die Billigkonkurrenz durch systematische Schlechterbehandlung aus den Betrieben herauszudrängen. Erst seit 2012 kommen vermehrt Proteste an die Öffentlichkeit. Vielen MigrantInnen scheint die Nutzung der Medien erfolgversprechender als Arbeitsniederlegungen, die Rechtsberatung durch gewerkschaftliche und kirchliche Institutionen unterstützt sie auf diesem Weg. Zumindest die Niedriglöhne sind heute öffentlich skandalisiert. Aber in Kleinstädten, auf dem Land, in sozialen Zusammenhängen, die selber auf die eine oder andere Weise von der Ausbeutung der MigrantInnen profitiert, ist eine direkte und offene Konfrontation schwierig. Die Proteste organisieren sich deshalb meist um sprachliche oder nationale Communities herum, bzw. um darauf beruhende Kolonnen oder Subunternehmen. Vereinzelte Demonstrationen von unterstützenden Organisationen in Lohne oder Emsdetten haben nie mehr als 200 Menschen auf die Straße gebracht (siehe *Wildcat* 98).

Der mit der Arbeitnehmerfreizügigkeit verbundene Zugang zu Sozialversicherung und Rechtsprechung bietet dem Einzelnen eine gewisse Absicherung, aber keine Gleichstellung mit deutschen Staatsangehörigen. Um zu verhindern, dass der Anspruch auf Sozialleistungen auch bei Arbeitslosigkeit eine Lohnuntergrenze definiert, schafft der Staat neue Erpressungsmöglichkeiten, indem er zunehmend Aufenthalts- und Sozialrecht verbindet. Auch für EU-Bürger gilt die Freizügigkeit nur für sechs Monate und nur solange, wie man selber für seinen Lebensunterhalt sorgt und krankenversichert ist. Erst nach fünf Jahren besteht ein dauerhaftes Recht auf Aufenthalt und Bezug von Hartz IV. Bis dahin gilt ein gestaffeltes Reglement. Arbeitnehmer ist laut Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs, wer mindestens 5,5 Stunden pro Woche arbeitet (was bei Mindestlohn 200 Euro pro Monat entspricht). ArbeitnehmerInnen können dazu aufstockend Hartz IV-Leistungen beziehen. Daraus erklärt sich die hohe Zahl von aufstockenden Minijobbern unter den EinwanderInnen aus den EU-2-Staaten, aber auch aus Polen: Viele arbeiten in Wirklichkeit (schwarz) Vollzeit und beziehen zusätzlich Hartz IV – wie viele »Deutsche« auch. Im Gegensatz zu ihnen können aber ImmigrantInnen aus diesem Arrangement schlecht ausbrechen: wer kündigt oder aufmuckt, riskiert, ohne Arbeit sehr schnell die Aufenthaltsberechtigung zu verlieren.

Nach einem Jahr sozialversicherungspflichtiger Arbeit folgt der Anspruch auf ein halbes Jahr ALG I, anschließend maximal sechs Monate Hartz IV zur erneuten Arbeitssuche. Viele Sozialbehörden machen bei einem Antrag auf Sozialleistungen Meldung an die Ausländerbehörde, die anschließend die Ausreise verfügt – auch bei Bürgern aus EU-Kernstaaten. Die für die Flüchtlinge proklamierte »Verzahnung« von Arbeits- und Ausländerbehör-

[2] Zum Entsendegesetz ausführlich Wikipedia: https://de.wikipedia.org/wiki/Arbeitnehmer-Entsendegesetz

[3] Die Welt, 15.11.2015, *Flucht in den Arbeitsmarkt: Einwanderer konkurrieren kaum mit Einheimischen. Aber umso mehr mit früheren Migranten*

de ist hier bereits Realität. Schließlich ging der Kampagne gegen »Asylmissbrauch« durch Flüchtlinge vom Balkan eine gegen »Armutszuwanderung« aus Bulgarien seit Ende 2013 unmittelbar voraus.

Das »Erwerbspersonenpotenzial« der Flüchtlinge

Innerhalb der herrschenden Klasse gibt es zwei gegensätzliche Pole: Der am konsequentesten von den Grünen vertretene Liberalismus fordert die Öffnung der Grenzen und will dafür sozialstaatliche Leistungen und Garantien schleifen; wer hier herkommen will, soll kommen, aber dann selber zusehen, wie er überlebt. Das andere Extrem wird in der Exekutive von den Vertretern des Tiefen Staats und auf der politischen Bühne von NPD/AFD/CSU und Teilen von SPD und CDU vertreten: Schließung der Grenzen, Verschärfung der Kontrollen, weitere Aufrüstung der »Dienste«. Zwischen diesen beiden Polen bewegt sich der gegenwärtige Aushandlungsprozess: Aber *im Ziel* ist man sich einig, wie man an der Debatte um die *Integrationspflicht* sieht: man will aus den Zuwanderern eine Art »Turbodeutsche« machen und mit ihnen die Neuordnung des europäischen Arbeitsmarkts durchsetzen – nach innen und nach außen abgesichert durch den »Krieg gegen den Terror«.

Je nach Branche wollen die Unternehmer den Flüchtlingen unterschiedliche Rollen auf dem Arbeitsmarkt zuweisen. Das IAB geht davon aus, dass das »Erwerbspersonenpotenzial« aus Reihen der Asylbewerber 2016 um 380 000 zunehmen wird, nachdem es 2015 noch kaum gestiegen ist. (*Zuwanderungsmonitor* vom November 2015). Der *Sachverständigenrat zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung* hingegen rechnet laut *Spiegel Online* mit einer nur allmählich steigenden Erwerbstätigkeit der heutigen Flüchtlinge, sie werde in den kommenden zwei Jahren kaum über 100 000 hinausgehen.

Mitte Oktober kam es im Unternehmerlager zum öffentlichen Streit über die Integrationspolitik. Michael Knipper vom Verband der Deutschen Bauindustrie kritisierte die »undifferenzierte Euphorie großer Teile der deutschen Industrie«. Die Bauindustrie ist eine stark zyklische, transnationale Branche mit überwiegend migrantischen Arbeitskräften. Sie setzt nicht auf das *know how* einer lokalen Arbeiterklasse und »Innovationsfähigkeit«, sondern auf Rationalisieren und Kostensenken durch immer schlechtere Arbeitsbedingungen. Teile der verarbeitenden Industrie sehen das anders. Sie brauchen dringend »neuen Schwung« in den Betrieben und suchen Arbeitskräfte, die noch an einen Aufstieg glauben und sich hocharbeiten wollen – Eigenschaften, die weiten Teilen der zweiten und dritten Immigrantengeneration längst ausgetrieben worden sind.

Flüchtlinge auszubilden und längerfristig an die Betriebe zu binden, erfordert nicht nur einen gesicherten Aufenthaltsstatus und Sprachförderung, sondern auch die Lösung ihrer Bindungen ans Heimatland. Wer Geld nach Hause schicken muss, kann mit dem vergleichsweise niedrigen Lohn während der Lehre wenig anfangen und macht lieber einen Aushilfsjob zum Beispiel in der Großmarkthalle, wenn dort der Mindestlohn gezahlt wird. Deshalb braucht das Kapital eine Mischung aus Druck und Angeboten. Für Flüchtlinge beginnt die »Integration in den Arbeitsmarkt« seit dem 1. August 2015 unterhalb des Mindestlohns über z. T. langfristige Praktika oder eine »Einstiegsqualifizierung« (EQ), deren Höchstdauer gerade von sechs auf zwölf Monate verlängert wurde. Mit dem Argument »mangelnder beruflicher Eignung« kann sie problemlos ausgeweitet und vor oder hinter die eigentliche handwerkliche Ausbildung von jungen Erwachsenen und Langzeitarbeitslosen geschoben werden.[4] Der Druck entsteht durch die Verpflichtung zu arbeiten, um den Aufenthaltsstatus zu halten – »Verzahnung von Arbeitsagentur und Ausländerbehörde« eben!

Söldner von Frontex

Das Migrationsregime der EU kann nur funktionieren, wenn es in der Lage ist, über das eigene Territorium Arbeitsmärkte zu strukturieren. Wirtschaftliche Rahmenabkommen wie die *Euro-Mediterrane Partnerschaft* (EUROMED) werden von einer politisch-militärischen Kooperation begleitet. Abkommen über die militärische Sicherung der Grenzen und die Rücknahme von unerwünschten MigrantInnen enthalten auch – als »Bonbon« – temporäre und an einen Arbeitsplatz gebundene Einwanderung, wie die sogenannten EU-*Mobilitätspartnerschaften* mit Mittelmeeranrainern und osteuropäischen Staaten. Eine strategische Rolle spielt die Türkei als Schleusenwärter im Südosten. Auf dem G20-Gipfel in Antalya wurde ein Drei-Milliarden-Euro-Deal angebahnt, wonach die Regierung Erdoğan Syrern in der Türkei Aufenthalts- und Arbeitsrechte einräumen und gleichzeitig Flüchtlinge in ihre Herkunftsländer abschieben soll. Für die stärkere Abschottung der EU-Außengrenze durch die Türkei will die EU im Gegenzug die Visapflicht für türkische Staatsbürger lockern und damit auch die Arbeitsmöglichkeiten für Türken in der EU erweitern. Solche Abkommen setzen voraus, dass alle staatlichen Akteure mitspielen, die pakistanische und die afghanische Regierung haben sich aber kürzlich geweigert, aus der EU abgeschobene Staatsbürger »zurückzunehmen«. Und einen ums politische Überleben kämpfenden Erdoğan

[4] Was ist im »Asylbeschleunigungsgesetz« beschlossen worden?
- Einstufung der »Westbalkanländer« als sichere Herkunftsstaaten
- Sachleistungen in den Erstaufnahmeeinrichtungen statt Bargeld
- Beschleunigung von Abschiebungen: Künftig darf nach Ablauf der Frist zur freiwilligen Ausreise der Abschiebungstermin nicht angekündigt werden. Maximal darf eine Abschiebung nur noch drei statt sechs Monate ausgesetzt werden. Die Länder können damit Abschiebungen kaum noch aufgrund politischen Drucks aussetzen.
- Leiharbeitsverbot für Asylbewerber sowie Geduldete entfällt nach drei Monaten, wenn es sich um Fachkräfte handelt, für geringer Qualifizierte erst nach 15 Monaten
- Zuschüsse des Bundes für Sozialwohnungsbau und Übernahme von Kosten für Unterbringung
- Erleichterungen beim Baurecht (Brandschutz(!) und Wärmedämmung)
- Verzahnung von Arbeits- und Migrationsministerium. Der Datenaustausch zwischen den Behörden soll nicht mehr der Aufdeckung von »Missbrauch« staatlicher Leistungen dienen, sondern der Überprüfung, ob sich Asylbewerber bemühen, zu arbeiten. Das Arbeitsamt soll die Daten zum Verfahrensstand nutzen, um je nach Einschätzung zu fördern, zu fordern oder ganz fallen zu lassen.

wird noch so viel Geld nicht davon abhalten, Grenzen zu öffnen und zu schließen, Kriege anzuzetteln usw., solange es dem eigenen Machterhalt dient.

Auch die markigen Abschlusserklärungen vom EU-Afrika-Gipfel auf Malta Anfang November konnten nicht darüber hinwegtäuschen, wie wenig Kontrolle die Staaten über das globale Migrationsgeschehen haben. Das Kalkül der EU, die große Masse an Flüchtlingen in Nachbarregionen zu belassen, und von dort Menschen temporär ein- und im Bedarfsfall wieder ausreisen zu lassen, könnte höchstens dann aufgehen, wenn in diesen Regionen Arbeits- und Lebensmöglichkeiten bestünden. Dies scheint nicht nur in Nordafrika, sondern auch auf dem Balkan, etwa im Kosovo, ferner denn je. Deswegen werden immer wieder temporäre Ventile geöffnet. Seit Sommer gibt es für einige Balkanländer Anwerbeabkommen: Ab 2016 dürfen auch »wenig Qualifizierte« aus den Westbalkanstaaten bei einem konkreten Ausbildungs- oder Arbeitsplatzangebot in der BRD arbeiten – wenn sie bis zum 24.10. ihren Asylantrag zurückgezogen haben und ausgereist sind.

Chancen auf Verallgemeinerung?

Arbeiterarbeit, also allgemeine Arbeit mit den Händen – egal ob in der Landwirtschaft, auf dem Bau oder in der Industrie – wird zunehmend von migrantischen ArbeiterInnen gemacht. Das gilt weltweit wie auch in der EU. Die MigrantInnen ertragen diese Jobs, weil sie Schlimmeres gewohnt sind. Gemeinsame Kämpfe mit ihren KollegInnen sind schwierig, wenn sie benutzt werden, um die Bedingungen allgemein abzusenken – und noch schwieriger, wenn die »Besserverdienenden« von ihrer Überausbeutung profitieren. Kämpfe von MigrantInnen gab es in den letzten Jahren vor allem dort, wo sie auf Arbeit praktisch unter sich sind, in der Landwirtschaft und der Logistikbranche Italiens. In der BRD mit den regulierten und vielfach abgestuften Zugängen zum Arbeitsmarkt hat es sehr viele Konflikte, aber noch kaum größere Kämpfe von MigrantInnen gegeben.

Im letzten Jahr haben die Flüchtlinge aber nicht nur die Regierung zu einem Kurswechsel gezwungen und die vielen Hunderttausend HelferInnen politisiert, sie haben durch ihre schiere Masse auch wieder Themen wie Lohn, Arbeitsbedingungen, Wohnungsfrage… zu *öffentlichen* Themen gemacht. Keine dieser Fragen ist ein Selbstläufer, alle sind umkämpft. Der Staat erzeugt z. B. in der Versorgung mit Wohnungen Konkurrenz, indem zwar wieder Sozialwohnungen gebaut werden, dann aber zuerst für Flüchtlinge. Deswegen sind Kämpfe um Wohnraum und die aktuellen Besetzungen so enorm wichtig! Es geht um bezahlbaren Wohnraum *für alle.* (siehe im Bericht zum Kongress in Potsdam den Punkt zu Hausbesetzungen)

Ein weiteres Beispiel sind Großunterkünfte in Randbezirken mit schlechter Verkehrsanbindung und schlechter Versorgung mit KiTas, Schulen, Ärzten usw. Dagegen versuchen sich oft Initiativen Gehör zu verschaffen, die sich manchmal widersprüchlich artikulieren. Die in den letzten Monaten zu medialer Prominenz gelangte Initiative »Nein! zur Politik – Ja zur Hilfe« im Hamburger Vorort Neugraben ist ein Beispiel für eine pragmatische Opposition gegen eine solche Flüchtlingspolitik. In ihrer betonten Abgrenzung gegen Rassismus unterscheidet sie sich deutlich von Pegida-Verlautbarungen. Die Linke muss zuweilen richtig hinhören, bevor sie in solchen Fällen den Faschismusvorwurf zückt.

Die mancherorts tatsächlich vorhandene Hegemonie der Rechten baut auf eine große soziale Verunsicherung, die nicht allein auf materielle Verluste zurückzuführen ist. Die verschärfte kapitalistische Konkurrenz zersetzt auch die gewohnten sozialen Netze und das persönliche Lebensumfeld. Selbstverständlich ist gegen die kulturelle Hegemonie der Rechten klare »antifaschistische Kante« notwendig. »Kulturkampf« reicht aber nicht; wir müssen aus dem sozialen Antagonismus heraus weitergehende Handlungsperspektiven entwickeln. Die Möglichkeiten dazu sind durch die massenhafte Ankunft der Flüchtlinge besser als in den letzten Jahren! Wir können auch die Fragen beackern, die durch die Flüchtlinge wieder zu öffentlichen, gemeinsamen, *sozialen* Fragen geworden sind. Die radikale Linke kann außerdem Impulse geben, indem sie mit der Unterstützung migrantischer Kämpfe die Begrenzung auf die *Community* zu überwinden hilft – dabei sind auch selbstorganisierte Sprachkurse nützlich! Der Widerstand gegen Abschiebungen und für ein Aufenthaltsrecht ist eine Voraussetzung, damit sich Kämpfe entwickeln können. Es geht dabei aber weniger um juristische Titel als um den Widerstand gegen Repression, gegen Überwachung, gegen Razzien in Vierteln und auf der Arbeit. Wo auch immer wir die Flüchtlinge unterstützen, werden wir mit dem Staat konfrontiert – er macht je nach Situation Integrationsangebote oder schlägt repressiv zu. Beiden Optionen können wir nur entgegentreten, wenn wir von den Bedingungen der gesamten Klasse ausgehen – und wenn klar ist, dass wir selber uns keinesfalls in den Staat integrieren wollen. ■

Willkommenskultur:
Kümmern oder kämpfen?

Das Folgende wurde von einem Genossen geschrieben, der in Österreich in der Flüchtlingshilfe und im Kampf gegen Abschiebungen aktiv ist.

Im Spätsommer 2015 feierten viele linke BeobachterInnen den Flüchtlingsstrom regelrecht ab als neue »revolutionäre Welle«, andere lasen ihn als vorübergehendes »Sommermärchen«, das der ebenso wachsenden Fremdenfeindlichkeit weichen wird müssen. Differenziertere Näherungen fragen meist nach dem Charakter der »Willkommenskultur« und nach möglichen Kämpfen mit antikapitalistischem Potential. Denn viele Kämpfe sind zwar entschlossen und manchmal heftig – flauen aber sehr schnell auch wieder ab. Die meisten Beteiligten (egal ob Flüchtlinge oder »Willkommenskultur«) handeln selten aufgrund langfristiger Überlegungen, sondern vielmehr unter dem Eindruck sich plötzlich ergebender *Notwendigkeiten;* ihr Handeln ist von *konkreten* Zielen geleitet, die innerhalb eines bestimmten Zeitraums erreicht werden können und müssen.

Die kollektive Dimension der Kämpfe

Die seit Jahren wachsende Fluchtbewegung hat hochgradig organisierte Züge – und das nicht nur durch kriminelle Schlepperorganisationen, die das Elend der Flüchtenden in Milliardenprofite verwandeln. Sondern daneben durch völlig unterschiedlich große, manchmal professionell oder »kommerziell«, teilweise aber auch aus sozialen Motiven agierende Gruppen oder Individuen, die Fluchthilfe betreiben.

Und hier besteht ein fließender Übergang zur *Selbstorganisation* der Flüchtlinge – die intensive, solidarische und improvisierte Kooperation der Massen von MigrantInnen, die unabdingbar ist für die Bewältigung einer illegalen Odyssee über Staatsgrenzen und Kontinente hinweg. Du gehst diesen Weg mit Freunden, oder du musst dir für den Weg welche suchen. Das erfahren alle Flüchtlinge. Auch nach überstandener Reise wird die sich schnell verändernde Informationslage möglichst in Echtzeit an nachkommende Flüchtende vermittelt. Angekommene machen manchmal fast journalistische Arbeit über alles, was Auswirkungen auf die Möglichkeiten der Reise hat, und koordinieren die Flucht von anderen über direkte Kontakte oder Web-Plattformen.

Dieser Hintergrund ist wichtig, um die Ereignisse vom Sommer und Herbst 2015 richtig zu beurteilen: *Massen von Menschen* überrannten alle Staatsgrenzen auf der Balkanroute bis nach Deutschland und machten europäische Staatsapparate zeitweise handlungsunfähig. Ein riesiger Tross von weitgehend rechtlosen Menschen bahnte sich einen Weg durch alle Absperrungen, rannte Zäune nieder, oder schob, wenn nötig, gewaltbereite Polizisten einfach beiseite. Eine Folge waren die Zugtransporte, mit denen die europäischen Regierungen monatelang hunderttausende Flüchtlinge nach Mitteleuropa transportieren *mussten*.

Die Kämpfe entstanden aus einer konkreten Notlage heraus, sie waren alternativlos – Umkehren ist in so einer Situation, mit dem Mittelmeer und der Gewalt im Heimatstaat im Rücken, schlicht und einfach keine Option; Stehenbleiben angesichts der desaströsen Perspektive für Flüchtlinge in den südosteuropäischen Staaten auch nicht. Wer hinter dem kämpferischen Druck dieser Migrationswelle so was wie eine »ideologisch« motivierte Bewegung sieht oder gar eine bewusste Fortsetzung von politischen Kämpfen in den Herkunftsstaaten, verklärt auf zynische Weise die Verzweiflung von Menschen, die sich in Widerstand gegen polizeiliche Repression verwandeln musste.

Trotzdem waren das kollektive, zwar meist improvisierte und zeitlich begrenzte, aber durchaus auch *organisierte Kämpfe*. Das zeigen die Videos von den Demonstrationen an den Grenzen, oder von koordinierten Attacken gegen Polizeibarrieren, die den Durchbrüchen von Mazedonien bis nach Mitteleuropa vorausgingen. Das zeigen auch die erneuten Proteste am Balkan, etwa in Idomeni (Griechenland-Mazedonien) gegen die plötzlich rigoros durchgezogene Selektion von »echten« und »Wirtschaftsflüchtlingen« seit Ende November.[1]

[1] Ab Mitte November ließen die Regierungen von Mazedonien bis Slowenien plötzlich nur noch Menschen mit syrischem, irakischem und afghanischem Pass passieren. Dadurch werden Menschen aus Staaten wie Pakistan, Iran, Bangladesch, Sudan, Algerien usw. mit dem Hinweis auf den »Juncker-Plan« plötzlich kollektiv zu »Wirtschaftsflüchtlingen« degradiert und stranden an den Balkangrenzen. In Idomeni blockierten Flüchtlinge daraufhin erneut Bahnübergänge, versuchten den Durchbruch, traten in Hungerstreik, viele nähten sich die Lippen zusammen.

»Willkommenskultur«

Die beeindruckende Solidarität der europäischen Bevölkerung mit den Flüchtlingen begann nicht erst in Wien oder München, sondern war, sicherlich in unterschiedlicher Intensität, eine Begleiterin des Flüchtlingszugs durch ganz Europa. Ein eindrückliches Beispiel dazu liefern die Berichte der spendenfinanzierten Gruppen freiwilliger HelferInnen aus Halle und Leipzig, die im September und Oktober 2015 in Ungarn, Kroatien und Serbien humanitäre Arbeit leisteten. Neben den ausführlichen Informationen zu staatlich gewollten oder provozierten »Versorgungskrisen«,[2] oder endlich mal glaubwürdigen Schilderungen von Kämpfen, wie bei den Zusammenstößen mit der Polizei bei Horgoš (Serbien-Ungarn), berichten die Aufzeichnungen von der Zusammenarbeit mit ähnlichen Gruppen aus verschiedenen, oft osteuropäischen Ländern an allen Einsatzorten. Dass »Willkommenskultur« auch in Ländern passiert, die man gerne in eine nationalistische Ecke rückt, zeigt auch die Unterstützung von normalen Leuten im Dreiländereck Kroation-Ungarn-Serbien, etwa eines Bauern in Tovarnik, der die Gruppe mit Strom versorgte; einer Rentnerin aus dem nahegelegenen Ort Opatovac, die per Handkarren selbstgestrickte Socken verteilte; oder des Pfarrers von Sid (Serbien), dessen Gehalt zu einem Drittel für Strom draufging, damit Flüchtende bei ihm zu Warmwasser kommen. Ein Einsatzort der deutschen Hilfsgruppe war auch Belgrad, wo Freiwillige ebenfalls ein Refugee-Camp organisiert hatten.

Daneben gab es als »radikale« Variante der Unterstützung ein eigenes kleines Massenphänomen: die »Schlepperei« von Privatpersonen an der Route zwischen Ungarn und Deutschland. Hier war die Situation im Spätsommer 2015 absolut diffus (erst Öffnung aller Grenzen, dann wieder Kontrollen, plötzlich totale Schließung von Ungarns Südgrenze), konstant war hingegen die Präsenz von Leuten, die Flüchtlinge kostenlos und manchmal *grenzübergreifend organisiert* in ihren privaten PKWs Richtung Norden schafften.

Es braucht hier keine weiteren Aufzählungen von Flüchtlings-Solidarität auch in anderen Staaten, zumal einzelne Anekdoten auch nicht über die allseits parallel wachsende Xenophobie hinwegtäuschen können. Wichtig ist: Unterstützung, egal ob kämpferisch oder karitativ, gab's überall. Wenn die Staaten nun alte Grenzen hochziehen und das Kontrollregime drastisch verschärfen, dann sollten wir diese europaweite Solidarität nicht vergessen.

Die Kämpfe in den Zielländern

Erreichen Flüchtlinge ihr geographisches Ziel, ändert sich ihre Situation grundlegend. Nun geht's darum, sich aus einer weitgehend rechtlosen Lage heraus eine stabile Situation zu schaffen – und das funktioniert anders. Staatliche Sicherheitskräfte sind nur noch dann ein direkter Gegner, wenn ein Bleiberecht verweigert wird. Aber selbst der Widerstand gegen Abschiebungen – wie alle anderen Kämpfe von Flüchtlingen in den Zielländern – richtet sich nicht mehr primär gegen Sicherheitskräfte, sondern defensiv gegen die Repression der *Bürokratie;* man kann sich nicht mehr direkt gegen staatliche Organe richten, man will etwas *von ihnen.* Damit verlieren die meisten Kämpfe zwangsweise den massenhaften und explosiven Charakter. Das hat auch eine rein psychologische Ursache: kein Flüchtling hat sich für Flucht und Kampf gegen Grenzregime *entschieden*, das wurde ihnen durch Gewalt und Elend in den Heimatstaaten aufgezwungen, und nach den ganzen Traumata ist der sehnlichste Wunsch, endlich *Stabilität* zu finden. Manche Linke enttäuscht das, aber das ist die Realität von Flüchtlingen; deshalb lassen sich Kampferfahrungen von der Flucht nur schwer »importieren«.

Trotzdem herrscht nicht nur Passivität. Proteste und Demonstrationen gibt es *überall*, in jeder Regionalzeitung erscheinen Berichte vom nächstgelegenen Heim, in dem gegen miese Unterbringung und Versorgung, penible Bevormundung oder Schikane durch die Betreuung protestiert wird; oder über gewalttätige Konflikte der BewohnerInnen aufgrund der unerträglichen Enge – leider oft entlang ethnischer Identitäten. Und nicht nur in Groß-, sondern auch in Kreis- oder Bezirksstädten wiederholen sich Demonstrationen vor Ämtern oder Rathäusern, um sich gegen ungerechte oder unerträglich lahme Verfahren zu wehren.

[2] Diese lesenswerten Berichte räumen mit der Propaganda auf, wonach die (halb)staatlichen Organisationen aufgrund der »Flüchtlingswellen« angeblich nicht mehr »Herr der Lage« waren. An mehreren Grenzen wurden vorhandene Hilfsgüter zurückgehalten, freiwillige Hilfstrupps von den Menschen ferngehalten, ihre Arbeit kriminalisiert, die Ausrüstung teilweise durch Räumungen zerstört. Der Zugang zu den staatlichen Lagern wurde aus Gründen der medialen Abschottung massiv behindert usw. http://antiranetlsa.blogsport.de/images/BalkanberichtHalleLeipzig_2015_10.pdf

Also *transformieren* sich die Erfahrungen von der Reise auch in Kämpfe hier, eben unter anderen Voraussetzungen. Die geänderte Realität von Flüchtlingen zeigt sich beispielsweise auch in der manchmal demonstrativ zur Schau gestellten Unterwürfigkeit, wenn sie »Dankbarkeit« zeigen. Sie sind sich des Integrationsdrucks bewusst und wissen um den herrschenden (Alltags-)Rassismus. Und viele setzen dann (gezielt?) beim rückständigen Bewusstsein des skeptischen Teils der Bevölkerung oder deren politischer Vertretung an, wollen mit Dankbarkeit und gemäßigten Botschaften deeskalierend wirken.

karitativer Charakter?

Die »Willkommenskultur« hat in der Hauptsache karitativen Charakter, das ungeheure Engagement von Freiwilligen arbeitet letztlich dem Staat zu. Die Hilfe ist teilweise Vehikel für »abendländische« Missionarstätigkeit. Viele sonnen sich unreflektiert in der Dankbarkeit der Leute, auch wenn die nicht immer echt ist – die meisten Flüchtlinge wissen um den Zusammenhang zwischen westlichem Imperialismus und der Zerstörung ihrer Gesellschaften. Viele andere handeln aber nicht aus christlicher Nächstenliebe oder naivem Gutmenschentum, ihr Engagement rührt auch von einer *systemkritischen Haltung* her. Viele sind angeekelt von der Ignoranz der Regierungen gegenüber so viel Leid, wissen vielleicht auch um die imperialistische Dimension, schämen sich für das eigene Land. Ihre humanitäre Hilfe ist auch eine Antwort auf die beschämende Unwilligkeit des Staates, selbst grundlegende Infrastruktur zur Verfügung zu stellen. Und »brav« blieben die wenigsten Hilfsinitiativen, viele machten ihrer Kritik Luft. Die Initiativen um den Münchner Hauptbahnhof kritisierten im Oktober öffentlich, dass sie zuerst für den Staat einspringen sollten, und dann plötzlich, nach Einführung der Grenzkontrollen, in den Grenzorten Chaos öffentlichkeitswirksam produziert wurde, während in München riesige Kapazitäten brach lagen. Die freiwilligen HelferInnen vor dem Berliner Lageso lehnten eine Einladung des Senats zum »Dankeschön« mit Sektempfang demonstrativ ab, nachdem sie selbst bis zur Erschöpfung arbeiteten, Flüchtlinge auf der Straße saßen, und die zuständigen Ämter jeden Tag pünktlich um 18 Uhr ihren Dienst einstellten.

Insgesamt politisiert die Teilnahme an den Initiativen in eine positive Richtung, und seitens der »HelferInnen« besteht etwa in Hamburg und Berlin ein klarer Bezugspunkt zu Initiativen, die die Konflikte mit dem Staat suchen und austragen. Ähnliche Prozesse liefen wahrscheinlich in allen größeren Städten. Ein klares Stadt-Land-Gefälle à la »Stadt ist progressiv, Pampa ist reaktionär« zeigt sich aber überhaupt nicht. In Österreich gab es gerade in der Provinz teils hartnäckigsten Widerstand gegen Abschiebungen. In der ländlichen Vorarlberger Gemeinde Alberschwende hat im Frühling eine 150 Leute starke, extrem bunte AktivistInnen-Gruppe (von Linksradikalen über den Dorfpfarrer bis hin zur »Unbeugsamen«, der konservativen Bürgermeisterin) erstmals *erfolgreich* die innereuropäische Abschiebung von »Dublin-Fällen« verhindert. Das hat österreichweit mediales Echo gefunden, seitdem wurden auch in anderen Vorarlberger Gemeinden Dublin-Abschiebungen verhindert. Besonders beeindruckend sind die heftigen Auseinandersetzungen zwischen rechten Initiativen, die sich gegen die Neueröffnungen von Asylheimen einschießen, und den *Gegeninitiativen*, die solche manchmal regelrecht vom Platz fegen. Beispiele dafür gibt's massenhaft, etwa im niederösterreichischen Pöchlarn. Die Soli-Demos für Flüchtlinge sind zum Teil bombastisch, jene in Wien war mit 50 000 Leuten, darunter vielen Flüchtlingen, die größte seit 1999.

Auch wenn der Bewegung gerade die Puste ausgeht, Teile sich vom Staat vereinnahmen lassen, und über kurz oder lang von einer »Bewegung« vielleicht nichts Maßgebliches übrig bleiben wird: Sie hat schon jetzt etwas aufgezeigt! Die praktische Solidarität von Hunderttausenden setzte dem neoliberalen Zeitgeist eine klare Grenze. Hier hat sich etwas *entladen*, das schon da war und vielleicht auf eine Gelegenheit gewartet hat, sich zu manifestieren.

Dass sich Flüchtlinge aufgrund irgendwelcher Erfahrungen einfach so »kämpferischer« geben sollten als »wir« ist naiv, eigentlich zynisch. Jene, die sich ihre Pässe erkämpfen, werden vielfach als billige Arbeitskräfte ausgebeutet, als Lohndrücker instrumentalisiert werden. Angesichts der Lebensumstände, aus denen sie kommen, wollen sie erstmal in Sicherheit leben. Aber da unterscheiden sie sich gar nicht allzu sehr von den ArbeiterInnen hier.

Erstmal sind Gespräche über ihre Erwartungen an das Leben *hier* wichtig. Nur in der Auseinandersetzung darf man erwarten, dass sie sich für »unsere« Probleme, für die Auswirkungen ihrer Ankunft auf die soziale Entwicklung in Europa überhaupt interessieren. Dass hunderttausende Menschen von einem beachtlichen Teil unserer Bevölkerung willkommen geheißen wurden, kann doch *Bewegung* in solche Gespräche bringen. Auch, dass sie von Selbstorganisation in Krisensituationen, von globalem Kapitalismus und dessen Kriegen was erzählen können. Das oft sehr »internationale« Bewusstsein von Flüchtlingen kann schnell eine Brücke für Gespräche über Ausbeutung bilden. ■

Nur WINKEN IST NICHT GENUG

Ich bin in Lüneburg in einer Willkommensinitiative, die sich vor drei Jahren gegründet hat, um der spürbaren Solidarität mit Geflüchteten einen Fokus zu geben.

Bei uns hat sich die Situation in den letzten Monaten krass verändert. Wo ich vor zwei Jahren noch Beratungen zum Asyl- oder Dublinverfahren gemacht habe, spielt das jetzt überhaupt keine Rolle mehr. Zum einen aufgrund der Menge der Geflüchteten – weil es im Moment nicht an der Zeit für individuelle Beratung ist, vielmehr aber, weil immer mehr der Eindruck entsteht, dass das BAMF sowieso individuelle Ansprüche überwiegend nicht mehr prüft. (Wie auch? Gerüchteweise kriegen Leute, die Entscheider werden sollen, einwöchige Kurse zur Qualifikation...).

Ausnahmezustand. Die staatliche Struktur kommt mit Kontrolle und Verwaltung nicht mehr hinterher seit mindestens einem Jahr. Gerüchte über Gesetze ersetzen das Gesetz.

Das beeindruckenste Beispiel für mich war die Entstehung des Runs nach Deutschland vor drei Monaten im Sommer: Am 24. August schickt eine Beratungsstelle ein angebliches Papier vom BAMF über eine niedersächsiche Mailliste, dass das Dublin-Verfahren für Syrer aufgehoben ist. Das wird von mehreren Unterstützer-Webseiten aufgegriffen, am 25. titeln dann die Tagesschau und SpOn, dass das Dublin-Verfahren für Syrer ausgesetzt sei. War nur ein Schreibtischentwurf einer Mitarbeiterin. Aber zu spät: Wahrscheinlich zusammen mit dem Zaunbau in Ungarn bewirkte dieses Gerücht und seine Veröffentlichung den Start des Trecks, der dann eine Woche später zu den überfüllten Bahnhöfen in Budapest, den Autobahnwanderungen, den Willkommensszenen in München, dem »Kanzlerinnenwort«, etc. führte (Ungarn bezog sich explizit auf diese Falschmeldungen vom »ausgesetzten Dublin-Verfahren«, als es die Züge auf den Weg Richtung Deutschland brachte).

In Lüneburg und Umgebung sind dann seit drei Monaten Notunterkünfte eingerichtet worden, in Niedersachsen werden sie betrieben von Verbänden, die auch für den Katastrophenschutz eingesetzt werden – DRK, ASB, in Lüneburg betreibt der DLRG eine Notunterkunft in einem Teil einer Bundeswehrkaserne. Niemand vom Personal hat dort Ahnung über die rechtliche oder sonstige Situation von Geflüchteten. Kann man ihnen auch nicht vorwerfen, die Leute sind eben für Katastrophenschutz (ja genau: Ausnahmezustand) ausgebildet. Weil die Leute nicht ausgebildet sind, kann es schon mal passieren, dass jemand, der aufgrund eines Hirntumors epileptische Anfälle bekommt, nicht ins Krankenhaus kommt. Oder ein Mann wird nicht operiert, obwohl er aufgrund von Explosionsverletzungen seinen Arm verlieren könnte.

Und solche Geschichten werden dann von Freiwilligen festgestellt, die dann Behandlungen durchsetzen...

Unser Ansatz ist simpel: In die Unterkünfte gehen. So viel Möglichkeiten für Kontakt zwischen Geflüchteten und Leuten von hier herstellen wie möglich. Das läuft über unbezahlt angebotene Sprachkurse, Teestunden etc. und ist zunächst erst einmal brave staatstragende Sozialarbeit. Über das Kennenlernen werden dann aber auch die Asylverfahren und die Lebensbedingungen in den Unterkünften Thema. Es kann gemeinsam etwas unternommen werden - was die Angestellten in den Unterkünften als Teil der sozialstaatlichen Verwaltung nie machen würden.

Normale Leute von hier lernen Menschen aus Kosovo, Albanien, etc. kennen – und finden es auf einmal ungerecht, dass die abgeschoben werden sollen. Fragen, was man machen kann. Ob man sich auf die Straße setzen soll, um die Abschiebung zu blockieren.

Das haben inzwischen auch die Betreiber der Unterkünfte festgestellt und versuchen, die Zugänge für Untersützer_innen zu kontrollieren: In die DLRG-Notunterkunft in Lüneburg bekommt zur Zeit zwar die Freie Evangelische Gemeinde (aufgrund ihrer guten Verbindungen zur Bundeswehr) Zugang, nicht aber die Willkommensinitiative oder die *no border academy*. Die Stadtverwaltung hat einen »Ehrenamts-Koordinator« bestellt, der seine Aufgabe darin sieht, darüber zu informieren, dass in den Unterkünften keine Hilfe mehr gebraucht wird, die Leute sich lieber außerhalb der Unterkünfte engagieren sollen und der eine Datenbank über die Freiwilligen pflegt.

Wir haben neulich zusammen mit Geflüchteten eine Demonstration für schnellere Asylverfahren und einen Zugang für Freiwillige ins Notaufnahmelager gemacht. Mitarbeiter der Notunterkunft haben daraufhin im Camp Stimmung gemacht gegen die Teilnehmer_innen der Demo: »Because your demonstration, the Lüneburg people hating all of you!« Das stimmt natürlich nicht - und wir machen weiter. Mit gemeinsamen Treffen, kleinen Video-Clips zur Situation, Flugblättern. Nur Winken zum Willkommen ist nicht genug! ■

Brief aus Griechenland:

Flüchtlinge als Verhandlungsmasse der Regierung

Die links-rechte Koalitionsregierung Syriza-Anel hat die »migrantenfreundlichen« Wahlversprechen von Syriza aus dem Januar-Wahlkampf auch nach ihrem erneuten Wahlerfolg im September 2015 nicht erfüllt. Zunächst hatten die verantwortlichen Minister der ersten Koalitionsregierung öffentlich bekundet, die geschlossenen Lager abzuschaffen. Was unter der Nea Demokratia-Pasok-Regierung »Haftzentren« hieß, wird heute »Gastfreundschaftszentren für Migranten« genannt, es sind aber dieselben geschlossenen Anlagen mit Zäunen, Überwachung und Bullengewalt. Faktisch funktioniert auch die Migrationspolitik wie zuvor. Der große Unterschied ist eine andere Öffentlichkeitsarbeit (Besuche von EU-Vertretern zusammen mit dem griechischen Premier und Ministern auf griechischen Inseln und in den Lagern, um die Bedeutung des Problems hervorzuheben) und die Forderung nach mehr EU-Geldern. Von diesen profitieren nicht nur die Sicherheitsbehörden sondern auch direkte »Zulieferer« wie Catering-Firmen, NGOs usw. Die Flüchtlingswelle im Sommer 2015 belebte auch die lokalen Märkte (Lebensmittelhändler auf den Inseln, Leiharbeitsfirmen...). Dabei wurden die Flüchtlinge teilweise drastisch abgezockt. Einheimische haben oftmals Boote und ihre Motoren geklaut. Oder sie haben eine kleine Flasche Mineralwasser für zwei bis drei statt für 50 Cent verkauft. Manche haben drei bis fünf Euro verlangt, um einen Handy-Akku zu laden; Campingzelte, Hotelzimmer oder Imbissgerichte wurden teuer verkauft. Manche Flüchtlinge haben den Zivilbullen eine Provision bezahlt, um ihre Papiere schneller zu erhalten und von der Insel wegzukommen. Woanders wurden Migranten von Luxusjachten an unwegsamen Felsküsten ausgesetzt, und einige sind aus Erschöpfung ums Leben gekommen.

Die Ägäischen Inseln (Samos, Lesbos, Chios, Kos, Leros u. a.) sind vom Tourismus geprägt, aber seit vielen Jahren auch ein Einwanderungsweg aus Kleinasien. Aufgrund der klientelistischen Beziehungen der türkischen und griechischen Bullen zu den Schleppern ist der Transport von der türkischen Küste auf die griechischen Inseln eine der teuersten Etappen auf der Flüchtlingsroute nach Europa. Trotzdem klagte die griechische Regierung das Jahr 2015 über, die Türkei würde die Einwanderungswelle nicht kontrollieren – weil Griechenland damit Geldforderungen an die EU für humanitäre Hilfe und den Überwachungsapparat begründen konnte. Außerdem will sich Syriza vor ihren WählerInnen als machtlos (angesichts der EU-Migrationspolitik und des Notstands im Nahen Osten) darstellen und einen Konsens im migrantenfreundlichen Teil des Parteiapparats schaffen – während sie *faktisch* die konservativen und fremdenfeindlichen Teile der Bevölkerung bedient (hin und wieder auch durch flüchtlingsfeindliche Sprüche mancher Syriza-Mitglieder und natürlich sowieso vom Koalititonspartner Anel). Dass sie durchaus handlungsfähig wäre, zeigte die Regierung im Sommer 2015, als sie Flüchtlinge mit Fähren nach Athen und in andere Städte transportierte, um die lokalen WählerInnen zufriedenzustellen und die Touristen nicht zu belästigen.

Seit Beginn der Links-Rechts-Regierung (Februar 2015) waren die in Lagern inhaftierten Flüchtlinge immer wieder im Aufstand. Unmittelbare Anlässe waren Selbstmorde aus Verzweiflung oder Tote aufgrund von fehlender medizinischer Versorgung. Sie kämpfen gegen die schlechten Lebensbedingungen in den Lagern (mangelnde Ernährung und hygienische Infrastruktur, keine Krankenversorgung, Verbot der Kommunikation mit Rechtsanwälten, Folter usw.). Am 6. Juli 2015 gab es z. B. auf Lesbos einen Aufstand von 1000 Flüchtlingen.

Am 29. Oktober demonstrierten 500 Leute aus ganz Griechenland gegen den Grenzzaun am Fluss Evros an der griechisch-türkischen Grenze. Die Bullen hielten die Demo vom Zaun weg, es kam zu Auseinandersetzungen, die Bullen setzten Tränengas ein. Daraufhin wurde die Demo im nahegelegenen Dorf fortgesetzt. Bei der Versammlung in Thessaloniki, vor der Abreise mit Bussen und Autos zur Grenze, hatten antiautoritäre Gruppen die Syriza-Jugend daran gehindert, an der Mobilisierung teilzunehmen.

Rassismus ist eine Funktionsvoraussetzung der Flüchtlingslager; sie sind Ausdruck staatlicher Gewalt gegen Menschen nach dem Kriterium von Hautfarbe und Herkunft. Die Barbarei der Flüchtlingslager könnte in Zukunft aber auf breitere gesellschaftliche Gruppen angewandt werden, etwa die Masseninhaftierung von Leuten, die ihre Steuern oder Bankkredite nicht bezahlen können. ■

Which side are you on?

Als eine kleine Gruppe von Leuten, die sich vor Kurzem im Zuge der »Willkommenseuphorie« trafen, luden wir in Potsdam am 21. November 2015 zu einem DIY-Kongress für »*Refugees und Supporters*« ein. Denn wir hatten gemerkt, dass uns die politischen Entwicklungen überrollten und wir als »Helfer« zudem plötzlich Arbeiten und Aufgaben erledigten, die wir mit einem linksradikalen Selbstverständnis nicht vereinbaren konnten. Wir wollten diskutieren. Und das vor allem mit den MigrantInnen selber. Wir wollten der überheblichen Perspektive des »Wir helfen euch Armen« entfliehen und die vergangenen wie die aktuellen Kämpfe von MigrantInnen in den Mittelpunkt rücken, aber auch unsere eigenen und nach den Verbindungen dazwischen fragen. Letztlich waren über den Tag verteilt 100 teils organisierte Leute aus Berlin und Brandenburg anwesend, und der Anteil von MigrantInnen war recht hoch.

Die Langfassung der Thesen und des Abschlusspapiers findet ihr hier: https://linksunten.indymedia.org/de/node/163960

Im Zuge der Kongressvorbereitung sind wir zu folgenden Einstiegsthesen gekommen:

1. Die Lagerverwaltung soll die selbstbestimmte Mobilität von MigrantInnen unterbinden, um sie effizient zu registrieren und zu kategorisieren. Damit werden sie in einen Status gezwungen (Duldung), in dem sie mobil und flexibel jede Arbeit annehmen müssen. Gelingt ihnen das nicht und es fallen staatliche Kosten an, droht Abschiebung.

2. Vor 25 Jahren wurden die Asylgesetze in Deutschland schon einmal verschärft. Die dort erprobten Maßnahmen wurden zehn Jahre später mit den Hartz-Gesetzen in der Breite umgesetzt. Was zunächst für AsylbewerberInnen an Lebens- und Arbeitsbedingungen galt, sollte nun für weite Teile der »unteren Berufsgruppen« (auch viele radikale Linke) gelten.

3. Weder gegen die Asylrechtseinschränkungen noch gegen die Hartz-Gesetze gab es erfolgreichen Widerstand, denn soziale oder berufliche Gruppen kämpften politisch isoliert voneinander.

4. Aktuell stehen wir vor einer ähnlichen Entwicklung – mit dem Unterschied, dass wir es nicht mit bundesdeutschen, sondern mit weltweiten Verschärfungen der Lebens- und Arbeitsbedingungen zu tun haben.

5. Der Staat kennt nur die kapitalistische Logik. Das zeigt sich überall: Waffenexporte, Kriege, unternehmerische Lagerverwaltung von Geflüchteten, Reformen im Bildungswesen und auf dem Arbeitsmarkt… Wir müssen uns klar von dieser Logik distanzieren. Wir können nicht als VerwalterInnen dieses Staats auftreten.

Die Diskussionen und Erfahrungen aus ingesamt sieben Workshops haben wir in unserem Abschlusspaper ausgewertet. Dabei scheinen uns im Fazit drei Themen besonders von Bedeutung zu sein:

Häuser besetzen?

Nicht nur in Italien und Frankreich werden seit Jahren wieder Häuser besetzt, auch in der BRD gibt es wieder Besetzungen. Während die Motive im Einzelfall sehr unterschiedlich ist, scheint die Migration der gemeinsame Nenner zu sein. Uns war es wichtig, aus der jüngeren Vergangenheit zu lernen, das »Rad nicht neu zu erfinden« und vor allem nicht bereits begangene Fehler zu kopieren. Hierfür haben wir Erfahrungen von italienischen Hausbesetzungen gesammelt und Leute von einer Besetzung in Berlin eingeladen. Alle Leute berichteten unabhängig voneinander von dem Ausgeliefertsein an scheinbare Sachzwänge. In Berlin wurde z. B. ein großer Teil des Hauses zur Notunterkunft, in der die persönlichen Probleme der Leute wichtiger waren als die politische Dimension, in der sie entstehen. Letztlich haben die AktivistInnen mit und ohne Migrationserfahrung sehr darunter gelitten, weil sie in eine Situation rutschten, die sie nicht mehr unter Kontrolle hatten, aber auch nicht einfach aufgeben konnten. Es hat nicht funktioniert, den Raum einfach zur Verfügung zu stellen. Fazit: Es muss sofort von Anfang an um politische Standards gehen. Ein ausschließlich humanitärer Anspruch reicht nicht aus!

Wohlfahrtsindustrie? Ohne uns!

»Refugees« sind momentan ein großes Geschäft. Zu den Profiteuren gehören als gemeinnützig eingestufte sowie private Träger von Flüchtlingsunterkünften. Nun stehen wir vor einer Situation, in der viele Menschen, die sich eigentlich linken und linksradikalen Positionen verpflichtet fühlen, für solche Träger der Wohlfahrtsindustrie zu arbeiten beginnen, in dem Irrglauben, sie täten etwas Gutes. Wir haben versucht dieses Dilemma zu diskutieren

und waren uns einig: Wir sollten nicht daran mitarbeiten, Lager netter zu machen, sodass dieses System besser funktioniert, sondern wir müssen es angreifen. Neben den ökonomischen Vorteilen, welche die staatliche Struktur aus den Netzwerken von Ehrenamtlichen oder schlecht bezahlten, aber engagierten Angestellten zieht, gibt es auch ein großes Interesse an dem Wissen, das in linken Netzwerken und Supportgruppen vorhanden ist. 15 Jahre nach dem Staats-Antifa-Sommer haben wir es mit der Neuauflage dieses Prinzips, sprich mit einer »Staats-Antira«-Offensive zu tun. Die Bild-Zeitung titelt »Refugees Welcome«, während über Nacht sämtliche Errungenschaften der selbstorganisierten Kämpfe von MigrantInnen zunichte gemacht werden und das repressivste Asylgesetz in der Geschichte der BRD verabschiedet wird. Hunderttausende Freiwillige übernehmen die Erstversorgung und ersparen den Behörden jede Menge Kosten, während die Menschen von nun an nur entsprechend wirtschaftlicher Verwertbarkeit sortiert werden sollen. Die Rolle der SozialarbeiterInnen in diesem Kontext ist wieder einmal Befrieden und Verwertbarmachen. Wenn sich linke Menschen trotzdem entscheiden, in die geschilderte Verwaltungsindustrie einzusteigen, müssen sie sich sowohl über die Verwertung ihrer Arbeitskraft und ihres Wissens als auch über die möglichen Konsequenzen für ihre politischen Aktivitäten bewusst sein.

Arbeit verweigern!

Wir kommen also mal wieder nicht an der Frage vorbei: Wie verdiene ich meine Brötchen? In Vorbereitung zu einem Workshop haben wir Menschen mit und ohne deutschen Pass zu ihren Möglichkeiten Geld zu verdienen interviewt. Wir sprachen länger über das Wechselspiel zwischen Arbeitsamt und Ausländerbehörde, welche Arbeitsvertragszeiten und Duldungszeiten koppeln. Überraschend und neu waren für uns die Dimensionen der Illegalität, sowohl bei der Registrierung als auch bei der Jobsuche. Das ist sicherlich kein neues Phänomen, aber es drängen sich Fragen auf, die wir auch an uns selber stellen können. In die Illegalität zu gehen bedeutet in die völlige Vereinzelung unterzutauchen. Eine Tatsache, die auch Linke, wenn auch auf einer anderen Ebene, kennen. Wie sollen vereinzelte Leute kämpfen? Die Antwort müsste lauten: Indem sie überhaupt mal über ihren Alltag reden! Allgemein glauben die betroffenen Menschen, dass sie durchhalten müssen, wenn nötig auch über Jahre, irgendwann wird es besser. Die Deutschen denken dabei oft an Karriereleitern, MigrantInnen oft ans schlichte Überleben und das bedeutet Geld zu verdienen.

Doch dieser Durchhaltewille ist eine Selbsttäuschung. Die derzeitige Politik von EU und BRD verfolgt keinen vorgefertigten Plan und ist zugleich auch kein Versagen gegenüber Krisenerscheinungen. Vielmehr zeigt sich eine Transformation des politisch-ökonomischen Systems, zu der man sich nicht nicht verhalten kann. Die stattfindenden Veränderungen drängen jedeN von uns zu einer klaren Positionierung – »Neutralität« ausgeschlossen.

Es wäre ein guter Zeitpunkt mal wieder gemeinsam nach dem »Oben« und »Unten« zu fragen und (gerade als Linke) unser Verhältnis zum Staat neu auf die Reihe zu kriegen! ■

Zuhälterei – Das *Caporalato* und sein Umfeld

Im Spätsommer starben in Apulien mehrere italienische und migrantische TagelöhnerInnen bei der Arbeit in der Landwirtschaft. Daraus entwickelte sich in Italien eine Debatte, die zentrale Fragen berührte. Einige einflussreiche Kommentatoren verengten das Problem des *Caporalato* aber auf die Landwirtschaft in Süditalien und auf die Verbindung zwischen Mafia und Konservenindustrie. Damit verdunkelten sie letztlich die Frage der Arbeitsbedingungen und der Arbeitsverhältnisse, und zwar das Wiederauftauchen von illegalen Vermittlungsstrukturen, die sich in *mehreren Branchen* und in *mehreren Regionen* Italiens verbreitet haben. Die anhaltenden Kämpfe in der Logistik, vor allem in der Emilia und im Veneto, haben ein ziemlich ähnliches System enthüllt: migrantische ArbeiterInnen werden über falsche Kooperativen beschäftigt (siehe dazu ausführlich die Filmbesprechung auf S. 23). Genauso haben in der römischen Tourismusindustrie rumänische Vermittlungsagenturen jahrelang die Herbergsbetreiber mit frischer Arbeitskraft versorgt, die tunlichst keine Erfahrungen im Ausland haben sollte. Auch die Bauindustrie ist eine Branche, in der die illegale und halblegale Vermittlung von Arbeitskraft landauf landab verbreitet ist. Sicherlich können wir nicht alle diese

Caporalato lässt sich vielleicht am ehesten mit »Zuhälterei« übersetzen. Der *Caporale* ist eine Art Subunternehmer, der (häufig illegale) Tagelöhner auf den Feldern zu niedrigsten Löhnen arbeiten lässt und dafür vom Landwirt eine Pauschale kassiert.

Das italienische Original findet Ihr auf www.connesioniprecatie.org

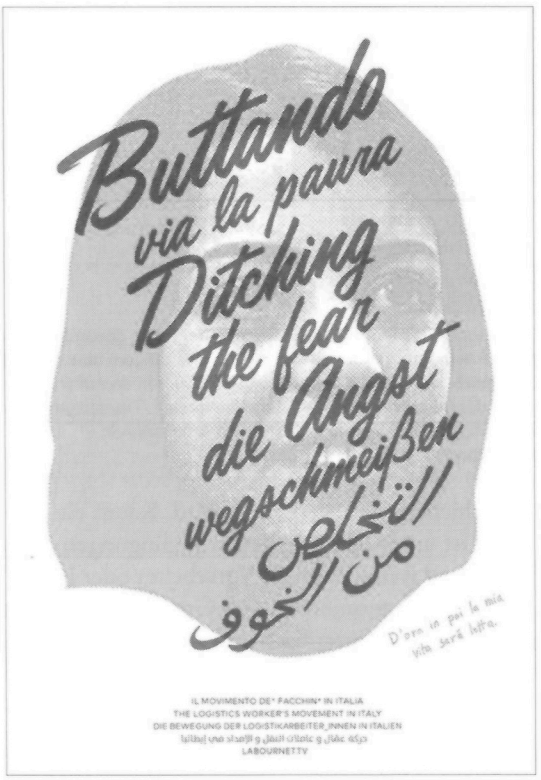
Beispiele unter dem Begriff *caporalato* zusammenfassen, aber sie alle sind geprägt vom schnellen Verschieben von Arbeitskraft und von einer doppelten Befehlsgewalt über die Arbeitskraft, die sich letztlich bis ins Territorium und bis in die Communities der ArbeiterInnen sowohl in Italien wie im Herkunftsland erstrecken kann. Es geht hier nicht nur um grausame und erbarmungslose Unternehmer und *caporali*, sondern um ein Produktionssystem, das sich auf einen internationalen Arbeitsmarkt stützen kann, der ihm immer wieder frische und breitgefächerte Arbeitskraft zuführt – sowohl solche, die es übers Mittelmeer geschafft hat, als auch aus Osteuropa. Es ist eine Großraumpolitik, in der ArbeiterInnen in Zusammenhänge vermittelt werden, die ihnen meist fremd sind und in denen sie sich kaum an eine staatliche Behörde wenden werden.

Die Arbeitsgesetze der letzten 20 Jahre haben die Möglichkeiten, sich am Arbeitsplatz als auch gegen diese irregulären Methoden zu wehren, immer mehr ausgehöhlt – unter anderem weil die Kontrollen ausgedünnt wurden. Einerseits werden immer neue Beschäftigungsformen ausgeheckt – die neueste Blüte ist der Vertrag *a tutele crescenti* (mit wachsender Absicherung) – andererseits werden weitere Teile der Unternehmen ausgelagert. Arbeitsverträge werden durch Werkverträge ersetzt, wie im Fall von *Uber*, dem Taxiunternehmen, bei dem die Fahrer isolierte und atomisierte *Auftragnehmer* sind. Und es ist schwierig, an eine Art Bürgergewissen zu appellieren, wenn die Löhne dermaßen niedrig sind. Der Ehemann von Paola Clemente, der am 12. Juli verstorbenen Tagelöhnerin, antwortete auf die Frage eines Journalisten, ob weniger als zwei Euro in der Stunde nicht eine Form von Sklaverei seien: »Es war sicheres Geld. Und so wie die Dinge heute in Italien liegen, war dieses Geld sehr wichtig, unentbehrlich für uns. Es ermöglichte uns das Überleben.« Solche Aussagen sind Lichtjahre entfernt von der des leitenden Staatsanwalts in Trani: »Um das Phänomen des *caporalato* gibt es eine Mauer aus Gummi, die Leute verdienen lieber ein bisschen Kleingeld als an unseren Ermittlungen mitzuwirken.« Die unüberbrückbare Distanz zwischen diesen beiden Aussagen weist weniger auf ein kulturelles Problem hin, sondern auf heute weit verbreitete materielle Bedingungen.

Gleichwohl ist das *caporalato* heute ein Verbrechen – dank eines Gesetzes, das die damalige Regierung Berlusconi unter dem Druck des unglaublichen Streiks der migrantischen Tagelöhner in Nardò am 13. August 2011 verabschiedet hat.[1] Weder sozialpartnerschaftliche Runde Tische noch Untersuchungskommissionen, sondern ein wuchtiger und unerwarteter Kampf derer, von denen viele weiterhin zu den Geringsten der Erde degradiert sind, hatte den politischen und juristischen Morast weggeschoben. Denn er ermöglichte es auch der Antimafia-Direktion von Lecce, entscheidende Informationen zum *caporalato* zu sammeln. Aber die Toten vom Sommer 2015 zeigen auf dramatische Art, dass Gesetze und Strafverfahren allein die Arbeitsverhältnisse nicht ändern können. Das *caporalato* die Art, eine arme Arbeitskraft zu regulieren und zu kontrollieren, die die Arbeit nicht verweigern kann. In einer Situation, in der unser Ministerpräsident sagt: »Jede Arbeit ist besser als keine Arbeit«, und die Maßnahmen seiner Regierung darauf abzielen, den direkten und den indirekten Lohn zu senken, ist das *caporalato* eine beinahe unausweichliche Folge. Das Risiko ist gering, dass das neue Gesetz etwas bewirken könnte, das unmittelbar nach den Todesfällen im Fernsehen und in der Presse angekündigt wurde. Nach den Worten des gutwilligen Ministers Martina soll es damit möglich sein, »das Vermögen der Unternehmen zu beschlagnahmen, die sich mit dem Verbrechen des *caporalato* beschmutzt haben«. Das *caporalato* würde einem Mafiaverbrechen gleichgesetzt. Aber wahrscheinlich ist dem Minister klar geworden, dass er zu weit gegangen war. Er hat jedenfalls sofort versichert, dass »die große Mehrheit der landwirtschaftlichen Unternehmen gesund und regulär« seien – womit er das *caporalato* auf eine Dimension zurechtstutzte, an der man Anstoß nehmen kann. Anstoß nehmen an den *caporali* und an den Toten bei der Arbeit und gleichzeitig ihre gewerkschaftliche Vertretung als Hindernis bei der Modernisierung des Landes zu betrachten – das sind schon schizophrene politische Gleichgewichtskünstler. Und wenn die Gewerkschaft nur in den Zeitungen und den Debatten lebt, dann braucht sie sich auch nicht über ihr Schicksal zu beklagen. Die Kämpfe in der Logistik zeigen uns, wie man das *caporalato* wirksam bekämpfen kann!

Devi Sacchetto

[1] Zum Streik der Tomatenpflücker in Nardò siehe *Wildcat 91*, Herbst 2011.



Italien:

Wie ArbeitsmigrantInnen für Verbesserungen in einer ganzen Branche kämpfen

»Die Angst wegschmeißen«[1] ist der Titel einer neuen Dokumentation über eine hier noch weitgehend unbekannte Streikbewegung in der italienischen Logistikbranche. Wer nach (klassen) kämpferischen Perspektiven und nach durchsetzungsfähigen solidarischen Organisationsstrukturen im Kampf gegen Unternehmer und Politik sucht, für den lohnt sich ein Blick nach Italien, denn die GenossInnen dort sind erfinderisch...

Im Frühjahr 2014 fand in Berlin ein Treffen europäischer Basisgewerkschaften statt. Hier waren auch drei Vertreter der noch jungen italienischen Basisgewerkschaft SI COBAS[2] zugegen. Sie erzählten von ihren Kämpfen in der italienischen Logistik, von ihren Methoden und der Repression, der sie beständig ausgesetzt sind. Ihre Berichte haben uns tief beeindruckt, weil es sich offenbar um eine neue Bewegung mit erfrischend radikalen Ansätzen und handfesten Erfolgen handelte, die innerhalb weniger Jahre an verschiedenen Orten Italiens aus dem Boden schoss und die aufgrund einer Vielzahl gewonnener Arbeitskämpfe nach wie vor starken Zulauf erlebt. Und das in einer Branche, in der zu 98 Prozent MigrantInnen arbeiten.

Nach einem ersten ausführlichen Interview[3] wuchs unsere Neugier, und wir beschlossen, uns diese Bewegung vor Ort anzuschauen und zu dokumentieren. So reisten wir im Sommer 2014 nach Italien und interviewten Protagonisten und Protagonistinnen der Bewegung. Es entstand ein 80-minütiger Film, den wir im Sommer 2015 auf einer zweiten Italienreise in mehreren Städten vorstellten und mit den Beteiligten diskutierten. Auch in der BRD wird der Film mittlerweile gezeigt, und obwohl die Bedingungen in Italien nicht ohne Weiteres hierher übertragbar sind und erwartungsgemäß auch viele Hindernisse und Grenzen zu Tage treten, hoffen wir, damit ein paar Funken übertragen zu können und zur Ausweitung der dortigen Kämpfe auf andere Branchen, Städte und Länder beizutragen.

Die IWW als Vorbild

»Um diesen Krieg zu gewinnen, müssen wir die Angst wegschmeißen. Sie versuchen, uns Angst zu machen, mit ihren Mannschaftswagen, ihren Erpressungen und den Entlassungen!«, so hört man Fabio, einen SI-COBAS-Aktivisten aus Mailand, auf einer Solidaritätsdemo für 24 entlassene IKEA-Arbeiter in Piacenza im September 2014 ins Mikro sprechen. Er meint damit das, was uns viele ArbeiterInnen und UnterstützerInnen sagten: Der Kampf der italienischen Logistik-ArbeiterInnen (»Facchin*«) mit all seinen Schwierigkeiten und den Gegenangriffen kann nur gewonnen werden, wenn er gemeinsam geführt wird – und oft verlassen die Beteiligten dabei den Boden der Legalität, weil im rechtlichen Rahmen von Arbeiterseite aus keinerlei Druck aufgebaut werden kann. Und genau darin liegt eine Stärke der aktuellen Kämpfe in Italien: die *Facchin** agieren jenseits von BWL-Logik und Betriebszugehörigkeitsdünkel. Sie haben erkannt, dass ihre Arbeitgeber sie nach Strich und Faden ausnehmen, und sind bereit, ihren Unternehmen durch Streiks und Blockaden finanziellen Schaden zuzufügen, um ihren Forderungen Gewicht zu verleihen. Dabei beschränken sie sich nicht auf ihre eigenen Warenlager; sie schwärmen aus, vernetzen sich untereinander und tragen die Kämpfe so auch in andere Belegschaften. Sie haben innerhalb weniger Jahre mit Hilfe des SI COBAS ein Netzwerk aus KollegInnen und UnterstützerInnen geschaffen, das es ihnen erlaubt, auch Ausweich-

[1] Ein Film von **labournet.tv** Italienisch mit deutschen UT 80 min | 2015 | kann unter http://de.labournet.tv/video/6796/die-angst-wegschmeissen sowohl online angeschaut als auch von der labournet.tv-seite heruntergeladen werden.

[2] SI COBAS steht für »Sindacato Intercategoriale – Comitati di Base« – »Branchenübergreifende Gewerkschaft – Basiskomitees«. Der SI COBAS wurde 2010 von Logistik-Arbeitern und einer Handvoll pensionierter linker Altaktivisten der Arbeiterkämpfe der 60er/70er Jahre gegründet. Nach nur fünf Jahren hat er um die 12000 Mitglieder v. a. in den Städten Norditaliens und ein weites Netz an UnterstützerInnen. Noch sind dort hauptsächlich Logistik-ArbeiterInnen organisiert, der SI COBAS versteht sich aber als spartenunabhängig, und es gibt erste Kontakte auch zu Beschäftigten in Chemie, Beherbungswesen, Metallverarbeitenden Betrieben und der Gastronomie.

[3] Zu sehen unter http://de.labournet.tv/video/6673/der-kampf-der-logistikarbeiterinnen-italien

Ende September 2015 blockierten Facchin* aus Solidarität mit acht Entlassenen des Mode-Versandhauses Yoox das gesamte Logistik-Konglomerat von Bologna, den Interporto. Bei *Yoox* arbeiten hauptsächlich migrantische Frauen, die schon seit Langem über sexuelle Erpressung durch ihre Vorarbeiter klagen. Einige von ihnen hatten ihre Vorarbeiter schließlich angezeigt und wurden daraufhin im August diesen Jahres entlassen. Mit der Aktion soll die Wiedereinstellung der Betroffenen bewirkt werden. Auf dem Transparent steht: »Wir blasen dem Yoox gerne einen... einen Streik!! Bis zur Wiedereinstellung der entlassenen Arbeiter und Arbeiterinnen.« (»fino al reintegro...« – die ersten Buchstaben sind auf dem Foto nicht sichtbar)

lager desselben Unternehmens und somit ganze Lieferketten lahmzulegen. »Wir denken dabei nicht an die Anzeigen und rechtlichen Konsequenzen, die es für uns geben könnte. Wenn wir ständig daran denken würden, würde hier gar nichts passieren. In Zeiten von Bewegung ist das nicht mehr so wichtig«, so Simone vom SI COBAS Bologna. Und tatsächlich gelingt es den *Facchin** in den zahllosen Kämpfen vor allem in Norditalien, sich aus Verhältnissen herauskämpfen, die sie in Interviews immer wieder als »Sklaverei« bezeichnen.

Krise? Welche Krise?

Ihren Anfang nahm die aktuelle Streikbewegung 2008 in einer sehr spezifischen Situation. Zum einen gibt es in Italien wie auch in der BRD und in anderen Ländern seit etwa den 80er Jahren die Tendenz, Bereiche aus Unternehmen auszulagern. Die Logistik ist einer davon, inzwischen gibt es hier ein weitverzweigtes System an Subunternehmen und Verbänden, die sich den Markt aufteilen. Die Kapitalisten haben dabei eine arbeitsrechtliche »Lücke« für sich entdeckt: Wenn sie als Subunternehmen eine »Kooperative« gründen, sind ihre Arbeiter rechtlich gesehen keine Arbeitnehmer, sondern Teilhaber.[4] Das hat absolut nichts mehr mit der ursprünglichen Idee von Kooperativen zu tun, deshalb setzen wir sie in Anführungszeichen. Für die »Genossenschafter« solcher »Kooperativen« gelten, anders als für Arbeitnehmer, nämlich keine Mindestlöhne oder Regelarbeitszeiten, keine Arbeitsschutzgesetze, es gibt keine Urlaubsregelung, kein Krankengeld, es müssen weniger Sozialabgaben gezahlt werden – kurz: die von vorangegangenen Arbeiterkämpfen errungenen Mindeststandards müssen in diesen Unternehmen nicht angewandt werden, der Überausbeutung stehen Tür und Tor offen.

Die Logistik Italiens ist im Vergleich zur BRD noch wenig automatisiert, so dass in den meisten Warenlagern körperlich harte Arbeit, und die oft im Schichtbetrieb, verrichtet wird. Kaum ein Italiener ist unter den gegebenen Bedingungen dazu bereit, und wenn, dann als Vorarbeiter oder in ausgewählten Unternehmen. Das Gros der *Facchin** ist ungelernt und migrantisch und war jahrelang durch Community-Bildung, Sprachbarrieren und aufgrund mangelnder rechtlicher Aufklärung isoliert genug, sich trotz eines enormen Leidensdrucks nicht gegen die sklaventreiberischen Methoden ihrer »Kooperativen« zu wehren.[5] Das änderte sich nach dem Kriseneinbruch 2008. Wie überall, so wurden auch in Italien unter dem Vorwand erschwerter ökonomischer Bedingungen das Arbeitsrecht ausgehöhlt, Löhne abgesenkt, Arbeit verdichtet und Beschäftigungsverhältnisse weiter prekarisiert. Die *Facchin** lebten aber bereits am Limit – und zudem war der Kriseneinbruch im Logistiksektor der Po-Ebene – einer Drehscheibe des europäischen Warenverkehrs – nicht zu spüren. Er machte als einer von sehr wenigen Sektoren Gewinne – gerade aufgrund der äußerst effektiven Ausbeutung migrantischer Arbeitskraft und der wachsenden Bedeutung von punktgenauen Warenströmen. Und dieser Umstand erlaubt es den kämpfenden ArbeiterInnen auch, ihre strategische Stellung zu nutzen: Die boomende Logistik ist die Achilles-Ferse der angeschlagenen Wirtschaft. *Just-in-time*-Lieferungen und Mobilität von Gütern sind ein Muss in der Wertschöpfungs- und -realisierungskette, und dieses Pfund haben die Konzerne durch Outsourcing aus der Hand gegeben.

Zwischen Werkstor und Verhandlungstisch

Die Angst wegschmeißen erzählt die Geschichte der Kämpfe, deren Erfolge sich wie ein Lauffeuer herumsprachen, als rebellierende *Facchin** auf kommunistische (Alt)Aktivisten trafen, die im Bereich der Organisierung migrantischer Arbeitskräfte tätig sind. Einer der Mitbegründer des SI COBAS sagte uns in einem Gespräch: »Früher haben wir die Fabriken besetzt, wir waren drinnen und die Chefs

Facchino ist die Bezeichnung für Lastenträger, aber auch Rüpel. *Lavorare come un facchino* bedeutet *Wie ein Pferd arbeiten.*

[4] Inzwischen haben sich in Italien im gesamten »prekären Sektor«, zu dem Logistik, Gebäudereinigung, Pflege, etc. gehören, »Kooperativen« als Ausbeutungsform durchgesetzt.

[5] Hinzu kommt, dass seit 2002 durch das Bossi-Fini-Gesetz der Aufenthaltsstatus in Italien an einen gültigen Arbeitsvertrag gekoppelt ist, was migrantische ArbeiterInnen tendenziell erpressbar macht. Sie nehmen einiges in kauf, um überhaupt einen Job zu haben. Und seit der Präsident des Kooperativen-Dachverbands LegaCoop, der gleichzeitig auch noch der der *Alleanza delle Cooperative* und anderen zwielichtigen Arbeitgeberverbänden vorsaß, im Februar 2014 Arbeitsminister unter Renzi wurde, wurde der Filz aus »Kooperativen«-»Besitzern«, Politikern und Mafia überdeutlich.

Blockaden Anfang Oktober 2015 bei Warenlagern von *Simply* und *Rhiag* im Umland von Mailand für die Wiedereinstellung gekündigter Facchini, die als Mitglieder des SI COBAS ihren Chefs ein Dorn im Auge waren und nach einem Streik für die Bezahlung unterschlagener Löhne gekündigt wurden. Bei *Simply* wurden alle 6 wieder eingestellt. Bei *Rhiag* weiß ich es nicht....

draußen und wir wollten nicht verhandeln. Heute sind wir draußen, vor den Toren, und bitten die Chefs um Verhandlungen und um die Einhaltung von Mindeststandards. Das ist schon bitter. Und wir als Gewerkschaft sind selbst schon eine Moderation, wir müssen mit denen verhandeln. Das ist was anderes als die Besetzungen von damals. Und in meinem Innersten schäme ich mich, den Nationalen Tarifvertrag hochzuhalten und ihn zu verteidigen. Aber so ist unsere Situation.«

Der Film zeigt die Ausbeutungsformen, die Strukturen und Erfolge. Er erzählt von der Widerstandskasse und von Streiks für die Wiedereinstellung entlassener KollegInnen. Damit will er vor allem Mut machen, aus der Isolierung am eigenen Arbeitsplatz auszubrechen, in Konflikten selbst aktiv zu werden, sich gegenseitig zu unterstützen und aufeinander zu beziehen. Und er will ein paar Porträts derer zeichnen, die diesen Schritt gerade wagen.[6]

Nabil, Delegierter aus Bologna, beschreibt den SI COBAS als Ratgeber, Anlaufstelle in Bürokratiefragen und Rahmenstruktur für von den ArbeiterInnen selbstorganisierte Aktionen. »Das Büro ist an festen Terminen unter der Woche geöffnet. Wir als SI COBAS beraten und unterstützen die ArbeiterInnen bei der Durchsetzung ihrer Forderungen ... Bei uns gibt es jede Woche drei, vier Pickets. Da gehen wir auch hin. Büros haben wir in 13 Städten, aber Ortsgruppen gibt es viel mehr. Monatlich werden regionale Delegierten-Versammlungen abgehalten, da kann hingehen, wer will. Bei uns sind es immer so 150-200 ArbeiterInnen, die kommen, um über Missstände zu berichten, sich über ihre Kämpfe auszutauschen, notwendige Unterstützung anzufragen, Beziehungen untereinander zu pflegen oder neue Kontakte herzustellen. Dann gibt es noch überregionale und nationale Versammlungen und Konferenzen, die sind seltener.«

Der SI COBAS hat nie die Vereinbarung der konföderierten Gewerkschaften mit dem Unternehmerverband unterschrieben, wo die zulässigen Formen der Arbeitermitbestimmung bzw. des Protests festgelegt wurden. Daher sehen die Sozialpartner ihn nicht als offiziellen Verhandlungspartner für Tarifverhandlungen an – seine Forderungen, die die *Facchin** auf Betriebsebene oft militant durchsetzen können, werden auf der politischen Ebene in der Regel ignoriert. *Confindustria* und Regierung versuchen vielmehr, Tarifverhandlungen generell auf die Betriebsebene zu verschieben. Die Neuverhandlung des Nationalen Tarifvertrags steht gerade an. Deshalb rief der SI COBAS Ende Oktober zu einem zweitägigen landesweiten Streik in der Logistik auf. Zum einen, um seine Anerkennung als Tarifpartner – aufgrund der breit aufgestellten Basis, die er verkörpert – einzufordern. Zum anderen, um dem eigenen Forderungskatalog Nachdruck zu verleihen. Unter den Hauptforderungen sind die Anwendung des Nationalen Tarifvertrags in *allen* Warenlagern der Logistik (was eine generelle Gleichstellung aller »GenossInnen« mit »normalen« Arbeitnehmern bedeuten würde, ein bahnbrechender Erfolg und Signal auch für andere Sektoren), eine Lohnerhöhung von fünf Prozent bei einer Reduzierung der garantierten Wochenarbeitszeit von 40 auf 37,5 Stunden und die Weiterbeschäftigung aller LagerarbeiterInnen zu gleichen Konditionen im Falle eines Wechsels der Kooperative (weil die »Kooperativen«-Chefs nach erfolgreichen Kämpfen gerne die Kooperative pleite gehen lassen und kurzerhand für dasselbe Unternehmen eine neue gründen, die dann neue, kampfunerfahrene ArbeiterInnen zu den alten, miesen Bedingungen beschäftigt). An dem Streik nahmen mehrere tausend Menschen in über 20 Städten vor allem in Norditalien teil; sie blockierten Werkstore, Autobahnen und Industriegebiete. Es kam zu kilometerlangen (LKW-)Staus.

Grenzen

Die migrantischen LogistikarbeiterInnen kämpfen sich und ihre KollegInnen momentan vom »gesellschaftlichen Bodensatz« am unteren Ende der Ausbeutungsskala in Normalarbeitsverhältnisse hinein. Nicht mehr und nicht weniger. Aber dazu gehört Einiges!

Roberto aus Mailand sagt in einem Interview, die Kämpfe in der Logistik können unter Umständen »der Anfang eines Prozesses der Veränderung werden, der perspektivisch eine revolutionäre Veränderung der Gesellschaft sein kann«.

Doch dabei gibt es viele Hindernisse: Momentan handelt es sich beim SI COBAS um eine wilde Mischung aus einer Minderheit an italienischen und migrantischen Linken, die meistens die »Funktionärsebene«[7] stellen, d. h. sie machen die Beratungsarbeit, nehmen an den Verhandlungen mit den »Kooperativen« und deren Auftraggebern

[6] Deshalb beschäftigt er sich relativ wenig mit den Grenzen und Querelen, die die Kämpfe auch auszeichnen.

[7] Die allermeisten Gewerkschaftsmitglieder leisten dort unbezahlte Arbeit. Die »alten Linken« sind schon pensioniert, die jüngeren arbeiten nebenher. Lediglich ein paar »Vollzeit-Aktivisten«, die 24-7 die Kämpfe organisieren und vorantreiben, zahlt der SI COBAS die Lebenshaltungskosten. »Funktionär« bedeutet hier also, dass Leute in der Regel ehrenamtlich die Struktur aufrecht halten.

teil und unterschreiben Verträge. Um sie herum gibt es die vielen tausend migrantischen ArbeiterInnen, die in Eigenregie um ein würdevolles Leben kämpfen. Diese »Arbeiteraktivisten« können in ihrem politischen Leben aber durchaus reaktionär, Anhänger des ägyptischen Königs oder Muslimbrüder sein. Sie bringen selten Klassenbewusstsein, eine antikapitalistische Haltung oder Interesse dafür mit. Ihre Frauen lassen sie in der Regel zu Hause, und es gibt traditionell tiefe Spaltungen zwischen ihnen. Eine politische Bildung findet im SI COBAS bislang nicht statt. Und nach einem erfolgreichen Streik geben sie sich in vielen Fällen eben mit der Einführung des Nationalen Tarifvertrags in ihrer »Kooperative« zufrieden. »Entweder der SI COBAS schafft es, die Kämpfe in der Logistik auf andere Sektoren und Länder auszuweiten, oder sie werden früher oder später isoliert und erstickt«, räsoniert Roberto an einer anderen Stelle. Zwar gibt es auch schon Anfragen und Solidaritätsstreiks in anderen Sektoren, aber wo die Mehrheit der ArbeiterInnen italienisch ist, sind die großen Gewerkschaftsdachverbände in den »Kooperativen« vertreten und kommen ihrer sozialpartnerschaftlichen Aufgabe nach. Italienische Belegschaften kämpfen nicht so. Und außerhalb der Logistik ist die italienische Wirtschaft tatsächlich so angeschlagen, dass die Grenzen eines solchen ökonomischen Kampfes schnell zum Tragen kommen.

Auch darf man nicht vernachlässigen, dass die Repression gegen die *Facchin** breit gefächert und auch wirkungsvoll ist. Es gibt Anzeigen, Schadenersatzforderungen und Anklagen wegen Landfriedens – von denen viele allerdings fallen gelassen oder gar nicht erst gestellt werden, weil die *Facchin** zwar illegale Blockaden durchführen, damit aber auf die ihrerseits illegalen Praktiken ihrer »Kooperativen« antworten. Ein Patt. Einige (und erstaunlich wenige) »Kooperativen«-Chefs lassen die Blokkaden aber auch mittels Bullen räumen. Diese Räumungen sind brutal, und es kommt regelmäßig zu Verletzten. Die italienischen *Mainstream*-Medien stellen die *Facchin** als Delinquenten dar, die für ihre egoistischen Ziele der angeschlagenen Wirtschaft noch mehr Schaden zufügen und sogar noch arbeitswillige KollegInnen vom Arbeiten abhalten. Auch von PolitikerInnen und den beleidigten Gewerkschaftsdachverbänden CGIL, CISL und UIL hagelt es nichts als Diffamierungen.

Erfolge

Dabei ist der naheliegendste und durchschlagendste Erfolg des SI COBAS die enorme Steigerung an Lebensqualität Tausender italienischer Logistik-ArbeiterInnen. In diesem Segment der Ausbeutungsskala geht es vorrangig um ein Leben und Arbeiten »in Würde«. Erst wenn das Überleben sichergestellt ist, hat man den Kopf frei für weitergehende Überlegungen. Und darum geht es viel in den Kämpfen: Um Würde und um die Möglichkeit, den eigenen Lebensunterhalt verdienen zu können. »Lavoro è un Diritto« – »Arbeit ist ein Recht« ist ein vielen von uns vielleicht miefig anmutender Slogan der *Facchin**. Damit meinen sie, dass sie als »mehrfach freie« Lohnabhängige nicht mit dieser Abhängigkeit erpresst werden wollen. In Italien bedeutet der Verlust des Arbeitsplatzes nämlich den völligen Verlust von Einkommen[8], kein Amt übernimmt die Miete oder zahlt den Strom, es gibt kein Hartz IV... Für MigrantInnen kann Arbeitslosigkeit sogar zur Ausweisung führen. Das »Recht auf Arbeit« bedeutet daher für sie in erster Linie ein Leben ohne Angst um die eigene Existenz und ein Ende der Erpressung.

Fazit: Bei allen Schwierigkeiten und kritischen Fragen ist das, was in der italienischen Logistik in den letzten Jahren begonnen hat, mehr als alles, was wir je mit eigenen Augen gesehen haben. Auch wenn es nicht bei allen *Facchin** so gewesen sein mag, so gibt es doch sehr viele, die sich in den Kämpfen neu erlebt und definiert haben. Es hat in großem Maßstab eine Blickfelderweiterung stattgefunden, die die *Facchin** über ihr eigenes Unternehmen hinausschauen und sich mit ihren KollegInnen an anderen Orten solidarisch verhalten lässt. Auch die eigene Verortung hat sich verändert. Viele fühlen sich nicht (mehr) ihren Unternehmen zugehörig, sondern einander. Dabei haben sie die traditionellen Spaltungen in sich gegenseitig misstrauende *Communities* überwunden – diese Spaltungen werden gerade von den Vorarbeitern gerne bedient, die durch dumme Sprüche und Ungleichbehandlung ArbeiterInnen aus Afrika, Asien, Osteuropa, Indien usw. gegeneinander in Stimmung bringen und so isoliert halten. Vor den Werkstoren kamen sie alle zusammen und haben sich in ihren Kämpfen kennen gelernt und unterstützt. Sie haben durch die Unterstützung eines breiten und ebenso beeindruckenden Soli-Netzwerks der (sonst sehr zerstrittenen) italienischen Linken auch viele Kontakte zu Einheimischen geknüpft und dabei neue Sichtweisen und Kampfformen kennengelernt. Durch die heftigen Gegenangriffe von außen haben sich viele in den Kämpfen politisiert und z. B. die Rolle bürgerlicher Medien, der Bullen und PolitikerInnen als »Komplizen des Kapitals« hautnah erlebt. »Von jetzt an wird mein Leben darin bestehen zu kämpfen«, sieht man Kadija, eine der Entlassenen bei Yoox in Bologna, auf dem Filmplakat sagen. Von ihr können wir uns eine Scheibe abschneiden!

Rosa Kanone

[8] Es gibt zwar eine Art Arbeitslosenversicherung, die je nachdem, wie lange und wie viel eingezahlt wurde, noch ein paar Monate Geld auszahlt. Für »Genossen«, deren Kooperativen alle paar Monate wechseln, ist das aber nicht der Rede wert.

Arbeiten bei Amazon in Polen

Interview

Die ArbeiterInnen im Amazon-Lager im polnischen Poznań haben schon mehrere Anläufe gestartet, mit ihren KollegInnen in Deutschland einen Erfahrungsaustausch und eine internationale Koordinierung auf die Beine zu stellen. Wir haben mit einem Mitglied der Basisgewerkschaft IP (*Inicjatywa Pracownicza* / Arbeiterinitiative) gesprochen.

Wann und warum hast du bei Amazon angefangen?

Es gab Berichte über die Streiks in den italienischen Warenlagern und Diskussionen über die Logistikbranche. Die Investition von *Amazon* in Polen wurde in der Presse breit getreten: Wie wird es den lokalen Handel beeinflussen? wie die Arbeitsbedingungen in den neuen Warenlagern? aber auch in den alten... Da dachte ich, das könnte interessant sein, also habe ich mich da beworben. Ich war unter den ersten paar hundert ArbeiterInnen, als das Lager im September 2014 in Betrieb ging. Nur die Manager und einige Teamleiter waren da schon eingestellt.

Wie war die erste Zeit?

Die ersten paar Monate waren im Rückblick die interessanteste Zeit. Die ArbeiterInnen haben sich kennengelernt und Verbindungen geknüpft. Anfangs waren auch die Raten noch nicht so hoch. Und es war einfach diese Stimmung, da waren hunderte von uns und die waren alle neu; es war nicht wie heute, wo du anfangs ein Außenseiter bist, der von Kollegen, die sich schon lange kennen umgeben ist. Wenn so ein Betrieb neu aufmacht, lohnt es sich glaube ich fast immer, da anzufangen und zu sehen, was geht.

Wie war die Zusammensetzung der ArbeiterInnen?

In den ersten Monaten hat *Amazon* direkt angestellt. Die haben die Leute nach einem Telefonat eingestellt und sie haben wirklich jeden genommen, der anrief. Anders hätten sie wohl nicht genug ArbeiterInnen gefunden, um den Betrieb aufzunehmen. In Poznań Stadt gibt es nur drei Prozent Arbeitslosigkeit, viele der ArbeiterInnen kommen vom Dorf. Die Mehrheit ist in den Zwanzigern, die anderen sind über vierzig, dazwischen gibt es nur wenige. Die älteren ArbeiterInnen finden keinen anderen festen Job mehr, für die war Amazon eine große Chance.

Wir haben mit Dreimonatsverträgen angefangen, die zum Dezember endeten. Danach bekamen fast alle feste Verträge. Heute fangen neue ArbeiterInnen über eine Leiharbeitsfirma mit Drei- oder Viermonatsverträgen an; wenn sie Glück haben bekommen sie danach einen Dreimonatsvertrag bei Amazon, erst danach bekommen sie einen festen Vertrag.

Gibt es große Unterschiede in den Bedingungen von Festen und LeiharbeiterInnen?

Alle bekommen denselben Stundenlohn und Prämien, alle haben auch dieselben Bedingungen: Essen für einen Złoty, kostenlose Busfahrt... *Amazon* sagt, dass sie alle gleich behandeln, weil wir eine Familie seien. Aber die LeiharbeiterInnen sind nicht im *Amazon*-Sozialfonds und sie haben nicht dieselbe Jobsicherheit. In der Gewerkschaftssektion sind auch LeiharbeiterInnen Mitglied, allerdings sehr viel weniger als Festangestellte.

Wie begannen die Auseinandersetzungen?

Das kam für uns alles sehr überraschend. Wir hatten zwar in den ersten Monaten Flugblätter verteilt, waren dabei aber sehr vorsichtig: es stand kein Name drunter, wir legten sie an Orten wie Klos aus, oder unsere GenossInnen verteilten sie vor dem Tor und an den Bushaltestellen. Und natürlich wurde danach über diese Flugblätter diskutiert, denn wenn du zehn Stunden arbeitest, dann bietet dir so ein Flugblatt zumindest etwas, worüber du reden kannst. Auch sonst gab es zu der Zeit eine ganze Menge Diskussionen über die Arbeitsbedingungen, auf Arbeit und außerhalb. In dieser Zeit haben wir erste gute Kontakte zu unseren Kollegen aufgebaut.

Völlig überraschend bekam dann unser Gewerkschaftssekretär in Warschau eine Mail, dass ArbeiterInnen eine IP-Sektion bei *Amazon* in Poznań aufbauen wollen. Wir hatten erst etwas Angst, dass es Spitzel des Unternehmens sind, also traf sie ein Genosse aus Poznań, der nicht bei *Amazon* arbeitet. Es war dann aber eine Gruppe von ArbeiterInnen,

Im Amazon-Lager in Poznań arbeiten zur Zeit ungefähr 6000 Leute, davon 4000 Leiharbeiter; außerhalb der Weihnachtssaison sind es insgesamt etwa 4000. Gearbeitet wird sieben Tage die Woche, Tag- und Nachtschicht, wobei eine ArbeiterIn an vier Tagen zehn Stunden arbeitet. Aktuell liegt der Stundenlohn bei 14 Złoty.

darunter auch Teamleiter, die wir bisher nicht kannten. Wir entschieden, dass wir am 16. Dezember 2014 auch formell eine Sektion gründen. An dem Tag trafen wir uns um fünf Uhr morgens für 20 Minuten auf dem Parkplatz. Insgesamt waren es mehr als ein Dutzend Leute, die alle im Pick arbeiteten und sich daher kannten, unter ihnen drei Teamleiter. Sie hatten bis Dezember gewartet, weil ab da alle unbefristete Verträge hatten.

Wir gaben diese Gründung aber erst am Tag vor Weihnachten bekannt, damit wir uns vorbereiten konnten. In Polen musst du bei so etwas mit allem rechnen. Um ehrlich zu sein, war ich mir sicher, dass sie ein paar Leute entlassen werden. Jedenfalls kamen wir am 27. zur Arbeit zurück, und alle hatten in der Zeitung von der Gründung gelesen und sprachen darüber. Von da an haben wir offen Flugblätter und Mitgliedsanträge verteilt.

Die ersten Mitglieder kamen alle aus einer Schicht, vor allem aus den Abteilungen Pick und Pack. Die meisten waren unzufrieden, weil ihnen bessere Bedingungen versprochen worden waren. Sie hatten über die Teamleiter schon versucht, die Bedingungen durch Gespräche mit den Managern zu verbessern, und fühlten sich ignoriert. Außerdem wussten sie, dass es an anderen *Amazon*-Standorten Gewerkschaften gab. Sie waren der IP und keiner der drei großen Gewerkschaften beigetreten, weil sie die Kontrolle haben wollten darüber, was passiert.

Dann kam die erste Petition: Anlass war die Ankündigung des Unternehmens, dass die ArbeiterInnen im Pack am 6. Januar, der in Polen nationaler Feiertag ist, arbeiten müssen. Die Arbeiter dort, vor allem Frauen, waren sauer und sie hatten die Idee, dagegen eine Petition zu machen. Einige waren Mitglieder der Gewerkschaft, andere nicht. Etwa 40 oder 50 Leute haben teilgenommen. Das Unternehmen reagierte darauf mit der Erklärung, es sei diesmal zu spät, den Arbeitstag abzusagen, das nächste Mal würde man aber die ArbeiterInnen vorher fragen. Ich habe keine Ahnung, wie es für die ArbeiterInnen war, die mit der Petition angefangen haben, sie waren im Pack, und in meiner Abteilung gab es das Problem nicht, weil wir ja nicht arbeiten mussten.

Die zweite Petition kam dann im April. Grund waren die steigenden Vorgaben. Zu dieser Zeit gab es noch keine klaren Vorgaben, in den verschiedenen Abteilungen wurde das unterschiedlich gehandhabt. Oder an einem Tag war die Vorgabe 300, am nächsten Tag war sie 320. Es gab eine große Verwirrung, und alle merkten, dass steigender Druck aufgebaut wurde, auch da wo es keine Vorgaben gab: Jobs, die bisher von fünf Leuten gemacht wurden, sollten jetzt von zweien erledigt werden. Das hatte im Januar langsam angefangen, die Manager sagten, dass wir jetzt nach dem Peak an der Produktivität und Disziplin arbeiten müssten. Im April sagten die Arbeiterinnen dann »Genug!« Insgesamt unterschrieben 400 Leute diese Petition.

Ein oder zwei Wochen danach gab es zwei Versammlungen der beiden Schichten. Der General Manager erklärte, es gäbe eine Differenz zwischen Minimum und Ziel, und dass die Leute das immer verwechseln würden. Seitdem gibt die Firma immer Minimum und Ziel bekannt, auch wenn sie zwischenzeitlich gesagt hatten, dass sie diese Informationen nie veröffentlichen würden. Wir kennen jetzt den Prozess, mit dem sie die Geschwindigkeit messen und festlegen, das war letztlich das Resultat der Petition.

Die Petitionen gingen immer von den ArbeiterInnen selbst aus, es war ein Mittel, zu dem sie selbst einfach greifen konnten. Sie glaubten gar nicht so sehr, sich damit durchsetzen zu können, vielmehr wollten sie mit den Petitionen ihren Unmut sichtbar machen. *Amazon* hat aber jedes Mal darauf reagiert.

Ende Mai gab es eine dritte Petition. Da ging es um die Änderung der Schichtpläne. Vor Juni arbeitete die Frühschicht bis 16:30 Uhr, und die Nachtschicht fing erst um 18:00 Uhr an. Der Betrieb stand also für anderthalb Stunden still. *Amazon* wollte das ändern, weil in dieser Zeit viele Bestellungen eingehen. Die Frühschicht sollte jetzt von 7:00 bis 17:30 gehen und die Nachtschicht um 17:00 anfangen. Die Arbeiterinnen hassten diese Veränderung, besonders, dass die Nachtschicht um 17:00 Uhr anfangen sollte und dir damit eine Stunde weniger für die Familie blieb. Also gab es wieder eine Petition, ich weiß nicht mehr, wer damit anfing, es lag einfach in der Luft. Diesmal war sie wie eine Umfrage: Wollt ihr den neuen Schichtplan, ja oder nein? 750 ArbeiterInnen unterschrieben, 95 Prozent lehnten den neuen Schichtplan ab.

Amazon wollte daraufhin ihre eigene Umfrage durchführen und bis dahin mit der Änderung des Schichtplans warten. Aber daraus wurde nichts, denn dann kam der *Slowdown*. Am Ende änderte

»Wenn so ein Betrieb neu aufmacht, lohnt es sich glaube ich fast immer, da anzufangen und zu sehen, was geht.«

Amazon den Schichtplan drei Monate später. Mittlerweile gilt jedoch wieder der alte Schichtplan.

Was war denn der Slowdown?

Beim *Slowdown* kamen verschiedene Dinge zusammen. Einmal waren die Leute schon die ganze Zeit unzufrieden, und die Ankündigung, die Schichtpläne zu ändern, machte sie noch wütender. Außerdem wussten sie von den Streiks in Deutschland, ein paar deutsche *Amazon*-Arbeiter hatten Poznań schon zweimal besucht, wir hatten Flugblätter über die Streiks in Deutschland verteilt und Informationen an unser schwarzes Brett gehängt; alle wussten, dass die Deutschen bald wieder streiken würden.

Und dann kündigte das Unternehmen an, die Nachtschicht müsse an den zwei Tagen, an denen in Deutschland gestreikt wird, eine Stunde mehr arbeiten. Da dachten viele: »Scheiß auf die, die verarschen uns nur, wir müssen was tun!«. Die ArbeiterInnen waren nicht nur wütend, sondern sagten auch: »Wir wollen keine Streikbrecher sein.« Ein paar Picker hatten dann die Idee, in der elften Stunde immer nur ein Teil in eine Schale zu kommissionieren, um den Betrieb zu verlangsamen. Sie teilten diese Idee allen mit, in Gesprächen, im Bus zur Arbeit – und leider auch auf *Facebook*.

Dort las das Management von dieser Idee und konnte sich vorbereiten. Während der Nachtschicht war der General Manager anwesend, was normalerweise nicht vorkommt.

Wie der *Slowdown* ablief, weiß ich nicht genau, aber es haben mehrere Dutzend Picker teilgenommen. In einer anderen Abteilung haben alle an dem Tag langsam gearbeitet, am zweiten Tag sind viele in den Krankenstand gegangen oder haben einen ihrer vier frei wählbaren Urlaubstage genommen.

Nach dem *Slowdown* wurden mehrere ArbeiterInnen zu Gesprächen mit dem General Manager gebeten. Einige ließen sich unter Druck setzen und unterschrieben, dass sie an einem illegalen Streik teilgenommen hatten. In der nächsten Nacht wurden fünf zufällig ausgesuchte junge Frauen suspendiert. Nach ein paar Wochen unterschrieben sie einen Aufhebungsvertrag, bei dem der Lohn zwei Monate weitergezahlt wurde. Das Unternehmen hatte sie vor die Wahl gestellt zwischen einem Aufhebungsvertrag oder einer Kündigung wegen mangelndem Arbeitswillen.

In Polen unterschreiben ArbeiterInnen oft solche Vereinbarungen, wenn die Firmen damit drohen, dass eine Vertragsauflösung im Lebenslauf besser aussieht als eine Kündigung. Ein weiterer Arbeiter wurde zwei Wochen später wegen mangelndem Arbeitswillen gekündigt, und der Vertrag einer Leiharbeiterin wurde nicht verlängert. Um mehr rechtlichen Schutz zu bekommen, haben wir nach dem *Slowdown* Tarifverhandlungen mit dem Unternehmen gestartet. Wir hatten darüber zwar schon länger nachgedacht, aber noch keine konkreteren Schritte unternommen.

Alles was bei *Amazon* passierte, wurde in den Medien diskutiert, aber der *Slowdown* schlug große Wellen und war sogar Thema in den nationalen Medien. Drei Wochen später kündigte das Unternehmen an, den Lohn um einen Złoty pro Stunde zu erhöhen. Danach berichtete *Forbes*, *Amazon* gäbe den polnischen Arbeitern nach.

Nach dem *Slowdown* war die Stimmung gespalten, auf der einen Seite waren die meisten froh, ihrer Wut Ausdruck gegeben und ihre Stärke gezeigt zu haben. Schließlich hatte das Unternehmen ein Stückchen nachgegeben. Andere hatten Angst. Einige sagten, es war eine blöde und zu schlecht vorbereitete Aktion. Die Situation war für uns alle schwierig.

Was ist seither passiert?

In den letzten Monaten gab es mehrere Verhandlungstermine mit dem Management, aber *Amazon* hat über die meisten Forderungen gar nicht verhandeln wollen, und nach der dritten Runde wurden die Verhandlungen abgebrochen. Die anschließende Schlichtung hat *Amazon* ebenfalls nach dem ersten Treffen für gescheitert erklärt. Jetzt ist die Frage, ob wir einen Streik anstreben, was bedeuten würde, dass wir zunächst eine Streikabstimmung durchführen müssten. Das ist noch nicht entschieden. Ein Streik ist nicht unbedingt unser Ziel, kein »Fetisch«, wir wollen eher weiter verschiedene Aktionsformen einsetzen. Entscheidend ist, dass wir in den Abteilungen präsent bleiben.

Außerdem wollen wir weiter internationale Amazon-Arbeiter-Treffen mitorganisieren wie das im September, an dem auch etwa 25 ArbeiterInnen aus verschiedenen Abteilungen aus Poznań teilnahmen. Das Treffen ist ganz gut gelaufen und hat direkte Kontakte zu ArbeiterInnen in anderen Ländern verstärkt. ■

Update Weltarbeiterklasse

In der letzten *Wildcat* haben wir beschrieben, wie sich seit 2005 eine Weltarbeiterklasse herausbildet – in selbstständigen Kämpfen, die sich in der Krise zu einer weltweiten Streikwelle verdichtet haben. Die Tatsache dieser weltweiten Kampfwelle wird inzwischen breit zur Kenntnis genommen; nur eins von vielen Beispielen: Pluto Press hat eine Reihe *Wildcat: Workers' Movements and Global Capitalism* gestartet. Den ersten Band dieser Reihe *Southern Insurgency: The Coming of the Global Working Class* besprechen wir im Anschluss. Der zweite Band: *Just Work? Migrant Workers' Struggles Today* ist kurz vor Weihnachten erschienen, der dritte ist bereits angekündigt: *Insurgent Trade Unionism in South Africa: Mining, Capitalism and the Spirit of Marikana.* Gute Nachrichten! Deutlich wird aber auch die akademische Begrenztheit: Die These von Immanuel Ness, dem Autor von *Southern Insurgency,* ist einfach: Die »Arbeiterbewegung« in Europa und Nordamerika sei besiegt, neue progressive Kämpfe nicht wahrscheinlich. Die Linke müsse also die Kämpfe der ArbeiterInnen im globalen Süden unterstützen. In den zwei zentralen Punkten *praktische Perspektive* (Was können wir *hier* tun?) und *Interpretation* der Fakten (Entstehung einer *Welt*arbeiterklasse) unterscheiden wir uns also deutlich. Genau diese Debatte gilt es nun zu führen!

Die Zahl der Streiks weltweit ist im letzten Jahr zumindest nicht weniger geworden und hat sich tendenziell noch einmal ausgeweitet, weil große und durchaus besondere Streiks dazu gekommen sind (*Petrobras*, **Autoindustrie Türkei**, **Iran**). Aber die Situation ist stark durch defensive Kämpfe geprägt: gegen Verschlechterungen, Entlassungen, um ausstehende Löhne… Die zentrale Frage ist nun, ob oder wie weit sich die Bewegungen der ArbeiterInnen unabhängig vom kapitalistischen Zyklus machen können. Denn wenn es im Boom zu Kämpfen kommt, diese in der Krise aber wieder verschwinden, bliebe die Klasse an die (nationale) Wirtschaftsentwicklung gebunden und Ness behielte zunächst recht. Allerdings um einen hohen Preis, wie man an »Analysen« gewisser *Communisation*-Linker sehen kann, die nachzuweisen versuchen, dass inzwischen auch die chinesische Arbeiterklasse integriert sei. Wir bleiben dabei: Nur aus dem inneren Zusammenhang der Ausgebeuteten auf der ganzen Welt, nur daraus, »dass sie schon zusammen diese (verkehrte) Welt produzieren«, lässt sich heute die Frage nach der Revolution entwickeln! (dazu ausführlich *Wildcat* 98)

Globaler Rohstoffzyklus

Einer der Sektoren, an dem sich das am besten diskutieren lässt, ist der Rohstoffsektor. Hier haben in den letzten Jahren viele offensive Streiks stattgefunden (von den südafrikanischen Bergwerken über die brasilianischen Ölplattformen bis zu den kasachischen Ölfeldern). Dies vor dem Hintergrund eines »Rohstoff-Superzyklus«: seit der Jahrhundertwende waren die Preise für Rohstoffe/Agrargüter um bis zu 350 Prozent gestiegen. Im Zuge der globalen Stagnation verfallen nun die Rohstoffpreise. Der Platinpreis ist wieder auf dem Stand von 2004 und damit 60 Prozent niedriger als auf dem Höhepunkt 2008. Rohöl kostet im Dezember 2015 noch 35 Dollar/Barrel – im Sommer 2014 waren es noch 110 Dollar. In der Öl- und Gasbranche wurden dieses Jahr weltweit mehr als 250 000 Arbeiter entlassen, ein Drittel davon in den USA. Transnationale Bergbau- und Rohstoffunternehmen sind im Panikmodus. *AngloAmerican* (London – Johannesburg) kündigte nach Milliardenverlusten im ersten Halbjahr 2015 die Verkleinerung des Unternehmens von 135 000 auf 50 000 Beschäftigte an. In Lateinamerika ist das »extraktive Entwicklungsmodell«, mit dem die Linksregierungen ihren »Weg zum Sozialismus« finanzieren wollten, an seine Grenzen gestoßen. Die Auswirkungen auf Regierungsebene sind deutlich: In Argentinien und Venezuela hat die Rechte die Wahlen gewonnen. Auf den folgenden Seiten zeigen wir an zwei Beispielen, dass die Kämpfe in »Rohstoffländern« davon unbeeindruckt erstmal weitergehen: Streiks und Massendemonstrationen in **Potosí/Bolivien** und auch in **Südafrika** gehen die Kämpfe in vielen Formen weiter. Dort findet die Krise auf allen Ebenen statt: zu den wirtschaftlichen Problemen kommt die unzureichende Versorgung mit Strom, Wasser und bezahlbaren Lebensmitteln. Der Staat tut sich schwer, Sparmaßnahmen gegen die Bevölkerung durchzusetzen, aber auch große Unternehmen: im Juli 2015 erreichte eine Mischung aus Streik, Riot und Autobahnblockade die Festeinstellung von etwa 300 ArbeiterInnen und die Schaffung von etwa 2000 Ausbildungsplätzen in sechs Chrombergwerken in Steelport. Im dritten Quartal 2015 stiegen sowohl die Löhne als auch die Anzahl der formell Beschäftigten statistisch an.

Infrastrukturblase

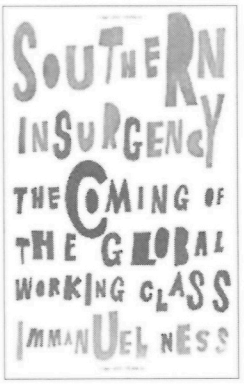
Ein weiterer Sektor, in dem unsere These einer Weltarbeiterklasse überprüft werden kann, ist die massive Infrastrukturblase (vor allem in China), mit der das Kapital den letzten Kriseneinbruch abgemildert hat (Stahl- und Betonproduktion, Bau von Straßen, Städten, Flughäfen…). Hierzu gibt es wichtige Vorarbeiten. Der Ablauf der Bauarbeiterstreiks in Brasilien 2012-2014 kann nun ausführlich in dem Artikel von Jörg Nowak in *SozialGeschichte. online* nachgelesen werden.

Auch in **China** stecken Schwerindustrie, Bergbau und die gesamte Baubranche massiv in der Krise. Die Rohstoffimporte sind seit 13 Monaten in Folge niedriger als im Vorjahr. Inzwischen werden aber auch die »Hoffnungsindustrien« wie die Automatisierungstechnik massiv zurückgefahren. Trotzdem hat sich die Anzahl der Kämpfe noch ausgeweitet. Allerdings müssen sich viele davon mit ausstehenden Löhnen, Abbau von Arbeitsplätzen oder dem Durchsetzen von Abfindungen auseinandersetzen – und treiben damit trotzdem das Kapital weiter voran: In Myanmar, einem der neuen Produktionsstandorte, auf denen die Hoffnungen des Kapitals ruhen, wurde nach Streiks ein Mindestlohn eingeführt; in Vietnam haben die USA im Handelsabkommen TPP die Zulassung freier Gewerkschaften festgeschrieben – in der Hoffnung, so die »Seuche« der wilden Streiks in den Griff zu bekommen… (zu China ab Seite 43).

Weltarbeiterklasse Update

MigrantInnen

Die zentrale Achse bei der Frage nach der Weltarbeiterklasse ist migrantische Arbeit. Nicht nur in China und Indien tragen WanderarbeiterInnen die Hauptlast der kapitalistischen Akkumulation, auch in Europa arbeiten MigrantInnen häufig zu Niedriglöhnen. In Italien stellen sie in der Landwirtschaft und der Logistik 90 Prozent der Arbeitskraft. Ein neuer Film dokumentiert ihre Kämpfe und Organisierungsversuche durch eine Basisgewerkschaft (siehe Seite 23). Ein kurzer Artikel macht am Beispiel des *caporalato* – einer Art Zuhältersystem mit dem die migrantische Arbeit in Italien kontrolliert wird – deutlich, dass solche mafiösen Vermittlerstrukturen weit über Landwirtschaft und Logistik hinaus zum allgemeinen Ausbeutungssystem proletarischer Arbeit geworden ist – in der BRD sei z.B. an die Bedeutung von Leiharbeit, Werkverträgen und *Entsendearbeit* erinnert! (Seite 21)



Immanuel Ness:
Southern Insurgency – The Coming of the Global Working Class.
Pluto Press 2015 | 22 Euro

Aufstand nur im »globalen Süden«?

Immanuel Ness hält »die einstmals starke Arbeiterbewegung in Europa und Nordamerika« für besiegt. Es gebe zwar eine Neuzusammensetzung als Dienstleistungs- und Handelsarbeitskraft, aber neue progressive Kämpfe seien kaum zu erwarten. Zum einen wegen der Arbeitsbedingungen in diesen Sektoren, aber auch aus politisch-ideologischen Gründen, denn trotz aller Angriffe der letzten Jahrzehnte gehe es den ArbeiterInnen in diesen Ländern doch weitaus besser als den Arbeiterklassen im globalen Süden, und sie profitierten direkt von den dort hergestellten billigen Konsumgütern. Im Süden hingegen entwickle sich »der Aufstand«, weil dort in den letzten Jahrzehnten eine neue Industriearbeiterklasse entstanden ist. Alle historischen Erfahrungen zeigten, dass in neuen industriellen Kernen gekämpft werden könne und gekämpft werde. Noch nie habe es weltweit so viele IndustriearbeiterInnen gegeben – und über 80 Prozent von ihnen würden im »globalen Süden« ausgebeutet. Die massenhaften Kämpfe dieser ArbeiterInnen würden von der westlichen Linken kaum wahrgenommen, die stattdessen über Prekarisierung, affektive Arbeit und unentlohnte Arbeit diskutiere.

Ähnlich der alten Arbeiterbewegung im Westen, aber auch in Lateinamerika, stünden wieder migrantische ArbeiterInnen im Zentrum, wobei die meisten Binnenmigranten seien. Das »verallgemeinerte imperialistische Monopolkapital« (in Anlehnung an Samir Amin) habe mittels des Finanzkapitals bis in die letzte Ecke des Planeten Land und Ressourcen enteignet und so die »industrielle Reservearmee« vervielfacht. Soweit – extrem gerafft – der *erste Teil* des Buches.

Der *zweite Teil* besteht aus drei Länderstudien zu Südafrika, China und Indien. In allen drei Beispielen werden Kämpfe und Streiks seit 2010 beschrieben, jeweils mit einer ähnlichen Fragestellung: Schaffen es die Kämpfe, das jeweils vorherrschende Ausbeutungsmodell aufzuknacken? In Indien beruhe es auf einer extrem gespaltenen Arbeitskraft, zum einen wegen dem verbreiteten Einsatz von Leiharbeit, zum andern durch die Ausnutzung des Kastensystems. In Südafrika beherrsche die politisch hegemoniale Dreierallianz aus ANC, dem Gewerkschaftsdachverband COSATU und der kommunistischen Partei die Arbeitsverhältnisse. In China sei die Arbeiterklasse durch das restriktive Houku-System gespalten [Lu Zhang vertritt die sehr interessante These, dass diese Spaltung in den letzten Jahren tendenziell überwunden wird; siehe unsere Besprechung im China-Teil!] und werde von der Allianz aus KP und ACFTU (Gewerkschaftsverband) niedergehalten.

Schlussfolgerungen

Für Indien ist Ness' Bilanz am nüchternsten: Streiks in Gurgaon hätten die Spaltungen angegriffen – aber die kleinen Arbeiterkomitees in verschiedenen Fabriken seien von der Repression erdrückt worden, und die offiziellen Gewerkschaften machten wenig Anstalten, solche Streiks zu unterstützen.

In Südafrika sei die *Tripartite Alliance* auseinandergebrochen und mit der AMCU eine wichtige neue Gewerkschaft entstanden – die von streikenden ArbeiterInnen aber eher taktisch genutzt werde. Auch die Metallarbeitergewerkschaft NUMSA habe sich unter dem Druck der Ereignisse nach Marikana wieder radikalisiert.

In China sei es nach der neuen Arbeitsgesetzgebung von 2008 zu einem Aufschwung der Kämpfe gekommen, immer wieder setzten Streiks Lohnerhöhungen und bessere Arbeitsbedingungen durch. In der Generation der »neuen Arbeiteraktivisten« habe sich die Erkenntnis durchgesetzt, dass es keiner neuen Gewerkschaft und/oder Partei bedürfe; Druck und auch Erfolge könnten auch so – durch Streiks und direkte Aktionen – erreicht werden.

Ness fasst zusammen: Arbeit und Arbeiterklasse seien nicht verschwunden, sondern in den globalen Süden verschoben worden. Die Streikwellen in China, Südafrika und Indien zeigten, dass sich die ArbeiterInnen nicht auf die bürokratischen Gewerkschaftsapparate verlassen können – und es auch nicht tun.

In der Einleitung sprach Ness davon, dass diese Streiks wichtige Fragen aufwerfen. Viele davon stellt er durch seinen Fokus auf die Rolle von Gewerkschaften allerdings gar nicht: Wie wurden die Streiks organisiert, was sind die Auswirkungen auf die Gesellschaften, in denen sie stattfinden, wie können die Kämpfe zusammenkommen…? Ness lässt zwar immer mal wieder als Perspektive die IWW aufblitzen, die *One Big Union* – diskutiert

aber auch das nicht. Letztlich vermittelt Ness bewusst oder unbewusst, dass eine nationale Arbeiterklasse kämpft und Schritt für Schritt ihre Situation verbessert.

Sein Abwatschen der »westlichen Arbeiterklassen« macht hin und wieder den Eindruck, solche Passagen gehen auf seine Enttäuschung über eben diese Arbeiterklasse zurück, auf die er als Jugendlicher mal gesetzt hatte. Ness ist auch hier widersprüchlich – an einer Stelle spricht er von dem »enormen Potential« das in den Kämpfen gegen die Krise 2008 sichtbar geworden sei. Die realen Veränderungen bekommt er aber nicht in den Blick: neue Formen von Massenarbeit, Prozesse von Reindustrialisierung… Und um seine These von der Industriearbeiterklasse im Süden stark zu machen, übertreibt er einfach: An einer Stelle behauptet er gar, in Europa und Nordamerika würden keine Autos mehr gebaut. Zudem ist seine Behauptung unhistorisch und falsch, die Staaten/Unternehmer im Westen hätten für »ihre Arbeiterklasse« Konsum und Wohlfahrtsstaat »vorgesehen«, während dies für die ArbeiterInnen im Süden nicht vorgesehen sei. Hier ist das Buch auch schlampig – denn an anderer Stelle wird ausgeführt, Konsum und Sozialstaat seien das Resultat der Kämpfe der Arbeiterklassen im Westen.

Auch der theoretische Überbau ist wenig hilfreich – vielleicht sollten wir wieder über Imperialismus diskutieren, aber es bringt wenig, in den immer gleichen Zitaten von Magdoff und Amin vom *generalized monopol capitalism* zu sprechen. Die Abschnitte zu den Streiks hätten genauer sein können, nicht unbedingt kritischer, aber fragender, offener. Stattdessen sind die drei Länderbeispiele in die Zwangsjacke eines recht geschlossenen Theoriegebäudes gepackt worden, und die Frage nach der »globalen Arbeiterklasse« geht am Schluss etwas unter. ■

Iran:

Keine Ruhe nach dem

Nach der Niederschlagung der »grünen Bewegung« 2009 und dem Abbau der Subventionen für Nahrungsmittel und Energie durch Ahmadinedschad ist der Iran seit 2012 mit einer Wirtschaftskrise konfrontiert: Der IWF schätzte die Inflationsrate für 2013 auf 25 Prozent (das war der vierte Platz in der offiziellen globalen Rangliste); *tatsächlich* lag sie Mitte 2013 schon bei über 40 Prozent. Gleichzeitig schrumpfte das BIP um 6,8 Prozent. Die Zahl der produzierten Autos sank beispielsweise 2013 im Vergleich zu 2011 um mehr als die Hälfte.[1]

Trotz Abkommen: Krise

Der 2013 neu gewählten Regierung unter Präsident Rohani gelang es zunächst, die Inflationsrate im Jahr 2014 auf 15 Prozent zu senken, während die Wirtschaft um 4,3 Prozent wuchs. Dies lag zum Teil an der »Erwartungsblase« in Bezug auf den erfolgreichen Abschluss der Atomverhandlungen. Aber auch an der gestoppten Abwertung der iranischen Währung und dem Verkauf von Staatsanleihen, was Geld in die Staatskasse brachte. Doch durch den Absturz des Ölpreises sanken die Staatseinnahmen.

Die Regierung kürzte ihre Ausgaben um 13 Prozent, was die bereits schwache Binnennachfrage weiter senkte. Entsprechend schlecht sehen die Wirtschaftsprognosen aus; die Regierenden warnen selber vor einer Rezession. Der IWF rechnet für 2015 mit einem Wachstum von 0,8 Prozent. Obwohl die Bekämpfung der Inflation für die Regierung Priorität hat, liegt die Rate weiterhin bei 15 Prozent. Die Arbeitslosigkeit liegt bei 10,6 Prozent (2014) und wird weiter ansteigen.

Nach Berechnungen des Regimes leben 30 Prozent der Bevölkerung unterhalb der Armutsgrenze. Obwohl der monatliche Mindestlohn mehr als verdoppelt wurde, von 303 000 Toman 2010 auf heute 712 000 Toman (einschließlich Wohn- und Kindergeld liegt er real bei einer Million Toman), lag die Steigerung unterhalb der Inflation. Umgerechnet in Dollar ist er von 290 auf 215 gesunken – eine Folge der Abwertung der Währung gegenüber dem

Dollar, die trotz der Sanktionen die Subventionierung von Lebensmitteln ermöglichte.

Das Regime setzt nach der Aufhebung der Sanktionen auf private ausländische Investitionen und versucht, dafür mit Lohnsenkungen und der Veränderung von Arbeitsgesetzen Anreize zu schaffen. Dazu gehören die Einrichtung von weiteren Freien Wirtschaftszonen, wo die Arbeitsgesetze nicht gelten, sowie neue Arbeitsverträge, die Klauseln enthalten wie die, dass bei Entlassung nach einem Streik kein Lohn für die bis dahin geleistete Arbeit bezahlt werden muss.

Durch den intensiven Kurs der Privatisierung der Großbetriebe, die vor allem von Institutionen wie Versicherungen gekauft wurden, sind in den letzten Jahren viele Arbeitsverträge neu geschlossen worden; meist befristet. Der Vizepräsident des Ministeriums für Arbeit und Soziales stellte kürzlich fest: »Rund 90 Prozent der Arbeiter hatten zu Revolutionsbeginn einen unbefristeten Arbeitsvertrag, dagegen haben heute rund 90 Prozent einen befristeten Arbeitsvertrag.« Es gibt sogar Arbeitsverträge, die nur die Unterschrift des/r ArbeiterIn enthalten und die der Arbeitgeber jederzeit verändern kann. Manche verlangen bei der Einstellung sogar die Zahlung einer Kaution.

Die Erwartungen an einen positiven Verlauf der Atomverhandlungen waren klassenübergreifend ziemlich hoch. In Diskussionen, Berichten und persönlichen Gesprächen meinten viele, dass nicht nur die Kriegsgefahr zurückgehen, sondern sich Vieles zum Besseren wenden würde. Ein großer Teil der Gewerkschaftslinken hoffte und hofft noch, dass mit der Öffnung für ausländische Investitionen die Arbeiterbewegung an Stärke gewinnen könnte bzw. Gewerkschaftsgründungen möglich werden.

Während die Mittelschicht »auf bessere Tage wartet«, zeigt die Zunahme der Streiks und Arbeiterproteste in den letzten Monaten, dass die ArbeiterInnen nicht warten. Auch das Regime bereitet sich auf härtere Auseinandersetzungen vor, wie die Verschärfung der Gesetze und das brutale Vorgehen gegen die Kämpfe zeigen.

Arbeiter warten nicht

2014 war die Anzahl der Streiks und Arbeiterproteste deutlich gestiegen. Die meisten Kämpfe richteten sich gegen Privatisierungen und Massenentlassungen, aber auch gegen die seit Jahren zur Normalität gewordene unregelmäßige und verspätete Zahlung der Löhne. Im Mai war der Höhepunkt: der Streik von 5000 Arbeitern im Eisenerzabbau in Bafgh; mit 39 Tagen war er der längste Streik seit der Revolution. Mit ihrem Sieg verhinderten die Arbeiter die geplante Teilprivatisierung. Im August wurden neun aktive Arbeiter festgenommen. Daraufhin traten die Arbeiter erneut in den Streik und beendeten ihn erst nach 16 Tagen, als der letzte verhaftete Arbeiter freigelassen wurde. Den Streik begleitete eine Welle der Solidarität der Frauen, Familienangehörigen und Nachbarn, u. a. mit langen Sit-ins vor dem Gebäude des Gouverneurs.

Um den Jahreswechsel 2014/15 folgte eine Protestwelle in der Autoindustrie. Die ArbeiterInnen wählten eine einfache und als solche nicht illegale Aktionsform, nämlich den kollektiven Boykott des Kantinenessens. Durch ihre Geschlossenheit brachten sie das Regime in Bedrängnis. Bei *Pars Khodro* erreichten die ArbeiterInnen nach vier Tagen eine Lohnerhöhung von über 20 Prozent, bei *Iran Khodro* nach zehn Tagen. Für viele ArbeiteraktivistInnen und Linke war diese kollektive Taktik besonders ermutigend, da die ArbeiterInnen das Zusammenkommen bei der Verweigerungsaktion als Diskussionsraum nutzten. Dort diskutierten sie auch einen möglchen Boykott der Werksbusse und einen gemeinsamen Marsch über 10 km nach Teheran.

2015 wurden noch mehr Streiks und Proteste öffentlich. Sogar auf den staatlichen und staatsnahen Nachrichtenseiten fand man beinahe täglich Berichte über Arbeiterproteste und Streiks. Leider ist es oft schwierig, weitergehende Informationen zu finden.

Es gab einige längere Streiks, so streikten 120 ArbeiterInnen der Textilfabrik *Iran Barak* 45 Tage lang. Der Streik bei den Stahlwerken in Ahwaz dauerte 35 Tage, die Stadtbahnarbeiter derselben

Siehe *Wildcat* 86: Ende 2010 setzte Ahmadinedschad den Subventionsabbau durch, den IWF und Weltbank seit 20 Jahren gefordert hatten und an dem die Vorgängerregierungen immer wieder gescheitert waren. Das wurde mit minimalen Zahlungen an die Bevölkerung abgefedert: Pro Person zahlte der Staat in der ersten Phase 40 000 Toman monatlich an etwa 90 Prozent der Bevölkerung – während Benzin um 400 Prozent, Strom um 300 Prozent und Brot um 200 Prozent teurer wurden.

[1] Die Autoproduktion stieg nach Angaben der OICA von 997 240 produzierten Autos 2007 bis auf 1 648 505 2011. Seitdem kriselt sie, 2012 brach sie auf 989 110 ein, 2013 sogar auf 743 680. 2014 konnte sie sich mit 1 090 846 produzierten Autos wieder etwas erholen. Wegen der schwachen Nachfrage fielen die Aktienkurse der Automobilbetriebe in den letzten neun Monaten um 24 Prozent.

Dezember 2015:
1 Euro = 3965 Toman
2010: 1400 Toman.

Stadt waren 22 Tage im Ausstand. In der Zementfabrik *Karoun* streikten die 500 Beschäftigten zwei Wochen lang. Wichtig waren die andauernden Proteste und Arbeitsniederlegungen auf dem *South Pars* Gasfeld, dem größten iranischen Gasfeld, dessen Erschließung 2003, vor den Sanktionen, begonnen hatte, und die dann ins Stocken geraten war.

Seit dem 5. Dezember läuft eine Auseinandersetzung in der petrochemischen Sonderzone, um die vollständige Privatisierung der *Persian Gulf Holding*, des zweitgrößten Petrochemiekonzerns im Mittleren Osten. Die 6000 Arbeiter sollen jetzt endgültig private Arbeitsverträge bekommen. Laut Nachrichtenportal *Naft e ma* sind an verschiedenen Orten 3000 Arbeiter in den Hungerstreik getreten oder boykottieren das Kantinenessen; sie drohen mit einer Menschenkette um die Werke.

Ein Blick auf eine einzige Woche im Oktober 2015 zeigt, wie massenhaft, aber zerstreut diese Kämpfe in ganzen Land stattfinden: In drei Petrochemiewerken streiken die ArbeiterInnen zwei bis zehn Tage. In der Kalksteingranulat-Fabrik *Ardakan* wird fünf Tage gestreikt; im Stahlwerk in Dorood 23 Tage wegen ausstehender Löhne. 105 Textilarbeiter aus der Provinz Lorestan demonstrieren vor der Zentrale der Sozialversicherung in Teheran. Die Arbeiter des Petrochemiewerks *Farabi* verweigern seit sieben Tagen das Kantinenessen. In über 15 Städten demonstrieren LehrerInnen für eine Gehaltserhöhung und die Freilassung inhaftierter Lehrer. Prekäre städtische Angestellte in Masdjed-Soleyman versammeln sich seit drei Tagen, um für die Auszahlung ihrer seit vier Monaten überfälligen Löhne zu protestieren.

Die Forderungen waren nicht besonders »radikal«, aber angesichts der Schwierigkeiten, denen sich Kämpfende aussetzen, sind sie ein Zeichen für den im Untergrund wachsenden Mut trotz der heftigen Repression.

Das Regime schlägt zurück

Denn das Regime geht mit seinen Sicherheitsorganen und Gerichten hart gegen diese Kämpfe vor. In der Ölraffinerie der Stadt Bandar Abbas setzten die Sicherheitskräfte Wasserwerfer gegen protestierende Arbeiter ein, woraufhin diese Maschinen beschädigten. Eine Versammlung von Bergarbeitern in Zarand, die eine der Zufahrtsstraßen des Bergwerks blockierten, wurde unter Einsatz von Tränengas aufgelöst, dabei wurde ein Arbeiter von einem Laster erfasst und starb später. Spezialeinheiten haben eine Versammlung der Arbeiter der Stahlwerke in Ahwaz angegriffen und einen Arbeiter schwer verletzt. Eine Statistik über nur vier Monate zeigt, dass Regierung und Unternehmer 1167 engagierte ArbeiterInnen aus 23 Betrieben entlassen haben. Auch die islamische Justiz verhängt höhere Strafen gegen protestierende Arbeiter. Zum Beispiel wurden fünf Bergarbeiter aus Tschador Malu zu einer einjährigen Haftstrafe und Peitschenhieben verurteilt. Nur aufgrund ihres Alters und der vielen Jahre im Bergwerk wurde die körperliche Züchtigung in eine Geldstrafe und fünf Jahre Gefängnis auf Bewährung umgewandelt.

Die ArbeiteraktivistInnen erleben, dass Unterdrückung und Repressalien unter der neuen Regierung noch zugenommen haben. Viele befürchten, dass das Regime das Klima nach dem Atomdeal dazu nutzen wird, die Arbeiterkämpfe nicht nur stärker zu isolieren, sondern sie auch stärker zu verfolgen und zu vernichten. Schon bisher ist es dem Regime gelungen, diese Kämpfe voneinander getrennt zu halten.

In den letzten zehn Jahren gab es mehrere Versuche von ArbeiteraktivistInnen, unabhängige Gewerkschaften zu gründen, z. B. in der Rohzuckerfabrik in Haft-Tappeh oder die Busfahrer-Gewerkschaft; es gab zahlreiche Gründungskomitees. Sie haben den AktivistInnen hohe Gefängnisstrafen eingebracht, aber wenig Widerhall in der Arbeiterklasse gefunden. Die Verbindung dieser kleinen Gewerkschaften mit den Gewerkschaften der Welt hat ihre Durchsetzungskraft nicht gestärkt, sondern zu Konflikten zwischen ihren Initiatoren und einem Vertrauensverlust bei den einfachen ArbeiterInnen geführt. Es ist zu beobachten, dass die ArbeiterInnen ihre Proteste und Streiks heute eher über direkte Aktionen organisieren. Sie versuchen zunehmend, ihre Aktionen aus den Betrieben herauszutragen und in die Arbeiterviertel zu erweitern, wo sich die Menschen aktiv mit ihnen solidarisieren. ■

Die USA benutzen zur Durchsetzung von Sanktionen zunehmend eine bisher kaum bekannte Abteilung des US-Finanzministeriums: Das *Office of Terrorism and Financial Intelligence* (TFI). Mit internationaler Hilfe isolierte das TFI über 20 iranische Finanzinstitute vom internationalen Bankensystem. Dadurch verlor die iranische Währung Rial Ende 2011 rund 30 Prozent an Wert. Laut US-Finanzministerium verlor der Iran seit Beginn der optimierten Sanktionen 2010 so circa 120 Milliarden US-Dollar an Einnahmen. Die *New York Times* stufte die TFI-Maßnahmen entsprechend als das »bislang erfolgreichste Druckmittel« gegen den Iran ein. (*Telepolis*, 23.06.2014) Durch die neuen Sanktionen seitens der EU wurden ab Juli 2012 die Öl-Einfuhren aus dem Iran in die EU gestoppt. Weitere Sanktionen zielten auf die iranische Zentralbank, deren Konten in Europa eingefroren wurden. Vgl. http://www.faz.net.

Wilde Streiks in der türkischen Autoindustrie

Zwei Schritte vor, einer zurück

Der kreditfinanzierte Boom in der Türkei läuft aus, die Konflikte im Innern nehmen zu. Weder die Gezi-Bewegung 2013, 300 tote Bergarbeiter in Soma 2014 noch der Anschlag auf eine linke Demo am 10. Oktober in Ankara mit über 100 Toten haben das Regime Erdoğan zu Fall gebracht. Die Regierung führt Krieg gegen die Zivilbevölkerung in den kurdischen Gebieten – in einer Härte wie seit den 1990er Jahren nicht mehr – und weiß ihre Rolle als Schlüsselland des neuen europäischen Migrationsregimes gut auszuspielen.

Auch die Welle selbstständiger Streiks der AutoarbeiterInnen im Mai in der Westtürkei, der die gesamte Autoindustrie für zwei Wochen zum Stillstand brachte, war keine Bewegung gegen das AKP-Regime. Doch im Streik haben die Arbeiter wichtige Erfahrungen im Organisieren von autonomen Streiks gesammelt. Das nach dem Putsch 1980 etablierte Gewerkschaftsregime ist angeschlagen.

Die Arbeitsbedingungen in der Türkei gehören weltweit zu den schlechtesten. 40 Prozent der ArbeiterInnen arbeiten mehr als 50 Stunden die Woche. Bei tödlichen Arbeitsunfällen ist das Land trauriger Spitzenreiter in Europa und weltweit dritter. Mit der zunehmenden Privatisierung von Staatsbetrieben und Auslagerungen sinkt der gewerkschaftliche Organisationsgrad beständig, von zehn Prozent im Jahr 2000 auf heute 4,5 Prozent, die Autoindustrie ist hierbei allerdings eine Ausnahme. In vielen der bestreikten Unternehmen musste man Mitglied in der Gewerkschaft *Türk-Metal* werden, um angestellt zu werden.

Wie in vielen anderen Ländern wurde auch in der Türkei die Verschlechterung der Arbeitsbedingungen in zwei Phasen durchgesetzt: In den 1990er Jahren Flexibilisierung und Intensivierung (in Autofabriken wurde mit den bekannten Qualitätszirkeln experimentiert), ab etwa 2001 Exportausrichtung und Senkung der Reallöhne. In die miesesten Jobs werden Kurden und Frauen gedrängt.

Autoindustrie

Autos werden in der Türkei seit 1969 produziert, zunächst vom Joint-Venture Unternehmen *Oyak-Renault*. Der steile Aufstieg begann in den Nuller-Jahren: 2002 wurden schon 350 000 Kraftfahrzeuge produziert. Nach einem Kriseneinbruch 2008 stieg das Land 2014 mit 1,17 Millionen zum fünftgrößten Hersteller in Europa auf. Die Beschäftigung wuchs um 350 Prozent; die multinationalen Konzerne machen die Türkei zu einer ihrer Exportplattformen. 80 Prozent der Produktion werden exportiert und machen insgesamt ein Sechstel der türkischen Exporte aus. Milliarden-Investitionen (*Toyota, Fiat, ...*) sind angekündigt. Währenddessen stürzt der Binnenmarkt ab, 2014 um 20 Prozent.

Die Lohnspaltung ist massiv. 60 Prozent der Metall-ArbeiterInnen arbeiten zum Mindestlohn, der ca. 300 Euro im Monat beträgt. Der Durchschnittslohn der Stammbeschäftigten in den türkischen Autofabriken beträgt 1800 Türkische Lira netto, umgerechnet etwa 600 Euro. Die Lohnerhöhung bei Bosch und die nicht durchgesetzten Lohnerhöhungen, z. B. bei *Oyak-Renault*, haben die Löhne angeglichen: Der Stundenlohn bei *Bosch* beträgt nun 9,46 TL und bei Renault 9,83 TL.

Leiharbeit ist gesetzlich auf sechs Monate beschränkt mit der Option auf einmalige Verlängerung. Während es offiziell vergleichsweise wenig *Leiharbeit* gibt, sind andere Branchen durchdrungen von einem ausbeuterischen System des Subunternehmertums.

Von Verträgen und Klagen...

2012 hatten 1500 *Oyak-Renault*-Arbeiter im Laufe der Tarifauseinandersetzungen das Werk in Bursa, viertgrößte türkische Stadt und Zentrum der Autoindustrie, besetzt. *Bosch*-Arbeiter, die einen Soli-Besuch machten, wurden von *Türk-Metal*-Funktionären mit Eisenstangen geschlagen und verletzt. Zuvor hatten mehrere tausend Bosch-Arbeiter die *Türk-Metal* verlassen und waren der *Birleşik-Metal* beigetreten, die zum linken Dachverband DİSK gehört. Damit waren die Tarifverhandlungen bei *Bosch* blockiert.

Bis 2014 arbeiteten die Herrschenden daran, die Arbeiter wieder zur *Türk-Metal* zurückzuführen – als dies halbwegs gelang, handelte *Türk-Metal* in der Tarifrunde Ende 2014 eine 60-prozentige nachholende Lohnerhöhung aus – aber nur für die

Bosch-Arbeiter. Die Arbeiter anderer Betriebe forderten daraufhin die Erneuerung ihrer bis 2017 laufenden Verträge auf der Grundlage des Bosch-Vertrages. Die in der *Birleşik-Metal* organisierten Arbeiter stimmten im Januar 2015 für einen Streik, der nach einem Tag von der Regierung per Verordnung 60 Tage aufgeschoben wurde, was praktisch ein Streikverbot bedeutete und die Kräfte auf die juristische Ebene ablenkte. *Birleşik-Metal* klagte gegen die Verordnung und rief gleichzeitig die Unternehmer dazu auf, aus dem Kapitalistenverband MESS auszusteigen, um auf Betriebsebene eigene Verträge auszuhandeln und so den Betriebsfrieden zu wahren. 15 von 38 Unternehmern akzeptierten das und schlossen mit dem Dachverband DİSK neue Tarifverträge ab, die 25-prozentige Lohnerhöhungen vorsahen.

Als im April 2015 *Türk-Metal* und Bosch ihren Tarifvertrag unterzeichneten, wurde den anderen ArbeiterInnen klar, wie krass schlechter ihre eigenen Bedingungen sind. *Türk-Metal* lehnte allerdings die Forderungen der anderen ArbeiterInnen nach Gleichstellung ab; die Klage gegen das Streikverbot wurde von der zuständigen Behörde abgewiesen.

… zu Demos und wilden Streiks

Daraufhin organisierten ArbeiterInnen der zwei großen Autofabriken in Bursa, *Oyak-Renault* und *Fiat-Tofaş*, eine Demonstration zum Gewerkschaftshaus der *Türk-Metal*, an der sich ArbeiterInnen anderer Fabriken beteiligten. Es wurden Massenaustritte aus der *Türk-Metal* beschlossen, ein fabrikübergreifendes Komitee gegründet und die Forderungen formuliert: ein neuer Tarifvertrag auf der Grundlage des Bosch-Vertrags, stärkere Erhöhung der Niedriglöhne, eigene GewerkschaftsvertreterInnen, Wahlen – und dass *Türk-Metal* aus den Fabriken abhauen soll (sie besetzen dort eigene Büros, die die ArbeiterInnen lieber für ihre eigenen Leute benutzen wollen). *Türk-Metal* schickte wieder einmal Schläger, um die Arbeiter einzuschüchtern.

Die wilden Streiks begannen am 5. Mai mit einer Versammlung bei *Oyak-Renault* und Massenaustritten aus der *Türk-Metal* in mehreren Fabriken. Am 6. Mai legte auch die Nachtschicht bei *Mako* und *Çoşkunöz* die Arbeiter nieder, am 15. Mai bei *Fiat-Tofaş* (nachdem am 14. Mai auch der MESS bekannt gegeben hatte, die gültigen Verträge nicht neu verhandeln zu wollen). Darüber hinaus gab es in vielen Zulieferbetrieben Solidaritätsaktionen, bei denen das Mittagessen in der Kantine boykottiert und stattdessen eine Versammlung abgehalten wurde. Auch bei *Türk Traktör* in Ankara fanden ähnliche Aktionen statt. Am 18. Mai streikten insgesamt 18 000 ArbeiterInnen; in anderen Fabriken, u. a. bei *Ford-Otosan* in Gölcük, musste die Arbeit wegen fehlender Teile, aber auch wegen der Angst der Unternehmer vor weiteren Aktionen eingestellt werden (viele Unternehmer schickten die Arbeiter gleich nach Hause). Am 20. Mai waren bereits über 20 000 ArbeiterInnen im Streik: 4800 bei *Oyak-Renault*, 5000 bei *Fiat-Tofaş*, 500 bei *Ford-Otosan*, 1400 bei *Çoşkunöz*, 1200 bei *Mako*, 700 bei *Ototrim*, 1000 bei *Valeo* ... die halbe türkische Autoindustrie stand still.

Ende Mai hatten die ArbeiterInnen alle ihre Forderungen durchgekämpft: einmalige und monatliche Bonuszahlungen, was faktisch einer Lohnerhöhung gleichkommt, freie Wahl der Mitgliedschaft in Gewerkschaften, keine Bestrafung, usw. Im Juni fanden noch einige kleinere Streiks statt, bis auch ein Subunternehmen zu Lohnerhöhungen gezwungen wurde.

Repression

Der Zeitpunkt war günstig, da sich die Türkei im Wahlkampf befand und die Regierungspartei sich nicht erlauben konnte, hart gegen die ArbeiterInnen vorzugehen. Als die Wahlen vorbei waren (7. Juni), sahen sich einige Unternehmer nicht mehr an ihre Zusagen gebunden: Die monatlichen Prämien wurden nicht gezahlt, die Unternehmer warfen im Juni fast 1000 ArbeiterInnen raus und stellten junge, ungelernte neu ein.

Die ArbeiterInnen konnten auf diesen Angriff nicht kollektiv reagieren. Es gab zwar fast überall neue Streiks und Proteste, aber selbst in Bursa gab es nur sehr wenige *gemeinsame* Aktionen. Ob und in welchem Maße die Proteste erfolgreich waren, hing von der Organisation im Betrieb ab, die z. B. bei *Oyak-Renault* sehr viel höher war als bei *Ford-Otosan*. Am Ende wurden viele Kündigungen zurückgenommen, einige ArbeiterInnen nahmen Abfindungen, wenige hundert blieben einfach gekündigt. Die versprochenen monatlichen Prämien wurden nicht mehr bezahlt.

Ähnlich ist das Ergebnis bei der Gewerkschaftsfrage: Auf dem Höhepunkt des Streiks waren 40 000 ArbeiterInnen aus der *Türk-Metal* ausgetreten (ein Drittel der gesamten Mitglieder). Einige davon (bei Renault) haben eine neue Gewerkschaft gegründet, andere sind in die Gewerkschaft *Birleşik-Metal* eingetreten, wieder andere sind in die *Türk-Metal* zurückgekehrt, auch deswegen, weil sie sowieso Beiträge an *Türk-Metal* zahlen, wenn sie in einem Betrieb mit deren Tarifvertrag arbeiten. Ein Großteil ist aber weiterhin in keiner Gewerkschaft.

Mouvement Communiste hat im September ein sechsseitiges Flugblatt auf Französisch, Italienisch und Englisch zum Streik veröffentlicht, inkl. hilfreicher Chronologie:
Turkey: Twelve days that posed the question of workers autonomy
http://mouvement-communiste.com

Ein harter Kampf begann nach der Streikwelle in der Klimaanlagenfabrik *Arçelik-LG* in Istanbul. Anfang Juli besetzten 500 der 680 ArbeiterInnen die Fabrik, 173 wurden entlassen und organisierten von da an 109 Tage den Widerstand von einem Zelt vor den Fabriktoren aus. Siehe *Die letzte Bastion*, 27.10.15 auf http://lowerclassmag.com.

Arbeiterautonomie?

Seit den 1990er Jahren hatte es solche offensiven Streiks nicht mehr gegeben. Diesmal hatten junge, im Kampf unerfahrene ArbeiterInnen ihr Schicksal gemeinsam in die eigene Hand genommen. Die ArbeiterInnen haben ihren Kampf als rein ökonomischen begriffen und politische Fragen bewusst ausgeblendet. Besuche von Parteienvertretern (Wahlkampf!) waren unerwünscht. Das verhinderte, dass sie sich in Kurden, Graue Wölfe, AKP-Anhänger, usw. aufspalteten – es machte aber auch einen Angriff auf die Herrschenden unmöglich. Die ArbeiterInnen sahen in den »*Türk-Metal* Banditen« ihren ersten Gegner, den sie bekämpfen müssen, bevor sie gegen den Unternehmer kämpfen können. Die Unzufriedenheit mit der Gewerkschaft, die schon vor den Streiks vorhanden war, brach in einen offenen Konflikt aus, als *Türk-Metal* nicht nur nichts tat, sondern die Demonstrationen der ArbeiterInnen mithilfe von Schlägern angriff. In den Tagen des Streiks organisierten sich die Arbeiter eigenständig und gegen die Gewerkschaften; das AKP-Regime verbot die Streiks im Januar unter der Parole der »nationalen Sicherheit« und trug so zur Radikalisierung bei. Die ArbeiterInnen ließen sich nicht auf das juristische Terrain führen, sondern kämpften dort, wo sie ihre Macht ausspielen können: in der Fabrik. Die bevorstehenden Parlamentswahlen verhinderten Repression seitens des Regimes (die Dreimillionen-Metropole Bursa ist eine AKP-Hochburg; nur 70 000 Stimmen gingen an die linke »Kurdenpartei« HDP, sie erhielt kein einziges Mandat in der Stadt).

Gewerkschaftsregime angeschlagen

Türk-Metal, 1970 als rechte Gegengewerkschaft gegründet, war nach dem Militärputsch 1980 und dem Verbot des linken Dachverbandes DİSK zunächst die einzige Metallgewerkschaft; in gutem Einvernehmen mit dem Kapitalistenverband MESS hielt sie die ArbeiterInnen unter Kontrolle. Es gab keine Gewerkschaftswahlen, gegen rebellische Arbeiter wurden Schläger eingesetzt. Mit den zwangsweise einbehaltenen Mitgliedsbeiträgen stahl sich *Türk-Metal* Hotels und andere Unternehmen zusammen. Im Land ist die Gewerkschaft bekannt für ihre Korruptionsskandale und ihre Verbindungen zur extremen Rechten und zum tiefen Staat. Nach 35 Jahren erfolgreicher Sozialpartnerschaft haben *Türk-Metal* und MESS in diesem Streik sogar Lohnerhöhungen blockiert, denen die bestreikten Konzerne zustimmen wollten.

Die Streikwelle hat eine breite Diskussion entfacht über Arbeiterkomitees in den Fabriken, um eine Arbeiterorganisierung, die von unten nach oben aufgebaut werden muss, um für die Interessen der ArbeiterInnen an besseren Arbeits- und Lebensbedingungen zu kämpfen. Die VertreterInnen sollen abwählbar sein. Es soll keinen gut bezahlten Apparat geben, wie ihn all die etablieren Gewerkschaften haben.

Für viele ist die 1992 wieder zugelassene DİSK-Gewerkschaft *Birleşik-Metal* keine Alternative: 1998 zögerte die Gewerkschaft, 8000 kämpferische Kollegen aufzunehmen, weil deren Mitspracherecht ein Risiko für die moderate Zentrale gewesen wäre. Heute bietet die Gewerkschaft den ArbeiterInnen eigene Verwaltungsstellen in den Betrieben an, aber die Arbeiter wollen nicht isoliert sein, sondern betriebsübergreifende Kontakte. Dass sie gegen das Streikverbot nur juristisch vorgehen wollte, nahmen viele Arbeiter der linken Gewerkschaft übel.

Auf *Facebook* lief eine Diskussion mit breiter Beteiligung unter dem Stichwort »MİB – Metallarbeitereinheit« über die Organisierung außerhalb der Gewerkschaften oder die Gründung einer neuen linken Basisgewerkschaft. Eine solche hat sich in Ostthrakien gegründet: TOMİŞ (*Türkiye otomotiv ve metal işçileri sendikasi*). Beigetreten sind längst nicht alle streikenden ArbeiterInnen. Im Streik jedenfalls lernten die Arbeiter, dass *Facebook* nicht der Ort für taktische Diskussionen ist, weil die Bosse alles mitlesen, und bauten stattdessen über Komitees direkte Kommunikations- und Diskussionskanäle auf.

Entlassungen und steigende Produktion

Insgesamt wurden in der Folge des Streiks 1500 ArbeiterInnen gekündigt; einige mussten wieder eingestellt werden, andere erhielten eine Abfindung. Mitte November vermeldet die türkische Autoindustrie für 2015 ein Rekordjahr – die Produktion werde bis Jahresende von 1,17 auf 1,35 Mio. Autos steigen. Ende November demonstrierten die *Oyak-Renault*-Arbeiter durch die Fabrik, hielten Versammlungen ab, hinderten *Türk-Metal*-Leute am Betreten der Kantine und riefen Parolen gegen die Gewerkschaft: »Strapaziert nicht unsere Geduld!«

Während *Türk-Metal* versucht, sich als demokratische Gewerkschaft zu präsentieren und bei *Ford-Otosan* Wahlen abhält, bereiten sich die Linken auf das Auslaufen der Tarifverträge und neue Kämpfe vor. ■

Potosí / Bolivien:

An den Grenzen des extraktiven Entwicklungsmodells

Im Juni hatten wir in der *Wildcat* 98 die Frage aufgeworfen, was passiert, wenn den linken Regierungen Lateinamerikas die Einnahmen wegbrechen, weil die Rohstoffpreise fallen und es gleichzeitig zu neuen Kämpfen kommt. Dies wollen wir am Beispiel **Boliviens** konkretisieren.

Bolivien, Potosí, Sommer 2015

Mehrere Streiks, mehrere Demonstrationen mit über 130 000 Menschen auf den Straßen einer Stadt mit 170 000 EinwohnerInnen. Auch die Zufahrtsstraßen sind blockiert. Einige hundert *Mineros* sind in die Hauptstadt La Paz gezogen – und kloppen sich dort mit der Polizei; auf der Plaza Murillo, vor dem Regierungssitz explodieren Dynamitstangen, am Innenministerium zersplittern Fenster. Organisiert werden die Proteste vom »Bürgerkomitee« in Potosí, die Protestierenden fordern die Einlösung von Wahlversprechen der Regierung Morales von 2009, im wesentlichen Investitionen in die Infrastruktur. Die Regierung Morales spricht von »Putschisten«, »Rechten« und/oder vom Ausland finanzierten Protesten, und mobilisiert offen die umliegenden Dörfer und Landgemeinden gegen die Ansprüche »der Städter«.

Potosí, August 2010

Drei Wochen lang geht in Potosí fast gar nichts. Streiks, geschlossene Geschäfte, blockierte Zufahrtsstraßen, immer wieder gehen mehr als 100 000 Menschen auf die Straße. Die Stromzulieferung der größten Mine in der Region, betrieben von einem japanischen Konzern, wird besetzt und unterbrochen. Ein »Bürgerkomitee« koordiniert die Proteste, es geht um die Einlösung von Wahlversprechen der Regierung Morales von 2009 – eine Zementfabrik, die Inbetriebnahme der Blei/Silber-Schmelze vor den Toren Potosís, die Absicherung des *Cerro Rico*, den Bau eines Flughafens...

Immer wieder Potosí?

Das »Departamento Potosí« mit knapp einer Million EinwohnerInnen gehört noch immer zu den ärmsten in Bolivien und es ist eines der wenigen *Departamentos* in Bolivien, in dem die Mehrheit der Bevölkerung noch auf dem Land lebt; Potosí ist die einzige größere Stadt. Historisch war sie das Zentrum der Ausbeutung der Minen – politisch ein Zentrum der *Mineros* und ihrer Kämpfe. Die Unterstützung für die Regierung Morales war hier immer hoch und sie ist es noch immer. Aber seit 2010 wächst auch die Unzufriedenheit.

Steigende Weltmarktpreise hatten auch die Minen rund um Potosí wieder profitabel gemacht: Zink, Zinn, Silber, Blei, Kupfer, Wolfram... 2010 wurden hier über 80 Prozent der in Bolivien ausgegrabenen Metalle gefördert, der überwiegende Teil von multinationalen Unternehmen, der Rest von privaten Kleinunternehmen (fälschlicherweise »Kooperativen« genannt), die z. B. Stollen im *Cerro Rico* an entlassene *Mineros* der staatlichen Minen verpachten. Das Besteuerungs-/Abgabensystem dieser Metalle ist hier für die Unternehmen generell deutlich vorteilhafter als bei Öl und Gas. Bei sinkenden Weltmarktpreisen liegen die Abgaben wieder so niedrig wie während der »neoliberalen« Epoche. D. h. nur ein Bruchteil der Einnahmen bleibt in Potosí.

Dies mag zu der verbreiteten Stimmung beitragen, dass vom »Proceso de Cambio« bei den Menschen der Region wenig ankommt. Und es ist die Basis, auf der sich das Bürgerkomitee zum Organisator dieser breiten Unzufriedenheit machen kann.

Bröckelnde Hegemonie der Regierungspartei

Bürgerkomitees – Zusammenschlüsse von Unternehmerverbänden, Kleinunternehmern, Lehrerverbänden, Frauenverbänden, Selbstständigen, auch Gewerkschaften – waren historisch Instrumente der Mittel/Oberschicht und der Unternehmer; mit diesen Netzwerken hatten sie unabhängig von der aktuellen Regierung immer Leute an den richtigen Stellen. Oder sie konnten die eigenen Interessen gegen linke Regierungen absichern. Auch die rechte Opposition gegen Evo Morales ist nach 2005 zu einem guten Teil aus diesen *Bürgerkomitees* heraus organisiert worden. Das macht es der Regierung leicht, die Bewegung in Potosí in die rechte Ecke zu stellen.

Die Zusammensetzung der *Bürgerkomitees* hat sich allerdings in den letzten zehn Jahren verändert, sie sind breiter und offener geworden. In dieser Entwicklung spiegelt sich auch die Krise der linken, der Basisbewegungen. Denn der MAS von Evo Morales hat fast alle gesellschaftlichen Kanäle besetzt bzw. haben sich nach 2005 fast alle irgendwie einbinden lassen (siehe *Wildcat* 98, S. 46). Wenn heute von »sozialen Bewegungen« die Rede ist, meint das fast immer die regierungstreuen Gruppen – und

so werden die *Bürgerkomitees* zum Sprachrohr einer Kritik, die sonst fast keinen Raum mehr findet.

Noch sieht es so aus, als hätte die Regierung die Situation im Griff: Ende Juli wurden die Streiks in Potosí und die Proteste in La Paz ohne konkrete Ergebnisse abgebrochen. Die Wahlen für ein von der Regierung eingebrachtes neues »Autonomiegesetz« wurden in vielen Regionen zu einer Protestwahl gegen die Regierung Morales. Momentan strickt die Regierung an einer Kampagne für eine Verfassungsänderung, da sie eigentlich nicht mehr antreten dürften.

Fallende Rohstoffeinnahmen – mehr Kämpfe?

Politisch hoffen viele noch auf einen Umschwung innerhalb des »Proceso de Cambio« der Regierung Morales, bzw. dem MAS. Sie setzen auf die Kräfte innerhalb des MAS, die nicht weiter zusehen wollen, wie z. B. wieder mit rechten Kräften paktiert wird, um Machtpositionen abzusichern, und gleichzeitig jede Kritik von links als rechtsgerichtet denunziert wird. Ob sich aber die Kämpfe an solche Überlegungen halten? Allerdings müssten sie sich sowohl von der Hegemonie des MAS, als auch von Interessengruppen wie den *Bürgerkomitees* befreien und die eigenen Bedürfnisse obenan stellen.

»Kapitalismus in der Peripherie bedeutet heute Anti-Kapitalismus auf globaler Ebene«, behauptet A. Soliz Rada, Minister für Rohstoffe der ersten Regierung Morales; denn »Staatskapitalismus« sei der einzige bislang gefundene Weg für die Länder des Südens, aus der Unterdrückung durch die entwickelten Länder raus, hin zu einem »lateinamerikanische Sozialismus«, einem wirklichen »Vivir Bien«. In diesem Gefasel steckt ein Körnchen Kritik an der Regierung Morales, weil z. B. japanische Firmen aus den Minen von Potosí jedes Jahr eine Milliarde Gewinn herausholen und nur ein Bruchteil davon im Land bleibt. Auch die Subventionierung der Soja-Industrie im Tiefland, die in den letzten Jahrzehnten um 500 Prozent zugenommen hat und immer mehr proletarisierte KleinbäuerInnen beschäftigt, sei Teil einer Politik, die die bäuerlichen Familienbetriebe in einem Ausmaß schwäche, dass Basisgüter importiert werden müssen – und den »Staatskapitalismus« zurückdränge. Um so wichtiger sei nun die »Revitalisierung der nationalen Entwicklung«.

Die »Nationalisierung« der Minen / Rohstoffe war und ist für die Regierung Morales tatsächlich der zentrale propagandistisch-politische und ökonomische Hebel: alles der Ausbeutung von Metallen, Gas/Öl und Agrargütern unterzuordnen und dies als »notwendigen Zwischenschritt« in eine Gesellschaft des »Buen Vivir«, des »Guten Lebens« auszugeben. Doch die sinkenden Weltmarktpreise für Rohstoffe haben die Einnahmen einbrechen lassen. Mit mehr Investitionen in den Rohstoffabbau, mit einer höheren Fördermenge sollen die sinkenden Preise ausgeglichen werden. Das führt letztlich dazu, dass der Haushalt immer weniger durch Steuern aus Rohstoffexporten gedeckt werden kann und vermehrt auf »interne« Steuererhöhungen zurückgegriffen wird: 2014 soll der Haushalt nur noch zu knapp 30 Prozent aus Steuern und Abgaben auf Rohstoffe bestanden haben – der Rest seien »nationale Steuern« gewesen, darunter an erster Stelle die Mehrwertsteuer, die besonders ArbeiterInnen und die armen Teile der Bevölkerung trifft. Das CEDIB (*Centro de Documentación e Información Bolivia*) kommt zum Schluss: »Unsere Ökonomie hat von einem System, das von Rohstoffen lebt, zu einem System gewechselt, das die weitere Ausbeutung der Rohstoffe aufrechterhalten soll« (CEDIB, *La tragedia extractivista*, 2015). Der »Staatskapitalismus« von A. Soliz Rada hat keine eigene ökonomische Grundlage, Bolivien ist zutiefst in den globalen Kapitalismus eingebunden.

Der »Sozialismus des 21. Jahrhunderts« ist – mal wieder – am Ende, bevor er ans Ziel kam: In Argentinien ist wieder eine liberal/konservative Regierung an der Reihe, in Brasilien scheint die Regierung Rousseff zwischen sinkenden Rohstoffeinnahmen, Korruption, Streiks und einer stärker werdenden »Rechten« unterzugehen, in Venezuela hat die Opposition – was »rechts wie links« überraschte – Anfang Dezember gar eine Zweidrittelmehrheit bei den Parlamentswahlen erreicht. Hier wird sich zeigen, ob sich die viel beschriebenen Basisbewegungen mobilisieren, ob ohne das »populistisch/chavistische« Korsett ein neuer Schwung aufkommt.

Die Arbeiterklasse in diesen Ländern wird von solchen Regierungswechseln nichts zu erwarten haben außer einem veränderten Kampfterrain. Die linken Regierungen haben die Bewegungen demobilisiert, die sie ins Amt gehoben hatten. Aber die breiten (Streik-)Bewegungen der letzten Jahre, in Lateinamerika vor dem Hintergrund fallender Rohstoffeinnahmen, machen Hoffnung, dass sie den »neuen rechten Regierungen« die Grenzen aufzeigen bzw. ihre eigene Agenda weiterentwickeln werden. In Argentinien hat es Mitte Dezember bereits breite Demonstrationen gegeben, die Lohnerhöhungen forderten, da die geänderte Wechselkurspolitik der neuen Regierung die Reallöhne senkt. Immanuel Wallerstein formulierte in seinem Kommentar vom 1. Dezember ganz trocken: Die (Rohstoff)Krise und die Kämpfe werden der neuen Rechten die Bedingungen vorgeben.

Derweil hat sich der »Staatskapitalismus«, der »Sozialismus in einem Land«, mal wieder als Illusion linker Intellektueller erwiesen. ■

Neue Kämpfe im Drogenkrieg-Kapitalismus

Siehe die Artikel in *Wildcat* 98, *Klassenkampf in den nordamerikanischen Gewaltökonomien*, und die Buchbesprechung zu John Giblers *Sterben in Mexiko: Zwei Kriege gegen das Proletariat*, Sommer 2015. Außerdem online: *Streik in den US-Raffinerien*, auf www.wildcat-www.de, März 2015.

Im letzten Heft haben wir den Drogenkrieg in Mexiko in einer Buchbesprechung behandelt – was zur Kritik am Artikel über Nordamerika führte: *»Wie könnt Ihr über Mexiko schreiben, ohne den Drogenkrieg zu erwähnen?«* Es war tatsächlich unsere Absicht gewesen, den Süden der USA und den Norden Mexikos als einen gemeinsamen Raum von ArbeiterInnenkampf darzustellen. Auf beiden Seiten der Grenze müssen sich die ProletarierInnen dabei mit verschärfter Gewalt der staatlich und privat organisierten Repression auseinandersetzen. Was gerne als »failed state« bezeichnet wird, ist Ausdruck der Schwierigkeiten der herrschenden Klasse, Schranken für kapitalistische Interessen niederzureißen. Staat und Investoren sind mit einer widerspenstigen Klasse konfrontiert, die die Versprechen der Mexikanischen Revolution nicht vergisst – mitten in einem der heikelsten geografischen Räume der Welt: An der Grenze zur größten Kriegs- und Wirtschaftsmacht, auf rohstoffreichem und fruchtbarem Territorium und als Brückenkopf zur Abwehr des Kommunismus.

Trotz »zweier Kriege gegen das Proletariat«, dem Krieg zwischen den Kartellen und dem offiziellen *war on drugs* der Regierungen, kann sich die Klasse mehr und mehr behaupten. Sie räumt Hindernisse wie die mexikanischen Gewerkschaften mit ihren »Schutzverträgen« aus dem Weg, sie blockiert die Versuche der US-Ölkonzerne, in ihren Raffinerien ArbeiterInnen von Subunternehmen einzustellen – und sie muss sich immer wieder mit der Gewaltökonomie auseinandersetzen.

Drogenkrieg-Kapitalismus

Der Begriff *Drogenkrieg-Kapitalismus* geht auf Dawn Paley zurück, die die Situation an mehreren Orten in Mittel- und Lateinamerika untersucht hat und ein wichtiges Buch geschrieben hat: *Drug War Capitalism*, AK Press, 2014.
Im Oktober 2015 hat sie ein neues, ausführliches Nachwort für die spanische Ausgabe verfasst. Online auf: http://upsidedownworld.org

Drogenkartelle sind Bollwerke der USA gegen den Kommunismus. Der *war on drugs* hat es ermöglicht, Länder zu besetzen und die eigenen Repressionsapparate aufzurüsten (nicht nur in den USA zersetzt die Drogenschwemme das Proletariat; vgl. den Artikel *Krieg der Armen gegen die Armen?*, S. 76). Genau der gleiche *war on drugs* hat diese Kartelle finanziert, gedeckt, beraten, militärisch ausgebildet und ausgerüstet. Personelle Überschneidungen zwischen Konzernen, dem Staat und eben diesen Kartellen sind die Regel. Die Grauzone aus Geheimdiensten, Militär, Polizei, Konzernen und rechtsextremen Killern haben wir als *tiefen Staat* zu fassen versucht. In seiner Arbeitsteilung sind die Drogenkartelle zuständig für das Wegräumen linker Gueriller@s und Campesin@s, die gegen Landraub, Privatisierung und Marktöffnung kämpfen.

2006 begann auch in Mexiko der »Krieg gegen die Drogen«. Im Ergebnis ist Nordmexiko eines der wichtigsten strategischen Gebiete fürs internationale Kapital. Die arbeitsintensiven Montagefabriken mit niedrigen Löhnen und kurzen Transportwegen in die USA boomen (kein Land hat mehr Freihandelsverträge als Mexiko). Der Drogenschmuggel auf den weltweit am meisten frequentierten Drogentransportrouten (die USA ist der größte Absatzmarkt für Drogen) ist auf dem historisch höchsten Niveau. Der Klassenkampf markiert die Grenze dieses Modells.

Zunächst entwickelten sich heftige Kämpfe unter den Kartellen um Anbaugebiete und Transportrouten. Polizei, Armee, Spezialeinheiten, private Sicherheitsdienste, Drogenkartelle schlachten sich dabei nicht nur gegenseitig ab, sondern gehen auch gegen die Bevölkerung vor – der Staat unter dem Vorwand, es handle sich um Kartellmitglieder. Egal, ob sie zufälligerweise Land bewohnen, auf dem Drogentransportrouten verlaufen, oder auf das internationale Konzerne zugreifen wollen (z. B. auf das größte mexikanische Gasfeld in Ciudad Mier) und/oder auf dem große Infrastrukturprojekte entstehen sollen. Die Drogenkartelle haben ihre Geschäfte »diversifiziert«, so dass wir besser von *Mafiaorganisationen* sprechen. Drogen machen noch etwa 45 Prozent vom Umsatz aus. Beispielsweise konzentrieren sich die *Zetas* auf Erpressung, Entführung und Raub. Sie sind ehemalige Militärs und sadistische Schlächter; ihre Gründer kommen aus den militärischen Aufstandsbekämpfungseinheiten der 90er Jahre gegen die Zapatisten. Die *Tempelritter* versuchten sich im Bergbau und in der Land- und Forstwirtschaft. Die *Sinaloa-Föderation* investiert in Fabriken, Immobilien usw. Mit diesen Aktivitäten treten sie in Konkurrenz zu legalen kapitalistischen Unternehmen, von denen sie gleichzeitig Schutzgeld erpressen. Dabei wenden sie brutale Gewalt an, deren *Qualität* in der Geschichte der Menschheit selten übertroffen wurde. Die öffentlich zur Schau gestellten enthaupteten, gehäuteten und/oder zerstückelten Leichen hinterlassen eine deutliche Nachricht, etwas zu tun oder nicht zu tun. Wer im jeweiligen Einflussbereich der Banden lebt, macht oder zahlt deshalb alles, was sie fordern. Gleichzeitig entstehen Verdienstmöglichkeiten, die Arbeitskräfte anziehen, der Regierung und vielen Firmen Geld bringen (z. B. den Transportunternehmen) und hohe Gewinne, die weltweit investiert werden.

Seit 2012 wurden mehrere Mafiabosse verhaftet oder getötet, was zu einem Kampf um die Nachfolge führt. Einige Organisationen sind in viele Teile zerfallen, die mal gegeneinander kämpfen, mal Bündnisse schmieden. Wenn sich eine Organisation durchgesetzt hat, geht die Gewalt zurück. Teilweise sinkt die Mordrate aber auch deswegen, weil der »Marktführer«, die *Sinaloa-Föderation*, keine rein militärische Strategie fährt, sondern sich wie ein normales kapitalistisches Unternehmen verhält, das nicht ausschließlich auf kriegerische Gewalt setzt, sondern mehr mit *Deals* arbeitet.

Neuzusammensetzung

»We the workers must become international now«
(Ein Streikführer der ErntearbeiterInnen aus Baja California)

Hinter dem medialen Tamtam über *failed state*, Drogenkrieg, wirtschaftlichem Boom (Mexiko wird gleichzeitig als »neues China« gefeiert), verbergen sich wichtige neue Erfahrungen der Klasse.

Auto

2014 wurden in den 18 mexikanischen Autofabriken 3,2 Millionen Autos gefertigt. Die Automultis kündigen regelmäßig neue Investitionen an – selbstverständlich bei hohen staatlichen Subventionen. Die neuen Fabriken entstehen in Zentralmexiko, außerhalb der wichtigen Drogentransportrouten. Mittlerweile gibt es 19 Fabriken und 1400 Zulieferfabriken mit insgesamt 700 000 ArbeiterInnen. Damit ist Mexiko auf Augenhöhe mit der BRD. In einem Land, wo Leute in der Mafiaökonomie (Schmiere stehen, Routen überwachen, Transportarbeit, töten, ...) mehr verdienen als Lehrer, stellen Jobs in der Autoindustrie einen Hoffnungsschimmer dar. Dort herrscht aber das übliche Fabrikregime: Lange Arbeitszeiten, Wochenendarbeit, intensives Schuften am Band, autoritäre und sexistische Vorarbeiter – dafür verdienen sie z. B. in der neuen *Mazda*-Fabrik in Salamanca gerade mal 300 Dollar im Monat, womit sie sich keinen Neuwagen leisten werden können. ArbeiterInnen, die gegen die Bedingungen Proteste organisiert hatten, kündigten von selber. Die Autoproduktion in Mexiko ist vorrangig auf den Export ausgerichtet, der Binnenmarkt existiert quasi nicht – er könnte mit zwei Autofabriken abgedeckt werden.

In den USA wehren sich die ArbeiterInnen derweil in ersten Schritten gegen das *Two-Tier*-Lohnsystem und die Autoarbeitergewerkschaft UAW. Letztere konnte mit Mühe den neuen Vertrag durchsetzen, nachdem Mehrheiten der AutoarbeiterInnen bei *Fiat Chrysler* und *Ford* den Vertrag blockierten. In Wisconsin streikten 2000 ArbeiterInnen des Zulieferbetriebs *Kohler* einen Monat lang erfolgreich – zum ersten Mal seit 30 Jahren.

Maquiladoras

Im Gefolge der Wirtschaftskrisen 1994/95, 2001 und 2008 verloren jedes Mal viele ArbeiterInnen in den Maquilas ihre Jobs, aber heute arbeiten dort so viele Menschen wie noch nie; die mexikanische Elektronikindustrie ist weltweit die zweitgrößte nach der chinesischen. Jahrelang waren die Maquiladoras praktisch streikfrei, was sich einerseits durch die Repression und den Bürgerkriegszustand in den Grenzstädten erklärt, andererseits war es leicht, in die USA auszuwandern, wenn man die Schnauze voll hatte. Das ist mittlerweile schwieriger geworden, gleichzeitig boomt die Maquila-Industrie. Nun ist auch die Phase beendet, in der die ArbeiterInnen still halten.

Neue Konflikte gibt es gerade in den Maquiladoras in Ciudad Juárez – sehr wichtig deshalb, weil die Stadt 2009 die höchste Mordrate weltweit aufwies und jegliche Hoffnung auf Kräfte, die Klassenkonflikte zum Ausdruck bringen, verloren schien. Zunächst protestierten mehrere hunderte ArbeiterInnen verschiedener Maquilas (darunter *Scientific Atlantic*, ein *Foxconn*-Tochterunternehmen) gegen gesundheitsschädliche Arbeit, zu niedrige Löhne und Sexismus. Daraufhin wurden einige gefeuert. Seitdem besetzen die protestierenden ArbeiterInnen Fabriktore, organisieren Demos durch die Stadt und diskutieren in Zelten, wie es weitergehen soll. Anfang Dezember haben 700 *Lexmark*-ArbeiterInnen den Boss mit einem Streik überrascht, der die Fabrik räumen ließ. Tage später wurden über 100 ArbeiterInnen gefeuert, die gestreikt hatten und eine Gewerkschaft gründen wollen. Den kämpferischen Kern bilden Frauen, die seit Jahren in den Maquilas arbeiten und sich unabhängig – außerhalb der gelben/staatstragenden Gewerkschaften – organisieren. Die sonst nur im Zusammenhang mit Opfern von Gewalt und extremer Ausbeutung sichtbaren ArbeiterInnen kommen aus ihrer Deckung und rücken mit universellen Problemen in die Öffentlichkeit.

ErntearbeiterInnen

Der Streik der ErnterarbeiterInnen im Frühjahr 2015 in Mexiko lässt hoffen, dass sich auch andere ArbeiterInnen auf den amerikanischen Feldern erneut bewegen. Die Bedingungen in den USA hatten sich nach den Kämpfen in den 70er Jahren verbessert, mittlerweile sinken sie wieder – relativ gesehen – auf das Niveau der 20er und 30er ab; der

Two-Tier-Lohnsystem: Zweiklassen-Lohnsystem. Neue ArbeiterInnen werden zu niedrigeren Löhnen eingestellt.

(Akkord-)Lohn ist extrem niedrig; Krankheiten aufgrund von giftigen Düngemitteln sind an der Tagesordnung, bewaffnete Rassisten (Bullen, *Minutemen*, Farmer und ihre Schergen...) schlagen immer wieder zu. Dagegen gab es in den letzten Jahren viele Kampagnen von Menschenrechts- und linksgewerkschaftlichen Gruppen, aber solange die ArbeiterInnen nicht selbst aktiv wurden, ging wenig. In den letzten Monaten beteiligten sich migrantische ErntearbeiterInnen auch im *Norden* von Amerika an der Kampagne für 15 Dollar Stundenlohn, es gibt grenzüberschreitende Organisierungsversuch, und nicht gesprächsbereite Unternehmer werden durch kurze Streiks an den Tisch gezwungen (wie bei *Sakuma Brothers* im Bundesstaat Washington, oder in einer Molkerei in Vermont).

LehrerInnen

Die Landlehrerschule in Ayotzinapa war schon 2007 Ort von heftigen Auseinandersetzungen zwischen StudentInnen/LehrerInnen und dem Staat. Die Landschulen sind der Regierung schon immer ein Dorn im Auge, gewesen, weil sie sich erfolgreich gegen Verschlechterungen und neoliberale Reformen gestellt haben und viele Revolutionäre von dort kommen. 1992 haben die Landschul-LehrerInnen in Oaxaca das Recht erkämpft, ihren Posten an ihre Kindern weiterzugeben – dies soll nun abgeschafft werden. Bis jetzt konnten die LehrerInnen erfolgreich Neuerungen abwehren, die darauf abzielen, nur unterwürfige KollegInnen einzustellen (z. B. soll die Eignungsprüfung regelmäßig wiederholt werden). Die Lehrergewerkschaft CNTE gilt als die militanteste, sie ruft regelmäßig zu Streiks, Demos und Straßenblockaden auf, die Bewaffnung schützt vor Angriffen. Momentan weitet sich die Bewegung,von den südlichen Bundesstaaten auf Zentral- und Nordmexiko aus.

Ähnlich und gleichzeitig kämpfen LehrerInnen auch in den USA für bessere Bedingungen. Im September haben sie mit einem fünftägigen Streik in Seattle Lohnerhöhungen durchgesetzt und verhindert, dass unfaire Bewertungsverfahren eingeführt werden. Die LehrerInnen in Seattle hatten davor 30 Jahre lang nicht mehr gestreikt.

»Gemeindepolizei« und »Selbstverteidigungsmilizen«

In 16 der 32 Bundesstaaten gibt es »Selbstverteidigungsmilizen« (*autodefensas*). In Guerrero gibt es etwa 80 autonome Dörfer mit selbstorganisierter »Gemeindepolizei«, denen sich mittlerweile 150 weitere angeschlossen haben. Einige sehen sich in der Tradition von Lucio Cabañas, dem Anführer einer revolutionären Guerilla-Bewegung in den 70er Jahren (er machte seinen Abschluss an der Schule in Ayotzinapa und war Lehrer) und sind durch die Zapatisten beeinflusst. Die CRAC, die »Regionalkoordination Kommunaler Autoritäten« konnte die gewöhnliche Kriminalität um 90 Prozent senken. Die Gemeinde wählt die Gemeindepolizisten auf zwei Jahre, sie bekommen keinen Sold und werden von den Gemeinden ernährt. Es gibt eine innere Spaltungslinie: Autonomie vs. Zusammenarbeit mit dem Staat. Manche versammeln sich unter der Parole einer »Gegenmacht von unten«, andere wollen »wieder rechtsstaatliche Verhältnisse schaffen«; es wird über die Reintegration von Kriminellen diskutiert: Therapie und gemeinschaftliche Arbeit vs. Gefängnis/Strafen/Übergabe von Kriminellen an die Staatsanwaltschaft (die sie aber wieder freilassen, deshalb hat das eher aufgehört).

In Michoacán stechen zwei Gemeinden besonders hervor, in denen die *autodefensas* mit ziemlichem Erfolg agieren – Cherán, das alle Parteien verbannt hat und sich seit vier Jahren autonom regiert, nachdem sie die Gangsterbanden vertrieben haben, und Santa María Ostula, wo die Gemeinde ihr ursprüngliches Eigentum von den Mafias und Grundbesitzern nach und nach zurückerobert.

Ein negatives Beispiel sind die *autodefensas* in der Stahl- und Hafenstadt Lázaro Cárdenas, wo sie zusammen mit den Militärs agieren. Dort erledigten sie zuerst die »Drecksarbeit« für den Staat, indem sie unter großen Opfern die *Tempelritter* angriffen; mittlerweile lassen sich Teile der *autodefensas* in den staatlichen Sicherheitsapparat integrieren oder geben ihre Waffen ab; Präsident Peña Nieto soll in den Aufbau mancher *autodefensas* involviert gewesen sein; nicht zufällig hätten die *autodefensas* genau dann die *Tempelritter* angegriffen, als Peña Nieto Präsident wurde.

Diese bewaffneten Gruppen sind nicht nur proletarisch, sondern manchmal auch »interklassistisch«. Es kommt darauf an, wie sich die Leute reproduzieren: Wer sich als LehrerIn oder Campesin@ den Interessen des Staates (Bildungsreform) oder von Konzernen gegenüber sieht (Landenteignungen für Rohstoffabbau oder Plantagen), der organisiert sich vorrangig autonom und argumentiert revolutionär bzw. beruft sich auf seine indigenen Rechte oder auf Rechtsstaatlichkeit. Wenn Großgrundbesitzer den Angriffen der Mafias ausgesetzt sind bzw. wenn die Schutzgelder zu hoch werden, dann organisieren sich Selbstverteidigungsmilizen, um die Interessen der Plantagenbetreiber zu verteidigen. Manche *autodefensa*-Gruppen wurden aber auch von den Mafias infiltriert. ■

China am Abgrund?

Die Abstürze am chinesischen Aktienmarkt im Sommer 2015 haben die Aufmerksamkeit auf China gezogen, aber die Krise der »Realwirtschaft« hatte schon vorher begonnen. Die Immobilienblase verliert seit 2014 stark an Luft, was zu Verwerfungen im Rohstoff- und Bankensektor führte. Jeder Versuch der Zentralregierung, das Wachstum der gigantischen Schulden zu begrenzen, eskaliert die Lage. Seitdem Anfang 2015 verboten wurde, auf regionaler Ebene Schulden über Schattenbanken aufzunehmen, sinken Exporte wie Importe, viele Fabriken leiden unter den massiven Überkapazitäten, speziell im Rohstoff- und Energiesektor mussten durch massive Kredite Konkurse verhindert werden.

Trotz der schwächer werdenden Wirtschaft hatten sich Chinas Aktienindizes im ersten Halbjahr 2015 verdoppelt. Mitte Juni kam es zum ersten Aktiencrash, Ende Juli gab es einen weiteren Absturz. Der Staat intervenierte jeweils heftig, begrenzte die Aktien-Bewegungen und kaufte selbst große Mengen von Aktien; all das reichte nicht für eine längerfristige Stabilisierung.

Seit 2014 gab es wegen des schwächeren Wachstums Abwertungsdruck auf die Währung, die Regierung hat dagegen gehalten und die Währung gestützt, indem sie Teile der Devisenreserven aufgebraucht hat. Im August ließ sie dann eine Abwertung um 1,9 Prozent zu.

Ebenfalls seit 2014 verstärkt sich der Kapitalabfluss aus China, im Juli und August 2015 eskalierte er regelrecht. Ende August kam es zu einem erneuten Aktieneinbruch, den sogar die Regierung als »schwarzen Montag« bezeichnete und der sie zu stärkeren Rettungsmaßnahmen veranlasste. Die westlichen Unternehmer und Medien, die so lange die »unbegrenzten Möglichkeiten im Reich der Mitte« gepriesen hatten, stellten nun die Lage auf den Kopf und sprachen von einem »rein chinesischen Crash«. Der Text von *Raffaele Sciortino* bestreitet genau das und verortet die chinesische Krise im weltpolitischen Kontext. Allerdings haben die besorgten Unternehmer in einem Punkt recht: es sind vor allem die Arbeiterkämpfe in den »BRICS«, die den globalen Kapitalismus aus den Angeln zu heben drohen. Diesem Zusammenhang nähert sich der Text von *Loren Goldner* zu Krise und Klassenkämpfen in China mit neun Thesen.

Beide Texte versuchen, die welthistorische Bedeutung dessen herauszustreichen, was sie die *chain gang* zwischen China und den USA nennen: aneinander gekettete Gefangene, die sich ohne einander nicht bewegen können, sich im Sturz aber gegenseitig mitziehen. Am historischen Beginn dieser »Chain-gang-Ökonomie«, Anfang der 70er Jahre, waren beide in einer tiefen Krise. Der Maoismus war am Ende, der »Westen« in seiner tiefsten Krise seit 1929, aus der er seither nicht mehr herausgekommen ist. Die Verbindung zwischen China und den USA hat die Lage vorübergehend stabilisiert. Ökonomisch und währungstechnisch, indem China den Yuan an den Dollar koppelte und große Devisenreserven aufbaute, die wiederum die Verschuldung der US-AmerikanerInnen finanzierten; somit entstand nach dem Zusammenbruch von Bretton Woods eine temporäre, neue Stabilität. Klassenpolitisch, weil extrem billige Konsumgüter aus China die Reallohnverluste in den USA und Europa kompensierten. Diese Verbindung war immer konflikthaft und vorübergehend, der letzte globale Krisenausbruch entstand an einer ihrer Nahtstellen, als mit der *subprime*-Blase die Privatverschuldung in den USA platzte. Über staatliche Verschuldung und Gelddrucken wurde die Verbindung bis heute erhalten, um den Absturz der Weltwirtschaft ins Bodenlose zu verhindern. Goldner und Sciortino sehen in China das »schwache Glied« im globalen Kapitalismus. Das ist ein suggestives Bild, und es gefällt uns besser als die übliche Lobhudelei der großen Weisheit des ZK der chinesischen KP in vielen linken Publikationen. Aber es darf nicht im Sinne Lenins ausgedeutet werden: die Revolution beginnt nicht da, wo die Arbeiterkämpfe am stärksten sind, sondern dort, wo der Feind am schwächsten ist. Sciortino spielt die Bedeutung der chinesischen Kleinanleger/Sparer und ihrer Enteignung herunter. Er behandelt eingehend die Strategie des chinesischen Regimes (Ausweitung des Hukou und des Sozialstaats), aber es kommt zu kurz, dass in Wahrheit alle diese Schritte Ergebnisse von und Reaktionen auf Kämpfe sind. Die *Chronologie von Loren Goldner* macht dafür deutlich, dass es in China seit der Revolution zu jeder Zeit massive Klassenkämpfe gegeben hat.

Im zweiten Halbjahr 2015 haben die Kämpfe erneut zugenommen, sie richten sich vor allem gegen Betriebsschließungen und -verlagerungen und die Nichtauszahlung der Löhne. Gerade im Bausektor und im Kohlebergbau, wo es im Zuge des Preisverfalls zu Massenentlassungen kommt, brodelt es. Im Gegenzug wird die Repression härter: Die Verhaftung von neun Aktivisten von Arbeiter-NGOs Anfang Dezember erlangte internationale Aufmerksamkeit, tatsächlich laufen kämpfende ArbeiterInnen ständig Gefahr, verprügelt, verhaftet und entlassen zu werden.

Weil wir über die ArbeiterInnen in der Autoindustrie, einem zentralen Sektor auch der chinesischen Industrie, bisher viel zu wenig wissen, stellen wir im dritten Text die Ergebnisse von *Lu Zhangs Recherchen* vor. Sie hat Interviews in Autofabriken geführt und beschreibt die soziale Zusammensetzung der ArbeiterInnen und die Spaltungslinien. Und sie berichtet von Kämpfen, von denen wir noch nie gehört hatten.

Kurze Chronologie der Kämpfe der chinesischen Arbeiterklasse

1949: Chinesische Revolution: »bürgerliche Revolution mit roten Fahnen«, bei der die Arbeiterklasse keine Rolle spielt

1956-1957: Gleichzeitig mit der ungarischen Revolution und dem polnischen Oktober erste größere Streiks während der »Hundert-Blumen-Kampagne«; es folgt Repression

1958-1961: »großer Sprung nach vorn« – 20 bis 40 Million sterben an Hunger. Durch dieses Debakel »fiel Mao die Treppe hinauf«

1966-1976: »Kulturrevolution« – Maos Versuch, sich gegen den Apparat durchzusetzen; schätzungsweise starben vier Millionen Menschen in den Fraktionskämpfen, 17 Millionen städtische Jugendliche wurden aufs Land geschickt, die Unis ein Jahrzehnt lang geschlossen

1967-1968: Arbeiteraufstand in Shanghai und anderswo; dagegen wird die »Volksbefreiungsarmee« eingesetzt. Die unabhängige, aus den Roten Garden in Hunan entstandene Gruppe *Shengwulian* (Proletarische Allianz) veröffentlicht das Manifest »Wohin geht China?«, in dem sie zu einer Revolution gegen beide Fraktionen des Staats aufruft; sie wird zerschlagen

1972: Nixon besucht Beijing, während die US Air Force Bomben auf Nordvietnam regnen lässt; es ist der Beginn der Allianz zwischen den USA und China

1976: Zhou Enlai und Mao sterben ; die maoistische »Viererbande« wird verhaftet. Auf dem Tian'anmen-Platz entsteht die »Mauer der Demokratie« mit intensiven Diskussionen auf Wandzeitungen (»da zi bao«).

1978: Deng Xiaoping kommt nach Jahren der Verbannung wieder an die Macht und ruft die »vier Modernisierungen« aus. Eine Wandzeitung taucht auf, die eine »fünfte Modernisierung: Demokratie« fordert. Der Autor wird zu 18 Jahren Knast verurteilt; die »Mauer der Demokratie« wird geschlossen.

1982 ff.: Massive Ausweitung der landwirtschaftlichen Produktion, als den Bauern erlaubt wird, für den Markt zu produzieren.

1986: Wilder Streik in der japanischen Halbleiterfabrik *Sanyo* in Guangdong

1989: Studenten- und Arbeiterprotest in Beijing und anderen Städten endet in einem Blutbad; Zusammenbruch des »Kommunismus« im Ostblock, Gorbatschow wird 1991 abgesetzt

Ab 1992: wirtschaftliche Expansion; Deng Xiaopings »Reise durch den Süden« gibt grünes Licht für den »Marktsozialismus« und schafft Sonderwirtschaftszonen

1992-1994: Streikwelle in Shenzhen. 1994 wird ein Gesetz für den nationalen Mindestlohn erlassen

1995-2002: Entlassungswelle in Staatsbetrieben (60-70 Millionen ArbeiterInnen), es kommt zu Riots, Demonstrationen; die Streikwellen werden von Jahr zu Jahr größer. Viele Manager plündern die Rentenfonds um zu privatisieren. Das Ende der »eisernen Reisschüssel« und des lebenslangen Jobs.

1997-1998: Asienkrise; 1999 Chinas Wirtschaft verlangsamt sich, weil der Exportmarkt schrumpft.

1998-2003: Privatisierung von 75 Millionen Sozialwohnungen.

1999: China tritt durch starkes Lobbying von Clinton der WTO bei.

2000-2008: Chinas günstige Exporte füttern den kreditgetriebenen »Subprime«-Boom in den USA; massive ausländische Investitionen in Guangdong.

2000-2002: Ölarbeiter im Nordosten kämpfen gegen die Privatisierung, 30 000 werden entlassen.

2003: China überholt die USA als größter Empfänger von ausländischen Investitionen (FDI).

2004: Streik in der (japanischen) *Uniden* Fabrik für eine unabhängige Gewerkschaft. 4000-5000 ArbeiterInnen streiken beim *Walmart*-Zulieferer *Sun factory* gegen ein Rationalisierungsprogramm.

2006: Die staatliche Gewerkschaft ACFTU organisiert *Walmart* China.

2008: Der SEIU-Vorsitzende Andy Stern und andere besuchen Gewerkschafter in Guangdong.

2008: Das Arbeitsvertragsgesetz beschützt Arbeiter mit Vertrag, die Unternehmen reagieren mit massivem Outsourcing.

2008-2009: Die weltweite Krise führt zu Massenentlassungen in Chinas Exportindustrie; Millionen ArbeiterInnen kehren in die Dörfer zurück. Die Regierung startet ein massives Konjunkturprogramm (Infrastruktur und Wohnungsbau). Das exportgetriebene Wachstumsmodell ist in der Krise.

2010: Selbstmorde von Arbeitern bei *Foxconn*, einem taiwanischen Zulieferer von *Apple* mit einer Million Beschäftigten in China; die Löhne werden auf 1350 Yuan (200 Dollar) erhöht für Zehnstundentage und vier freie Tage im Monat.

2010: Eine Streikwelle, vor allem bei japanischen Konzernen (z. B. *Honda*) erkämpft deutliche Lohnerhöhungen.

2012: Der KP-Vorsitzende Xi Jinpin und der Premier Li Keqiang starten eine ungewöhnlich große Antikorruptionskampagne; Chongqings Regionalfürst und »Maoist« Bo Xilai stürzt. Das auf unbegrenzten Nachschub an Arbeitskraft vom Land gegründete Wachstum gerät ins Stocken.

2012: Mehr als 100 000 »Vorfälle« (Riots, Strikes, Demos); tausende Streiks und Bauernriots gegen Landenteignung.

2015: Der Börsencrash im Juli vernichtet drei Billionen Dollar Marktkapital

Zum Klassenkampf in China

1. Das Regime, das die Kommunistische Partei Chinas 1949 gründete, war kein »Staatskapitalismus« und noch weniger ein »Arbeiterstaat«. Es war, ebenso wie die Sowjetunion und deren osteuropäische Statthalterstaaten nach 1945, ein »Übergang zum Kapitalismus«, »eine bürgerliche Revolution mit roten Fahnen«. Das aus der Sowjetunion übernommene stalinistische Modell beinhaltete eine geschlossene Wirtschaft, Staatseigentum, technokratische Planung, staatliche Kontrolle des Außenhandels und der Währung sowie eine strikte Begrenzung der Bewegung vom Land (wo zu Beginn 80 Prozent der Gesamtbevölkerung lebte) in die Städte. Mit diesen Kontrollen wollte man das kapitalistische Wertgesetz unterdrücken, nach außen, indem man sich vom Weltmarkt abkoppelte, nach innen, indem man die »anarchische Konkurrenz« zwischen Unternehmern verhinderte (die wie in der Sowjetunion in einer Untergrundökonomie operierten, während in den Hohlräumen der Staatsbürokratie eine Kapitalistenklasse entstand).

2. Mit der 1978 beginnenden Entwicklung hin zu einer »sozialistischen Marktwirtschaft mit chinesischen Kennzeichen« wurde die Blockade des Wertgesetzes nach und nach gelockert und die unterdrückten Elemente des Kapitalismus kamen Stück für Stück an die Oberfläche. Noch immer galt aber das staatliche Monopol über den Außenhandel und die Währung, die ausländischen Investitionen wurden kontrolliert, die staatlichen Banken und Unternehmen existierten fort. Auch die Beschränkungen der Migration vom Land in die Stadt wurden nicht aufgehoben.

3. Chinas Öffnung nutzte sowohl dem chinesischen wie dem westlichen Kapitalismus. 1976, als Mao starb und die »Viererbande« gestürzt wurde, war China in einer Sackgasse, verursacht durch das Desaster des »Großen Sprung nach vorn« und das darauf folgende Chaos der »Kulturrevolution«. Die Agrarproduktion pro Kopf war 1978 nicht höher als 1949, möglicherweise sogar niedriger. Der Westen auf der anderen Seite steckte tief in der Nach-1970-Krise, von der er sich bis heute nicht erholt hat. Sollte China den Weg der »vier Tiger« (Südkorea, Taiwan, Hongkong, Singapur) einschlagen, könnte es billige Gebrauchsgüter liefern – und so teilweise die sinkenden Reallöhne der westlichen Arbeiter kompensieren. Zudem bot China ein gewaltiges Potential für westliche Investitionen und Warenexporte.

4. Eine erfolgreiche schnelle Industrialisierung ist immer abhängig von der Versorgung mit billigen Lebensmitteln vom Land. Eine Voraussetzung dafür wurde in China zwischen 1949 und 1952 geschaffen: die vorkapitalistischen Besitzverhältnisse wurden aufgelöst. Trotzdem scheiterte die Entwicklung der chinesischen Landwirtschaft in der Folge, sowohl bei den Kleinbauern, die zu staatlich festgelegten Preisen produzierten, als auch in den »Volkskommunen« der 60er Jahre, zusammen mit der Katastrophe des »Großen Sprung nach vorn«.

Deshalb war der erste Schritt des Reformprogramms des 1978 an die Macht zurückgekehrten Deng Xiaoping (ein von den Sowjets ausgebildeter Technokrat) das ernsthafte Experimentieren mit Agrarproduktion für einen freien Markt, anfangs in spezifischen Gebieten. Diese Experimente führten zunächst zu einer Erhöhung der Agrarproduktion um 500 Prozent.

5. Das Regime und seine Think Tanks studierten den Zusammenbruch der Sowjetunion und des Ostblocks, als etwas, das unbedingt zu vermeiden war. Sie analysierten die asiatischen Tiger, die mit hohen Wachstumsraten ihre Position in der internationalen Arbeitsteilung geschickt nutzten, im Gegensatz zu den früheren, diskreditierten stalinistischen oder Dritte-Welt-Entwicklungsmodellen von Autarkie und Importsubstitution. Letztlich orientierten sie sich an der Geschichte Japans – der Vorlage aller asiatischen Tiger – und sie studierten (und studieren bis heute) den Aufstieg Deutschlands seit 1870. Sie sehen darin das beste Beispiel eines erfolgreichen Herausforderers des internationalen Systems, damals von Großbritannien und Frankreich, heute von den USA dominiert. Was sie dabei aber übersehen haben ist die weltweite Stagnation.

6. Chinas Wachstum von durchschnittlich zehn Prozent über 20 Jahre ist historisch einmalig, auch wenn es natürlich auf die vorhergehenden zwei Jahrhunderte industrieller Entwicklung zurückgriff. In den letzten ein bis zwei Jahren hat der Anteil der städtischen Bevölkerung in China (wie weltweit) 50 Prozent erreicht, obwohl man vorsichtig sein muss, da die geschätzt 270 Millionen WanderarbeiterInnen immer noch keine permanente Aufenthaltsgenehmigung (hukou) für die Städte haben, also keinen vollen Zugang zu Wohnungen, Schulen und medizinischer Versorgung.

7. Die weltweite Krise 2008 und die bis heute andauernde »Rezession« haben China hart getroffen, sein bisheriges kapitalintensives Exportmodell ist unrentabel geworden. Besonders nach der Unterdrückung der verbreiteten Arbeiter- und Studentenrevolte 1989 in Peking und anderswo, arbeitete das Regime mit einem stillschweigenden Deal: rasches Wachstum, wachsender Arbeitsmarkt, steigender persönlicher Konsum und eine Entspannung der staatlichen Reglementierung des täglichen Lebens im Austausch für politisches Stillhalten. Jede ernsthafte Verlangsamung des Wachstums bedroht diesen Deal.

Die erste Reaktion auf die Krise war ein massiver Anstieg der staatlichen Investitionen, besonders in die Infrastruktur, sowohl in neue urbane, wie ländliche Entwicklung und in Transportinfrastruktur. Diese temporäre Strategie hat eindeutig ihre Grenze erreicht.

Der bisherige Vorteil des von niedrigen Löhnen ermöglichten »chinesischen Preises« ist verloren gegangen. Aber die Jahrzehnte der Entwicklung haben Millionen von technisch ausgebildeten Menschen hervorgebracht, die in der Lage sind, China in der »Wertschöpfungskette« nach oben zu schieben, das sieht man beispielsweise an der Dominanz in der Solarzellenproduktion.

8. Bis 2012 gab es jährlich mehr als 100 000 »Vorfälle« von Massenunruhen, von Streiks über Riots bis zu Auseinandersetzungen mit lokalen Autoritäten über Landenteignungen und Immobilienerschließungen. Auch Umweltzerstörung, Luftverschmutzung und Gesundheitsgefährdung werden immer mehr zum Thema. 2014 wurde die höchste Anzahl von Streiks jemals gezählt (12 000), außerhalb der Kontrolle der diskreditierten staatlichen Gewerkschaft (*All-China Federation of Trade Unions* – ACFTU). Das Regime war bisher erfolgreich darin, diese Kämpfe verstreut und lokal, eher gegen die lokalen Autoritäten als gegen die Zentralregierung gerichtet, zu halten. Aber trotz der Überwachung des Internets durch die Regierung, der Zugangsbegrenzung durch die »Great Firewall« und der Sperrung von Webseiten sind unkontrollierte Massendiskussionen außerhalb der offiziellen Kanäle zu einer ernstzunehmenden Quelle der Meinungsbildung geworden, eine noch nie gesehene Herausforderung des bisherigen Informationsmonopols der KP Chinas. Außerhalb der staatlichen Gewerkschaft ist trotz Überwachung und Repression ein Netzwerk von Arbeitermilitanten entstanden. Und der verfügbare Nachschub an ländlichen ArbeiterInnen ist aufgebraucht; eine reifere, besser ausgebildete und informierte Arbeiterklasse bildet sich gerade heraus. In den Industriegebieten an der Küste (z. B. in der Provinz Guangdong) kommt der Lohndruck dazu, so dass das Kapital in das günstigere Landesinnere verlagern muss.

9. Die chinesische Gesellschaft steht an einem Scheideweg. Aber die Blockade des Regimes ist nur Teil der allgemeinen Blockade des globalen Kapitalismus. Das Kapital braucht eine massive »Entwertung«, in einem noch größeren Maße als die Marktbereinigungen, die jede Krise seit dem 19. Jahrhundert beendet haben: unrentable Überschusskapazitäten müssen abgeschrieben, abgestoßen oder zerstört werden, das Lohnniveau (der gesellschaftliche Lohn, nicht nur die Lohntüte) muss auf ähnliche Weise gesenkt und die riesigen Armeen der unproduktiven ArbeiterInnen (Angestellte, »Dienstleistung«) müssen im gleichen Schritt abgebaut werden; Spitzentechnologien (die modernen Äquivalente von Elektronik und dem Auto in den vorigen Krisen) müssen aus ihrer Zwangsjacke befreit werden, damit eine rentable systemische weltweite Profitrate wiederhergestellt werden kann. Seit den 70er Jahren ist eine Version dieser Krise in Gang, die man als »verwaltete Depression« bezeichnen kann. Aber das ist nicht genug, eine viel größere Zerstörung von Produktivkräften wird benötigt. Das Grundproblem ist, dass die weltweite gesellschaftliche Reproduktion im kapitalistischen (»Wert«-)Rahmen nur für einen Teil der Menschheit möglich ist. Wir stehen vor einer krassen Entscheidung: Entweder die Weltarbeiterklasse zerstört die kapitalistische Produktionsweise, oder sie wird von ihr teilweise zerstört. »Sozialismus oder Barbarei« ist kein romantischer Slogan, sondern die Quintessenz der »wissenschaftlichsten« Gedanken unserer Zeit.

Loren Goldner

Ein rein chinesischer Crash?

Markierte der Einbruch der chinesischen Börse im Sommer den Beginn einer Beschleunigung der globalen Krise nach der tatsächlich eher wirtschaftlichen als geopolitischen Pause der letzten zwei, drei Jahre? In jedem Fall stellt er den Übergang zu einer neuen Phase dar: Nicht nur kann und will China immer weniger als Schwungrad für den Westen in einer ausgedehnten Stagnation fungieren, sondern die globalen Schuldenkreisläufe laufen auf einen harten *Showdown* zu. Anders gesagt: Tendenziell verschärft sich die Auseinandersetzung über das Abwälzen der Kosten der Krise, ausgehend vom Knirschen im *ausgewogenen Ungleichgewicht*[1] zwischen den USA und China, das die Globalisierung bisher zusammengehalten hat.

Im folgenden einige vorläufige Hypothesen zur Interpretation und Einordnung der laufenden Entwicklungen. Dabei geht es vor allem darum, keinen Unterschied zwischen einer »inneren« und einer »äußeren« Dimension Chinas zu machen. Ganz im Gegensatz zur im Westen vorherrschenden politisch motivierten Interpretation, wo nach jahrelangem journalistischen Schwachsinn über das bevorstehende »Überholen« der USA durch den Drachen plötzlich wie von Zauberhand die ungelösten Knoten der kapitalistischen Entwicklung in China (!) wiederentdeckt werden, um dann zu fordern, Peking dürfe die Weltwirtschaft nicht in Gefahr bringen.

1. Dem üblichen Narrativ zufolge war die Abwertung des Yuan im August die Antwort auf die Verlangsamung der chinesischen Wirtschaft, was dann den Börsencrash ausgelöst hat. In Wirklichkeit war die Abwertung nicht nur bescheiden im Vergleich mit dem seit geraumer Zeit laufenden weltweiten Währungskrieg, sondern sie stellte für Peking auch einen ersten Schritt Richtung Internationalisierung der Währung dar, was im übrigen genau den Forderungen des IWF entsprach, der Ende November auch beschlossen hat, den chinesischen Yuan in seinen Währungskorb aufzunehmen. Dass es sich wenigstens vorrangig nicht um eine konkurrierende Abwertung handelte, zeigt sich auch daran, dass Pekings Währungsbehörden in den letzten Monaten große Mengen von US-Schatzbriefen verkauft haben, damit der Yuan nicht *zu stark* abwertet.

2. Die Reaktion der »Märkte« hatte Peking nicht vorhergesehen, zumindest nicht in diesem Ausmaß. Die hiesige Presse konzentriert sich aktuell fast ausschließlich auf die Millionen von Kleinsparern, die zuerst dazu verleitet worden seien, sich zu verschulden (*margin debt*) und das geliehene Geld in Aktien zu stecken, um dann von der Staatspartei »betrogen« und wie gerupfte Hühner ihrem Schicksal überlassen zu werden. Als bestimmten die Bewegungen der *Kleinen* das Schicksal der Börsen! Mit keinem Wort werden die Quellen erwähnt, aus denen die Blase finanziert wurde – lediglich auf die chinesischen Schattenbanken wird mit dem Finger gezeigt. Kein Wort über den *Carry Trade*-Mechanismus, mit dem die internationale Spekulation mit Zinsunterschieden Berge von Liquidität auf den chinesischen Finanzmarkt verschoben hat. Jedenfalls schreibt die Finanzpresse jetzt von einer wahren Kapitalflucht aus den chinesischen Märkten und ganz allgemein aus den sogenannten Schwellenländern. Aber wessen Kapital ist das?

1 So Varoufakis in *Der globale Minotaurus* aus neokeynesianischer Perspektive, s. http://yanisvaroufakis.eu/books/the-global-minotaur/der-globale-minotaurus-the-global-minotaur-in-german/.

3. Das heißt natürlich nicht, dass die Blase »von außen« geschaffen worden wäre (wo ist *außen* in der Globalisierung?). Die Bildung von Spekulationsblasen war ein Ergebnis der Krise 2008, auf die Peking mit dem absolut gigantischsten Programm von öffentlichen Anreizen reagiert hatte: Vor allem Investitionen in Infrastruktur (im Inland, in den anderen BRICS-Staaten und in Entwicklungsländern) und Immobilien, dazu eine Politik, die Lohnforderungen von unten entgegenkam. Damit wollte man den vom westlichen Epizentrum der globalen Krise ausgehenden Rezessionsimpuls ausgleichen und die *Chain Gang* mit den USA am Laufen halten. Gleichzeitig sollte damit die eigene Entwicklung neu ausgerichtet werden. Folglich müssen auch die internen Gleichgewichte zwischen staatlichen und privaten Industrien und zwischen den verschiedenen in der Einheitspartei vertretenen bürgerlichen Interessen neu austariert werden. Dass die Überkapazitäten und Überproduktion der chinesischen Wirtschaft sichtbar werden und diese ein noch nie gesehenes Verschuldungsniveau erreicht, liegt aber vor allem daran, dass es – im Sinne von Profiten und Investitionen – eben keinen *effektiven* weltweiten Aufschwung gibt. Diese lokale Erscheinungsform eines weltweiten Trends ist die eigentliche Ursache für das erneute Aufpumpen der Blasen. Der Staat hatte die Immobilienblase teilweise in Richtung Börse umgeleitet, um ihr Platzen zu verhindern. Dass dann die Börsenblase platzte, war allerdings ein beunruhigendes Signal für Peking.

4. Wie bereits erwähnt will China sich unter dem Label *Reformen* umfassend neu orientieren. Bei uns wird diese Neuorientierung als einfache Umverteilung zugunsten des Inlandskonsums einer neuen grenzenlosen Mittelschicht und zur Freude ihrer westlichen Lieferanten banalisiert. In Wirklichkeit handelt es sich um etwas viel Komplexeres, das letztlich die globalen wirtschaftlichen, geopolitischen und Klassen-(Un-)Gleichgewichte aus den Angeln hebt. Dies ist die wahre Herausforderung, die den Drachen potenziell zum schwachen Glied in der weltweiten kapitalistischen Kette macht. Sei es, weil der chinesische Kapitalismus beim Versuch, zu einer weniger »unausgeglichenen« und weniger vom Dollar abhängigen *Entwicklung* (was nicht ganz dasselbe bedeutet wie das westliche Mantra vom *Wachstum*) überzugehen, zwangsläufig auf allen Ebenen in Konflikt mit den USA gerät. Oder sei es, weil die bisher für den Kurs seit Deng charakteristischen internen Klassenverhältnisse dadurch insgesamt neu geordnet werden (der *Kampf gegen die Korruption* ist heute die Kehrseite davon im Bild der Machtverhältnisse). »Nach außen« wird es entscheidend sein, ob es dem chinesischen Kapital gelingt, international mit der Strategie der *neuen Seidenstraße*, der Verstetigung der Bindungen mit den BRICS-Staaten, den neuen von IWF und Weltbank unabhängigen finanziellen Instrumenten und der teilweisen Abkehr vom Dollar im internationalen Handel Fuß zu fassen. »Nach innen« müsste die neue Phase der Urbanisierung gelingen (Ausweitung des Hukou auf die WanderarbeiterInnen, Modernisierung der Landwirtschaft, moderates Ablassen der Immobilienblase...). Weitere Rückschläge wie den Börsencrash im Sommer würden Zweifel am neuen Kurs wecken und die Zustimmung zur Einheitspartei erschüttern, die als Agentin des Gesamtkapitals seine einzige Erfolgsgarantie darstellt.

5. Die Herrschenden in Peking wünschten sich natürlich einen *geordneten* und allmählichen Prozess. Die Abwertung des Yuan mit einer ersten Abkopplung von der engen Bindung an den Dollar sollte den *Carry Trade* und die Aktienblase abschwächen. Aber abgesehen von gewissen Spielchen zwischen den Fraktionen ist längst noch nicht gesagt, dass sich die Führung um Xi nicht entscheidet, zur Mahnung an der inneren wie der äußeren Front die Blase einfach ohne massenhafte Rettungsmaßnahmen für den Westen platzen zu lassen, auch wenn dabei viele Verletzte zurückbleiben. Umso mehr angesichts des Kurswechsels in der Leitzinspolitik der amerikanischen *Federal Reserve*: Angesichts der Höhe der Verschuldung sollte man sich von der Leitzinserhöhung lieber nicht mit wachsenden Blasen erwischen lassen. In diesem Fall werden ausgerechnet die von der westlichen Presse hochgelobten sogenannten *Liberalen* erklären müssen, wieso der (anonyme?) *Markt* uns so böse Streiche spielt: Irgendwann wird irgendjemand die Frage stellen, ob es nicht die Amerikaner sind, die die Blasen aufblähen, um sie dann im richtigen Moment platzen zu lassen. (Dem ist hinzuzufügen, dass Analysen, die die inneren politischen Gleichgewichte mit einem Gegensatz zwischen *Liberalen* und *Konservativen* erklären, mindestens stark vereinfachen.)

6. Die chinesische Blase hängt also nicht an rein inneren Dynamiken. Und Nachrichten aus China sind höchstens ein *Auslöser* für die Kursstürze an den westlichen Börsen, diese haben auch mit den ziemlich unsicheren Perspektiven eines »Aufschwungs« im Westen zu tun: Stagnation, Rückgang der Investitionen, Deflationsschübe, und das trotz jahrelangem massiven *Quantitative Easing* bei den Yankees, in Japan und seit einiger Zeit auch in Europa. Wenn die *Federal Reserve*, die bisher das effektive Zentrum des weltweiten Krisenmanagements war, die Zinsen erhöht, dann tut sie das aus Angst vor der Unverdaubarkeit der enormen durch

die Liquiditätsspritzen der letzten Jahre geschaffenen Finanzblase, und weil sie sonst beim Ausbleiben des Aufschwungs ohne Munition dastünde. Vielleicht wird darin aber auch eine andere Strategie des Krisenmanagements sichtbar, die darauf abzielt, Kapital aus den Schwellenländern und aus China in die USA zurückzuholen und dazu gegen diese das *Deleveraging* loszulassen, die Vernichtung von in den Jahren der Krise übermäßig angeschwollenem fiktivem Kapital.[2] Im Vergleich zum *Volcker-Schock* von 1979 ist die Situation jedenfalls viel verwickelter, es besteht ein hohes Risiko starker negativer Auswirkungen *auch* auf die westliche Finanz, aber auch wenn der Zufluss von Kapital unmittelbar die Situation der USA verbessern würde, würde das nichts an den Lohnsenkungspolitiken und am Abstieg der *Middle Class* ändern.

Falls also die USA gegenüber Peking den Einsatz erhöhten, dann würden sie nicht nur Gefahr laufen, die gegenwärtigen empfindlichen Gleichgewichte zu zerstören, sondern sie könnten im Fernen Osten auch den Klassenkampf deutlich verschärfen – mit weltweiten Auswirkungen. Die Weltwirtschaft ist extrem stark integriert und die Richtung des ganzen Durcheinanders wird immer komplizierter. Mit Washington am Drücker droht die Globalisierung völlig außer Rand und Band zu geraten, ohne Washington droht sie im systemischen Chaos zu versinken.[3] Aber der räuberische Hegemon muss einen immer höheren Preis zahlen. Das bemerkt auch Europa, besonders Deutschland, vom Ukraine-Konflikt bis zur Destabilisierung des Mittleren Ostens mit angeschlossener Drohung, einen unaufhaltsamen Fluss von Flüchtlingen aus Ländern, die von den USA destrukturiert wurden und im Chaos gehalten werden. Für Washington sind das natürlich Erfolge, aber keine entscheidenden, erst recht nicht, falls der Kollisionskurs mit Peking beibehalten oder verschärft wird.

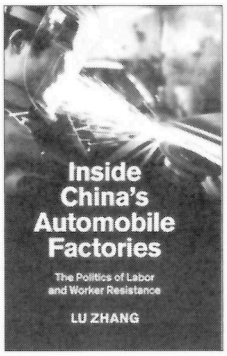
Zum Schluss: Wo ist bei all dem der Klassenkampf? Das ist die Seite, die untersucht werden muss. In China, wo die breite, wenn auch zersplitterte Aktivierung des Proletariats nie aufgehört hat, wie die Lohnerhöhungen der letzten Jahre zeigen. Falls sich wirklich am Horizont eine Fortsetzung der globalen Krise abzeichnet, ist das vielleicht der Moment, um eine nicht rhetorische Bilanz hinsichtlich einer hoffentlich ertragreicheren Fortsetzung der Kämpfe zu versuchen.

Raffaele Sciortino

2 *Debt and (not much) deleveraging*, McKinsey Global Institute, Februar 2015 http://www.mckinsey.com/insights/economic_studies/debt_and_not_much_deleveraging.

3 Siehe *Fascinazioni multipolariste e geopolitica delle lotte*, Raffaele Sciortino, November 2014 *Infoaut.org*

Buchbesprechung
Blick in Chinas Autofabriken



Lu Zhang:
Inside's Automobile Factories. The Politics of Labor and Worker Resistance.
New York (Cambridge University Press) 2015. 258 S., 27,19 Euro.

Beverly Silver ist Soziologin an der Universität von Baltimore. In *Forces of Labor* (2003) veröffentlichte sie die Ergebnisse einer langjährigen statistischen Auswertung weltweiter Arbeiterkämpfe. Ihrer Analyse nach folgt der Konflikt dem Kapital in jedem Schritt der Verlagerung. Sie benennt drei Arten von Arbeitermacht: die Macht am Arbeitsplatz (Produktionsmacht), die Macht auf dem Arbeitsmarkt (Marktmacht) und die Macht durch Organisierung.

Die Streiks in der chinesischen Autoindustrie im Sommer 2010 haben alle aufhorchen lassen: Sie brachten internationale Konzerne zum Stillstand und haben eine Streikwelle in China ausgelöst. Sie signalisierten eine neue Phase im Klassenkampf, in der eine neue Generation von ArbeiterInnen alte Grenzen überwindet: Die jungen ArbeiterInnen lassen sich nicht zurück aufs Land schicken, bescheiden sich nicht mit dem, was sie kriegen, und können über Spaltungen hinweg kämpfen.

Wie die meisten wichtigen Kämpfe haben sie eine Vorgeschichte, auf die Lu Zhangs am Institut von Beverly Silver geschriebene Doktorarbeit uns aufmerksam macht: In der Zeit ihrer Untersuchung zwischen 2004 und Mai 2010 gab es zahlreiche Streiks in der Autoindustrie, über die kaum berichtet wurde. Die in China aufgewachsene Zhang liefert außerdem Hintergrundwissen über die Autoindustrie, die Arbeitsbedingungen und den Produktionsprozess.

Zhang hat in sieben Autofabriken recherchiert. Sie wurde jeweils über Beziehungen zum Management eingeschleust, etwa um den Newsletter des Parteikomitees zu editieren. Diese Verbindung zur Chefetage ist sicher nicht die beste Voraussetzung, aber zumindest nach eigener Darstellung ist es ihr trotzdem gelungen, das Vertrauen der ArbeiterInnen zu gewinnen, mit denen sie zahlreiche Gespräche geführt hat. Sie konnte mit ihnen gemeinsam einige Kämpfe im Nachhinein diskutieren und die Bedingungen in den unterschiedlichen Fabriken vergleichen. Da es wenige solche Berichte aus chinesischen Fabriken gibt, noch dazu auf englisch, ist das für uns sehr nützlich. Das Buch geht an vielen Stellen einer Frage nach, die für fast alle Kämpfe weltweit entscheidend ist: Wie werden die ArbeiterInnen durch den unterschiedlichen Status etwa als WanderarbeiterInnen oder LeiharbeiterInnen voneinander getrennt, und inwieweit können sie in ihren Kämpfen diese Trennung überwinden? Die Autorin beschreibt die Einführung eines »dualen Arbeitsregimes« als wichtige Veränderung, die Unterscheidung zwischen LeiharbeiterInnen und direkt beim Betrieb beschäftigten ArbeiterInnen hat mittlerweile die ältere zwischen WanderarbeiterInnen und Einheimischen weitgehend abgelöst; die chinesische Autoindustrie wird der in vielen anderen Ländern ähnlicher.

Es ist gar nicht so einfach, den Überblick über die unterschiedlichen *Joint-Venture*-Unternehmen und staatlichen Autokonzerne zu behalten; hier liefert Zhang Hintergrundwissen über Struktur und Entwicklung der Autoindustrie.

Geschichte der chinesischen Autoindustrie

Ab den 1950er Jahren entstanden in fast jeder Provinz Chinas kleine Fabriken, in denen komplette Autos gebaut wurden. Die Technologie war veraltet, die Produkte von schlechter Qualität. Aber Zhang zufolge entstand hier eine erfahrene Arbeitskraft mit einem starken Bewusstsein von »Demokratie am Arbeitsplatz«. Zu Beginn der Reformära gab es 56 Automontagefabriken. Die Produktivität der Arbeit war relativ gering, im Jahr 1981 produzierten ca. 90 000 ArbeiterInnen 176 000 Fahrzeuge mit vier Rädern (nur bei einem kleinen Teil der Fahrzeuge handelte es sich um Limousinen) – in Japan wurden 1980 von 683 000 ArbeiterInnen über elf Millionen solcher Fahrzeuge produziert. In der Reformära ab 1980 sollte die Autoproduktion effizienter werden, die Regierung förderte die Bildung von *Joint Ventures* (JV) mit ausländischen Konzernen, was ein Wachstum der Industrie mittels Auslandsinvestitionen ermöglichte. Bis Mitte der 90er Jahre gab es eine begrenzte Anzahl von JV, die auch angesichts des kaum vorhandenen chinesischen Automarkts wenig profitabel waren. Aber schon Anfang der 2000er Jahre hatten fast alle Autokonzerne ein JV mit chinesischen Konzernen. Im Vergleich zu rein chinesischen Firmen konnten JVs den ArbeiterInnenn hohe Löhne, Sozialleistungen und stabile Beschäftigung garantieren. Die Löhne in den Montagewerken der JV waren zwei- bis dreimal höher als vor Ort üblich. Es gab in dieser Zeit kaum Entlassungen, die Furcht davor lernten die ArbeiterInnen erst um 2004 mit der ersten Auto-Absatz-Krise kennen.

Im Unterschied zu den meisten anderen Ländern wuchs in China die Zahl der Beschäftigten mit der Expansion der Autoindustrie kaum, weil parallel dazu stark rationalisiert und automatisiert wurde. Gleichzeitig werden in einem Mix aus Automatisierung und »human-wave«-Methoden immer wieder sehr viele junge ArbeiterInnen in die Fabriken geholt. So profitieren die Konzerne stärker von den relativ billigen und gut ausgebildeten ArbeiterInnen.

Durch die Umstellung auf eine modulare Produktionsweise (statt lange Bänder für Karosse und Chassis gibt es Module für Powertrain, Türen und Front) wurden viele Arbeitsschritte zu Zulieferern ausgelagert, dort sind die Löhne deutlich niedriger, die Bedingungen schlechter. In den Montagewerken selbst arbeiten sehr wenige Frauen, in den Zulieferbetrieben sind es mehr. Die Arbeiterkonzentration ist an manchen Orten sehr hoch: einige Fabriken sind sehr groß, zum Teil leben die Arbeiter mit ihren Familien in riesigen Auto-Städten.

Spaltungen

Zhang gibt einige Beispiele für die unterschiedlichen Hintergründe und Erfahrungen der AutoarbeiterInnen. Der 25-jährige Wei hat zur Zeit ihres Gesprächs 2006 seit zwei Jahren im neuen Montagewerk eines US-*Joint-Ventures* in seiner Heimatstadt gearbeitet und vorher eine technische Schule als IT-Bachelor abgeschlossen: »*Sie sagten, mehr als 3000 Leute aus der Gegend hätten sich für die 300 Jobs beworben, ich wäre einer von 300 Glücklichen. Ich hab drei Untersuchungen, schriftliche Tests, Einzel- und Gruppengespräche überstanden. Ich bin sehr stolz, dass ich diesen Job gekriegt habe. Jeder will hier arbeiten. Es ist ein gutes Gefühl, wenn du Leuten erzählst, dass du hier arbeitest.*« Obwohl er seine Bezahlung mittelmäßig und die Arbeit monoton findet, hofft Wei, mit seinem Abschluss bald Techniker oder Angestellter zu werden. Wie die meisten hat er am Anfang nur Jahresverträge, macht sich aber keine Sorgen um seinen Job, die Produktion wuchs zu der Zeit beständig, und die meisten wurden verlängert.

Tao (26) ist Schweißer bei einem deutschen JV und stammt aus einer armen Familie vom Land. Er hat mit 17 die Schule abgebrochen und seine Heimat verlassen, um seine Familie unterstützen zu können. Wie viele Migranten vom Land ohne *Hukou* [Aufenthaltserlaubnis] für die Stadt bleiben ihm befristete und schlecht bezahlte Jobs, die Leute aus der Stadt nicht machen wollen. Er hatte verschiedene Stellen, bis er in die Autofabrik kam, wo er zur Zeit des Gesprächs 2006 seit fünf Jahren arbeitet. Obwohl er nach dieser Zeit gut schweißen kann, verdient er als Leiharbeiter bloß die Hälfte des Lohns und hat weniger Zusatzleistungen. Er sagt: »*Ich hab in einem privaten Kohlebergwerk gearbeitet und für ein Subunternehmen auf dem Bau. Da habe ich die jämmerliche Erfahrung gemacht, ein halbes Jahr lang keinen Lohn zu kriegen. Manchmal fühle ich mich ungerecht behandelt, weil ich die Hälfte des Lohns für dieselbe Arbeit kriege. Aber wenn ich drüber nachdenke... ich hab keine städtiche Hukou, keine gute Ausbildung, nicht viele andere Möglichkeiten. Ich denke nicht, dass ich einen besseren Job finden kann.*«

Die »Festen«

Es gibt in den meisten Betrieben eine Kerngruppe von Managern, Ingenieuren und sehr wenigen Technikern mit festen Arbeitsverträgen und hohen Gehältern. Weitere 15 bis zwanzig Prozent der Beschäftigten, meist hochspezialisierte Angestellte, haben gute Aufstiegschancen und je nach Betriebszugehörigkeit befristete oder unbefristete Verträge. Von den ArbeiterInnen haben nur noch sehr wenige unbefristete oder langfristige Verträge. In den 90er Jahren wurde der Großteil der alten AutoarbeiterInnen mit Jobs auf Lebenszeit abgeräumt. Weil sie Abfindungen und Regelungen für die Frührente bekamen, lief das ohne größere Proteste ab. Ein weiterer Grund war der Einsatz der Parteikomitees, die es in vielen Fabriken gibt. Ihre VertreterInnen redeten mit den entlassenen Arbeitern, appellierten an ihr Gewissen, ihre Treue zu Betrieb und Partei. Die Komitees haben generell eine Vermitterrolle zu den Festen, die wie in diesem Beispiel auch teilweise zu funktionieren scheint. Wie die Gewerkschaften auch bewerben sie Fleiß und harte Arbeit, zugleich haben sie eine soziale Funktion, organisieren Freizeitveranstaltungen und leisten soziale Unterstützung. Die ausländischen Partnerkonzerne der JV wollten zum Teil anfangs keine Parteikomitees in ihrer Fabrik – bis sie deren Nützlichkeit erkannten.

Gleichzeitig sehen die ArbeiterInnen, mit denen Zhang sprach, zumindest die Gewerkschaft klar auf der Seite des Managements, und viele der Gewerkschafter sprechen auch von genau diesem Standpunkt aus. Zhang selbst hält Gewerkschaften nicht für nötig, damit Arbeiter sich organisieren und kämpfen, und hält sich anders als viele andere Kommentatoren mit Vorschlägen zur Reformierung der Gewerkschaften zurück. Die Möglichkeit für Kämpfe knöpft sie – typisch für die *Silver*-Schule – an die *Marktmacht* der ArbeiterInnen: Mit der Automatisierung sei ein neuer Bedarf für Fachkräfte etwa in der Instandhaltung entstanden; zudem mache die *Just-in-Time*-Produktion den Produktionsprozess anfällig für Störungen.

Die oben erwähnten Entlassenen wurden durch junge Leute ersetzt, die zum großen Teil befristete Verträge haben, die aber normalerweise verlängert werden*. 2005 beispielsweise waren 32 Prozent der ProduktionsarbeiterInnen unter 25 Jahren, 51 Prozent zwischen 25 und 35; sie waren durchschnittlich seit zwei bis fünf Jahren im Betrieb, und mehr als zwei Drittel hatten Ein- oder Zweijahresverträge (die sich automatisch verlängern, wenn sie nicht gekündigt werden). Die meisten dieser jungen Leute haben zwölf Schuljahre hinter sich und manche noch eine technische Schule. Dennoch machen sie einfache Arbeiten, sie müssen nicht unbedingt technisch, aber vom Verhalten her »gebildet« sein.

* Diese ArbeiterInnen werden trotz ihrer Befristung hier »Feste« genannt, um sie von den LeiharbeiterInnen zu unterscheiden, auch wenn die Bezeichnung etwas irreführend ist.

Die Festen haben ca. 30 Prozent höhere Löhne als andere städtische IndustriearbeiterInnen. Dennoch sind sie Zhang zufolge nicht die gehätschelten und zufriedenen Arbeiter, wie es oft unterstellt werde. Während die Autoindustrie zweistellige Wachstumsraten hatte, stiegen ihre Löhne nur im einstelligen Bereich. Die meisten von ihnen denken, dass ihre Arbeitgeber ihnen mehr zahlen könnten. Im Gespräch klagen sie über lange Arbeitszeiten (Zehn- bis Zwölf-Stunden-Schichten plus Überstunden) und harte, monotone Arbeit: die sehr große Mehrheit geht davon aus, den Job mit 40 nicht mehr machen zu können. Sie erzählen, dass man üblicherweise fünf Kilo abnimmt, wenn man anfängt, am Band zu arbeiten. Ein 23-jähriger Arbeiter sagt: *»Wenn ich jemandem erzähle, dass ich im* US-*Joint-Venture arbeite, sagen alle: Du Glücklicher! Aber sie wissen nicht, was es kostet, die hohen Löhne und Zulagen zu kriegen. Wenn du zehn Stunden am Tag ununterbrochen arbeitest, manchmal sogar zwölf, mit nur einer halben Stunde Mittagspause und zwei Zehn-Minuten-Pausen, und wenn du mit zwei Tonnen schweren Blechen hantierst, 3000 Schrauben und 600 Bolzen verschraubst, 600 Kabelbäume anschließt, dich 60 mal umdrehst und 300 mal runterbeugst, jeden Tag, denkst du dann immer noch, dass du Glück hast? Dieselbe anstrengende Arbeit wiederholt sich ständig. Ich will nur noch raus!«*

Aufgrund ständiger »Optimierung« der Produktion müssen sie sich dauernd an neue Bandgeschwindigkeiten anpassen. Und auch wenn ihre Verträge bisher meistens verlängert wurden, sind die Jobs der AutoarbeiterInnen nicht unantastbar. Seit der ersten Autokrise in China 2004/5 schwebt die Drohung der Entlassung über ihnen, auch wenn es damals meist nur LeiharbeiterInnen traf – die Festen machten dafür Zugeständnisse beim Lohn und den Arbeitsbedingungen.

Wer schon länger als fünf Jahre in der Fabrik ist, hat laut Zhang eher eine resignierte bis zynische Haltung. Diese Arbeiter sind meist ein wenig aufgestiegen, halten ihre Arbeit für wichtig, ohne dass sie ausreichend gewürdigt wird. Lohn und Aufstiegsmöglichkeiten werden mindestens genauso stark nach »Leistung« berechnet wie nach Betriebszugehörigkeit, so dass sie von ihrer Erfahrung immer weniger profitieren (viele gehen davon aus, dass es in Wirklichkeit um Beziehungen zum Management geht). Sie können es sich aufgrund ihrer Erfahrung erlauben, ihren Unmut zu äußern, ohne um ihren Job zu fürchten, und sie tun das auch, allerdings meist ohne Taten folgen zu lassen.

Viele der jungen Festen träumen vom *Ausstieg*, entweder Aufstieg in der Fabrik und weg vom Band oder ganz aus der Fabrik raus. Sie arbeiten hart, besuchen zudem in ihrer Freizeit Kurse – aber die wenigsten schaffen es. Sie versuchen meist, individuell klarzukommen, aber gerade aufgrund der wachsenden Unsicherheit geht von den Festen alltäglicher Widerstand von Klauen bis Sabotage aus. In einem neuen japanischen JV beispielsweise gingen regelmäßig Teile auf dem Weg vom Lager in die Produktion »verloren«, weil die ArbeiterInnen so ihren Unmut über die toyotistische Produktionsweise, Entlassungen und niedrige Löhne äußerten. Schließlich musste das Management von der *Just in Time*-Produktion zurückgehen zum alten System mit mehr Puffern. Zhang sah in einem US-*Joint-Venture* die Werkstatt der Fabrik voll mit neuen Autos, die auf alle möglichen Arten von den ArbeiterInnen kaputtgemacht worden waren: Kratzer, lauter Motor, kaputte Kontroll-Leuchten. Die Arbeiter sagten selbst, dass sie sauer waren über schnellere Takte, willkürliche Management-Entscheidungen und die Tatsache, dass ihre Löhne viel niedriger waren als in zwei anderen Werken desselben Konzerns. Verbreitet ist es auch, sich die Arbeit durch Umgehen von Vorschriften zu vereinfachen und kleine Pausen rauszuholen.

Es gibt auch kollektiven Widerstand, wenn etwa die Teilnahme an Fabrikritualen gemeinsam verweigert wird. Oft verhandeln die ArbeiterInnen mit dem Management, indem sie dessen eigene Rhetorik von der »Sorge um die Arbeiter« und ähnlichem gegen dieses verwenden – Zhang nennt das den »Legitimitätshebel«.

Zhang konnte einen Streik von Festen erleben, der die Produktion zehn Stunden lang lahmlegte. Über 400 ArbeiterInnen in der *Chevrolet*-Montage waren in der Frühschicht zwar an ihren Arbeitsplätze erschienen, standen aber ohne zu arbeiten am Band. Leute aus anderen Abteilungen schlossen sich an, bis die ganze Fabrik stillstand. Gleichzeitig wurden Flugblätter mit der Forderung nach 25 Prozent mehr Lohn verteilt. Der Zeitpunkt war auf dem Höhepunkt der jährlichen Produktion gut gewählt, die Firmenleitung bot schnell eine Lohnerhöhung von 15 Prozent an, die die ArbeiterInnen unter der Drohung entlassen zu werden auch akzeptierten. Die ArbeiterInnen verdienten doppelt so viel wie vor Ort üblich, waren aber dennoch empört über die regionalen Lohnunterschiede und darüber, »von Managern aus Shanghai gegängelt zu werden«.

Ein Montagearbeiter sagte dazu: *»Warum sollten wir nur ein Drittel oder weniger von dem verdienen, was die Arbeiter in Shanghai kriegen, obwohl wir die härtere Arbeit machen? Die Manager in Shanghai sagen, das liegt an den höheren Lebenshaltungskosten dort. Aber die Kosten im anderen Werk [in einer noch kleineren Stadt] sind genauso hoch wie hier, warum sind die Löhne dort dann auch höher als unsere? Die Manager sagen, weil es dort mehr Autofabriken gibt und sie bessere Löhne bieten müssen, damit die Arbeiter nicht*

weggehen. Aber das ist Schwachsinn. Sie denken einfach, dass die Arbeiter hier brav und leicht einzuschüchtern sind. Das hat uns richtig wütend gemacht!« Die ArbeiterInnen beklagten sich auch darüber, dass es keinen Weg gebe, auf dem sie ihre Anliegen vorbringen können, Petitionen und die Gewerkschaft hätten sich als nutzlos erwiesen. Wie der Streik genau organisiert wurde, ist unklar. Ein Teilnehmer sagte Zhang, auf ein Online-Posting über die Ungerechtigkeiten hin habe sich eine kleine Gruppe zusammengefunden, die bereit war, alles zu riskieren, sie habe mit dem Streik begonnen.

Für Zhang zeigt dieser Streik, dass die Spaltungen zwischen AutoarbeiterInnen nicht zu Passivität, sondern zu Irritationen und Aktivismus führt. Die Strategie des Kapitals, Fabriken ins Landesinnere zu verlagern, um den kämpferischen ArbeiterInnen in den älteren Industriegebieten zu entkommen, führe zu einer Ausweitung der Konflikte.

Leiharbeiter / Praktikanten

Andere Spaltungen laufen durch die Belegschaften selbst. Bis auf einen Konzern haben mittlerweile alle »duale Arbeitsregime« mit einer großen Zahl von Leiharbeitern und Praktikanten eingeführt.

Ab den 90er Jahren wurden BauernarbeiterInnen in die Fabriken geholt, um zu einem schlechteren Lohn an der Seite der Festangestellten zu arbeiten, die Trennung zu den Festen verlief klar entlang der *Hukou*. Bis ca. Mitte der 00er Jahre wurden die alten BauernarbeiterInnen durch LeiharbeiterInnen ersetzt (deren Zahl zudem höher ist).

Zwei Drittel der LeiharbeiterInnen kommen vom Land in der Nähe der Autofabriken, das restliche Drittel aus der (Vor-)Stadt. Die LeiharbeiterInnen und die Festen werden sich nun immer ähnlicher, was Ausbildung, Alter und Herkunft angeht, zum Teil wohnen sie sogar in denselben Wohnheimen. Es kommt zwar noch vor, dass die unterschiedliche Stellung durch die jeweilige *Hukou* bestimmt wird, das verliert aber an Bedeutung. Für die Betriebe wird es damit schwerer, die Unterschiede im Status zu legitimieren.

LeiharbeiterInnen verdienen ca. ein Drittel weniger als die Befristeten, ihre Anstellung ist prekärer, sie kriegen keine oder schlechtere Infrastruktur zur Verfügung gestellt. Noch billiger für die Betriebe sind die »PraktikantInnen«: StudentInnen bzw. SchülerInnen technischer Schulen, die oft von ihren Schulen gezwungen werden, Vollzeit in der Fabrik arbeiten zu gehen, um ihren Abschluss zu machen. Das Verhältnis von LeiharbeiterInnen zu Praktikanten ist grob 70/30.

LeiharbeiterInnen und PraktikantInnen wehren sich zunehmend gegen die Ungleichbehandlung. Zhangs These ist, dass eben diese Spaltung zum Grund für die Kämpfe der LeiharbeiterInnen für Gleichheit geworden ist. Viele der LeiharbeiterInnen wollen in der Stadt bleiben, sind stolz, bei einem großen Unternehmen zu arbeiten – und empört über ihre Ungleichbehandlung. Sie kriegen die härtesten Arbeiten zugewiesen und die Überstunden, die sonst niemand will. Vor allem ärgern sie sich darüber, dass ständig welche von ihnen entlassen werden und dass sie keine Möglichkeit haben, was dazu zu lernen und aufzusteigen.

LeiharbeiterInnen und PraktikantInnen wohnen eher als die Festen in Wohnheimen zusammen, was es vereinfacht, Kämpfe zu koordinieren. Wie die anderen jüngeren ArbeiterInnen nutzen sie die sozialen Medien, um sich auszutauschen, und zwar auch über ihre Arbeit. Und sie sind viele: »*Unser Team besteht aus 21 Arbeitern, und zwölf von uns sind Leiharbeiter. In der Montage arbeiten insgesamt 500 Leute, davon sind fast die Hälfte Leiharbeiter. Wenn wir aufhören zu arbeiten, steht die ganze Halle.*« Immer mehr von ihnen haben schon längere Erfahrung im Werk.

Auch unter den LeiharbeiterInnen und PraktikantInnen sind verdeckte Widerstandsformen im Alltag am verbreitetsten. Aber Zhang weiß auch von

Streiks: Als sie im Juni 2004 in einem Staatsbetrieb mit ihrer Recherche begann, hörte sie von den ArbeiterInnen als erstes von einem wilden Streik, der gerade passiert war – der erste seit 1993. Über 300 PraktikantInnen waren nicht zur Arbeit gegangen, weil ihr Lohn nicht ausgezahlt worden war. Die Festen waren ebenfalls wütend, weil sie trotz Mehrarbeit keine Boni bekommen hatten, und mit ihrer Unterstützung konnten die PraktikantInnen das Montageband 15 Stunden lang anhalten und die Auszahlung erzwingen.

Der Streik brachte die ArbeiterInnen enger zusammen. Ein Streikender berichtet: *»Es war immer so, du gingst zur Arbeit, hast hart gearbeitet, gingst zurück ins Wohnheim zum Schlafen und dann wieder zurück zur Arbeit. Wenn du deinen Lohn nicht pünktlich gekriegt hast, oder nur die Hälfte von dem verdient hast, was die Festen kriegen, hast du halt gedacht, du kannst nichts dagegen tun. Aber plötzlich hast du gemerkt, dass du was erreichen kannst, wenn du was zusammen machst!«*

Einige Monate später folgte ein Kampf, mit dem die PraktikantInnen forderten, dass ihr Lohn so wie der der Festen erhöht werden sollte; diesmal unterstützten die Festen den Streik nicht. Er dauerte nur einen Tag, 18 der Streikenden wurden entlassen. Einen Monat später gab es trotzdem eine Lohnerhöhung für die PraktikantInnen: 200 RMB für die, die nicht gestreikt hatten, 100 für die, die teilgenommen hatten. Ein gemischtes Ergebnis, und gemischte Gefühle bei den ArbeiterInnen.

Ob die Kämpfe der LeiharbeiterInnen und PraktikantInnen erfolgreich sind, hängt Zhang zufolge wesentlich davon ab, ob die Festen mit ihnen kämpfen oder sich auf die andere Seite schlagen. Eine nachvollziehbare These, deren weitere Ausführung aber wenig überzeugt. Zhang geht vor allem vom obigem Beispiel aus und leitet das Verhalten der Festen davon ab, wie Management und Staat reagieren. Dass sie allein über den Gegner auf das Kampfverhalten der ArbeiterInnen schließt, kann nicht überzeugen. Das Problem liegt vor allem darin, dass es zu wenig (bekannte) Beispiele für gemeinsame Kämpfe von Befristeten und LeiharbeiterInnen gibt, um überhaupt Thesen aufzustellen.

Die sozialen Unterschiede zwischen LeiharbeiterInnen und Festen verschwimmen laut Zhang tendenziell, aber aktuell funktioniert die Trennung noch, vor allem aus Sicht der älteren ArbeiterInnen. Und es herrscht noch keineswegs Gleichheit: In manchen Fabriken gibt es Wohnheime für beide Gruppen, die sich in Komfort und Ausstattung stark unterscheiden. Ein »Wir« gibt es meist nicht, die ArbeiterInnen leben in unterschiedlichen sozialen Zusammenhängen. Die Festen sagen zwar einerseits, dass sie keinen Unterschied zwischen sich und den LeiharbeiterInnen sehen, viele erwähnen dennoch abschätzig deren Benehmen und Bildung. Während im einem deutschen JV die Festen mit Sympathie von entlassenen LeiharbeiterInnen sprechen, herrscht im anderen Zurückhaltung und Gleichgültigkeit bei diesem Thema. Hier gibt es verschiedenfarbige Uniformen für die unterschiedlichen Gruppen von ArbeiterInnen. Trotz der Distanz gibt es generell wenig direkte Auseinandersetzungen, im täglichen Umgang in den Fabriken herrscht Kollegialität. Das liegt auch an der Teamarbeit, die eine direkte Zusammenarbeit erfordert.

Die Kämpfe von LeiharbeiterInnen und PraktikantInnen haben vieles verändert: Seit 2008 dürfen sie in die Gewerkschaft eintreten, haben besseren Zugang zu Infrastruktur; häufig wurde die Leiharbeit im Betrieb begrenzt, laut einer Gesetzesreform von 2013 sollen LeiharbeiterInnen *Equal Pay* erhalten. Die beschleunigte Auslagerung ganzer Arbeitsschritte an Subunternehmer sieht Zhang als Reaktion der Unternehmer darauf.

Begrenzt, aber nicht machtlos

Zhang kann der verbreiteten Meinung, die Arbeiterkämpfe in China seien regional und inhaltlich begrenzt, nicht generell widersprechen, die Gründe liegen in den beschriebenen Spaltungen, der Repression und der Furcht vor starker Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt. Die Kämpfe und die Macht der ArbeiterInnen dürfen ihrer Meinung nach trotzdem nicht unterschätzt werden. Die Bedingungen in China unterschieden sich von anderen Ländern, weil alle Reformen vom Staat kontrolliert, begrenzt und vermittelt werden. Trotzdem gebe es konstanten Aktivismus, der dem Widerspruch zwischen Profitabilität und Legitimität entstamme, in dem Staat und Unternehmen stecken. Auch die Angst vor einem Lauffeuer sozialer Aufstände wirke zugunsten der ArbeiterInnen.

Zhangs Buch ist als akademische Arbeit zum Teil auch Literaturarbeit, die sich im Umfeld anderer Arbeiten, Begriffe und Konzepte verorten muss. Das wird manchmal redundant und ist für die am Klassenkampf interessierte Leserin nicht immer interessant. Es wird zudem deutlich, dass Begriffe wie Beverly Silvers »Produktionsmacht« oft eher eine vermeintliche Allgemeinheit überstülpen, als dabei zu helfen, eine Situation wirklich zu verstehen.

Zhang war in ihrer Position nicht für längere Zeit nah am Produktionsprozess und hatte keine Möglichkeit, die tägliche Zusammenarbeit der ArbeiterInnen, ihre Tricks und Zugeständnisse zu verstehen. Trotzdem hilft uns ihr Buch, uns ein besseres Bild von den AutoarbeiterInnen in China zu machen. ■

Südafrika:
»Students must fall«*

Die soziale Situation Südafrikas verschärft sich immer weiter. Zu den chronischen Problemen mit der Stromversorgung kommt seit einigen Wochen eine massive Wasserknappheit, ausgelöst durch eine langanhaltende Dürre. Das hat zu starken Ernteausfällen geführt, zum ersten Mal seit sieben Jahren muss mehr Mais importiert werden, als exportiert wird. In Großstädten wie Johannesburg wird das Wasser inzwischen rationiert. Dazu kommt die wirtschaftliche Krise. Im Dezember wurde das Rating von Südafrika von Agenturen auf eine Stufe über Junk gesenkt, kurz danach entließ Staatspräsident Zuma in nur wenigen Tagen zweimal den Finanzminister, und die Börsenkurse stürzten dramatisch ab. Die Regierung steht von allen Seiten unter massivem Druck.

In dieser Situation entwickelte seit Oktober sich die größte Studentenbewegung seit 1994, die auch international wahrgenommen wurde. An allen größeren Universitäten gingen StudentInnen auf die Straße und forderten kostenloses Studium – gegen eine Ankündigung der Regierung, die Studiengebühren um zehn bis zwölf Prozent zu erhöhen. Die Studenten koordinierten sich landesweit und trafen sich auch immer wieder außerhalb der Unis, der Betrieb aller 23 Universitäten lag für knapp zwei Wochen lahm. Wie viele StudentInnen an den Protesten aktiv beteiligt waren ist schwer zu schätzen, die Zahl wird wahrscheinlich irgendwo zwischen hunderttausend und fünfhunderttausend liegen.

Vorausgegangen waren Proteste unter dem Slogan »Dekolonisierung«. Im März hatte ein Student der Uni Kapstadt eine Statue des Kolonialisten und Industriellen Cecil Rhodes mit Exkrementen überschüttet, die er aus seinem Township mitgebracht hatte. Nachdem sich viele Studis der Aktion angeschlossen hatten, wurde die Statue abgerissen. In einer Erklärung sprachen StudentInnen davon, dass »die Verfassung nur ein Dokument zum Erhalt des Status Quo ist«. An der Universität Stellenbosch forderten andere unter der Parole »ein Land, eine Sprache«, die Vorlesungssprache solle Englisch und nicht mehr Afrikaans sein.

Daneben gab es wie in den vorigen Jahren viele Proteste und Riots an den Universitäten, in denen es vor allem um die Bedingungen der Immatrikulation oder um Zwangsexmatrikulationen ging.

Die Bewegung gegen die Studiengebühren entwickelte sich kurz vor der Prüfungsphase und war deshalb recht wirkungsvoll. Die Schließung der Universitäten bedrohte den gesamten Uni-Betrieb. Deshalb ruderte die Regierung schnell zurück und nahm die Gebührenerhöhung für das nächste Jahr zurück. Damit waren die großen Demonstrationen erst einmal vorbei. Allerdings waren bereits in den Tagen vor Zumas Einlenken erste Brüche sichtbar geworden: Zwei Tage nach einer Demo mit 20 000 Menschen in Kapstadt kamen zu einem offenen Planungstreffen nur wenige hundert, und viele drückten ihre Angst aus, dass die Proteste ihre akademische Karriere gefährden. Es kam zu einem offenen Konflikt mit der Fraktion, die vertrat, dass es um freie Bildung gehe und StudentInnen und ArbeiterInnen zusammen kämpfen sollten. Am selben Tag unterschrieben angeblich »Tausende« in Kapstadt eine Petition, die Proteste zu beenden.

Seitdem gibt es immer wieder aufflackernde kleinere und größere Proteste, aber sie sind jetzt klar die Proteste einer Minderheit. Damit ändern sich auch die Themen: Die Arbeitsbedingungen an den Unis rücken in den Vordergrund. Viele der dort Beschäftigten hatten sich durchgängig an den Protesten beteiligt – ohne dass ihre Forderungen wahrgenommen worden wären. Nun aber wurde der Kampf gegen das »Outsourcing« von Tätigkeiten wie Hausmeistern, Reinigung und Küche in den Fokus gerückt – und damit überhaupt die Arbeitsbedingungen.

Auch diese Proteste zeigen Wirkung: Die Universität Witwatersrand konnte erst Anfang November den Lehrbetrieb wieder aufnehmen, nachdem die Verwaltung erklärt hatte, das Outsourcing »prinzipiell« zu beenden und auch auf die anderen Forderungen der Studenten einzugehen. Die Universität Johannesburg unterschrieb eine Einigung mit der Dienstleistungsgewerkschaft NEHAWU, in der sie

* Minister als Reaktion auf die Proteste, in Anlehnung an das Motto der Studenten »Fees must fall«

In Kapstadt hatten die StudentInnen die Campus-Securities u.a. deswegen vertrieben, damit die Uniarbeiter ohne Lohnverlust mitkämpfen können.

ein »Insourcing« verspricht. Und am 29. November erklärte die Universität Westkap, dass alle outgesourcten ArbeiterInnen ab dem 1. Dezember eine monatliche Zulage von 2000 Rand erhalten und dieselben Studienrabatte für sich und ihre Familie bekommen wie Festangestellte. Im selben Zuge kündigte sie an, neue Instrumente zur Entschuldung von StudentInnen zu schaffen.

Die Entwicklungslinien

Proteste und Bewegungen an Schulen und Universitäten haben in Südafrika eine lange Geschichte, sie waren ein wichtiger Teil des Anti-Apartheidskampfes und auch nach 1994 gingen die Proteste durchgängig weiter.

Seit 1994 hat sich die Zahl der Studierenden verdoppelt, von 495 356 in 1994 auf 938 201 in 2011. Gleichzeitig hat die Regierung die Finanzierung der Universitäten in den letzten Jahren nicht im selben Maße erhöht, die Unis sind immer mehr auf andere Geldquellen angewiesen: Studiengebühren, Spenden und Drittmittel, sowie Einnahmen aus Gebühren. Das hatte zur Folge, dass nur 15 Prozent der StudentInnen einen Abschluss machen (so eine Untersuchung des Bildungsministeriums von 2011).

Die Universitäten erfüllen zwei Funktionen, als legitimer Weg des gesellschaftlichen Aufstiegs für einzelne, als Sozialstaatsersatz für viele. Immatrikulierte Jugendliche können sich und ihre Familien durch Stipendien und Kredite zumindest für eine gewisse Zeit versorgen.

Weil aber viele tausend Jugendliche dadurch hoch verschuldet sind und merken, dass sie keine Chance haben, das Studium erfolgreich abzuschließen, kommt es oft zu Protesten und Riots; Auslöser sind die Exmatrikulation von Studenten wegen zu hoher Schulden, die Organisation der Lehre und die immer weiter steigenden Studiengebühren. Die Bewegung im Oktober war deshalb so massenhaft, weil viele StudentInnen schon vor den Prüfungen wussten, dass sie wegen ihrer Leistung oder finanziellen Situation kaum noch die Aussicht auf einen Abschluss haben. Ihre Probleme prägten die Forderungen der Bewegung: Erlass aller Schulden; Abschaffung der Registrierungsgebühren; Änderung der Einschreibedauer von einem Semester auf ein Jahr; weiter studieren können, auch wenn man mit den Studiengebühren im Rückstand ist, oder allgemeiner: Abschaffung von Studiengebühren.

Solange die Studenten Studenten bleiben...

Insgesamt zeigte sich auch in dieser Bewegung (wie in vielen anderen weltweit), dass viele Studenten mit ihrem Studium den individuellen Anspruch auf gesellschaftlichen Aufstieg verbinden. Sie sind an diesem Punkt einer Meinung mit dem Staat, der nach 1994 ein Programm zur »Transformation« entwarf mit dem Ziel, allen »begabten« Jugendlichen Zugang zur höheren Bildung zu verschaffen und ihnen so den sozialen Aufstieg zu ermöglichen. Viele StudentInnen sehen formale Bildung als Möglichkeit, miserable Lebensbedingungen hinter sich zu lassen; sie kritisieren nicht das Ziel, sondern nur den Weg dorthin, d. h. das schlecht funktionierende Unisystem.

Deswegen unterscheiden sich die Reden und die dahinter stehenden Vorstellungen von »Dekolonisierung« und »Transformation« vieler StudentenführerInnen nicht groß von den Positionen der Regierung und der Medien, die Auseinandersetzung geht eher darum, welche Formen »zulässiger« Protest haben darf und was zur Zeit »realistisch« ist. Es bleibt am Ende eine Idee von »Transformation« durch individuellen Aufstieg. Deshalb konnten politische Parteien (vor allem der ANC (!) und die EFF) in den Protestversammlungen immer wieder Einfluss gewinnen. »Radikalere« Forderungen wie »freie Bildung« konnten sich bei der Mehrheit der Beteiligten nicht durchsetzen.

Aber dieser massenhafte Ausdruck des Unmuts an den Universitäten hat ein viel tiefer gehendes gesellschaftliches Potential. Er hängt mit vielen sozialen Problemen zusammen, vor allem mit Armut und Ungleichheit, besonders im ländlichen Raum. Wer es von dort bis an die Uni geschafft hat, weiß um seine Verpflichtungen gegenüber der erweiterten Familie. Die Protestierenden haben aus den vorigen Bewegungen gelernt, dass sie ihre Forderungen schneller durchsetzen können, wenn sie

Studentendemo in Pretoria, Oktober 2015

»bildungspolitisch« und nicht »sozial« argumentieren; das ist die größte Grenze der Bewegung und erklärt, warum die Proteste auf die Universitäten begrenzt geblieben sind.

Im Unterschied zur südafrikanischen Schülerbewegung der 80er Jahre stellen sie das Bildungssystem nicht als solches infrage. Damals wurde die Schule als konterrevolutionär und verdummend bekämpft, der Schulboykott dauerte so lange, dass ein großer Teil nie einen Abschluss machte. Die Schüler zerstörten die Schulgebäude und gingen zu den Fabriken und auf die Straßen, um dort gegen den Staat und die Unternehmer zu kämpfen.

Trotz allem ist es für südafrikanische StudentInnen leichter als für viele ihrer KommilitonInnen weltweit, Kontakte zu ArbeiterInnen zu knüpfen. Denn viele der Putzfrauen, Köche und Hausmeister sind nur etwas ältere MigrantInnen mit derselben Herkunft wie ein Teil der StudentInnen selbst; viele haben ein Studium abgebrochen, viele kommen aus denselben Townships. Seit dem Ende der Apartheid sind Studentenproteste deswegen geprägt vom Zusammenkommen mit den Uni-Beschäftigten.

Auf die Schulen hat sich die Bewegung dagegen nicht ausgeweitet, obwohl es immer wieder Proteste und Riots von SchülerInnen gibt. Und auch LehrerInnen wehren sich. Grundschullehrer haben im September den jährlichen Vergleichstest boykottiert, weil diese Tests den SchülerInnen nichts bringen. Die dort gewonnenen Punkte seien nur für die Behörden von Belang. Die Schulbehörde hatte den Test für Anfang Dezember erneut angesetzt. Die Regierung hat bisher keine Zahlen veröffentlicht, aber es ist klar, dass der Test in einem großen Teil der Schulen nicht geschrieben wurde. Bisher haben sich aber weder andere Lehrer und Professoren, noch die SchülerInnen und Studenten auf diese Proteste bezogen. Stattdessen hat sich der *Congress of South African Students,* eine der großen Schüler- und Studentenorganisationen *für* die Tests ausgesprochen, offiziell, weil er die Bildung verbessere, aber auch, weil diese Art formalisierter Tests leichter zu bestehen sind, und so den Weg zum Abschluss erleichtert...

Der Staat und das Kapital mit dem Rücken zur Wand

Mit dem Verzicht auf die Erhöhung der Studiengebühren zeigte die Regierung ein weiteres Mal einem Protest gegenüber Schwäche; in diesem Jahr hatte sie schon die Löhne im öffentlichen Dienst um über zehn Prozent erhöht, und in vielen kleineren Konflikten nachgegeben. Die die Streiks und Proteste weiten sich immer weiter aus. Die Kämpfe verhindern nicht nur die Austerität, sondern treiben die Regierung sogar zu massiv erhöhten Ausgaben – wobei nicht klar ist, wo das Geld dafür herkommen soll.

Derweil gehen die Privatisierungen ungebrochen weiter, in der Rohstoffindustrie stehen alle Zeichen auf Krise. Die Entlassungen häufen sich, sowohl in den Bergwerken, als auch in staatlichen Betrieben wie der Telekom. Die großen Platinkonzerne drohen mit der Stilllegung vieler Bergwerke und ihrer Verarbeitungskette. Lonmin hat durch solche Drohungen seine Aktionäre und Banken dazu gebracht, weitere 707 Millionen Dollar zur Verfügung zu stellen, und danach die meisten angedrohten Entlassungen zurückgenommen. ■

Lesenswerte Artikel:

• *Closer to home: Student unrest and the welfare function* von Charles Van Onselen, 1997, über die Studentenbewegung Ende der 90er:
http://hsf.org.za/resource-centre/focus/issue-7-second-quarter-1997/closer-to-home-student-unrest-and-the-welfare-function

• *south africa: street-sweepers "arrest" mayor* von SK, der im September 2015 ein paar interessante Gedanken zur Perspektive der Kämpfe in Südafrika entwickelt, wenn man über den etwas chaotischen und situationistischen Stil hinwegsieht:
http://dialectical-delinquents.com/articles/class-struggle-histories-2/south-africa-street-sweepers-burn-their-uniforms-more/

• *»We'll die for this land«: when slum dwellers revolt* von Jared Sacks aus dem August 2015 über die Probleme von Gewalt als Kampfmittel in Communitykämpfen:
https://roarmag.org/essays/south-africa-marikana-slum-riots/

Zuwanderung und NSU:

Neues vom tiefen Staat

Siehe auch:
Wildcat 92: Heimatschutz – Unsere StaatsNazis; auf www.wildcat-www.de – auch auf griechisch!

Vgl. auch: http://www.wildcat-www.de/aktuell/a096_nsu_web.html

Eine Zusammenfassung der Artikel aus *Wildcat* 92 – 95 auf englisch und persisch (und demnächst französisch online auf www.wildcat-www.de

Siehe zu August Hanning den Wikipedia-Eintrag!

Die bürgerlichen Medien fassen oft die bekanntgewordenen Infos zum NSU radikaler zusammen als die Antifa-Linke. Kurz nach dem Bekanntwerden des NSU wurde aus bestimmten Antifa-Kreisen noch mit dem Damoklesschwert »Verschwörungstheorie« gefuchtelt, wenn man darauf hinwies, wozu dieser Staat BRD auch nach innen, der eigenen Bevölkerung gegenüber, in der Lage ist. Nachdem trotz aller staatlichen Aktenschredderei bekannt geworden ist, wie viele V-Leute die deutschen Geheimdienste mitten im NSU-Netz platziert hatten und welch aktive Rolle diese bei Organisierung und Bewaffnung der Faschisten gespielt hatten, wurde als zweite Verteidigungslinie die Mär aufgetischt, Nazi-V-Männer hätten die Geheimdienste verarscht. Nachdem auch das nicht mehr zu halten war, schützt nun das Gelaber von der »Verselbständigung der Geheimdienste« den Staat.

Die radikale Linke hätte nach dem Bekanntwerden des NSU eine andere Wirkung haben können; aber die Antifa-Position »der Verfassungsschutz hat versagt« verlängerte in Wirklichkeit die Medien-Strategie des VS. Selbst Aust/Laabs beschreiben diese als »vorgetäuschte Dämlichkeit der Behörden«. Angesichts der Staatsnähe und der mangelnden Radikalität vieler Antifas könnte es Aust gelingen, wie bei der historischen Einordnung der RAF so auch diesmal die Deutungshoheit zu erringen.

Wohlmeinende Reformisten verzweifeln gerade an der Unmöglichkeit, die Geheimdienste zu reformieren, ohne den Staat zu zerschlagen. Nach Bekanntwerden ihrer Verstrickungen in den NSU waren die deutschen Geheimdienste blamiert; nach den NSA-*leaks* umso mehr. Heute haben sie mehr Ressourcen und Macht als zuvor. Nach den Anschlägen in Paris brachte der *Spiegel* die Logik auf den Punkt: »Geheimdienste: Wir haben versagt, gebt uns mehr Macht.«

Im letzten Jahr ist es dem Staat erneut gelungen, die Hauptkampflinie »gegen Islamismus« durchzusetzen; objektiv betrachtet wäre etwa in der BRD der Kampf gegen mehr als 800 Brandanschläge auf Flüchtlingsheime wichtiger. Nach Angaben des Innenministeriums werden zur Zeit 420 »Gefährder« aus dem Bereich des »islamistischen Terrorismus, aber nur 15 aus dem »rechtsextremen Umfeld« überwacht. Im Kampf gegen den Islamismus sind die Nazis als Fußtruppen interessant. Das hat der ehemalige BND-Chef und frühere Staatssekretär des Inneren August Hanning *genauso* am 30. November 2012 vor dem NSU-Untersuchungsausschuss erklärt: Die Sicherheitsstruktur Deutschlands habe sich bewährt; seit Mitte der 90er Jahre habe man sich um den Rechtsextremismus und seine Terrorpotenziale weniger gekümmert, nach 2001 noch viel weniger, weil es »um die Gefahren des weltweiten islamistischen Terrorismus« gegangen sei. Bei derselben Vernehmung erklärte Hanning zudem: »Bei neun toten Polizisten gäbe es keinen Ausschuss.« Mit dieser Meinung könnte er auf jeder Pegida-Demo Beifall ernten.

Ende Oktober 2015, knapp drei Wochen vor den Anschlägen in Paris, meldete sich der tiefe Staat via Stefan Aust in der *Welt am Sonntag* in alarmiertem Ton zu Wort unter der Überschrift »Sicherheitsexperten entsetzt über Merkels Politik«. Im Verfassungsschutz, im BKA, beim BND und der Bundespolizei gebe es »erhebliche Sorgen um die innere Sicherheit der Bundesrepublik.« (www.welt.de am 25.10.2015). »Der hohe Zuzug von Menschen aus anderen Weltteilen wird zur Instabilität unseres Landes führen. Wir produzieren durch diese Zuwanderung Extremisten...«. Eine Integration Hunderttausender illegaler Einwanderer in Deutschland sei angesichts der Zahl und der bereits bestehenden Parallelgesellschaften gar nicht möglich.

Als Galionsfigur hatte man den Ruheständler August Hanning genommen; er legte ein Zehn-Punkte-Programm vor, das die *Welt* im Wortlaut abdruckte:

1. Erklärung der Bundeskanzlerin/Bundesregierung, dass die Aufnahmekapazitäten ... erschöpft sind und Deutschland keine zusätzlichen Migranten mehr aufnehmen kann.
2. Weisung an die Bundespolizei, die Grenze ... sofort zu schließen ...
3. Sofortiges Einfrieren der gegenwärtigen Migrationsströme auf der Balkanroute...
4. Beschränkung des Familiennachzuges...
5. Residenzpflicht für Migranten, verbunden mit Leistungskürzungen ...
8. Einladung der Bundeskanzlerin/Bundesregierung zu einem »Migrationsgipfel«...
9. Gespräch der Bundeskanzlerin/Bundesregierung mit Vertretern der gewerblichen Wirtschaft...
10. Programm zur sofortigen Verstärkung der Sicherheitsbehörden...

Im Laufe des Tages wurde der Titel zu »Sicherheitsbeamte warten sehnsüchtig auf Merkels ‚Go'« entschärft und der Artikel stark erweitert; die Botschaft blieb die gleiche: »In der Asylkrise wächst die Angst vor dem Kontrollverlust der Politik. Experten befürchten Zuwanderung von Extremisten.«

Dabei war Merkel bereits eine Woche zuvor in die Türkei gereist und hatte die dreckigen Deals mit dem »Schleusenwärter« Erdogan vorbereitet – was vom Timing her zudem eine massive Unterstützung Erdogans im Wahlkampf war.

Nur zwei Tage vor dieser Reise, am 17. Oktober, hatte Henriette Reker – inzwischen Oberbürgermeisterin von Köln – diese »Sorge vor Kontrollverlust« am eigenen Leib zu spüren bekommen. Der Neonazi Frank Steffen verübte einen Mordanschlag auf sie, als »Repräsentantin einer in seinen Augen verfehlten und schädlichen Asylpolitik«. Frank Steffen – ein weiteres Mitglied der »terroristischen Einzeltäter-Vereinigung«? Die Tat hatte er anscheinend sorgfältig geplant und alle möglichen Spuren – u. a. die Festplatten der Computer – in seiner Wohnung entfernt. BKA und Innenministerium sehen keine organisierten Strukturen; das Bundesamt für Verfassungsschutz hüllt sich in Schweigen; die Bundesregierung fürchtet, dass bei Beantwortung einer kleinen Anfrage der Grünen, ob Steffen V-Mann ist oder war, die Funktionsfähigkeit der Geheimdienste »nachhaltig beeinträchtigt wäre«.

Drei Tage später, 20. Oktober: Gordian Meyer-Plath, aktiver Burschenschafter, als V-Mann-Führer von Carsten »Piato« Szczepanski selber bis zum Hals in die Waffenbeschaffungen für den NSU verstrickt, trotzdem (oder deswegen?) Verfassungsschutz-Präsident in Sachsen geworden, entblödet sich nicht, im Deutschlandfunk-Interview Pegida schönzureden und abends in der Talkshow »Maybrit Illner« nachzulegen: »Es gibt keinen direkten Schluss von der Dresdner Pegida-Bewegung zu Attentätern.«

Die öffentliche Verharmlosung, das Gewährenlassen und die organisierte Zusammenarbeit mit Nazis bleibt aktuell. Bullen und Staatsanwälte ließen Pegida über ein Jahr lang ungeschoren. Die Anzahl rechter Gewalttaten steigt. Bis Anfang Dezember wurden im Jahr 2015 insgesamt offiziell 817 Mal Asylunterkünfte angegriffen, davon waren knapp 100 »schwere Gewalttaten«. Allein im dritten Quartal 2015 sind mit insgesamt 285 Straftaten gegen Flüchtlingsunterkünfte mehr Delikte registriert worden als im gesamten ersten Halbjahr und auch mehr als im ganzen vergangenen Jahr (im gesamten Jahr 2014 waren es 28). Die Aufklärungsquote ist desaströs, offensichtlich fehlt das Geld für Überwachungskameras in der Nähe von bezugsfertigen Unterkünften…

Am 21.10.2015 gibt es Razzien gegen die Nazi-Szene Mittel- und Oberfrankens, betroffen sind Mitglieder der Partei *Die Rechte*. Sie haben unter anderem Anschläge auf Asylbewerberheime und »Angehörige des linken Spektrums« geplant. Ähnliche Pläne hatte auch die im Mai 2015 abgeräumte *Old School Society*.

Am 25. Oktober stellt der tiefe Staat sein Zehn-Punkte-Programm online.

Am 29. Oktober wird der Kasseler *Sturm 18* verboten! Spurenvernichtung???

Der Einsatz von alten und neuen Nazis durch den »tiefen Staat« ist seit den 50er Jahren bekannt. War zu Beginn das Bedrohungsszenario eine Invasion durch die Rote Armee, änderte sich dieses Anfang der 1970er Jahre. Neonazis wurden gegen die Proteste und Bewegungen – die im Zuge von 1968 entstanden waren – eingesetzt, die die kapitalistische Ordnung bedrohten. Zum Bombenanschlag auf das Münchner Oktoberfest 1980 wird offiziell nach wie vor die Einzeltäter-Theorie vertreten. Ein wichtiger Punkt – die Quelle des verwendeten Sprengstoffs – bleibt ungeklärt. Dabei gibt es ein durchaus plausibles und mögliches Szenario: Der Neonazi Heinz Lembke war Mitglied einer deutschen *Stay-Behind*-Organisation und lieferte den Sprengstoff für das Oktoberfestattentat. Auch damals wurden bewusst Akten/Beweise zurückgehalten, für irrelevant erklärt oder vernichtet.

A Searchlight report: Lone wolves: myth or reality? www.lonewolfproject.org.uk

Eine aktuelle Studie von *Searchlight* mit dem Titel »Lone wolves: myth or reality?« kommt zu dem Schluss: von allen bekannten (und untersuchten) Nazi-Terroristen in Großbritannien war nur einer wirklich isoliert.

Nach den Anschlägen am 13. November in Paris springen alle Weichen auf die vom tiefen Staat geforderte Richtung.

Neues zum NSU

Alle, die sich mit dem NSU beschäftigt haben, wissen, dass ein bundesweites Netz an den jeweiligen Tatorten aktiv wurde; nur noch die Bundesanwaltschaft und die Geheimdienste selber bestreiten das. Es geht nicht mehr um die Frage, *ob* der Staat drin steckt, sondern welche Strategien er damit verfolgt(e). *Die Anstalt* kommentierte am 17.11.2015 den hohen Staatsanteil im NSU als »betreutes Morden«.

Im letzten Jahr sind durchaus erhebliche neue Details bekanntgeworden. Trotzdem standen im September und Oktober alle Zeichen auf: die Sache endlich beenden, und alles unter den Teppich kehren, was dem entgegensteht: die Untersuchungsausschüsse – v. a. der in Baden-Württemberg – werden ohne Ergebnis abgewürgt, der Prozess in München wird schnell zuende geführt. Sogar die neuen Enthüllungen im baden-württembergischen Untersuchungsausschuss über extrem schlampige Polizeiarbeit, Vertuschungen und nun schon drei tote junge Leute hatten nur zu einem kurzen Aufschäumen geführt und wurden dann untergebügelt – so funktionieren parlamentarische Untersuchungsausschüsse.

Erst im November wurde bekannt, dass Zschäpe schon im Juni in einem Brief an das Gericht durchblicken ließ, dass sie aussagen wolle – das Gericht stellte ihr daraufhin den Münchner Anwalt Mathias Grasel als vierten Pflichtverteidiger zur Seite, der offensichtlich fünf Monate brauchte, um die Aussage exakt auf die strategische Linie von Generalbundesanwalt und Verfassungsschutz auszurichten. Trotzdem könnte auch an dieser Stelle nun ein Schweigekartell ins Rutschen kommen; Wohlleben hat bereits ebenfalls ausgesagt…

Soweit wir es im Moment überschauen können, gibt es vier Tatorte, von denen her Strategie und Struktur des NSU weiter entschlüsselt werden könnten: Der angebliche Selbstmord von Böhnhardt und Mundlos am 4. November 2011, der Mord an Halit Yozgat am 6. April 2004 in Kassel, der Bombenanschlag am 9. Juni 2004 in der Kölner Keupstraße, sowie der Mord an der Polizistin Kiesewetter am 25. April 2007 in Heilbronn. Auf die ersten beiden gehen wir folgenden auch mithilfe von drei Buchbesprechungen ein.

Stregda – 4. November 2011

Der ungeklärte Tod von Mundlos und Böhnhardt könnte ein Schlüssel zum Verständnis der Struktur des NSU sein. Laut Bodo Ramelow waren »unmittelbar nach dem Auffliegen der NSU-Zelle in Eisenach BND-Leute« vor Ort und sagten den ermittelnden Polizisten, »wo es lang geht. Dabei waren Mundlos und Böhnhardt an diesem 4. November 2011 in der Öffentlichkeit nur zwei tote Bankräuber.« (Bodo Ramelow am 9. Januar 2013 in der *jungen welt*).

Angeblich ein Doppelselbstmord. Doch die Aussage des Gerichtsmediziners Heiderstädt vor dem OLG München, dass nicht nur Böhnhardt, sondern auch Mundlos weder Ruß noch Rauchgase in der Lunge hatte, legt nahe, dass beide schon tot waren, als das Feuer im Wohnmobil gelegt wurde. Außerdem wurden auf keiner der Waffen Fingerabdrücke gefunden, aber nirgends waren Handschuhe. Stattdessen fand die Polizei bei späteren Untersuchungen im Wohnmobil die DNA-Spur eines unbekannten Mannes.

Als die Feuerwehr nach 20 Minuten zum brennenden Wohnmobil kommt, sind bereits »zwischen fünf und zehn Zivilbeamte« anwesend, kurz danach waren 20 bis 30 Beamte am Brandort. Diese verboten den Feuerwehrleuten das Löschen des Feuers im Fahrzeug, obwohl man nach dem Öffnen der Seitentür die Beine einer im Fahrzeug liegenden Person gesehen habe. Normalerweise gehe Menschenrettung in solchen Situationen vor, sagte einer der Zeugen vor dem Untersuchungsausschuss. Und man habe ja auch nicht wissen können, ob die Person nicht noch am Leben sei. »Aber ein Polizeibeamter sagte uns, wir dürften nicht weiter löschen, um keine Spuren zu verwischen.« (Andreas Förster: »Wie starb der NSU?«, *junge welt*, 27. August 2015) Er habe daher den Eindruck gehabt, dass die Polizei schon gewusst habe, dass die Personen im Wohnmobil tot sind. Der Einsatzleiter Menzel ließ das Wohnmobil abschleppen und somit die Spurenlage zerstören. Es wurde wochenlang in der Halle des Abschleppunternehmers unbewacht geparkt. Drei Monate später sei auf dem Fahrersitz eine bisher unbekannte Patronenhülse entdeckt worden, dies gehe aus den drei Jahre alten Aussagen eines Ermittlers hervor – das Protokoll liege dem NSU-Untersuchungsausschuss aber erst jetzt vor. Bereits am 4. November, um 13 Uhr, füllte ein Mitarbeiter Menzels eine Sterbefallanzeige aus – auf den Namen Mundlos. Ein Ding der Unmöglichkeit. Erst am 5. November drei Uhr früh stellte die Rechtsmedizin die Identität des Toten fest. usw. usw. Es sieht immer mehr danach aus, dass die beiden ausgeknipst wurden.

»Ich sage ja jedem:
Wenn er weiß, dass irgendwo so
etwas passiert,
dann bitte nicht vorbeifahren.«

Wolfgang Schorlau:
Die schützende Hand.
Denglers achter Fall.

Interessanterweise lässt der Stuttgarter Krimiautor Schorlau seinen Privatdetektiv Dengler genau zu der Frage ermitteln »Wer erschoss Uwe Mundlos und Uwe Böhnhardt?«

Denn warum sollten zwei schwer bewaffnete Killer ihr Wohnmobil in Brand setzen und sich umbringen, nur weil zwei Streifenpolizisten vor dem Fahrzeug auftauchen? In 20 bis maximal 30 Sekunden soll aus dem Wohnmobil auf die beiden Polizisten geschossen worden sein, soll Mundlos Böhnhardt erschossen haben, das Wohnmobil angezündet und Selbstmord begangen haben – das ist unmöglich. Schorlau präsentiert die Beweise dafür, dass Mundlos bereits tot war, als er laut Ermittlungsakten erst Böhnhardt und dann sich selbst erschoss. Er dokumentiert Auszüge aus Ermittlungsakten, Obduktionsberichten und aus Protokollen verschiedener parlamentarischer Untersuchungsausschüsse.

Das Buch ist ein Bestseller, der Krimi wird von vielen gelobt. Aber den meisten Rezensenten gefällt der politische Inhalt nicht; sie finden das Buch »irritierend« (*Hessischer Rundfunk*), sehen eine »dubiose Rolle der Ämter für Verfassungsschutz« (*Freitag*) oder blicken »in den Abgrund« (*Süddeutsche Zeitung*). Philipp Schnee brachte in *dlr Kultur* diesen Missmut auf den Punkt: »In der Konzentration auf die Behörden bleibt eines auf der Strecke: der Rechtsextremismus.« Herrn Schnee ist offensichtlich nicht bekannt, dass sogar der Begriff »Rechtsextremismus« ein Behördenprodukt ist. Sein Vorwurf ist uralt: Wer die Rolle des Staats beim NSU-Terror rausarbeitet, vernachlässige den Faschismus. Noch älter aber ist die Gegenrede: »Wer aber vom Staat nicht reden will, hat auch zum *Faschismus nichts zu sagen.*

»Ärgerlich ist indes die klischeehafte Darstellung von Frauen«, meinte der Rezensent vom *Freitag* noch – dem ist allerdings zuzustimmen.

Falls Schorlaus Interpretation der Fakten stimmt (der Geheimdienst knipst die beiden Nazis aus, die Polizei räumt den Dreck weg), würde sie die politische Agenda von Aust erklären: Dieser hatte sein Buch garniert mit vielen neuen »Enthüllungen«, er wollte aber wohl die wichtigen Figuren aus der Schusslinie bringen (den Geheimdienstler Nocken und den Polizist Menzel).

Kassel – 6. April 2006

Der NSU-Mord in Kassel im Beisein von Temme, eines Verfassungsschutzbeamten und V-Mann-Führers, war der letzte Mord an einem Migranten. Wenn wir mehr über die Rolle von Temme wüssten, würde sicher auch klar, warum die Serie danach aufgehört hat.

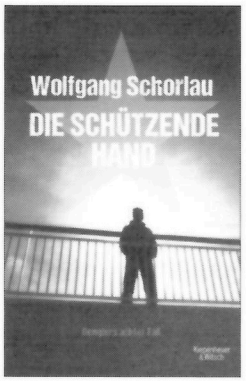
Das obige Zitat »...wenn er weiß, dass irgendwo so etwas passiert...« stammt aus einem abgehörten Telefonat des Geheimschutzbeauftragten des Verfassungsschutzes in Hessen, mit dem er seinen Kollegen Temme auf die Vernehmung bei der Polizei vorbereitete. Die gesamte Behörde bis zum damaligen Innenminister Bouffier stemmte sich mit allen Mitteln gegen die Aufklärung des Mords. Temme lügt, wenn er sagt, er habe nichts mitbekommen, und alle wissen das.

Einer der V-Männer, die Temme führte, war Benjamin Gärtner. Der hatte Kontakte zu Faschos im Osten, aber auch zum *Sturm 18* in Kassel und Dortmund. Eine Woche vor dem Mord traf sich Temme mit seinem V-Mann.

Am Tag des Mordes rief Temme kurz nach 13 Uhr die Gärtners Frau an und konnte ihn dort erreichen. Zur selben Zeit, um genau 13.53 Uhr, wurde in der Kasseler Ludwigstraße der PKW eines guten Bekannten von Gärtner, Swen Wendl, wegen Falschparkens polizeilich registriert. Von hier bis zum Internet-Café in der Holländischen Straße 82 sind es zu Fuß knapp fünf Minuten.

Zum Mittagessen verließ Temme sein Büro und kam um 16.10 Uhr zurück; er blieb nur eine halbe Stunde und telefonierte davon über elf Minuten lang wiederum mit Gärtner. Dieses Gespräch, gerade mal eine Stunde vor dem Mord im Internetcafé, verheimlichte Temme bei den Ermittlungen. Zudem rekonstruierten die Ermittler, dass Temme auch an zwei weiteren Mordtagen mit Gärtner telefoniert hatte: am 8. Juni 2005 in Nürnberg und sechs Tage später in München – jedes mal war V-Mann Gärtner zur Tatzeit in der Stadt, in der der Mord passierte.

Nachdem Temme das Gespräch mit Gärtner beendet hatte, fuhr er auf direktem Weg ins Internet-Café. Gegen 16.50 Uhr kam er dort an und loggte sich auf ilove.de ein. Nach elf Minuten loggte er sich aus und verließ das Café. Fast in derselben Minute wurde der Besitzer Halit Yozgat mit zwei Kopfschüssen ermordet.



Wolfgang Schorlau:
Die schützende Hand.
Denglers achter Fall.
Kiepenheuer und Witsch,
Köln 2015 | 384 Seiten
14,99 Euro

Drei Tage später, am Montag, den 10. April, erschien Temme wieder bei der Arbeit im Landesamt. Gegen 10 Uhr traf er Benjamin Gärtner in einem *Burger-King*, angeblich ging es um Geld. Ebenfalls am Vormittag unterhielt sich Temme mit einer Kollegin über den Mord in dem Kasseler Internetcafé. Dabei sagte er, die Tat habe »keinen regionalen Bezug«, denn die Waffe sei bei einer bundesweiten Serie eingesetzt worden. Aber das Gutachten zur Übereinstimmung der Kasseler Tatwaffe mit der Ceska 83 der anderen Morde lag erst am 8. Mai vor.

Am 12. April, fünf Tage nach dem Mord, vernahmen Kripobeamte noch einmal einen Jugendlichen, der zum Tatzeitpunkt im Internetcafé war. Er sagte aus, es sei noch jemand in den Internetraum gekommen, und er beschrieb Temme: »Ich glaube, der hatte eine *Lidl*-Plastiktüte in der Hand, als er reinkam ... die war schon schwer, die hat nämlich nach unten gezogen ... Ich habe was Eckiges gesehen, denn der Gegenstand zeichnete sich in der Tüte ab…«

Wolf Wetzel:
Der Rechtsstaat im Untergrund. Big Brother, der NSU-Komplex und die notwendige Illoyalität
PapyRossa Verlag
2015 Köln | 220 S.| 14,90

Wolf Wetzel: Der Rechtsstaat im Untergrund. Big Brother, der NSU-Komplex und die notwendige Illoyalität

Das Buch behandelt den andauernden Ausnahmezustand mit permanenter Kriegsführung und totaler Erfassung der Bevölkerung seit dem 11. September 2001. Vor diesem Hintergrund versucht der Autor dann den »staatlichen Untergrund« im Zusammenhang mit dem NSU auszuleuchten. Durch die ersten vier Kapitel muss man sich leider durchquälen: die Aufrüstung des BKA durch Horst Herold in den 70er Jahren, die Snowden-*leaks*, die Selbstentblößung vieler Menschen im Internet, das Oktoberfest-Attentat 1980. Wer das alles noch nicht kannte, findet hier auf 60 Seiten einen schnellen Einstieg ins Thema Überwachungsstaat – wer schon ein paar Artikel zum Thema gelesen hat, kann sich dem Eindruck der Zweit- und Drittverwertung nicht entziehen. Im fünften Kapitel wird auf knapp 40 Seiten der »Staatsanteil am neonazistischen Terror« vor allem anhand der Morde in Kassel und Heilbronn behandelt.

Sechstes Kapitel: wie es dem Autor einmal selber fast an den Kragen gegangen wäre.

Das siebte Kapitel »Der Untergrund im Rechtsstaat« macht den Kern des Buchs aus. In ihm versucht der Autor, seine schon lange versprochene »Staatsanalyse« (S. 125) vorzulegen. Die »Mär vom Eigenleben der Geheimdienste« (S. 127) sei lediglich ein »Rettungsschirm«, den »parlamentarische Opposition und ‚Qualitätsmedien' aufgespannt« haben (S. 126). Da die Bundesregierung selbst zugegeben hat, dass es bis 1991 unter Leitung des BND eine *Stay behind*-Struktur in der BRD gab, liegt die Frage nahe »Gibt es (nach deren Auflösung) einen staatseigenen Untergrund«? Und »wie muss man sich diese staatliche Parallelstruktur vorstellen?« (S. 127) Wetzel zitiert einige Befunde aus den NSU-Untersuchungsausschüssen und schließt daraus, dass der NSU immer von den Innenministerien der Länder gedeckt wurde. Die Geheimdienste haben sich somit nicht verselbständigt, sie hatten einen »Regierungsauftrag« (S. 137). Es gebe eine Struktur, unabhängig, aber gedeckt von der jeweiligen Bundesregierung: »Die Bundesregierung ist der *politische Garant*; vom Bundeskanzleramt wird die *operative Umsetzung* vorgenommen; der Geheimdienst in Gestalt des BND ist das *ausführende Organ*.« (S. 138) Dieser »staatseigene Untergrund« sei »kein Skandal, sondern eine politisch gewollte Praxis.« (S. 143) Er wird diskursiv offensiv verteidigt mit der »Zauberformel vom ›Kernbereich der exekutiven Eigenverantwortung‹« (S. 139). Jede parlamentarische Opposition, die in Regierungsverantwortung kommen will, muss diese rechts- und straffreien Räume decken, »um ihre Regierungs- und Koalitionsfähigkeit unter Beweis zu stellen«. (S. 141)

Das Schreddern von Hunderten von Akten nach dem Auffliegen des NSU galt laut Wetzel vor allem den V-Mann-Tätigkeiten nach dem ersten Mord (S. 144); diese ›Operation Konfetti‹ trage »nicht die Handschrift von Einzelgängern, sondern die eines ›Krisenstabes‹.« (S. 149)

Das Kapitel ist sicherlich das brauchbarste im Buch, aber eine »Staatsanalyse« ist das noch nicht; das tatsächliche staatliche Handeln im Sinne einer politischen Strategie wird nicht analysiert; es bleibt eine Strukturskizze, die wenig aussagen kann zu internen Kräfteverhältnissen, zu geschichtlichen Entwicklungen, zu Grenzen staatlicher Macht.

Das achte Kapitel, »Feindbildproduktion in Zeiten permanenter Kriegsführung«, wurde nach den Anschlägen im Januar 2015 in Frankreich geschrieben. Wetzel geht ausführlich auf die gefälschten Bilder vom 11. Januar 2015 ein und erwähnt die im Juni beschlossenen Überwachungsgesetze

in Frankreich. Der »Krieg gegen den Terror« sei ein permamenter Krieg, »was über 80 Jahre als Kampf gegen Kommunismus verkauft wurde, wird nun als Krieg gegen den Islamismus etikettiert.« (S. 166) »Pegida & Co. nehmen ›nur‹ das beim Wort, was seit Jahren auf der Gefahren- und Bedrohungsskala ganz oben steht: der Islamismus, die Hassprediger, die Schlepperbanden, die Armutsflüchtlinge, die kriminellen Ausländer uws. Dass das alles nicht zusammenpasst, dass das allen Fakten widerspricht, stört Pegida & Co. nicht – so wenig wie jene, die damit seit Jahren Politik machen.« (S. 168)

Dann tröpfelt das Buch aus, in noch zwei Kapiteln (»Illoyalität als BürgerInnenpflicht«) und einem Anfang (»La vita suspecta«), nochmal über den Autor selber.

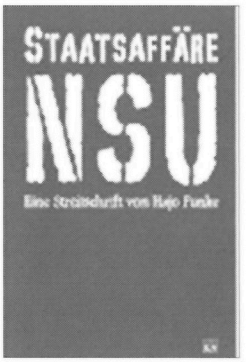
Hajo Funke: Staatsaffäre NSU. Eine offene Untersuchung

Das Buch ist in vier Blöcke gegliedert. Im ersten Teil geht Funke auf ein, was er für »die drei Kernrätsel« hält: Kiesewetter, Keupstraße und Kassel (Mord an Yozgat). Im zweiten befasst er sich mit den Verbindungen zwischen Nazis und Verfassungsschutz; Schwerpunkt dabei sind die V-Männer und die drei Netzwerke: *Blood & Honour*, Hammerskins und Ku-Klux-Klan. Der dritte Teil behandelt die bewusste Vertuschung v. a. durch das Bundesamt für Verfassungsschutz. Beendet wird das Ganze mit einem Fazit.

Der Autor verarbeitet die aktuellen Ergebnisse/Zwischenstände aus den Untersuchungsausschüssen, ergänzt durch Zeitungsartikel (z. T. aus Antifa-Heften wie *Lotta* oder *Der rechte Rand*). Zusätzlich besuchte er selbst die Tatorte und sprach mit Zeugen oder z. B. Bekannten von Mundlos.
In den frühen 90er Jahren wurde eine sich schnell ausbreitende rassistische Massen- und Gewaltbewegung gleichzeitig durch V-Männer des Verfassungsschutzes organisiert und radikalisiert, der Staat gab den Nazis die Mittel dazu. Das Bayerische Landesamt für Verfassungsschutz hat beispielsweise den Aufbau des »Thule-Netzes« ermöglicht. Ihr V-Mann Kai Dalek entwickelte dieses bundesweite Mailbox-System, das die Neonazis zum Informationsaustausch, zur Organisierung von Veranstaltungen, Aufmärschen und Konzerten, aber auch zum Austausch von Todeslisten politischer Feinde nutzten. Auch an der Planung und Durchführung der jährlichen »Rudolf-Hess-Gedenkmärsche« waren etliche V-Männer des Verfassungsschutzes beteiligt. Mit »dem Thule-Netz und den Rudolf-Hess-Gedenkmärschen [hatte] der Verfassungsschutz seit den frühen 1990er-Jahren zwei der wichtigsten Organisationsformen unter informationeller Kontrolle« (S. 140). Und der Vorzeige-V-Mann des VS, Tino Brandt, finanzierte mit seinem Spitzel-Gehalt von rund 200 000 DM den »Thüringer Heimatschutz« (THS), die größte neonazistische Gewaltformation in den 1990er-Jahren.

Funkes Fazit: Der »Neonationalistische Untergrund« existiert weiter, dies zeigt »die Kette an Brandanschlägen auf Flüchtlingsheime oder das untergründige Netzwerk von Neonazis, Rockergruppen und ihrer Verbindung mit der organisierten Kriminalität im Drogen- und Menschenhandel...« (S. 358).

Trotz seiner Kritik am Verfassungsschutz fordert der ewige Sozialdemokrat Funke nicht etwa die Abschaffung der Geheimdienste, sondern macht konstruktive Verbesserungsvorschläge: »Meines Erachtens sollte es eine unabhängige, vom Parlament eingesetzte Institution geben, die die nötigen Informationen über Terrorgefährdung sammelt, zugleich besser kontrolliert und besser ausgebildet ist [...]. Da wo nötig, können in den Staatsschutzabteilungen in sehr begrenztem und eingeschränktem sowie effizienter kontrolliertem Maße verdeckte Ermittler, gegebenenfalls in Ausnahmefällen V-Leute oder Informanten sowie elektronische Maßnahmen eingesetzt werden, aber nicht vom Verfassungsschutz.« (S. 363).



Hajo Funke
Staatsaffäre NSU. Eine offene Untersuchung
Kontur-Verlag, Münster,
2015 | 408 S. | 20,00 Euro

Wer keine politische Orientierung sucht, sondern sich einen kompakten und aktuellen Überblick zum Thema NSU verschaffen will, kann durchaus auf dieses Buch zurück greifen.

Gar nicht schlecht ist auch die »ZDFzoom«-Doku *Der Fall Zschäpe – Was wusste der Verfassungsschutz?* Hier wird deutlich, wie der Geheimdienst am Aufbau der gewaltbereiten Faschoszene in Ostdeutschland beteiligt war. Neben dem Zahlen erheblicher Geldsummen haben die Verfassungsschutzämter vor allem durch den Einsatz von V-Leuten steuernd in die rechte Szene eingegriffen. Sie wussten gut über die rechte Szene im direkten Umfeld des NSU Bescheid. ■

http://www.zdf.de/zdfzoom/zdfzoom-5991578.html

»Terrorfrei« im Ausnahmezustand

»Ein Teil dieser Antworten würde die Bevölkerung verunsichern.«

In Brüssel wurde am 21. November die »höchste Terrorwarnstufe« ausgerufen. SchülerInnen und Studierende hatten drei Tage lang »terrorfrei«.

So begründete Innenminister de Maizière, dass er nicht mitteilen wollte, warum Mitte November das Fußballländerspiel in Hannover in letzter Minute abgesagt wurde. Die FAZ sah eine »zerstörerische Kraft« in dem Satz, weil er auf »ein strukturelles Problem des modernen Rechtsstaats hinweist, das in der Regel unausgesprochen bleiben muss: auf die Notwendigkeit einer geheimen Ebene staatlichen Handelns«. Es sei eine »Tatsache, dass die Stabilität der demokratischen Gesellschaft von einer radikal undemokratischen Praxis abhängt (und nicht einfach von einer Verschiebung der Balance des Verhältnisses von Freiheit und Sicherheit)«. Der Ausnahmezustand aber spreche diese Tatsache aus, und dann »kommen uns Zweifel. Zweifel an der Funktionalität der Privilegien, die wir dem Staat einräumen, an der Kompetenz der Geheimdienste, an deren Integrität.« Zweifel, die sich fortsetzen; auch beim Terroralarm in München zum Jahreswechsel wurden keine Informationen gegeben, sondern Textbausteine wie »ernstzunehmende, unmittelbare Bedrohung« und »nach Auskunft aus Sicherheitskreisen« verlautbart. Weil das den Ruf nach schärferen Sicherheitsgesetzen fördert, verstärkt der Tiefe Staat die Angst – und damit auch die Wirkung der Anschläge. »Wir haben versagt, gebt uns mehr Macht!« verlangten die Geheimdienste nach den Anschlägen von Paris – und ihre Bitten wurden umgehend realisiert. Nicht, dass das niemand durchschaute! Das Zitat ist ein *Spiegel*-Titel.

www.faznet.de, 29.11.15.

www.spiegel.de, 19.11.15.

Terroralarm als Normalzustand

»This crusade, this war on terrorism, is going to take a while.«

George W. Bush am 16. September 2011

14 Jahre nach dem 11. September 2001 wurden uns die Attentate vom 13. November in Paris erneut als »Zeitenwende« verkauft. Seit den Anschlägen in London, Madrid und Bombay ist ein Jahrzehnt vergangen. Auch diese wurden als »historische Ereignisse« gehandelt, als »Wendepunkte«, von nun an sei dauernd mit solchen Angriffen zu rechnen. Weder in den USA, in Indien noch in England oder Spanien gab es seither Attentate von diesem Ausmaß. Was aber blieb und beständig ausgeweitet wurde, ist der 2001 deklarierte »war on terror«:

– 7. Oktober 2001: amerikanische und britische Streitkräfte bombardieren Afghanistan;
– 26. Oktober 2001: der *Patriot Act* wird verabschiedet;
– Dezember 2001: die USA kündigen den ABM-Vertrag über die Begrenzung von Raketenabwehrsystemen;
– 4. September 2002: Bush-Doktrin; die USA behalten sich Präventivschläge vor;
– seit 2002: Guantánamo Bay und Geheimgefängnisse...
– 1. Januar 2003: Einrichtung eines »Ministeriums für Innere Sicherheit« mit rund 170 000 Mitarbeitern, die zweitgrößte US-Behörde; nach dem Verteidigungsministerium
– 20. März 2003: der Irak-Krieg beginnt;
– 2003: »Terrorist Information Awareness«.

Ähnliches passierte in diesen Jahren in fast allen Ländern – in der BRD mit den »Otto-Katalogen« von Schily. Fast alle dieser Sondergesetze sind noch in Kraft – oder wurden sogar verschärft.

Nun geht es weiter: Einsatz der Bundeswehr im Innern, in Mali, in Syrien, in der Türkei, noch stärkere Aufrüstung der Geheimdienste, Ausnahmezustand in Frankreich (Ausgangssperren, Versammlungsverbote, Hausdurchsuchungen ohne richterliche Anordnung, Schließung von Versammlungsorten, Verordnung von Sicherheitszonen, Verbot sämtlicher Versammlungen während des Klimagipfels in Paris); am 24. November informierte die französische Regierung den Europarat darüber, dass sie sich vorübergehend selbst von ihren Verpflichtungen aus der Europäischen Menschenrechtskonvention entbindet! Der Ausnahmezustand soll über die bislang geltende zeitliche Obergrenze von drei Monaten hinaus ausgedehnt werden.

Derweil Brot und Spiele für das Volk: Der korrupte, kaputte Fußball soll gegen den islamistischen Terror helfen, Fanblock und La-Ola-Welle als Bürgerrecht. François Hollande kündigte in seiner Trauerrede an, als Antwort auf die Anschläge die Zahl der Konzerte zu steigern. Die Reaktionen mancher BRD-Linker waren ähnlich hanebüchen. Ins Stadion gehen und im Café herumsitzen wurden als Essenz westlicher »Freiheits-Kultur« dargestellt. Dieses »freie und selbstbestimmte Leben« hätten die Attentäter angegriffen, meinte die *Jungle World* – und rief zum Gegenschlag auf: »Pervers bleiben«. Auch das *Neue Deutschland* sah die Mittelschichts-Ausgeh-Linke im Fadenkreuz des IS: »In den zerschossenen Cafés und Kneipen im zehnten und elften Bezirk von Paris trifft sich ... jenes Milieu, das in Frankreich wie auch in Deutschland sehr wichtig ist für den Zusammenhalt der Gesellschaft.«

Haben sie wirklich die Lage im Griff?

Nach den Anschlägen vom 13. November haben wir zwei GenossInnen in Paris gebeten, einen Bericht über die Lage im Ausnahmezustand zu schreiben. Nach den Regionalwahlen haben sie eine Einschätzung über den Durchmarsch des Front National hinzugefügt.

Die Attentate vom 13. November haben zuallererst die Schwäche eines Landes aufgezeigt, das sich in Sicherheit wähnte vor den Konsequenzen der Kriege, die sein Staat im Nahen Osten und in Afrika führt. Da die französischen Truppen seit gut 15 Jahren bombardieren und töten, musste man aber damit rechnen, dass eines Tages die Rechnung präsentiert würde. Ihr mörderischer Wahnsinn hindert die Terroristen nicht daran, nach einer gewissen Logik zu handeln; sie legten Wert darauf, ihren Geiseln, bevor sie viele von ihnen töteten, zu erklären, dass ihr Angriff eine Antwort auf die französischen Bombardements in Syrien sei und sie den Franzosen die gleichen Behandlung zufügen wollten, die die Menschen unter den Bomben des Westens erleiden.[1] Das hat übrigens sogar Hollande verstanden, am Tag danach erklärte er feierlich, wir seien im Krieg.

Ausnahmezustand

Der unmittelbar nach den Attentaten erklärte Ausnahmezustand erweitert die Befugnisse der Polizei, macht Hausdurchsuchungen, Festnahmen und die Verhängung von Hausarrest ohne richterlichen Beschluss möglich, und er verbietet Demonstrationen in einem großen Umkreis rund um Paris. Die Willkürmaßnahmen der Polizei haben sich seit Verhängung des Ausnahmezustands vervielfacht.[2] In einer allgemeinen Sicherheitshysterie billigte ihn das Parlament fast einstimmig, von 577 Abgeordneten sprachen sich nur sechs gegen seine Verlängerung auf drei Monate aus (drei Sozialisten und drei Grüne). Gegen den Beschluss, Syrien zu bombardieren, stimmten nur vier Abgeordnete (darunter zwei Sozialisten aus Versehen…).

Der Ausnahmezustand beschleunigt die autoritäre Entwicklung des Staats, die sich seit Jahren in immer weiteren Gesetzen ausdrückt, die die Freiheit einschränken. Der Kampf gegen den Terrorismus bedient zwar ein gesellschaftliches Bedürfnis nach Sicherheit (auf das Sarkozy seine Wahlsiege aufgebaut hatte), aber die nahen Regionalwahlen trieben die sozialistische Regierung dazu, die Rechte und die extreme Rechte mit immer härteren Maßnahmen überbieten zu wollen. Damit haben sie die politische Achse des Landes insgesamt weiter nach rechts geschoben – aber am Ausgang der Wahlen wenig geändert. Der *Front National* wächst, weil die gesamte politische Klasse in Verruf geraten ist. Das Konglomerat aus KPF, Linkspartei und Grünen kann sich intern nicht einigen und deshalb weder politische Alternativen vorschlagen noch eine Konkurrenz zur Sozialistischen Partei darstellen.

Die Reaktionen aus den linksradikalen Milieus auf den Ausnahmezustand bleiben bisher sehr bescheiden. Am Sonntag den 22. November gab es trotz Demonstrationsverbot den Aufruf, aus Solidarität mit den Migranten (die mehrfach von den Orten vertrieben worden waren, an denen sie in Paris Schutz gesucht hatten) zu demonstrieren; dies geschah in Form einer Versammlung, die sich rasch in eine wilde Demo von 500 Leuten verwandelte, die die Bullen vergeblich zu verhindern versuchten. Aber in den Tagen danach gab es auf der Basis von Polizeifotos oder Fotos aus dem Internet 68 Vorladungen zur Polizei, denen Verhöre folgten und manchmal Polizeigewahrsam, die sofortige Vorführung vor den Strafrichter oder Hausarrest. Am Donnerstag den 26. November kam es zu einer nicht genehmigten, aber tolerierten Demo gegen das Demoverbot, die ohne Zwischenfälle verlief.

Klimagipfel

In diesem bedrückenden Klima von Unsicherheit und verschärften Polizeikontrollen fand vom 30. November bis 12. Dezember der Internationale Klimagipfel (COP21) in Le Bourget in der Nordost-Banlieue von Paris statt. Rund um diesen Gipfel waren viele große Mobilisierungen vorgesehen gewesen, die deutlich machen sollten, dass von den versammelten Mächten keine Lösung zu erwarten ist. Welch Geschenk des Himmels für die Regierung, dass sie die Demonstrationen im Namen des Antiterrorismus verbieten konnte. Seit dem 22. November war klar, dass sie es sich nicht nehmen lassen würden, dies auszunutzen: Viele Aktivisten der Gipfelproteste standen nun unter Hausarrest. Die Organisationen und Einzelpersonen, die zum Gipfel mobilisiert hatten, mussten massive Kompromisse eingehen, wollten sie nicht komplett darauf verzichten, sich Gehör zu verschaffen.

Am Samstag den 28. November war der Fahrrad- und Traktor-Konvoi aus Notre-Dame-des-Landes endlich in Versailles angekommen. Er war auf der gesamten Route immer wieder aufgehalten

[1] http://humanite.fr/deux-heures-trente-avec-les-terroristes-du-bataclan-590145. »Sie können sich bei Präsident Hollande bedanken, denn dank ihm müssen Sie das erleiden. Wir haben unsere Frauen und Kinder in Syrien gelassen, unter den Bomben. Wir gehören zum ‚Islamischen Staat' und wir sind hier, um unsere Familien und unsere Angehörigen zu rächen für die französische Intervention in Syrien.« … Sie haben uns also gesagt: »Gut gemacht für euch, das ist wie für unsere Frauen und unsere Kinder in Syrien.«

[2] Diese neue Website erfasst die Folgen des Ausnahmezustands und die mit ihm zusammenhängenden Willkürakte: https://wiki.laquadrature.net/%C3%89tat_urgence/Recensement

worden, um seine Ankunft in Paris zu verhindern. Eigentlich wollten sie im Zentrum von Paris in aller Öffentlichkeit die Widersprüche zwischen den offiziellen Erklärungen und dem tatsächlichen Handeln der französischen Regierung in Bezug auf die Umwelt darstellen. Nun wurde das Abschluss-Protest-»Bankett« aber vor dem Schloss von Versailles abgehalten. Das war zwar höchst symbolisch, aber Kontakt zwischen dem relativ auf sich selbst bezogenen militanten Milieu und der Bevölkerung der Metropole konnte so keiner hergestellt werden. Der Konvoi fuhr dann noch am selben Abend wieder zurück, wahrscheinlich um weiteren Ärger zu vermeiden.

Am Sonntag, den 29. November, bildeten etwa 20 000 Leute vor der Eröffnung des Klimagipfels eine *Menschenkette* im Zentrum von Paris, um das Demonstrationsverbot zu umgehen. Aufgerufen hatten die *Clima Coalition* und *Alternatiba*. Nunmehr war für alle klar, dass der Ausnahmezustand der Regierung eine wunderbare Gelegenheit bot, den Stachel zu ziehen, den die großen Aktionen und Demos der *Clima Coalition* dargestellt hätten. Diese hatte nicht den Mumm, ihren Demoaufruf aufrechtzuerhalten – was angesichts der vielen TeilnehmerInnen kein großes Risiko gewesen wäre – sondern begnügte sich mit 45 Minuten Menschenkette auf dem Bürgersteig. Plötzlich liefen die TeilnehmerInnen zum Platz der Republik, und dieser freundlich gemeinte Auflauf wurde von den Bullen mit Tränengas und Gummiknüppeln beendet, mit 317 Festnahmen, die wahrscheinlich schwerwiegende juristische Konsequenzen haben werden. Die Medien haben sich selbstverständlich auf die »schwarzgekleideten Gewalttäter« konzentriert, die Steine geworfen und die Zusammenstöße provoziert hätten; damit konnten sie von der Gewalt der Bullen ablenken, die so heftig wie selten war.

Die Mobilisierungen am 12. Dezember zum Abschluss des COP21 sollten ursprünglich aus vielen Blockaden im Pariser Raum bestehen, wurden dann aber auf eine große ausgehandelte Demonstration reduziert: mehrere Versammlungen in Paris an symbolischen Orten vereinigten sich auf dem Marsfeld zu einem Treffen unter freiem Himmel, flächendeckend überwacht von den Bullen, alles in einer eher wohlwollenden Stimmung.

Druck von unten / Kämpfe

Aber der Kontrollstaat hat auch Schwachstellen. Das Vorgehen der Bullen in den letzten Tagen könnte den Unmut vertiefen und auf Bevölkerungsteile ausweiten, die für gewöhnlich nicht protestieren. Schon jetzt müssen auch die legalistischsten Vereine und Verbände auf Druck ihrer Basis ihre Zurückhaltung aufgeben und aus der Reserve kommen. Sektionen der *Liga für Menschenrechte*, *Attac*, *Solidaires*, verschiedene ökologische Gruppen und sogar die CGT haben zu den Demos mobilisiert und sich damit über deren Verbot hinweggesetzt. Sie haben damit staatlichen Anordnungen zuwidergehandelt, was normalerweise nicht zu ihren Gewohnheiten gehört.

Die großen Medien haben wunschgemäß den Schockzustand und die durch die Attentate verursachte Angst verstärkt und in hohem Maß dazu beigetragen, dass die öffentliche Meinung das Weiterdrehen der Sicherheitsschraube akzeptiert und rechtfertigt. Aber sie hinterfragen nun immerhin die Unfähigkeit der Geheimdienste, die Attentate zu verhindern, die bürokratische Irrationalität ihrer Reorganisation in den letzten Jahren, und den Nutzen der ungeheuren Datensammelei, für die jetzt alle Mittel elektronischer Kontrolle erlaubt sind.

Die großen Medien waren der Regierung zwar während des Klimagipfels zu Diensten, indem sie schon im Voraus seinen Erfolg feierten – nicht unbedingt überzeugend angesichts des allgemeinen Misstrauens gegenüber der politischen Klasse –, danach brachten sie aber kritische Analysen über die gravierenden Mängel des Klimaabkommens.

Wichtig ist noch, dass sich der Ausnahmezustand wie ein Schalldämpfer über mehrere derzeit laufende Kämpfe gelegt hat – diese aber trotzdem weiter gehen. Allein in der Pariser Region sind das der Streik der Postbeamten im Departement Hauts-de-Seine, der bereits seit zwei Monaten andauert, oder der Streik bei der Reinigungsfirma OMS (die als Subunternehmen der Stadt Paris tätig ist), der seit drei Monaten läuft, sowie der Kampf bei *Air France* gegen die geplanten 2900 Entlassungen, der gerade durch die Einleitung von Strafverfahren gegen einige der Arbeiter verschärft wurde (die Anklage lautet auf »Körperverletzung«, obwohl sie den Personalchef in einem kollektiven Wutausbruch nur symbolisch verletzt hatten).

Wahlen

Der Ausgang der Regionalwahlen war ein weiterer Schock für die politische Klasse und die Medien. Es waren die ersten Wahlen nach der Reform, die aus 22 Regionen (von denen 21 die Sozialistische Partei kontrollierte) 13 gemacht hatte. Am Ende des zweiten Wahlgangs sind sieben unter die Kontrolle der Rechten gekommen (die am meisten urbanisierten und industrialisierten mit insgesamt 43 Millionen Einwohnern), fünf sind den Sozialisten geblieben (mit 20 Millionen Einwohnern), in Korsika haben zum ersten Mal die Nationalisten gewonnen.

Im ersten Durchgang hat der *Front National* sein Ergebnis aus den letzten Regionalwahlen verdreifacht, in zwei Regionen hat er mehr als 40 Prozent der Stimmen bekommen, im nationalen Durchschnitt 30 Prozent. Im ersten Wahlgang haben sich ungefähr 49,5 Prozent der in die Wählerlisten Eingetragenen (und mehr als 55 Prozent der wahlberechtigten Bevölkerung) der Stimme enthalten, im zweiten Wahlgang nur noch 42 Prozent; allerdings haben hier fünf Prozent ungültig gestimmt. Anscheinend ließ sich im ersten Wahlgang die Wählerschaft des FN stärker mobilisieren als die aller anderen Parteien, insbesondere in den Regionen PACA (Provence-Alpen-Cote d'Azur) und Nord, wo der FN Spitzenpositionen belegt hat. Im zweiten Wahlgang hat er 6 820 000 Stimmen bekommen, so viele wie noch nie und nur eine Million weniger als alle linken Stimmen zusammen. Häufig waren seine Ergebnisse im zweiten Wahlgang besser als im ersten, obwohl seine Wählerschaft in bestimmten Regionen die klassische Rechte unterstützt hat (insbesondere in der Île de France, die für die Linke verloren ist, die dort 18 Jahre regiert hatte).

Die Sozialistische Partei hatte schon bei den letzten Kommunalwahlen im März 2014 und den Département-Wahlen im März 2015 ernste Warnsignale erhalten. Eine solche schallende Ohrfeige hatte sie jedoch nicht erwartet. Die Parteiführung hat taktisch klug reagiert: sie haben die PC-PG-EELV marginalisiert und im zweiten Wahlgang deren Stimmen abgesaugt; und sie haben in den Regionen Nord und PACA ihre Listen für den zweiten Wahlgang zurückgezogen mit der Aufforderung, die klassische Rechte zu wählen im Namen des Kampfs gegen die extreme Rechte. Damit haben sie sich unterm Strich die Präsidentschaft in fünf Regionen gerettet. Aber die Sozialistische Partei herrscht nun über ein Ruinenfeld auf der Linken, wo sie die Spaltungen verschärft, die Linksparteien zu Vasallen gemacht und in ihrem Absturz mitgerissen hat, was die Zahl der Nichtwähler weiter erhöhen wird.[3]

Wie erklären sich die vielen Stimmen für den FN ?

Das Wahlergebnis drückt zumindest teilweise Abschottung, Angst und Fremdenfeindlichkeit aus, vor allem aber ein Gefühl der Verzweiflung angesichts des Autismus der politischen Klasse, der Rechts- wie Linksregierungen, die seit gut 20 Jahren die gleiche Politik verfolgen. Die Wähler machen sich gewiss nicht mehr viele Illusionen über die Einhaltung von Wahlversprechen, aber soll man darüber staunen, dass sie angesichts von Parteien, die in den letzten beiden Jahrzehnten eine Verschlechterung der Lebensbedingungen und der Löhne der ärmsten Schichten vorangetrieben haben, die öffentlichen Dienstleistungen geschleift, die Arbeitszeit erhöht und intensiviert, die Prekarität im Namen des Kampfs gegen die Arbeitslosigkeit ausgeweitet, die Grundlagen des Arbeitsrechts angegriffen haben... all dies drapiert mit viel Überheblichkeit und Verachtung gegenüber den Allerärmsten... – dass diese Wähler eine Partei gewählt haben, die von mehr sozialer Sicherheit spricht (nur für die Franzosen), Steuersenkung, funktionierenden öffentlichen Dienstleistungen, Widerstand gegen ein feindliches und bürokratisches Europa, Austritt aus dem Euro, sogar der Rückkehr zur Rente mit 60 (diesen Punkt ließ der FN neuerdings in der Versenkung verschwinden), und sich dabei regelmäßig auf ein mythisches goldenes Zeitalter bezieht, das den Durchschnittsfranzosen so teuer ist?

Doch die Stimmen für den FN müssen auch in einem breiteren Kontext gesehen werden. Die Wurzeln der Angst liegen in einer »allgemeinen Ablehnung des Immigranten«. Das ist nichts Frankreich-Spezifisches, aber in Frankreich wird es politisch vom FN strukturiert.[4] Die Verachtung der Wähler gegenüber der politischen Klasse hat von Regierung zu Regierung gleichzeitig die Stimmen für den FN und die Stimmenthaltung insbesondere bei den Jungen anwachsen lassen. Die Wählerschaft des FN ist überdies das Produkt der immer weiter verschärften gesellschaftlichen und territorialen Polarisierung: sie setzt sich besonders in seinen Stammregionen überwiegend aus Arbeitern, Arbeitslosen, Hausfrauen und Studenten zusammen.[5] Aber er ist auch das Produkt der kulturellen Verunsicherung von sozialen Schichten, die für die Kosten der Globalisierung bezahlen, ohne Nutzen aus ihr zu ziehen, was Reaktionen wie Zurückweisung des Anderen und Rückzug auf sich selbst fördert. Die Abwesenheit eines offenen Konflikts mit dem Staat richtet die Unzufriedenheit auf die Wahlen.[6]

Wachsende Unzufriedenheit

Die Attentate und die darauf folgenden Reaktionen haben alle politischen Gruppen in eine Sicherheitsspirale hineingezogen. Sie haben die Achse der französischen Politik nach rechts verschoben: Ausnahmezustand, Bombardements in Syrien, Verfassungsänderung, Verschärfung der Ausländergesetze, Erhöhung der Kontrollen im öffentlichen Raum und im Transport... alles läuft in die vom *Front National* vorgegebene und gewünschte Richtung, das gegenseitige Überbieten bezieht sich auf ihn.

Seit dem Ende des ersten Wahlgangs der Regionalwahlen hat die Führung der Sozialistischen

[3] Eine gute zusammenfassende Analyse bietet der Artikel von Laurent Ripart, Les élections régionales : un premier bilan – «Catastrophique», auf www.europe-solidaire.org

[4] Christophe Guilly, *La France périphérique. Comment on a sacrifié les classes populaires*, Paris, Flammarion, 2014., S. 134-144.

[5] Joël Gombin, »Les trois visages du vote FN«, in: *Le Monde diplomatique*, décembre 2015, S. 1 und 6.

[6] Christophe Guilly, *La France périphérique. Comment on a sacrifié les classes populaires*, Paris, Flammarion, 2014. S. 77-83 und 150-157

»Eure Kriege – Unsere

Partei die Präsidentschaftswahlen 2017 im Auge. Mit ihrem Rückzug beim zweiten Wahlgang haben sie zwei Regionen geopfert, aber einen Spaltpilz ins Herz der klassischen Rechten gepflanzt. Nach den ersten Reaktionen zu urteilen, scheint das zu funktionieren: die zentristische Fraktion der Sarkozy-Partei gewinnt an Stärke, und einige Kommentatoren sehen am Horizont schon eine große Koalition von Sozialistischer Linker – Zentrum – Zivilisierter Rechter, mit einer »extrem« marginalisierten und vasallisierten Linken, die für die große Allianz stimmt, im Namen des Kampfs gegen den FN. Bis dahin werden wir noch jede Menge Manöver des Apparats und unerwartete Kehrtwendungen erleben.

Überflüssig zu erwähnen, dass die Wirtschafts- und Sozialpolitik dieser Regierung unverändert bleibt. Die Sozialistische Partei hat sich entschieden, die Unternehmer und die urbanen Mittelklassen zu hofieren, sie interessiert nicht, was in der Welt der Lohnarbeit und bei den ärmsten Teilen der Bevölkerung geschieht, die sie im übrigen nicht einmal mehr versteht. Von nun an ist »die einzige Organisation mit einem starken Klassendiskurs der *Front National*, der sich dabei auf Demagogie und Fremdenfeindlichkeit stützt«.[7]

[7] Louis Maurin, »L'abandon des classes populaires«, in: *Le Monde*, 9.12.2015, S. 19.

Das alles spielt sich in einer schwelenden, aber andauernden Wirtschaftskrise ab. Niemand glaubt mehr an das Wahlversprechen von Hollande, er werde die Wirtschaft ankurbeln und die Arbeitslosigkeit senken. Wenn die Regierung endlich darauf verzichtet hat, die Haushaltsbeschränkungen der EU zu respektieren – nachdem sie jahrelang von »unumgänglichen Verpflichtungen« gesprochen hatte – dann ausschließlich zur »Gewährleistung der Sicherheit« und Aufrüstung von Armee, Polizei und Antiterrorjustiz. Austerität und wachsende Ungleichheit bleiben auf der Tagesordnung. Ebenso wie die Unzufriedenheit, die überall wächst.

Paris, 12. Dezember 2015
G. Soriano et N. Thé

Die Stellungnahmen und Flugis aus Frankreich kommen weitgehend ohne einen Bezug zur Flüchtlingspolitik aus. Denn einerseits ist dort die Zahl der Zuwanderungen mehr oder weniger gleichgeblieben, andererseits gehen sowieso alle davon aus, dass die Politik in Bezug auf die MigrantInnen gescheitert ist. Der französische Staat vernachlässigt nicht nur die Banlieues, er treibt viele Neuangekommene in die Illegalität, lässt Menschen auf der Straße übernachten, duldet eine Zeitlang Zeltstädte, wartet bis sich Probleme zuspitzen und schlägt dann brutal zu.

Die Attentate haben den wachsenden Widerstand gegen die Asylpolitik der Regierung unterbrochen. In der ersten Novemberhälfte hatte es in Calais tagelang schwere Zusammenstöße mit der Polizei gegeben. Flüchtlinge blockierten Straßen und stoppten Lkws, um mit ihnen nach England zu kommen. Laut Polizeikreisen wurden sie dabei »von linksradikalen Aktivisten des Schwarzen Blocks und der Gruppe *No Border*« unterstützt; zuvor hätten sich die Flüchtlinge vor ihnen zurückgezogen, nun würden sie die Polizei mit Steinen angreifen. Die Demo am 22.11. in Paris konnte im Ausnahmezustand nur noch 500 Leute mobilisieren. Aber am selben Tag gingen in Marseille Menschen in Solidarität mit Flüchtlingen auf die Straße, und über 16000 demonstrierten in Toulouse gegen die Kriege der französischen Regierung.

Die Bestürzung nach den Attentaten in Paris ist verständlich: es kann jeden treffen, der Krieg kommt zu uns... Aber vieles daran war auch regelrecht zynisch. Im Nahen Osten, in Pakistan und Irak, in Afrika gibt es ständig Anschläge, bei denen 50, 100 oder mehr Menschen umkommen. Das wurde von den »Securitainment«-Medien kaum einmal erwähnt. (Apropos: achtet mal darauf, wie oft die Stiftung »Wissenschaft und Politik« in solchen Situationen interviewt wird; sie wird direkt vom Bundeskanzleramt finanziert[1])

Auch der IS kalkulierte damit, dass ein Anschlag in Europa ungleich größere Reaktionen provoziert. Denn er ist in die Defensive geraten. In den Wochen vor den Attentaten hatte er erhebliche Rückschläge erlitten durch die koordinierten Angriffe der russischen und syrischen Soldaten. Auch in westlichen Medien fanden sich im Herbst mehrere Artikel, »dem IS laufen die Kämpfer davon«, »dem IS laufen die Ärzte davon«, seine Anhänger seien enttäuscht, er brauche unbedingt Erfolgserlebnisse...

Am 22. November machte der Islamwissenschaftler Stephan Rosiny im *Deutschlandfunk* auf

einen wichtigen Zusammenhang aufmerksam: »Dem IS laufen die Muslime davon.« Die Massenflucht von Millionen zu den »Ungläubigen« sei ein »PR-Desaster« und widerspreche völlig dem Weltbild des IS. Deshalb sollten die Anschläge wohl einen Keil zwischen die Aufnahmegesellschaft und diese Flüchtlinge treiben. (Aufgrund des Terroralarms wurde in München zum Jahreswechsel ausgerechnet der Bahnhof gesperrt, an dem im September die ankommenden Flüchtlinge beklatscht worden waren!)

Die Niederschlagung des »arabischen Frühlings« hat den IS stark gemacht; die soziokulturelle Eskalation in Frankreich wuchs auf den Ruinen der Riots in den Banlieues 2005; die Attentate in Paris fanden fast genau zehn Jahre danach statt. In Clichy-sous-Bois, wo im Oktober 2005 die Unruhen ausbrachen, sind mehr als zwei Drittel der Bevölkerung Muslime. Zahlreiche aus Frankreich kommende Kämpfer des IS sind in den Vorstädten groß geworden und kehrten nach ihrem Aufenthalt in Ausbildungscamps dorthin zurück. Der IS tritt als Rächer der Banlieues auf, aber er greift nicht die Kriegsherren, nicht die Politiker und vor allen Dingen nicht den Staat an. Er stärkt ihn.

Ausweitung des Kriegs

Innerhalb von Stunden nach den Anschlägen bombardierte die französische Luftwaffe Gebiete in Syrien – und die USA erstmals Tanklastwagen des IS. Sahra Wagenknecht kritisierte zurecht, es sei »kein geringeres Verbrechen, unschuldige Zivilisten in Syrien mit Bomben zu ermorden, als in Pariser Restaurants und Konzerthäusern um sich zu schießen. Das eine ist individueller, das andere staatlich verantworteter Terror.« Denn natürlich treffen die Bomben nicht *den* IS, sondern größtenteils Zivilisten – und in letzter Zeit »versehentlich« auch immer wieder unliebsame Krankenhäuser. Wagenknecht weiter: »Es ist eine Lüge, dass die Bombardierungen Syriens wenigstens dabei helfen würden, den IS zu schwächen. Sie stärken ihn.«[2]

Handelsblatt-Herausgeber Gabor Steingart schrieb in seinem *morning briefing* vom 22. November 2015: »Mit einer Ausnahme [waren] alle Täter der Anschläge vom vergangenen Freitag gebürtige Franzosen oder Belgier. Wenn es mit rechten Dingen zuginge, müsste die französische Luftwaffe europäische Vorstädte bombardieren – und nicht Teile von Syrien.«

Mit rechten Dingen geht es aber nicht zu! Denn es gibt einen engen Zusammenhang zwischen neoliberaler Verarmungspolitik, Krieg im Nahen Osten und Ausnahmezustand im Innern. Der Zweifrontenkrieg Frankreichs (nach innen u. a. Ausnahmezustand mit bis jetzt 3000 Hausdurchsuchungen, nach außen u.a. Bombardierungen in Syrien) erinnert fatal an den Algerienkrieg und das Massaker in Paris am 17. Oktober 1961 mit über 200 Toten.[3]

Religionskritik

Religionskritik ist keine rein ideologische Angelegenheit. Religion ist gleichzeitig »Ausdruck des wirklichen Elendes« und »Protestation« dagegen. Die Attentäter kommen nicht zwangsläufig, wie oft behauptet wird, aus einer »islamischen Parallelkultur«; mehr als die Hälfte haben Untersuchungen zufolge keinen religiösen Familien-Hintergrund, sondern sind konvertiert, oftmals kommen sie aus einem kleinkriminellen Milieu. Es funktioniert also nicht, *die* Muslime oder *den* Islam in die Pflicht nehmen zu wollen. Es gibt keine »islamische Öffentlichkeit«, die auf den IS einwirken könnte. Er ist gerade *Ausdruck der säkularen Krise des Islam*, der genauso kaputt ist wie alle anderen Großreligionen.

»Religion ist der Seufzer der bedrängten Kreatur, das Gemüt einer herzlosen Welt...« – deshalb sind wohl ultraislamische Kampfbünde mit ihren Formen von Vergemeinschaftung und Solidarität jenseits der modernen Gesellschaft für manche Jugendliche attraktiv – auch wenn sie keine Ahnung vom Islam haben – und das solange, wie in den Migrantencommunities im Westen immer neue prekäre Biographien entstehen. »Die Kritik der Religion« muss laut Marx darauf hinauslaufen, *»alle Verhältnisse umzuwerfen*, in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist.«[4]

Der Kapitalismus hat für die »Banlieues« überall auf der Welt keine »Entwicklung« mehr vorgesehen. Die radikale Linke und die sozialen Bewegungen müssen den Kampf gegen den Krieg mit dem gegen die Ausbeutung zusammenbringen. Und das ist sicher kein speziell französisches Problem mehr!

»Herr de Maizière, haben Sie die Situation im Griff?« »Ein Teil der Antwort könnte mich den Job kosten.«[5] ■

[1] Siehe https://de.wikipedia.org/wiki/Stiftung_Wissenschaft_und_Politik

[2] https://www.jungewelt.de/2015/12-30/083.php

[3] https://de.wikipedia.org/wiki/Massaker_von_Paris

[4] Karl Marx: Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie. Einleitung; MEW Bd. 1

[5] #DoItLikeDeMaiziere

Wenn die Kohlenstoffblase platzt

Wir haben in der *Wildcat* 97 über die Blase im Shale-Öl- und Gassektor in den USA geschrieben. Sie war der wesentliche Grund für das Wirtschaftswachstum in den USA – ohne dass sie für eine Re-Industralisierung genutzt werden konnte. Bereits vor dem Ölpreis-Absturz, der in der zweiten Hälfte 2014 einsetzte, waren die Kapitalaufwendungen sehr viel höher als die Erträge aus dem Verkauf von Shale-Öl und -Gas. Deshalb war nicht absehbar, dass die Fracker so lange durchhalten und Saudi-Arabien in ernsthafte Schwierigkeiten bringen würden. Ein *update*..

Wildcat 97, Grüne Visionen oder Fracking-Blase – Update;
Wildcat 95, Grüne Visionen: Es wird keinen *Green New Deal* geben.

Die Krise der Shale-Industrie und die Auswirkungen auf den Finanzsektor

Seit einigen Monaten kann die Shale-Industrie nicht mehr für genug Kapitalzustrom sorgen, einige Firmen sind in die Insolvenz gegangen. Bisher konnten jedoch Auswirkungen auf den Finanzsektor abgemildert werden.

Eine Reihe großer Anleihe-Fonds und private Anlage-Firmen haben ihren Alt-Investitionen weiteres Geld hinterher geworfen. Sie wollten damit ihr investiertes Kapital retten und so strukturieren, dass sie durch Eigentum an den Shale-Firmen abgesichert sind. Dieser weitere Zustrom (etwa 50 Milliarden US-Dollar), der zum großen Teil für die Bedienung von Alt-Schulden verwendet werden musste, wurde mit weiteren Schulden auf dem Junk-Bond-Markt und aus Verkäufen finanziert. Er geschah in der Hoffnung auf einen schnellen Wiederanstieg des Ölpreises, und weil die Industrie versicherte, effizienter geworden zu sein. Tatsächlich wurde die Anzahl der aktiven Bohrtürme auf unter 40 Prozent zum absoluten Hoch in 2014 reduziert, ohne dass die Ölproduktion stark zurückging. Das lag zum einen tatsächlich an einer Produktivitätssteigerung, die dadurch erreicht wurde, dass mehr Frackingmittel, vor allem Sand, in die Bohrlöcher gedrückt wird. Zweitens an der Nutzung bereits gebohrter, doch noch nicht »gefrackter« Bohrlöcher. Der Hauptgrund war aber, dass man die langsamen Bohrtürme außer Betrieb nahm und die schnellsten an den ertragreichsten Gebieten der Felder – den sogenannten *sweet spots* – konzentrierte. Viertens werden Service-Firmen auf Verschleiß gefahren und Zehntausende Arbeiter wurden entlassen. Trotz all dieser Maßnahmen haben die Shale-Ölfirmen im ersten Quartal 2015 pro eingenommenem Dollar rund drei Dollar ausgegeben – 2014 waren das noch über das Jahr (einschließlich der Einnahmen in der langen Hochpreisphase) durchschnittlich 1,5 Dollar. Die Nettoverluste der 48 großen US-Gas und Ölfirmen haben sich allein im ersten Halbjahr 2015 auf über 30 Milliarden US-Dollar summiert. Im dritten Quartal beliefen sie sich allein auf 26 Milliarden US-Dollar.

Die Shale-Blase wurde mit der Liquidität aufgepumpt, mit der die Finanzinstitute nach 2008 geflutet wurden, um über eine extreme Kredit-Ausweitung die globale Krise beherrschbar zu machen. Ein Teil der Schulden des Shale-Sektors von etwa 250 Milliarden US-Dollar ist ähnlich »kreativ« verpackt wie die *Subprime*-Titel zur Zeit der Immobilienblase. Die bisherigen Abschreibungen stellen nur einen kleinen Teil der in der Shale-Blase aufgelaufenen Verlustsumme aus der defizitären Gas- und Ölproduktion dar. Der Großteil der Kapitalentwertung steht noch aus. Aktuell fahren die großen Banken die übliche Doppelstrategie, einerseits die eigenen großen Investitionen schützen, indem sie die Kreditlinien der Shale-Firmen verlängern, andererseits jede Umschuldung dafür nutzen, die »heißen Kartoffeln« an andere weiter zu reichen.

Die US-Ölproduktion bliebe auch bei deutlich höheren Ölpreisen als den jetzigen defizitär. Womöglich ist somit nicht nur ein einmaliges direktes staatliches Eingreifen, der offene *Bail out* der Branche, erforderlich, sollten die faulen Shale-Finanztitel doch akut werden, sondern eine längerfristige offene Stützung der US-Shale-Industrie.

Den Ölstaaten geht das Geld aus

Im Kampf um Marktanteile wurde die weltweite Ölproduktion hochgefahren – ein koordiniertes Rückfahren ist aber nicht möglich. Die USA können keine Reduktion der weltweiten Öl-Fördermenge zu Lasten der Marktanteile anderer Staaten durchsetzen. Auch die OPEC ist dazu nicht mehr in der Lage. Die Lagerkapazitäten sind bis an den Rand gefüllt. Die Nachfrage geht aufgrund der ökonomischen Stagnation weltweit zurück. Der Klimagipfel in Paris wird den Abzug von Geldern aus dem Kohle-, Öl- und Gasgeschäft zumindest vorübergehend beschleunigen. Selbst die Rockefeller-Stiftung hat vor einem Jahr den Ausstieg aus dem Ölgeschäft verkündet…

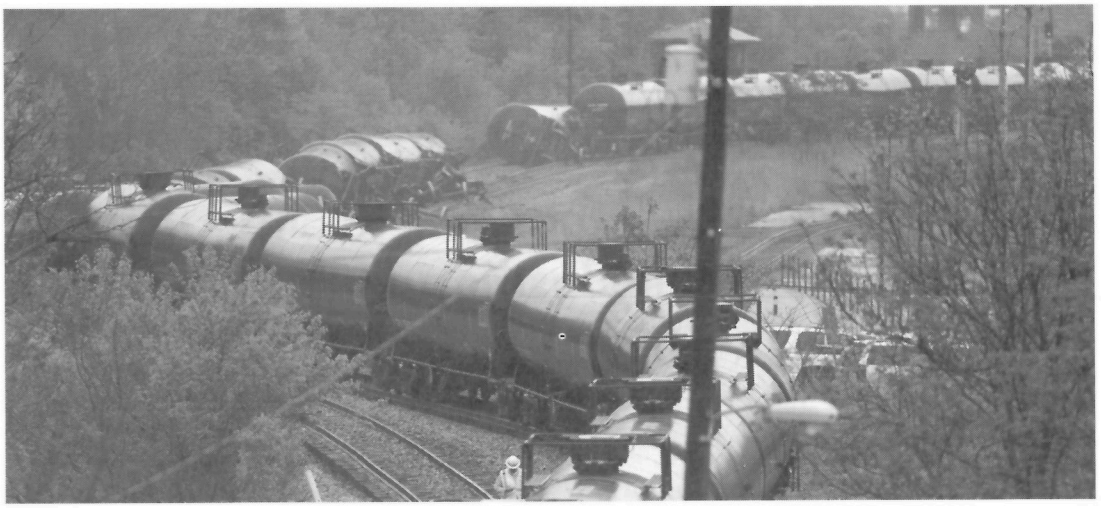


Foto: Entgleister Ölzug, Lynchburg (Virgina), April 2014

Die großen Ölkonzerne fahren hohe Verluste ein und sind gezwungen, die Erschließung kostenintensiver Fördergebiete einzustellen – in die sie teilweise bereits viele Milliarden hineingesteckt hatten. *Chevron* hat bis Ende 2015 rund 10 000 Leute entlassen und plant für 2016 eine Kürzung der Investitionen einschließlich Exploration um 25 Prozent. *Shell* ist aus zahlreichen Projekten ausgestiegen, u. a. aus einem Öl-Sand-Projekt in Kanada. Dazu beigetragen hat offensichtlich auch der Widerstand gegen den Ölsand-Abbau.

Kanada ist mit dem Abschmieren des Ölsektors in die Rezession gegangen. Am kritischsten ist die Situation in Venezuela; 2016 können möglicherweise Auslandsschulden nicht mehr bedient werden. Sinkende Einnahmen aus Ölverkäufen stellen auch für andere erdölexportierende Länder nicht erst mittelfristig ein Problem dar. Da ihr Sozialstaat an diesen Einnahmen hängt, versuchen viele, angesichts der niedrigen Ölpreise die eigene Produktionsmenge mindestens zu halten oder auszuweiten, um noch genügend Einnahmen zu erzielen.

Saudi-Arabien bräuchte für ein ausgeglichenes Budget einen Ölpreis von über 100 US-Dollar je Barrel, andere Länder des Golfkooperationsrats sind teilweise auf noch höhere Ölpreise angewiesen – aber Ende Dezember lag der Preis unter 40 Dollar, einem Viertel des Höchststandes aus dem Jahr 2008. Der saudische Staatshaushalt 2015 schloss mit einem Rekorddefizit von umgerechnet rund 90 Milliarden Euro. Der IWF hatte bereits im Oktober ein »Umsteuern« angemahnt, andernfalls seien Saudi-Arabiens Devisenreserven in fünf Jahren aufgebraucht.

Die saudische Herrscherclique sichert sich im Inneren durch hohe Sozialausgaben und ein Repressionsregime gegen Arbeitsmigranten, nach außen durch indirekte und direkte militärische Interventionen in den Nachbarländern, d. h. mit der Hege und Pflege von Daesh & Co im Irak und Syrien und offenen militärischen Interventionen wie in Bahrain und aktuell im Jemen. Dieser Krieg ist keine kurze militärische Intervention geblieben. Das militärische Eingreifen Russlands in Syrien trifft Saudi-Arabien. Die Aufhebung der Sanktionen gegen den Iran, die Obama gegen andere Teile des US-Staatsapparats durchgesetzt hat, begrenzt die saudischen Handlungsmöglichkeiten noch weiter.

Saudi-Arabien und andere ölexportierende Staaten haben massiv Kapital aus Anlagefonds im Ausland abgezogen und begonnen, Anlagen aus ihren Reservefonds zu verkaufen, u. a. US-Staatsanleihen, um die Haushaltsdefizite auszugleichen. Sie stehen mit dem Rücken zur Wand und werden noch mehr in den direkten und indirekten militärischen Terror pumpen. Gleichzeitig machen sie erste Versuche, laufende Investitionen außerhalb des Ölsektors und auch Sozialausgaben zurückzufahren. Damit riskieren sie, Loyalität zu verlieren.

Die wegbrechenden Einnahmen zwingen die Ölfirmen weltweit – nicht nur im Shale-Sektor und anderen kostenintensiven Fördergebieten – zu massiven Kosteneinsparungen. Sie müssen zwangsläufig auch versuchen, die Arbeit zu verdichten und Löhne zu drücken. Die Ölindustrie greift die Ölarbeiter entlang von Spaltungslinien an und muss gleichzeitig versuchen, das Produktionswissen zu sichern. Sie müssen den Angriff führen, sind aber gleichzeitig extrem verwundbar durch Arbeiteraktionen. Das zeigt etwa der Streik bei *Petrobras* im November 2015 mit den Forderungen nach 18 Prozent mehr Lohn, Rücknahme von Kündigungen und Stopp des Verkaufs von Erdölfeldern. Es war der größte Streik seit 20 Jahren und hat in Brasilien zu einem Produktionsausfall bei Öl und Gas von fast 15 Prozent geführt.

Es ist bitter, dass sie es derzeit schaffen, die Ölproduktion im Nahen Osten durch und im Terror zu sichern. Aber gerade die Ölarbeiter haben die Möglichkeit, den Terror zu beenden. ■

Die teuerste Rückrufaktion

»Es darf jetzt nicht darum gehen, eine Debatte über die Automobilindustrie zu führen.«

(Wirtschaftsminister Gabriel)

Die Rückruf-Aktionen der Autoindustrie, über die wir im letzten Heft geschrieben hatten, gehen weltweit weiter: Im Juli rief *Chrysler* in den USA 1,4 Millionen Autos zurück, zwei Hacker hatten eine Sicherheitslücke aufgedeckt: die Autos konnten aus der Ferne manipuliert werden. Im September wieder *Chrysler*: gut 1,7 Millionen Fahrzeuge in Nordamerika (Fehler am Lenkrad und Probleme mit Airbags). *Mazda* war Mitte Oktober mit einer knappen Million dabei. *Toyota* eine Woche danach mit 6,5 Millionen, GM kurz darauf mit Feuerproblemen. Im Oktober traf es dann mit der VW-Tochter *Bentley* auch mal Luxusautos… Quantitativ unerreicht bleibt bisher der Airbag-Hersteller *Takata*, der 2011 eine Rückrufaktion von 34 Millionen Fahrzeugen auslöste. Aber die weltweiten Rückrufaktionen von VW im Zusammenhang mit den Abgasmanipulationen werden wohl die teuersten in der Geschichte des Autos. Dieser »Skandal« könnte eine ähnliche Zeitenwende für die Autoindustrie bedeuten, wie es der *Neue Heimat*-Skandal 1982 für den sozialen Wohnungsbau hierzulande war.

Anscheinend 2005 fiel bei VW die Entscheidung zum Einbau von Manipulations-Software, weil Kostenvorgaben und Umweltauflagen in den USA nicht gleichzeitig einzuhalten waren. 2008 begann die Produktion des EA 189-Motors. Bereits 2007 hatte *Bosch*, der Hersteller der Software, vor ihrem illegalen Einsatz gewarnt. 2011 hatte ein VW-Techniker intern auf die Manipulation hingewiesen. Im selben Jahr warb VW mit dem neuen Jetta TDI erstmals mit der Einhaltung der besonders strengen US-Abgasnormen. In den USA wurde auch der Skandal ausgelöst:

Im Mai 2014 informierten US-Behörden VW über Vorwürfe der Non-Profit-Organisation *International Council on Clean Transportation*, wonach Jetta und Passat die Abgasgrenzwerte massiv verletzen. Erst im Dezember 2014 rief VW dann 500 000 Autos zurück, konnte die Probleme aber nicht beseitigen. Am 8. Juli 2015 teilte die kalifornische Umweltbehörde VW und der US-Umweltbehörde EPA ihre Erkenntnisse mit. Als sie damit drohen, die neuen 2016er-Modelle von VW nicht zu zertifizieren, räumt *Volkswagen* im August den Betrug teilweise ein, am 3. September dann vollumfänglich: Man habe eine Software eingebaut, die Prüfungssituationen erkennt und dann den Stickoxid-Ausstoß senkt. Am 18. September gibt die EPA das an die Presse; erst am 20. September gibt VW öffentlich zu, bei Abgastests manipuliert zu haben. Am 22. September werden in Brasilien Zivilklagen gegen VW eingereicht, weil sie unter der Militärdiktatur eine prominente Rolle beim Zerschlagen des Arbeiterwiderstands gespielt haben.

Die Autoindustrie hat in ihrer Geschichte größere Straftaten begangen (illegale Praktiken zur Durchsetzung des Verbrennungsmotors und bei der Zerschlagung des Öffentlichen Nahverkehrs in den USA etwa, oder die »Smog-Konspiration« in den 50er Jahren, ebenfalls in den USA, die erst 1968 gerichtlich verfolgt wurde). Aber der 18. September 2015 markiert eine Zeitenwende bei VW – und vielleicht bei der ganzen deutschen Autoindustrie. Laut eigener Aussage wusste die Bundesregierung seit 2010 Bescheid, detailliert in Bezug auf den Passat 6 seit 2011. Die Manipulationen waren seit Jahren bekannt; die Frage drängt sich auf: warum gerade jetzt?

Die Ausweitung der Krise

Als wir 2009 im Rahmen der globalen Krise eine Veranstaltungs-Rundreise machten, sprachen wir auch in Braunschweig vor oppositionellen VW-Arbeitern; sie hörten sich unsere Analysen interessiert an, waren aber bei der Frage, was das nun für sie bedeute, tiefenentspannt: »Wieso, was soll passieren? Wir sind doch bei VW!« Sie sollten recht behalten (mit der Ausweitung von Kurzarbeitsregelungen und der Abwrackprämie hievte die Bundesregierung die deutsche Autoindustrie durch die Krise; der chinesische Absatzmarkt tat ein übriges). Der aktuelle »Skandal« wird durchaus in diesen Dimensionen gesehen. VW sei »das letzte Stück vom rheinischen Kapitalismus«, schrieb der *Spiegel*, oder wie die *Welt* meinte: »eben kein Unternehmen wie jedes andere. Zwanzig Prozent der Konzernanteile sind über eine Beteiligungsgesellschaft des Landes Niedersachsen quasi in Volkes Hand.« (Was die Regierungen Schröder und Merkel immer wieder

gegen Forderungen der EU durchgehalten hatten.) Die FAZ hingegen machte sich zum Sprachrohr der Investmentfonds und bezeichnete VW als den »schlechtest geführten Konzern Deutschlands«.

Knacken die (amerikanischen) Investmentfonds VW oder behalten die Braunschweiger VW-Arbeiter noch einmal recht? Auch diesmal tut die Regierung alles in ihrer Macht stehende; Nahles bereitet sogar ein (zeitlich bis Ende 2016 befristetes) Gesetz vor, damit VW auch die Leiharbeiter in Kurzarbeit schicken kann. Auch das Vorgehen des Konzerns reproduziert gewohnte Muster: Monatelang alles unter den Teppich kehren, dann tiefe verbale Verbeugungen, ein paar Figuren werden geopfert, die Strukturen sollen gerettet werden.

Am 23. September tritt Winterkorn als Vorstandsvorsitzender zurück – sein Jahresgehalt von 15 Millionen Euro wird ihm bis heute weiterbezahlt.

Am 25. September wird *Porsche*-Chef Müller sein Nachfolger. Anfang Oktober wird der bisherige VW-Finanzchef Pötsch als Aufsichtsratsvorsitzender inthronisiert, »als VW-Urgestein und enger Vertrauter von Winterkorn bringt Pötsch alles – bloß keinen Wandel« kommentiert die *Wirtschaftswoche*. Für den steht auch nicht Müller, der zuvor als Leiter der VW-Produktstrategie das Produktmanagement sämtlicher Marken des Konzerns gesteuert hatte.

Für die Jauchegrube am 27. September steht niemand von VW zur Verfügung, ebenso nicht der zuständige Verkehrsminister und auch nicht der niedersächsische Ministerpräsident als Vertreter der 20 Prozent Sperrminorität im Aufsichtsrat.

Aber die Krise weitete sich immer mehr aus, zunächst auf weitere Dieselmotoren, dann kamen Schummeleien mit Benzinmotoren und CO_2 raus: VW hatte bei der Fahrzeugzulassung dreist die Emissionsdaten frisiert.

Unklar ist, wieso der Skandal bisher auf VW begrenzt werden konnte; andere Hersteller wie *Daimler* und *Opel* machen ähnliche Tricks. Aber Verkehrsminister Dobrindt weigert sich dem nachzugehen, selbst als die *Deutsche Umwelthilfe* und das TV-Magazin *Monitor* bei einem *Opel* Zafira vier- bis fünffach überhöhte Stickoxid-Werte messen.

Andererseits wurde klar, dass die Industrie auch Staubsauger, Waschmaschinen und überhaupt alle Haushaltsgeräte mit unrealistisch gemessenen bis dreist gefälschten Energieverbrauchswerten verkauft.

KBA und Bundesregierung als schützende Hände über der deutschen Autoindustrie

Seit September steht die Zahl »18 Milliarden Dollar« im Raum, die der Betrugsskandal in den USA kosten könnte, plus ein paar Milliarden für Rückrufkosten sowie mögliche Regressansprüche von Aktionären (da »kursrelevante Sachverhalte« den Aktionären »ad-hoc« mitzuteilen sind, VW aber erst Tage später vor die Presse getreten war, haben auch Klagen von Aktienbesitzern Aussicht auf Erfolg) und enttäuschten Kunden (der Wissenschaftliche Dienst des Bundestags kam zum Ergebnis, Autokäufer hätten wohl ein Rückgaberecht).

In der BRD tun Kraftfahrtbundesamt (KBA) und Bundesregierung alles, damit VW billig davon kommt. Mitte November präsentierte VW eine Lösung, die das KBA gebilligt habe: Bei den Zwei-Liter-Motoren reiche ein Software-update, halbe Stunde Werkstattzeit; bei den 1,6-Liter-Motoren Software-update plus ein Gitternetz im Wert von wenigen Cent, Stunde Werkstattzeit; bei den 1,2-Liter-Motoren eine Lösung »bis Ende des Monats« – und die kam dann und bestand: Überraschung! ebenfalls in einem Software-update. Insgesamt müssen in der BRD knapp 2,5 Millionen Fahrzeuge umgerüstet werden, in der EU etwa 8,5 Millionen.

Man fragt sich: wenn es so einfach ist, warum haben sie die Autos nicht gleich so hergestellt? Und warum müssen in den USA weitgehende Änderungen an der Abgasanlage vorgenommen werden?

Im Ausland wird es teurer: Die erste Strafzahlung wurde Ende November in Südkorea verhängt: Dort muss VW 125 000 Autos zurückrufen und zudem eine Strafe in Höhe von umgerechnet 11,6 Millionen Euro zahlen.

In Australien könnten knapp 700 000 Euro Strafe für jedes verkaufte Auto fällig werden, das wären insgesamt 35 Milliarden Euro.

In den USA waren Anfang Dezember 500 Zivilklagen bei Gerichten eingereicht. Daneben gibt es jede Menge staatliche Klagen, nur ein Beispiel: Der Landkreis Harris County in Texas verklagt VW auf über 100 Millionen Dollar für 6000 in der Region verkaufte VW-Diesel; umgerechnet auf die BRD wären das 40 Milliarden Euro!

Wachstum, Wachstum, Wachstum

In vielerlei Hinsicht ist der Abgasskandal das Resultat der Winterkorn-Parole »Wachstum um jeden Preis«. Marchionne, der Chef von *Chrysler-Fiat* hatte sich vor Jahren bereits beklagt, VW richte damit ein »Blutbad« in der Autoindustrie an. Bei dieser Flucht vor der Überakkumulation geht es nicht um Innovationen oder dergleichen, sondern ausschließlich um Kosten drücken und Märkte erobern (mit Schmiergeld oder mit Manipulationen, egal!).

Ende Juli 2015 hatte VW verkünden können, zum größten Autobauer der Welt aufgestiegen zu sein,

im ersten Halbjahr 2015 hatten sie erstmals mehr Autos verkauft als *Toyota* – und zwar deshalb, weil VW 0,5 Prozent Autos weniger als im Vorjahr verkauft hatte, *Toyota* aber 1,5 Prozent weniger. Nach dem dritten Quartal war es mit dem Spitzenplatz schon wieder vorbei – das hatte noch nichts mit dem Abgasskandal zu tun. Speziell auf dem US-Markt kämpfte VW bereits vor der Abgasaffäre mit großen Schwierigkeiten und lag in den ersten neun Monaten des Jahres mehr als zwei Prozent im Minus (schon 2014 war dort der Absatz um zehn Prozent geschrumpft, während die übrigen Automultis stark zulegen konnten). Dabei hatte VW die »Clean Diesel«-Autos in den USA ein Viertel billiger als in der BRD verkauft!

Nach dem Skandal verstärkte sich der Abwärtstrend. Ende November hieß es, VW breche der Absatz weg. Weltweit schrumpfte der Konzernabsatz um 2,2 Prozent, der von der Marke VW noch viel stärker. In der BRD wurden zwei Prozent weniger Volkswagen als im Vorjahresmonat verkauft, während der Gesamtmarkt um 8,9 Prozent wuchs. Dass es bisher nur zwei Prozent Rückgang sind, hat damit zu tun, dass hier Wochen oder gar Monate zwischen Bestellung und Übergabe eines neues Autos liegen. In den USA kaufen viele ihr neues Auto direkt vom Hof des Händlers. Dort stürzten die Verkäufe um ein Viertel ab, beim Golf und beim Passat, zwei der wichtigsten Modelle in den USA, sogar um mehr als 60 Prozent.

Dies vor dem Hintergrund von sowieso stark zurückgehenden Absätzen: Russland minus 36,7 Prozent, Brasilien minus 36,5 Prozent.

Der Scheinwerkvertragler

»Kein Kanzler und keine Kanzlerin, kein Wirtschaftsminister und auch kein Finanzminister kann sich der Bedeutung der Automobilindustrie für Deutschland entziehen.« (Handelsblatt)

2013 hatte die Bundesregierung schärfere Abgasnormen in der EU verhindert – just als die BMW-Hauptaktionäre über 600 000 Euro Parteispenden an die CDU überwiesen. Ein Glanzlicht ist in dieser Hinsicht Matthias Wissmann, von 1993 bis 1998 Minister für Verkehr: am 31. Mai 2007 verließ er den Bundestag, seit dem 1. Juni 2007 ist er Präsident des Verbandes der Automobilindustrie (VDA). Als Verkehrsminister hatte er die Flugbereitschaft der Bundeswehr für private Zwecke genutzt, parallel dazu die Privatisierung wichtiger Straßenprojekte vorangetrieben – und die Entscheidung für BER getroffen.

Anfang Dezember 2015 verfassten er, Wirtschaftsminister Gabriel und der Erste Vorsitzende der IG Metall, Jörg Hofmann, eine Erklärung, in der sie »die Stärkung der Innovationsführerschaft der deutschen Automobilindustrie« als gemeinsames Ziel bekräftigten, »um Wertschöpfung und Beschäftigung an den heimischen Standorten zu sichern und auszubauen«. Deutsche Automultis haben 2015 erstmals mehr als 15 Millionen PKW produziert. Die Exportquote beträgt 77 Prozent; laut Wissmann ist der Exportüberschuss der BRD zu »60 Prozent automobilbedingt«.

Die Unterstützung der Autoindustrie geht so weit, dass man die eigene Lächerlichkeit nicht scheut: Nach Bekanntwerden des »VW-Skandals« setzte die Bundesregierung am 28. Oktober eine EU-Entscheidung durch, wonach erst im Herbst 2017 »realitätsnahe« Tests eingeführt werden, danach aber die Grenzwerte noch zwei Jahre lang um 110 Prozent überschritten werden können, und dann noch weitere Jahre um 50 Prozent... (die EU-Kommission wollte eine zweijährige Übergangsfrist mit 50 Prozent Abweichung). Sowieso bezieht sich die Neuerung nur auf den Stickoxid-Ausstoß, nicht auf den CO_2-Ausstoß. Frankreichs Umweltministerin Royal kritisierte öffentlich: Die Entscheidung habe »tiefes Unverständnis« ausgelöst.

Die Art, wie die Bundesregierung im Sinne der deutschen Autoindustrie die EU ausbremst, sagt viel über diese Industrie aus: Von wegen »Innovationsführerschaft«!

»Die Deutschen stehen da wie übertölpelt.«
(Schwäbische Zeitung)

»Bemerkenswert ist, dass angesichts einer ganzen Kette von Skandalen eine Frage nicht gestellt wird. Warum kehren eigentlich immer amerikanische Behörden den Dreck von deutschen Unternehmen ans Tageslicht? Die schwarzen Kassen von *Siemens*, die Betrügereien der *Deutschen Bank* auf so ziemlich allen Märkten dieser Welt, der ungeheuerliche Betrug von VW und sogar die Skandale bei der Vergabe der Fußballweltmeisterschaft nach Katar wären ohne Ermittler aus Amerika weder bekannt noch geahndet worden.« (FAZ)

Die US-amerikanische Justiz exekutiert US-amerikanische Kapitalinteressen – dazu ist sie da. *Toyota* musste für seine Fußmattenaffäre 1,2 Milliarden Dollar zahlen – GM für 124 Tote wegen seinen defekten Zündschlössern (von denen der Konzern gewusst hatte!) nur 900 Millionen Dollar. Das US-Justizministerium ermittelt, ob VW »kriminelle Machenschaften« vorzuwerfen sind. Sogar Obama schaltete sich ein: Man sei »ziemlich besorgt« über das Verhalten von VW, so sein Sprecher. Der USA-Chef von VW wurde im Kongress-Ausschuss angefaucht: »Clean it up or *get off the road*!« Der neue

VW-Chef Müller scheut sogar eine Reise in die USA, weil er dort seine Verhaftung fürchtet.

Anfang Dezember stufte die US-Ratingagentur *Standard & Poor's* die Bonität von VW von A- auf BBB+ herab. Zugleich setzte sie den Ausblick auf »negativ«.

Auswirkungen

VW hat mehr als 200 000 Beschäftigte in der BRD, die Hälfte davon in Niedersachsen in den Fabriken in Emden, Hannover, Braunschweig, Salzgitter und Wolfsburg. Betroffen sind somit auch kommunale Haushalte. In Ingolstadt, Wolfsburg, Braunschweig, Zwickau wurden bereits Haushaltssperren verhängt und die Planungen für 2016 ausgesetzt.

Bei den Zulieferern könnte die Krise einen Dominoeffekt auslösen. Thomas Reuther, der Präsident des *Verbands Deutscher Metallhändler*, sprach von einem Rückgang von zehn Prozent bei den Bestellungen. »Ein Drittel der Metallfirmen macht sicher 20 Prozent des Umsatzes direkt oder indirekt mit VW. Wir stehen am Anfang der Lieferkette und sind daher schon jetzt unmittelbar betroffen.«

Auch Länder in Osteuropa sind stark von VW abhängig – in Ungarn, Tschechien und der Slowakei kann eine VW-Krise durchaus ein bis zwei Prozent Rückgang beim BIP ausmachen.

Am stärksten betroffen sind die ArbeiterInnen. Die Motorenproduktion in Salzgitter wurde heruntergefahren, Sparprogramme verkündet. »Erste Produktionseinschränkungen, erste Nichtverlängerung von Zeitarbeitsverträgen, erste Investitionskürzungen führen schon zu spürbaren Auswirkungen auf die Arbeitsplätze in der sogenannten ›Randbelegschaft‹«, schrieb der ehemalige VW-Betriebsrat Stephan Krull.

2014 hatten alle VW-Beschäftigten einen Jahresbonus von 5900 Euro bekommen; die 7000 Leiharbeiter hatten nichts bekommen. Interessanterweise hatte Wirtschaftsminister Gabriel drei Wochen nach Bekanntwerden des Skandals vor Ort in Wolfsburg versprochen, dass auch Leiharbeiter in diesem besonders schweren Fall in Kurzarbeit geschickt werden könnten. Stephan Krull erinnerte in diesem Zusammenhang an den »Scheinwerkvertrag«, den Sigmar Gabriel zur Überbrückung erhielt, als er 2003 die Landtagswahl in Niedersachsen verlor. »Mit seiner zu dem Zeitpunkt gegründeten Firma *Communication Network Service* erhielt er einen 130 000 Euro schweren Beratervertrag von *Volkswagen* ›zur europäischen Industriepolitik‹.« (Stephan Krull: »Mit Volks- und Betriebsgemeinschaft in die Barbarei?«, *sozonline*, 6. November 2015) Gabriel war auch wieder bei der Betriebsversammlung am 2. Dezember anwesend, bei der verkündet wurde, dass es für 2015 keine »Ergebnisbeteiligung« geben wird, nur den tarifvertraglich abgesicherten anteiligen Bonus von mindestens 1500 Euro. Zudem wurde die Verschärfung des »Effizienzprogramms« angekündigt. VW schließt seine Fabriken in der BRD vom 17. Dezember bis zum 11. Januar 2016 (»verlängerte Werksferien«). Und 2016 sollen »maximal 12 Milliarden Euro« in Werke und Maschinen investiert werden – rund eine Milliarde weniger als im Schnitt der vergangenen Jahre.

Wie geht's weiter?

In den ersten Wochen des Skandals blühten völlig neue Erkenntnisse: »Stickoxid-Smog: Bundesregierung gibt Autoherstellern die Schuld« (*SpOn*, 3. Oktober 2015). Oder das *Handelsblatt*: »Stickoxid-Belastung häufig zu hoch« (4. Oktober 2015). Die FAZ wies am 4. Oktober sogar auf eine dunkle Vorgeschichte hin: 340 000 »Volksgenossen« hatten in den 30er Jahren über 280 Millionen Reichsmark anbezahlt, aber dafür nie ein Auto bekommen, weil inzwischen der Krieg ausgebrochen war. Erst 1970 wurden sie nach langen Prozessen mit dem »schäbigen Betrag« von 100 Mark abgefunden, oder bekamen 600 Mark angerechnet, wenn sie sich einen neuen VW kauften. Die FAZ: »Ging es bei VW schon von Anfang an darum, die Käufer zu betrügen?« *Spiegel online* höhnte: »Seit unserem Kübelwagen haben wir immer sehr darauf geachtet, dass große Teile der Abgase außerhalb Deutschlands ausgestoßen wurden.«

Die Skandaldynamik bringt es mit sich: erst aufbauschen, dann kleinarbeiten. Nun kündigt VW an, zur Hauptversammlung am 21. April 2016 einen »detaillierten *Zwischen*bericht« vorzulegen. Die Staatsanwaltschaft sagt gleich, sie werde noch sehr viel länger brauchen. Aber auch im *Neue-Heimat*-Skandal dauerte es lange: Im Februar 1982 hatte der *Spiegel* Korruption und Bereicherung im gewerkschaftseigenen Konzern aufgedeckt. Im September 1986 verkauften die Gewerkschaften das Wohnungsbauunternehmen zum symbolischen Preis von einer Mark an einen Berliner Bäcker. 1990 war der komplette Wohnungsbestand verkauft.

Auch im letzten VW-Skandal erfuhr man 2005 von Korruption von Managern, gemeinsamen Puff-Reisen und Bestechung von Betriebsräten. Dann dauerte es anderthalb Jahre, bis gegen Hartz Anklage erhoben und der ehemalige BR-Vorsitzende eingeknastet wurde. Erst im Oktober 2013 war die Angelegenheit juristisch abgeschlossen. Dieser VW-Skandal riss wie der *Neue-Heimat*-Skandal einige SPD-Abgeordnete mit sich und wurde im Vorfeld einer Bundestagswahl losgetreten. Das ist diesmal nicht der Fall – die Frage bleibt: warum gerade im September 2015? ■

Riots in den USA:

Krieg der Armen

Sind die Riots in den USA ein Krieg zwischen den Armen? Diese Frage erzeugt im Kopf Bilder vom *Thunderdome* nach der Apokalypse oder vom *Superdome* nach Katrina. Beides sind aber Fiktionen, und die Antwort auf die obige Frage ist »Nein«.

Riots in den USA seit dem Zweiten Weltkrieg waren in der Regel Reaktionen der proletarischen Schwarzen und Latin@s auf die rassistische Unterdrückung. Sie sind kein Krieg der ProletarierInnen – oder der Armen – gegeneinander, sondern *kurze Pausen* in einem ständigen und brutalen Krieg gegen sie selbst, geführt von der herrschenden Klasse in all ihren unternehmerischen Formen. Die Erzählung, die zu obiger Frage führt, fängt normalerweise mit Plattitüden an: »Sie brennen ihre eigene Nachbarschaft ab« oder zerstören die Autos ihrer Nachbarn und die Geschäfte in der Nachbarschaft; oder sogar, was ich während der eher harmlosen *Occupy*-LA-Proteste gehört habe: »Sie schaden denjenigen, denen sie helfen wollen. Was ist mit den Besitzern der kleinen Geschäfte, die jetzt keine Laufkundschaft mehr haben?«

So was kann man selbst von Leuten hören, die nah an den Riots dran waren. Von Rodney »Why Can't We Be Friends?« King[1] zum Beispiel, oder von einem Schwarzen aus Baltimore, der kürzlich inmitten eines Riots rief: »*Fuck the Police* okay, aber das hier ist unser Viertel, Brüder! Wir zerstören gerade unsere Häuser, unsere Community! Wofür? … Wofür? Wenn ihr protestieren wollt, wenn ihr euch Gehör verschaffen wollt, wenn ihr aufstehen wollt, dann macht es auf die richtige Art! Holt die lokalen Abgeordneten, holt die religiösen Führer, setzt euch mit ihnen hin und redet über alles!«[2]

Ich bezweifle, dass dem Mann eins der Häuser oder Geschäfte gehört, um die er sich Sorgen macht. Ich wette, dass er zur Miete wohnt und einen prekären Job hat. Und falls er auf dem College war, um diese Sätze zu lernen, hat er mit Sicherheit auch Schulden.

Wir könnten also darüber lachen, dass er den Besitz der »Community« beansprucht, aber was hätte er sonst sagen können? Was ist die »authentische« Stimme eines Riots? Einige Passanten, die möglicherweise auf dem Weg zum Riot waren, sagten einfach »Fuck the police«. Klar. Aber ist das alles? Wo kann man die authentische Begründung für einen Riot nachlesen? Denn *hören* kann man so was sicher nicht, kein Rioter bleibt stehen und gibt ein Interview.[3] Und Essays schreiben sie auch nicht. Der Riot ist, bei all seiner Ausdrucksstärke, diskursiv stumm. Er sagt nichts. Auch die herrschende Ideologie hat wenig greifbare Konzepte, um seine Ursachen zu erklären.

Man kann sich leicht vorstellen, dass selbst aktive Rioter in Ferguson oder Baltimore während einer Verschnaufpause ähnliche Worte fänden, wenn sie eine Art Entschuldigung für diesen Ausbruch der Gewalt formulieren. Sie drücken vielleicht sogar Trauer darüber aus, dass es dazu kommen musste, während sie sich abmühen und nach einer Möglichkeit suchen, die Ereignisse in ein positives *Pro-Community*-Licht zu rücken. Was ihnen vielleicht am schnellsten einfällt, ist die oben erwähnte Geschichte von Gesetzesreformen und Wiedergutmachung; und dann, nicht weit davon weg, der schwarze Nationalismus mit seiner alten Leier, der aber die Ereignisse, die Wut, die Traurigkeit und die Frustration einbinden kann. Er hat sogar eine Erklärung für das Gefühl, dass sich nichts geändert hat, die Angst, dass sich nie etwas ändern wird, und die dämmernde Erkenntnis, dass sich die Situation eher früher als später wieder normalisieren wird.

Der Normalzustand kehrt aber erst dann zurück, wenn die *Nation of Islam* eintrifft und die Gangs davon überzeugt, sich an die Hand zu nehmen und so die kleinen Geschäfte der Schwarzen vor der berechtigten, aber fehlgeleiteten Wut der Menge zu schützen, denn das sei der richtige Weg, die *Community* zu stärken. Diese Gangs sind in den USA die einzige gesellschaftliche Kraft, die entfernt dazu in der Lage wäre, so etwas wie einen »Krieg zwischen den Armen« anzuzetteln. Aber in Baltimore können wir sehen, dass sie das Chaos nicht dazu genutzt haben, gegeneinander in den Krieg zu ziehen oder ethnische Rivalen, andere ethnische Bevölkerungsteile oder sogar die Bevölkerung insgesamt anzugreifen. Stattdessen gibt es Berichte darüber, dass sich die *Bloods*, die *Crips* und die *Black Guerilla Family* kurzzeitig verbündet haben.

[1] Ich weiß, dass er das nicht gesagt hat, es ist der Name eines 1975er Albums von *War*, aber ich dachte, es passt besser.

[2] Michael Morris, »Concerned Local Blasts Violent Protesters in Baltimore: 'This Is Not How You Stage a Protest,'« *CNS News*, 28.4.2015.

[3] Das ist nicht ganz wahr: Schaut einige dieser Youtubevideos aus Ferguson an: https://www.youtube.com/watch?v=D-B1acMvCjQ; https://www.youtube.com/watch?v=WNFTfR6WycA. Aber hier werden Wut und Feindseligkeit ausgedrückt und keine Aussagen gemacht über den Riot im Allgemeinen, der als Fakt weitergeht.

[4] Siehe z. B. Ron Nixon, »Rival Gang Members Unite,« *New York Times*, 28.4.2015.

[5] Gemeint sind hier die Wahlbeamten: Stadträte, Bürgermeister usw.

[6] Charisse Jones, *Farrakhan to Speak to 900 Gang Leaders to 'Stop the Killing'*, *LA Times*, 6.10.1989.

gegen die Armen?

Sie haben gemeinsam schwarze Geschäfte beschützt und die Rioter zu Geschäften geschickt, die Chinesen oder Arabern gehören.[4]
Als Nächstes kommen die bekannten Prediger und Amtspersonen[5] und reden über »Heilung«. Der *friedliche Alltag*, den sie und die Gangs wiederherstellen wollen, ist der reale Krieg, und ihr Frieden wird mit Drohungen durchgesetzt: der von Arbeitslosigkeit, Obdachlosigkeit, Polizei- und außergesetzlicher Gewalt.

Im Folgenden ein kurzer Rückblick auf die Entstehung und Erhaltung dieses Friedens und was er in Bezug auf Riots und Gangs bedeutet – den wahrscheinlichsten Faktoren in einem *Krieg der Armen gegen die Armen*.

Los Angeles, 1992

Ich wurde in South Central, LA, geboren, auf der 56ten, Ecke Main Street, drei Blocks nördlich von Slauson, zog aber 1982 mit acht Jahren nach Houston, Texas. Mein kleiner Bruder und ich waren 1987und 1988 zwei Sommer lang bei meiner Großmutter und meinem Onkel in LA (2009 zog ich wieder dorthin zurück, nach elf Jahren in New York.) 1987 gab es nichts Besonderes, aber von 1988 sind mir zwei Dinge im Gedächtnis geblieben: das erste NWA-Album und die Abendnachrichten. Das mag sich 27 Jahre später lächerlich anhören, aber *Straight Outta Compton* klang absolut genau so, als hätte man die Gangster auf der Straße aufgenommen. Genau wie diese Jungs, wegen denen wir einen großen Umweg machen mussten, wenn sie mein jugendlicher Onkel von weitem sah. Diese Umwege machten wir schon, bevor ich wegzog, und 1987 und 1988 viele weitere Male. Diese Jungs konnten dir ohne Grund Stress machen: Vielleicht raubten sie dich aus nur für den Kick, vielleicht schlugen sie dich oder auch nicht, hielten dich an, versperrten dir den Weg, fragten dich aus, nur weil du in deinem Viertel herumliefst. Das sollte sich bekannt anhören: *Straight Outta Compton* war gleichzeitig beängstigend – da es das Gefühl von Angst und Unsicherheit auslöste – und aufregend, aber nur in kleinen Dosen erträglich. Die Abendnachrichten hingegen waren einfach nur beängstigend. Ich fing an zu zählen: Jeden Abend gab es mindestens zwei tote junge Schwarze, Opfer von Gangschießereien. Und die Nachrichten brachten immer die schrecklichsten Bilder dieser Leute. Keine Geburtstagsfotos, sondern immer die hässlichsten Fahndungsbilder. Ich hörte auf zu zählen, und mein Bruder und ich fuhren mit dem Greyhound-Bus zurück nach Houston.

Im August 1989 wurde Huey Newton in Oakland, Kalifornien, getötet, als er Kokain von einem Mitglied der *Black Guerilla Family* kaufte, einer ehemaligen Black Power Organisation, gegründet von George Jackson, W.L. Nolen und James Carr im Knast in Soledad, 20 Meilen südöstlich von Montery in Kalifornien. Ebenfalls 1989 begann Louis Farrakahn, der Chef der schwarz-nationalistischen *Nation of Islam*, eine Reihe von Vorträgen unter dem Titel »Beendet das Töten« als Reaktion auf die mit der Crack-Epidemie einhergehende Gewalt. Er kam unter anderem nach Washington, Chicago, Detroit – und im Oktober 1989 nach Los Angeles.[6] Einige Gangleader aus Watts, die selber eine Veränderung auf den Straßen wollten, gingen hin. Nach dem Vortrag lud Jim Brown einige von ihnen zu sich nach Hause ein, um die Möglichkeiten eines Friedens zu diskutieren. Kurz darauf gründete er die »*Amer-I-Can Gang Intervention*«-Organisation und veranstaltete weiter solche Treffen.

Es dauerte noch drei Jahre, bis sie sich auf die Bedingungen eines Friedens geeinigt hatten. Am 29. April 1992, einen Tag vor dem Ausbruch der Rodney-King-Riots, fanden die letzten Gespräche zwischen den Fraktionen der *Bloods* und *Crips* in Watts statt, und sie schlossen Frieden.[7] Hier begann die Bewegung dieser Friedensschlüsse, in Cleveland, Minneapolis, St. Paul, Chicago, Kansas City... im ganzen Land fanden solche Treffen statt. Und im Verlauf des Jahres schlossen auch die übrigen Gangs in Los Angeles Frieden.

Danach war Los Angeles nicht mehr wie vorher, zum Guten, wie zum Schlechten. Das ungeheuerliche Niveau der Straßengewalt ging zurück, obwohl der Vertrag seit Jahren immer weiter untergraben und gebrochen wurde und jetzt wohl komplett erloschen ist. So wie ich es verstehe, werden

[7] Frank Stoltze, *Forget the LA Riots – historic 1992 Watts gang truce was the big news*, KPCC, Southern California Public Radio, April 28, 2012 .

[8] Nach den Riots versprachen z.B. die *Von's* Supermärkte, zwölf neue Läden in South Central zu eröffnen, was dann aber scheiterte. Vergleiche Josh Sides, *20 Years Later: Legacies of the Los Angeles Riots*, in: *Places Journal*, April 2012.

[9] Paul Lieberman zufolge waren »51 Prozent der Festgenommenen Latin@s, die meisten junge Männer. Experten sagen, diese Zahlen ließen viele Interpretationen zu.« *LA Times*, 18. 6.1992.

heute alle von den mexikanischen Kartellen versorgt, und die Gangs sind nur noch Weiterverkäufer. Die Gebiete in LA sind bereits aufgeteilt, deswegen gibt es keinen Grund für Konkurrenz.

Auch die Riots in LA waren kein Rassenkrieg, weder Schwarze gegen Latin@s, noch diese gegen Weiße und AsiatInnen. Der berüchtigte schwarz-koreanische Konflikt ging mehr darum, wie kleinbürgerliche Ladenbesitzer ihre Kunden behandeln, die aufgrund der Slumgeographie und so weiter meist nirgendwo sonst einkaufen können.[8] Zudem breitete sich der Riot Richtung Norden nicht über Koreatown hinaus aus, in Gebiete, in denen Weiße sich bedroht gefühlt hätten. Etwas mehr als die Hälfte der während des Riots Verhafteten waren Latin@s[9], und Augenzeugen berichteten, dass alle gemeinsam handelten, ob weiß, schwarz oder Latino.[10] Das macht auch deswegen Sinn, weil Schwarze und Latin@s in South Central buchstäblich Tür an Tür leben, heute mehr Latin@s als Schwarze.[11]

Während der 92er-Riots übernahm der ehemalige Pastor meiner Familie die Führung unter den *Communityleadern* (den ersten schwarzen Bürgermeister Tom Bradley eingeschlossen), Pastor Cecil »Chip« Murray von der *First African Methodist Episcopal Church* nördlich von Leimert Park, nahe Western Avenue, Ecke Adams Boulevard. Er versuchte, die Riots auf die oben beschriebene Art zu beeinflussen. In der ersten Nacht des Riots bildeten mehr als 100 Männer aus der Kirche unter seiner Führung eine Barriere, um die Rioter zu blockieren, die die Feuerwehr sabotieren wollten. Murrays Kirche war eine Wohltätigkeitseinrichtung, die vorübergehend Unterkunft und Essen bereitstellte, bald darauf gründete er das *Renaissance Center* – das perfekte Modell eines bestimmten Typs von Organisation von schwarzen Kirchen, der sich seither im ganzen Land ausgebreitet hat. Für den Aufbau erhielt er eine Spende über eine Million Dollar von Disney, nachdem er dessen Chef Michael Eisner getroffen hatte.[12]

Das *Renaissance Center* ist vor allem ein Beratungszentrum, das Leute an die Stellen verweist, wo sie Hilfe in Form von Bewerbungstrainings, Sozialleistungen, Ausbildung usw. bekommen. Es ist eine typische Verknüpfung von NGO, *non-profit* und privater Wohltätigkeit.

Im Mai und Juni 1992 wurden staatliche Hilfen beschlossen; es wurden 500 Millionen Dollar an Krediten sowie für Hilfe von der Bundesagentur für Katastrophenschutz FEMA für kleine Geschäfte und Hausbesitzer bereitgestellt, die durch den Riot in LA oder den Tunneleinsturz in Chicago geschädigt worden waren (in Chicago war ein Tunnel eingestürzt und der Fluss hatte die Innenstadt überflutet). Der Senat (!) fügte einen Vorschlag über 1,5 Milliarden Dollar mehr an Sozialausgaben hinzu: 700 Millionen für Ferienjobs, 250 Millionen für Kinderbetreuung, 250 Millionen für *summer schools*, 250 Millionen zusätzlich für Bushs Präventionsprogramm gegen Jugendkriminalität mit dem schrecklichen Namen *Jäten und Sähen* (»*weed and seed*«). Nichts davon war speziell für LA oder Chicago,[13] denn »das ländliche und vorstädtische Amerika will den Bürgermeistern der Großstädte nicht mehr Geld geben«.[14] Ein Republikaner gab Chicago gar die Schuld am Einsturz; weil die Kommunalverwaltung die Mauer zwischen Tunnel und Fluss nicht hätte reparieren lassen, verdiene sie auch keine Hilfe. Bush kündigte sein Veto gegen das Gesetz an.[15] Und die konservativen Demokraten waren auch dagegen, weil damals gerade über einen Verfassungszusatz diskutiert wurde, der einen ausgeglichenen Haushalt festschreibt, und sie hart und bestimmt erscheinen wollten. Deswegen schlugen andere Demokraten im Repräsentantenhaus einen Kompromiss vor, der die Kinderbetreuung und das zusätzliche Geld für »*weed and seed*« strich und das Geld für die Ferienjobs reduzierte.[16]

Am Ende wurde im Juni 1992 ein Gesetz beschlossen, das weitere 170 Millionen für Kredite für von Schäden Betroffene und 70 Millionen für Kredite für Kleinunternehmen vorsah sowie 300 Millionen mehr für die FEMA und 500 Millionen für Ferienjobs. Von diesen sollten aber nur 100 Millionen an die 75 größten Städte gehen und der Rest im ganzen Land verteilt werden, weil die konservativen Demokraten Ferienjobs auf dem Land und nicht wie ursprünglich geplant in den großen

[10] »Es ging um Reiche gegen Arme« sagt Brown (ein Weißer). »Sie kamen die La Brea Avenue herauf, und alle haben geplündert, Schwarze, Latin@s, Weiße... es waren arme Leute, die das Zeug gebraucht haben, sie haben Möbel mitgenommen, Elektroniksachen... Losgegangen war es gegen Polizeigewalt, aber dann wurde es zu einer allgemeinen Selbstbedienung«; zitiert nach Ted Soqui, LA Riots, *LA Weekly* microsite.

[11] Das Verhältnis Latin@s/Schwarze ist heute etwa 60:40, vgl. Josh Sides, *Places Journal*.

[12] Varun Soni, *The Los Angeles Riots 20 Years Later*: ein Interview mit Rev. Dr. Cecil 'Chip' Murray von F.A.M.E; *Huffington Post*, 16.4.2012.

[13] James Gerstenzang und Art Pine »Panel Adds $1.45 Billion for Urban Aid: Riots: Senators give bipartisan support to more funds for social programs nationwide. They also back disaster assistance for Los Angeles«, in *LA Times*, 20.5.1992.

[14] So wird Newt Gingrich in »Emergency Aid for Cities Tops $1 Billion,« im *CQ Almanac*, 1992 zitiert.

[15] Art Pine »Senate takes up $1.4 billion urban aid bill that Bush calls 'not acceptable,'« in der *Baltimore Sun*, 21.5.1992.

[16] William J. Eaton »House Readies Compromise $1-Billion Urban Aid Bill : Congress: Bush is expected to sign the measure assisting L.A. riot victims, creating 360,000 summer jobs for youth,« in *LA Times*, 18.6.1992. Die Überschrift impliziert, dass es 360 000 Sommerjobs in L.A. gegeben hätte, was nicht stimmt.

Städten wollten. Außerdem beschloss der Senat, die Hilfen zwischen 90 und 180 Tage zu verzögern, damit kein Rioter in ihren Genuss kam. In Kalifornien müssen Schnellprozesse nach 90 Tagen abgeschlossen sein, manche Richter geben den Staatsanwälten aber 180 Tage zur Anklageerhebung.[17]

Das war die einzige Bundeshilfe nach den Riots für LA, und nichts davon war nur für LA. Dan Quayle sagte dem Bürgermeister Tom Bradley, er könne ja den Flughafen verkaufen, wenn er mehr Geld bräuchte.[18] Das Hilfspaket vom Juni war ein Kompromiss, geschlossen unter der Annahme, der Kongress würde im Anschluss einen umfassenden Hilfsplan für die Städte ausarbeiten. Im Zentrum sollte George Bushs Initiative stehen, 50 Wirtschaftszonen mit Steuererleichterungen zu schaffen, die eine Hälfte in den Städten, die andere auf dem Land. Jack Kemp wollte außerdem, dass Bewohner ihre Sozialwohnungen kaufen können, und Bush wollte Bildungsgutscheine.

Die einzige Hilfe speziell für LA kam im Oktober von einer anderen Seite: Das Justizministerium verwendete drei Millionen aus seinem »*weed and seed*«-Budget, um die Überstunden der Polizei von LA und die Einrichtung einer Spezialeinheit gegen Gangs und Riots zu bezahlen.[19] Das Wirtschaftszonen-Gesetz war währenddessen ausgeweitet worden und beinhaltete nun Steuersenkungen für Immobilienspekulation, für die private Rentenvorsorge und für Boote, Flugzeuge, Pelze und Juwelen. Gleichzeitig hätte es faktisch die Steuern erhöht, weil Vereinsmitgliedschaften nicht mehr absetzbar waren.[20] Die Kosten für dieses »Stadtreformgesetz« hatten sich auf 37 Milliarden Dollar erhöht, das wenigste würde die städtische Armut senken, vieles würde sie noch erhöhen. Am 4. November 1992, einen Tag nachdem er gegen Clinton verloren hatte, legte Bush sein Veto gegen dieses Gesetz »für Steuergerechtigkeit und Wirtschaftswachstum« ein.[21]

Aber damit war die Geschichte noch nicht zu Ende. Im Mai 1993 griff Clinton die Idee von Bush auf und schickte seinen Sekretär für Wohnraum- und Stadtentwicklung Henry Cisneros, den ehemaligen Bürgermeister von San Antonio, nach LA, um für diesen Plan zu werben. LA sollte die größte von zehn städtischen »Empowerment-Zonen« werden und bis zu 100 Millionen Dollar erhalten. Cisneros hielt seine Pressekonferenz natürlich in der Kirche (und an der Seite) von Pastor »Chip« Murray.[22] Als Clinton das Gesetz im August endlich durch den Kongress bekommen hatte, umfasste es neun »Empowerment Zonen«, drei davon auf dem Land, und 95 »Wirtschaftscommunities«, 30 davon ländlich. LA bekam nicht mal eine »Empowerment-Zone«![23] Und in New York, Chicago, Baltimore, Atlanta, Detroit und Camden/Philadelphia, den sechs Städten, die eine bekamen, sprechen die Ergebnisse nach 21 Jahren für sich.[24]

In einem Interview nach dem Freispruch von George Zimmerman[25] sagte ein betroffener Pastor Murray, wir seien schon einmal in dieser Situation gewesen, zur »Heilung« seien »bedeutende systemische Veränderungen« erforderlich. Auf die Frage, welche das seien, antwortete er Folgendes:

»Das schwarze Amerika ist eine Konsumentenökonomie... Es reicht nicht mehr für einen Amerikaner, erst recht nicht für einen schwarzen Amerikaner, dass man sagt: ›Gebt ihnen Fisch.‹ Es reicht nicht mehr, dass man sagt: ›Zeigt ihnen, wie man fischt.‹ Heute muss man sagen: ›Zeigt ihnen, wie man einen Teich besitzen kann.‹«[26]

Vor 23 Jahren, zu Beginn der Erholung von der Sparkassen-Krise, am Anfang der »neoliberalen« Konsolidierung des »dritten Wegs« und vor der »New Economy«, bestand die städtische Reformpolitik somit aus wenig mehr als Wohltätigkeit, Polizei und Steuererleichterungen für Kleinunternehmer. Aber der Waffenstillstand unter den Gangs hatte Bestand und die Mordrate sank, weil ihn die *Bloods* und *Crips* selber und aus eigenen Gründen beschlossen hatten – sie scheinen es so gemeint zu haben.

Ich habe die mexikanische Mafia, *Mara Salvatrucha 13* und die anderen Gangs der *Surenos 13* und *Eme* noch nicht erwähnt, aber auch auf diese Latinogangs wurde der Frieden ausgeweitet. 1992 begann Peter »Sana« Ojeda, der eingeknastete Chef der mexikanischen Mafia in Orange County, bei den verschiedenen Fraktionen der *Eme* für den

[17] *CQ Almanac*, 1992.

[18] Jim McGee »Kemp Rejects the Idea of LA Airport Sale« in *Washington Post*, 25.5.1992.

[19] Somini Sengupta »$3-Million Grant to Help Authorities in Gang Crackdown: Crime: Funds will go to multi-agency task force and LAPD. Critics say government should emphasize education and jobs instead of law enforcement,« in *LA Times*, 10.10.1992.

[20] Art Pine »Bush to Veto Urban Aid, Tax Bill, White House Says« in *LA Times*, 24.10.1992.

[21] »Bush Vetoes Year's Second Tax Bill« im *CQ Almanac*, 1992.

[22] Carla Rivera »$100-Million Riot Recovery Aid Studied: Rebuilding: HUD Secretary Cisneros says L.A. could become Clinton Administration's testing ground for many of its urban programs. City might be largest of 10 'empowerment zones,'« in *LA Times*, 27.5.1993.

[23] Ronald Brownstein und John Schwada »Clinton Seeks Larger Aid Program to Include L.A.: Grants: City is left off list of 'empowerment zone' recipients. Valley had requested $700,000 for six projects« in *LA Times*, 21.12.1994.

[24] »Clinton... $3.5 Billion for Empowerment Zones« in *Time*, 21.12.1994.

[25] Der Wachmann, der am 26.02.2012 den 17-jährigen Trayvon Martin erschoss.

[26] Catherine Green »L.A. Riots: Rev. Cecil Murray Sees Progress In Inclusive Society« *Neon Tommy*, Annenberg Ditigal News, 24.4.2012.

Frieden zu werben. Ergebnis eines öffentlichen Treffens im Elysian Park in LA im September 1993, bei dem auch Medien und Polizei anwesend waren, war eine neue Steuer für Drogendealer in Latinovierteln und ein Verbot von *Drive-by*-Shootings. Von *Drive-by*-Shootings! Auf diese Weise konnte die *Eme* ihre Kontrolle über den Latinodrogenhandel im südlichen Kalifornien konsolidieren und die Einnahmen für alle Beteiligten erhöhen. Außerdem hörte die Repression wegen »sinnloser« Gewalt auf.[27] In den darauffolgenden »friedlichen« Jahren, wurde die *Eme* durch ihre Kontrolle des Drogenschmuggels und der demographischen Verschiebung von Schwarzen zu Latin@s immer mächtiger. Erst jetzt wurden die verbündeten *Eme*-Gangs explizit rassistisch und versuchten zuweilen, Viertel, die sie für sich beanspruchen, ethnisch zu säubern.[28] Ich möchte nicht übertreiben, aber das ist ein reales Phänomen, das erst *nach* den Riots, im Frieden und im normalen Geschäftsbetrieb entstand.

Chicago 1967

Zur Zeit des New Deals der *Great Society* (1964-1969) lagen die Dinge etwas anders, aber die Unterschiede machen die Ähnlichkeiten umso deutlicher.

Die *Blackstone Rangers* in Woodlawn, Chicago, wurden in den frühen 60ern von Jeff Fort und Eugene Hairston gegründet. Nach zwei Jahren voller Riots wollte die Regierung Johnson der Sache auf den Grund gehen und richtete dazu die *Kerner Kommission* ein. Bereits 1964, vor der Welle von Riots, hatte dieselbe Regierung das Büro für Wirtschaftliche Chancen (OEO) gegründet. Mit einem Zuschuss des OEO hatten Huey Newton und Bobby Seale 1967 die Black Panther Party gegründet. In Chicago hatten sich die *Blackstone Rangers* mit den *Devil's Disciples* verbündet, um in diesem Sommer für Ruhe zu sorgen, in dem 159 Riots im ganzen Land aufflammten. Deswegen wurden sie oft gelobt, obwohl sie eine Gang waren; ihre Legitimität stammte aus der Unterdrückung des Riots in der South Side Chicagos 1967.

Den Rangers stand die Woodlawn Organisation nahe, die dem »Renaissance Center« und vielen anderen Kirchenorganisationen dieser Art ähnelte. Es war eine Community-Organisation, gegründet vom liberalen Klerus der weißen First Presbyterian Church und der schwarzen Apostolic Church of God und unterstützt von der NGO *Chicago Urban League* und den »wohltätigen« Unternehmen Xerox und Arthur Andersen. Die Woodlawn Organisation arbeitete außerdem mit der Polizei zusammen. Sie stand in der ersten Reihe von Johnsons *Krieg gegen die Armut* und erhielt im Juni 1967 eine Million Dollar vom OEO, um »mithilfe der Gangstrukturen Jugendliche zu Bewerbungstrainings anzuhalten«.[29] Eine der Bedingungen dafür war, dass der Frieden zwischen den Rangers und den *Devil's Disciples* acht Monate anhielt.[30] Fort und Hairston wurden zu bezahlten Projektleitern. Im September löste die Rangers-Führung eine Black-Power-Kundgebung auf und festigte so ihr Bild in der Öffentlichkeit.[31]

Die Rangers beteiligten sich an den Gesprächen über die Zukunft der Woodlawn Organisation und ihre Projekte, aber sie machten auch mit ihren eigenen Geschäften weiter. Fort und Hairston *schienen* das Geld der Woodlawn Organisation zu benutzen, um in den Drogenhandel einzusteigen und dafür Waffen zu kaufen, um ihre Konkurrenten zu töten; Waffen, die sie *anscheinend* im Keller der First Presbyterian Church versteckt hatten. *Anscheinend* wurde das Geld für die Bewerbungstrainings umgeleitet, um Jugendliche für diese andere Art von Ferienjob anzuwerben, und drei Jugendliche wurden wegen des Mordes an einem lokalen Drogenhändler festgenommen, den vermutlich Hairston in Auftrag gegeben hatte.

Hairston und Fort gingen wegen zwei verschiedener Mordanklagen ins Gefängnis: Hairston wegen des Drogenhändlers, Fort für den Mord an einem Mitglied der *Devil's Disciples,* womit er den Waffenstillstand gebrochen hatte. Im Juni '68 gab es wegen der Woodlawn Organisation mehrere Anhörungen im Senat. Der Vorsitzende der Organisation,

[27] Sam Quinones und H.G. Reza »O.C. Mob Suspect Seen as a Pioneer: The Mexican Mafia defendant allegedly prompted prison group to move to the streets« in *LA Times,* 20.6.2005.

[28] Brentin Mock »Ethnic Cleansing in L.A.: Acting on orders from the Mexican Mafia, Latino gang members in Southern California are terrorizing and killing blacks« from a Southern Poverty Law Center Intelligence Report, *Alternet,* 19. Januar 2007. Ja, das SPLC klingt schwarzseherisch, aber Fakten sind Fakten.

[29] James Alan McPherson »Chicago's Blackstone Rangers, Part 1« *Atlantic,* Mai 1969.

[30] »Congress Investigates Civil Disorders, Gangs« im *CQ Almanac,* 1968.

[31] »A leader of the Four Corner Rangers, whose members described themselves as a 'brotherhood' of the Blackstone Rangers, was credited by police with breaking up a potentially dangerous crowd that pressed toward Langley avenue from an easterly direction in 43d street last night« aus: »South Side Crowd Stones Police as Protest Rally Sets Off Uproar« in *Chicago Times,* 15.9.1967.

Pastor Arthur Brazier von der apostolischen Kirche, bestritt vehement die Geschichte von der Unterschlagung und den Waffen. Jeff Fort weigerte sich auszusagen und kam wegen Missachtung des Gerichts bis Dezember 1968 nicht aus dem Knast.[32]

Ein ehemaliger Ranger bestätigte unterdessen die Unterschlagung, die Waffen und die Morde und erklärte, das Geld habe den Rangers die Zwangsrekrutierung der örtlichen Jugendlichen erst ermöglicht, weil sie sich mehr Waffen leisten konnten, um ihre Drohungen zu untermauern. Er sagte außerdem aus, die Gang habe eine freiwillige Hilfstruppe für die Polizei gegründet, die Mitglieder rivalisierender Gangs an die Chicagoer Polizei auslieferte, während sie die Nachbarschaft von nicht zu ihnen gehörenden »kriminellen Elementen« reinigte. Der Zufluss von Geld erlaubte es den Rangers, das Schutzgeld für die lokalen Geschäfte zu erhöhen, und während des 68er-Riots schlossen sie sich schnell wieder mit den *Devil's Disciples* zusammen und verkauften an dieselben Geschäfte Schilder mit der Aufschrift »Von den Rangers geschützt« für 50 Dollar.[33] Sie steuerten diese Aktionen von ihrem Riot-Kontroll-Zentrum im Keller der First Presbyterian Church aus, der Kirche mit der Waffenkammer.

Irgendwann 1968 änderten die Rangers ihren Namen zu *Black P. Stone Nation* und eröffneten ein Communitycenter, in dem sie einen lokalen Radiosender betrieben, der unter anderem auch ein Radioprogramm für Studenten der Universität Chicago ausstrahlte. Sie organisierten Musikveranstaltungen (»The Blackstone Singers«), über die die Lokalpresse berichtete, und eröffneten ein Restaurant mit Geld einer anderen *Community*-Organisation. 1971 schickten die Rangers mehrere Mitglieder zu einer Schulung für (werdende) Unternehmer, organisiert von der Chicagoer Vereinigung der Kleinunternehmer. Die *Humble Oil Company* vermietete ihnen für einen Dollar im Jahr ein Gebäude, das sie als Hauptquartier von *P. Stone Enterprises* nutzten. Westinghouse schenkte ihnen professionelle Waschmaschinen und Trockner, mit denen sie einen Waschsalon eröffneten. Sie erhielten zwei Autowaschanlagen und einen Teil des Weinladens von Sammy Davis Jr. Jeff Fort wurde 1969 zum Ball anlässlich der Vereidigung von Nixon eingeladen, schickte aber stattdessen Mickey Cogwell und einen anderen aus der 21-köpfigen Führungsriege.[34]

Cogwell und Fort mussten 1972 wegen Anklagen aus der ursprünglichen Woodlawn/OEO-Geschichte ins Gefängnis. Als Fort 1976 freikam, war er zum Islam konvertiert und benannte die *Black P. Stone Nation* in *El Rukn Tribe of the Moorish Science Temple* um. Im selben Jahr kam Cogwell raus und begann McDonalds-ArbeiterInnen zu organisieren, um der ehemaligen *P. Stone Nation* eine politische Richtung zu geben. Dabei kam er den Profiten des Chicagoer organisierten Verbrechens in die Quere, und Fort konnte ihn entweder nicht beschützen oder entschied selbst, ihn 1977 zu töten.[35]

Fort war in diesen Jahren eng verbunden mit Noah Robinson, einem Bruder von Jesse Jackson, der auch weißen Unternehmern in Chicago Zugang zu Affirmative-Action-Verträgen verschaffen wollte[36]. In den späten 80ern wurde er, neben anderen schweren Delikten, dafür verurteilt, dass er den Kontakt zwischen Fort und den *Rukns* auf der einen Seite und großen Heroin- und Kokaindealern auf der anderen hergestellt hatte.[37]

1983 musste Fort erneut in den Knast, diesmal wegen Drogen. Der in Chicago wohnende Louis Farrakahn hatte zu dieser Zeit einige der *Rukns* als Bodyguards angeheuert und nannte sie seine »Todesengel«. 1985 holte er sie bei seiner »*Savior's Day*«-Ansprache auf die Bühne, um sie Gaddafi vorzustellen, der *live* aus Libyen zugeschaltet war.[38] Gaddafi hatte der ursprünglichen *Nation of Islam* drei Millionen Dollar für den Kauf einer ehemaligen griechisch-orthodoxen Kirche geliehen, die ihre Hauptmoschee[39] wurde, und erst kurz zuvor hatte er Farrakahn nochmal fünf Millionen Dollar für eine Serie von Schönheitsprodukten für Schwarze namens »Clean 'n' Fresh« geliehen.

32 *CQ Almanac*, 1968.

33 McPherson, Part 1, *Atlantic*, Mai 1969.

34 McPherson, "Chicago's Blackstone Rangers, Part 2," *Atlantic*, Juni 1969.

35 Es ist nicht klar, was passierte; während die meisten glauben, Cogwell wurde im Auftrag von Fort getötet.

36 Maurice Possley und Ray Gibson »Noah Robinson Enigma Grows« in *Chicago Tribune* 12.6.1988.

37 Matt O'Connor »Noah Robinson Is Found Guilty Again in Retrial« in *Chicago Tribune* 27.9.1996.

38 Das Youtube-Video mit Farrakhans Ansprache zum *Savior's Day* (26. Februar) »Power, At Last... Forever!« (https://www.youtube.com/watch?v=iNg4x_RdNBM) wurde geändert, so dass es nun mit seiner Rede beginnt und nicht mit den einleitenden Reden von Ahmed Ben Bella aus seinem Schweizer Exil, Ghanas Präsident Jerry Rawlings und Libyens Staatsoberhaupt Gaddafi. Aber wenn man mit Fast-Forward auf etwa 4:08 springt, sieht man Gaddafi auf einem Fernsehschirm. Vgl. Natalie Y. Moore und Lance Williams »*The Almighty Black P Stone Nation*« (2011), S. 156.

39 Louis Farrakhan »The *Nation of Islam* Welcomes Muammar Gadhafi,« *Final Call*, 29.9.2009.

Gaddafi forderte Farrakahn und die »Todesengel« auf, für ihn gegen die US-Regierung in den Krieg zu ziehen. Farrakahn lehnte ab, dankte Gaddafi aber für seine Großzügigkeit. Fort hörte davon im Gefängnis und diskutierte mit seinen Stellvertretern, wie man in diese Gaddafi-Sache einsteigen könnte. Das FBI überwachte natürlich seine Telefongespräche und setzte eine verdeckte Operation auf, in der sie mehrere *Rukns* mit dem Versprechen lockten, ihnen Raketenwerfer zu verkaufen, mit denen sie Regierungseinrichtungen angreifen könnten.[40] Fort und andere wurden danach wegen Terrorismus verurteilt. Der US-Staat hat diese Lektion seither nicht vergessen und lockt bis heute leichtgläubige und fehlgeleitete schwarze Jugendliche mit absurden dschihadistischen Plänen in die Falle.

Selbst auf dem Höhepunkt des amerikanischen Traums bestand ein Teil der städtischen Reformpolitik also darin, *Community*-Organisationen zu finanzieren, von denen einige kriminelle Organisationen mit rückschrittlicher Politik waren, all das in der Hoffnung, dass sie seriöse Unternehmen aufziehen und so »Jobs für die *Community*« schaffen würden. Diese Politik benötigte, suchte und legitimierte die »Zuhälter der Armut«: Das ist natürlich eine Karikatur, aber mit realen Personen dahinter – im Fall von Chicago waren das unter anderem Pastor Arthur Brazier, Pastor Jesse Jackson und sein Bruder Noah Robinson, ein Wharton-Absolvent. Der »Zuhälter der Armut« ist ein besonders korruptes Beispiel der »schwarzen Führungsschicht«, jenem »berufenen talentierten Zehntel« – immer bereit, seinen Zehnten einzusammeln. Ich halte Jesse Jackson für den schändlichsten von ihnen. Wie die Rioter zu diesen Leuten stehen, sieht man daran, dass sie ihn in Ferguson verjagten.

Chicago heute

Heute ist keine Stadtreformpolitik mehr im Angebot. Wir diskutieren mal wieder über »Rasse«, aber real wird nur der alltägliche »Frieden« erneut durchgesetzt. Seinen Inhalt kann man gut in den bluttriefenden Straßen der *South Side* Chicagos erkennen, wo Joaquin »El Chapo« Guzmans Sinaloa-Kartell die *Gangster Disciples* mit Drogen versorgt. Die *Gangster Disciples* gehören zur *Disciples Nation*, der auch die oben erwähnten *Devil's Disciples* angehörten. Ihre Gründer Larry Hoover und David Barksdale stammen beide aus Mississippi, Barksdale aus der Nähe von Meridian,[41] woher auch die Familie meines Vaters kommt. Wahrscheinlich hatten unsere Vorfahren dieselben Sklavenhalter.

Das Sinaloa Cartel arbeitet seit Mitte der 2000er auf das Monopol über den Drogenhandel im mittleren Westen hin.[42] Ohne die Hilfe Bill Clintons hätte Guzman niemals auf diesem Markt Fuß gefasst, Clintons Wohnraum- und Stadtentwicklungsdepartment mit dem HOPE VI Plan[43] schuf die Grundlage zur Zerstörung der Sozialwohnungen. Die Logik hinter dieser Gentrifizierungs- und Privatisierungsmaßnahme war, verteilte Armut sei besser als konzentrierte Armut.[44] In Chicago profitierte damals eine Beraterin von Obama, Valerie Jarret, als Bauunternehmerin von diesen Reformen: Ihre Firma *Habitat* verwaltete einige dieser Sozialwohnungsblocks und erhielt den Auftrag, auch die Ersatzwohnungen für Geringverdiener zu bauen und zu verwalten.[45] Diese Firma erhielt 1987 den Auftrag, die »Entsegregation« der Wohnblocks zu verwalten.[46] »Entsegregation« ist ein Schlüsselwort für »Verteilung«, also »urbane Erneuerung«, also Entfernung der »Neger«:

»1993 begann die Zerstörung der Sozialwohnungen mit Zuschüssen aus Clintons HOPE IV

[40] Natalie Moore »Muammar Qaddafi's Chicago Connection« *The Root*, 16.3.2011.

[41] Wikipedia, https://en.wikipedia.org/wiki/David_Barksdale, im deutschen Wikipedia findet sich ein Eintrag zu den *Gangster Disciples* https://de.wikipedia.org/wiki/Gangster_Disciples

[42] Ein *NPR* Interview mit John Lippert, dem Autor der maßgeblichen Untersuchung zu Chicago und dem Sinaloa Kartell, 14.2. 2014.

[43] Plan für Wohnraum- und Stadtentwicklung.

[44] »Mieter erhalten Unterstützung beim Umzug und einen Gutschein, um ihre Miete auf dem freien Markt zu subventionieren, gleichzeitig werden ihre Sozialwohnungen ganz oder teilweise abgerissen und als sozial durchmischte Wohnanlagen wieder aufgebaut, im Versuch, Armutsinseln aufzulösen« James Tracy, in: *Race, Poverty, and the Environment*, »Who Owns Our Cities?« Frühjahr 2008.

[45] Bitte, bitte, lest auf jeden Fall den Rest dieses Artikels: »The Change They Believe In« von Bob Fitch über Obamas Immobilienkumpels. Er wurde für die Zeitung der Revolutionary Communist Party unter dem Vorsitzenden Bob Avakian(!) transkribiert. Fitch hielt die Rede am 14.11.2008 vor der Mietervereinigung Harlem.

Programm. 2000 erstellte der Bürgermeister Daley den ›*Plan für Veränderung*‹. Er sollte die verbliebenen zehntausenden Wohnungen auflösen.

Die Bedingung war, dass Schwarze 50 Prozent der Profite bekommen, weiße Bauunternehmer schwarze Partner haben und schwarze Lieferanten beauftragten. Außerdem machte Daley Schwarze zu Spitzenfunktionären und Planern für die Säuberung, Zerstörung und Umsiedlung. Afro-AmerikanerInnen leiteten die Entwicklung und Besiedelung des neuen Wohnraums mit denen, die aus den zerstörten Sozialwohnungen raus mussten. Sie wurden in Communities im Süden, wie Englewood, Roseland und Harvey, angesiedelt. Insgesamt betraf diese größte Zerstörung von Sozialwohnungen in der amerikanischen Geschichte etwa 45 000 Menschen aus acht der 20 ärmsten Viertel der USA.

Aber was hat dies alles mit Obama zu tun? Nur das: Obama war der Senator für viele Communities, die zerstört wurden. Und die schwarzen Spitzenfunktionäre waren Personen wie Valerie Jarret, Mitglied der Stadtplanungskommission Chicagos, und Martin Nesbitt, Chef der Chicagoer Wohnungsbaugesellschaft. Danach wurde Nesbitt Kassenwart von Obamas Wahlkampf, und Jarret teilt sich den Vorsitz seines »Transition Teams« mit William Daley, Bruder des Bürgermeisters und Vorsitzender von JP-Morgan-Chase im mittleren Westen, einer Firma, die stark an der Zerstörung der Wohngegenden in der Innenstadt beteiligt war, weil sie das unterstützte, was die Banken ›Revitalisierung der Stadt‹ nennen, Stadtteilaktivisten aber Gentrifizierung.«[47]

Wie geplant, verteilte die Zerstörung tatsächlich das Elend; damit wirbelte sie die Gangs durcheinander, die bisher vor allem in bestimmten der zerstörten Viertel aktiv gewesen waren. Die *Mickey Cobras* (benannt, genau, nach dem ermordeten Mickey Cogwell) und die *Gangster Disciples* teilten sich beispielsweise die Robert Taylor Homes.[48] Die Verwirrung ermöglichte es Guzman, sein Drogenmonopol in Chicago einzurichten, indem er sich den Weg von Juarez/El Paso durch den mittleren Westen bis nach Chicago freisprengte.[49] Im Anschluss daran erhöhte er die Preise. Damit sanken die Profitmargen der Gangs, und sie waren erneut gezwungen, zu versuchen ihre Reviere zu vergrößern. Die Gewalt durch diese Revierkämpfe ist zwar nicht so schlimm wie während der Crack-Epidemie, aber sie konzentriert sich auf kleinerem Raum.[50] Durch die Sparpolitik von Rahm Emmanual, einem Demokraten vom Schlag eines Clinton/Obama, wurde die Gewalt weiter konzentriert, indem die Schließung von Schulen die Schüler aus einem Ganggebiet dazu zwang, durch das Revier einer anderen Gang zur Schule zu laufen.[51]

Also...

Es sind diese Tätigkeiten im Frieden, die der wahre Krieg gegen die Armen sind. Und es sind nicht die Armen, die sie betreiben. Weit davon entfernt, sich zu verhalten wie die wilden Krieger in *Mad Max*, schließen die Gangs während des Riots aus denselben Gründen Frieden, aus denen der Staat die Nationalgarde schickt: um sich und ihre Position zu verteidigen und die normale alltägliche Konkurrenz und Ausbeutung wiederherzustellen. Ob es die Konkurrenz zwischen atomisierten Berufstätigen und »illegalen« Einwanderern, Schwarzen oder Ausländern um »Arbeitsplätze« und andere gesellschaftliche Ressourcen ist, oder die bewaffnete Konkurrenz im Drogenhandel – es ist dieser gesellschaftliche Friede, mit dem die Riots brechen und den sie lärmend, zerstörerisch und nicht-diskursiv abzuschaffen versuchen.

Amiri Barksdale

http://revcom.us/a/150online/fitch_speech-en.html.

46 Andre F. Shashaty »Valerie Jarrett's Struggle: Chicago developer fights a familiar battle to realize her grandfather's dream«, *Affordable Housing Finance*, 1.11.2008.

47 Fitch »The Change They Believe In« a. a. O.

48 Wikipedia, https://en.wikipedia.org/wiki/Robert_Taylor_Homes#Gang_violence_and_drugs.

49 John Lippert, Nacha Cattan und Mario Parker »Heroin Pushed on Chicago by Cartel Fueling Gang Murders« in *Bloomberg Business*, 16.9.2013.

50 William J. Bratton »The Real Story of Chicago's Bloody Summer: The city has seen nearly 300 killings this year, but over two decades its rate of violent crime has dropped 50%« in: *Wall Street Journal*, 20.7. 2012.

51 Lippert et al. »Heroin Pushed on Chicago by Cartel Fueling Gang Murders«, a.a.O.

Buchbesprechungen

Der Stoff des Todes

Sven Beckert: *King Cotton. Eine Geschichte des globalen Kapitalismus*; C. H. Beck, München, 2014 | 525 S. | 29,95 Euro bzw. *Bundeszentrale für politische Bildung*, 2015 | 7 Euro

»In einigen Regionen der Welt war das Reich der Baumwolle zu einem riesigen Friedhof geworden.« (S. 314)

Der Kapitalismus entfaltete sich als globales Produktionssystem mit der Baumwolle im Zentrum. Die erste Fabrik war eine Baumwollfabrik, die erste Maschine eine zum Spinnen von Baumwollfasern. Im Namen der Baumwolle verschoben Staaten ihre Grenzen, errichteten mit viel Blutvergießen Kolonien und versklavten einen Teil der Menschheit. Lohnarbeit und Sklaverei verbanden sich zu einem profitablen Verwertungsprozess. Im 18. und 19. Jahrhundert arbeiteten Millionen bei der Ernte, der Verarbeitung und im Handel mit der Baumwolle. Große Arbeiterkämpfe fanden in Textilfabriken und auf den Plantagen statt.

Der Historiker und Harvard-Professor Sven Beckert hat für sein Buch die Welt bereist und Archive auf allen Kontinenten besucht. Ein Buch, das herausarbeitet, »Sklaverei, Kolonialismus und Zwangsarbeit [waren] keine Entgleisungen, sondern [gehörten] zum innersten Kern des globalen Kapitalismus« (S. 397), es war Buch des Monats auf *Amazon, New York Times* Bestseller, gewann einen renommierten Preis der *Columbia University* in New York... Einzuwenden wäre allenfalls, wieso »gehörten« in der Vergangenheitsform steht. Auf 400 plus 120 Seiten Quellenangaben breitet Beckert seine Recherche-Ergebnisse aus, Abbildungen und Landkarten zum globalen Handel sind sehr hilfreich.

Zunächst kämpften die europäischen Staaten, allen voran England, mit ihrer Rückständigkeit gegenüber Indien und China. *Ein* roter Faden durch das Buch beschreibt den Versuch Englands, diese und andere Teile der Erde ihren Interessen zu unterwerfen – die Landbevölkerung ihrer Subsistenzmittel berauben, damit sie frei sind für die Arbeit auf Baumwollplantagen. Aber vor allem in den asiatischen Ländern scheiterte dieser Versuch – die Bauern sahen, dass sie sich in die Abhängigkeit eines instabilen und ungerechten Systems begeben hätten und verweigerten die »Angebote« der europäischen Kapitalisten.

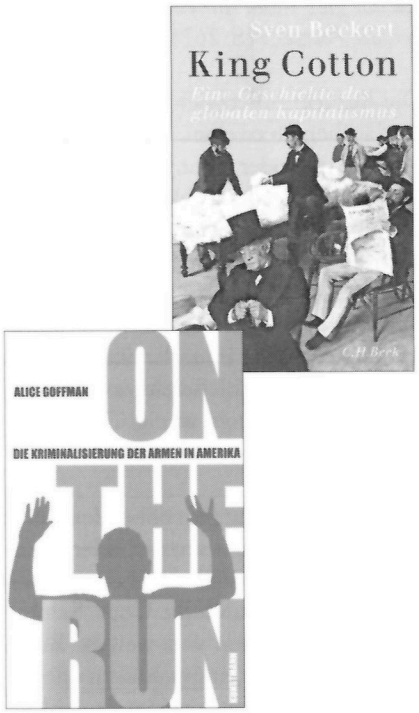
Erfolgreicher war die Akkumulation in den USA, wo Millionen von Sklaven aus Afrika auf die Plantagen der heutigen US-Südstaaten verschleppt wurden, wo sie bis zum Bürgerkrieg 1861-65 Baumwolle ernteten; nach dem Bürgerkrieg wurde zwar die Sklaverei offiziell für beendet erklärt, aber vielen ehemaligen Sklaven blieb nichts anderes übrig, als nun für einen miesen Lohn auf denselben Feldern weiterzuarbeiten.

Beckert erzählt chronologisch, von der Entdeckung und Nutzung in Indien vor 5000 Jahren, in Mexiko vor 500 Jahren, über die Verbreitung durch Krieg und Handelsnetze, der Weltmarktführerschaft des globalen Südens, dem Aufstieg Englands mit den Zentren Liverpool und Manchester, bis zu heute, wo die kapitalistische Produktion und Verarbeitung wieder nach Südostasien zu den Ursprungsregionen zurückgekehrt ist.

Starke Staaten waren nötig, um »Kriegskapitalismus« und »Industriekapitalismus« zu verbinden, vor allem aber um Disziplin, Enteignung und Entwurzelung des Proletariats durchzusetzen, damit die so dringend benötigten Arbeitskräfte verfügbar wurden. Dieser Prozess war schwer umkämpft, wie Rebellionen im 19. Jahrhundert gegen Geldverleiher und Kaufleute in Indien, Brasilien, Mexiko, den US-Südstaaten, Ägypten, usw. zeigen. Sie hatten »spürbaren Einfluss auf die nationale Politik« und »sollten das Reich der Baumwolle ... ein weiteres Mal revolutionieren« (S. 315). – Beckert meint damit den Expansionsdruck des Kapitalismus, er nennt das »Baumwollimperialismus«.

Im späten 19. Jahrhundert setzten die ArbeiterInnen mit Streiks und Aufständen bessere Arbeitsbedingungen durch (S. 351ff.), z. B. in Massachussetts, einem der Zentren der Textilindustrie, gab es zwischen 1848 und 1904 13 große Streiks. Die ArbeiterInnen erreichten »eine Reihe bahnbrechender Siege«, wie den Zehnstundentag 1866, oder sie organisierten sich in schlagkräftigen Gewerkschaften. Beckert verbindet diese Erfolge mit der Tatsache, dass die ArbeiterInnen sich Bürgerrechte erkämpft haben, z. B. »setzten sie ihr Wahlrecht in verbesserte Arbeitsbedingungen um« (S. 353). Gleiches erzählt er von Frankreich (Mulhouse und Elsass) und England (Lancashire); in Deutschland wurde August Bebel mit den Stimmen der Weber in den Reichstag gewählt, die Gründung der SPD 1869 hatte starken Rückhalt in den Textilgebieten Sachsens und Thüringens. In Russland erreichten die ArbeiterInnen während der gewaltigen Streikwelle 1905 kürzere Arbeitszeiten und höhere Löhne. Generell glichen sich in der Zeit Löhne innerhalb nationaler Grenzen an, »durch die auch die weniger gut organisierten Textilarbeiter von der kollektiven Mobilisierung anderer Gruppen Nutzen zogen« (S. 357).

Sein Fazit: Die »schwächsten Glieder des Baumwollimperiums« haben immer wieder versucht, eine gerechtere Welt zu schaffen und manchmal dramatische Veränderungen bewirkt.



Die Kriminalisierung der Armen

Alice Goffman: On the run. Die Kriminalisierung der Armen in Amerika; Verlag Antje Kunstmann, München, 2015 | 368 Seiten | 22,95 Euro

Auch in den letzten beiden Heften hatten wir über die Riots in den USA berichtet. Das Thema Bullenmorde ist alles andere als erledigt; in diesem Zusammenhang ist das Buch *On the run* interessant. Sein Schauplatz ist ein Schwarzenviertel in Philadelphia, könnte aber genauso gut Ferguson, Baltimore oder fast jede andere US-amerikanischen Stadt sein.

Die Soziologin Alice Goffman lebte selbst sechs Jahre in der Nähe der *6th Street* (fiktiver Ortsname) und war mit einer Gruppe junger, schwarzer Männer – den sogenannten *6th Street Boys* – unterwegs. Zusätzlich führte sie noch Interviews – auch mit Bullen. Das Buch besteht vor allem aus persönlichen Erzählungen und Ausschnitten aus Interviews, flankiert durch ein bisschen Geschichte und Theorie.

»Tough-On-Crime« gegen die schwarze Bürgerrechtsbewegung

Schwarze US-AmerikanerInnen erlangten erst in den 1960er und 1970er Jahren die vollen Bürgerrechte. 1969 wurde Nixon US-Präsident und forcierte parallel zum »war on drugs« die »Tough-On-Crime«-Politik nach innen, in deren Fokus vor allem Schwarzenviertel standen. Nixon war der Ansicht, »die Lösung des Kriminalitätsproblems liege in mehr Strafen« und nicht in der »Vervielfachung der Ausgaben« für sozial Schwache. Deshalb wurde parallel dazu die finanzielle Unterstützung für arme Familien gekürzt und die maximale Bezugsdauer der Leistungen herabgesetzt. Diejenigen, die versuchten sich durch den Verkauf von Drogen über Wasser zu halten, wurden eingeknastet. In drei Jahrzehnten verfünffachte sich daraufhin die Anzahl der Gefangenen in den USA. Ende 2013 gab es ungefähr 2 217 000 Gefangene. 50 Prozent der Inhaftierten in Knästen des Bundes und 16 Prozent in denen der Bundesstaaten sitzen wegen Drogendelikten ein. Schwarze Männer hatten in allen Altersklassen die höchste Inhaftierungsrate und waren um 3,8 bis 10,5 Mal öfters als weiße Männer und 1,4 bis 3,1 Mal öfters als Latinos eingesperrt (Quelle: *World Prison Brief*).

Goffman unterteilt die US-amerikanische Geschichte grob in vier Phasen: Sklaverei – Jim-Crow-Gesetze – »*Tough On Crime*« – »*Quality of Life*«-Gesetze und entwickelt daran ihre Hauptthese: Die Herrschenden versuchen, die Errungenschaften der schwarzen Bürgerrechtsbewegung rückgängig zu machen. Die gezielte Inhaftierung dient der Unterdrückung der Schwarzen. Knäste haben eine zentrale Rolle in der Erzeugung von Ungleichheit in der US-amerikanischen Gesellschaft, da in vielen Bundesstaaten Menschen, die wegen schwerer Straftaten einsaßen, u. a. das Wahlrecht, der Zugang zu Sozialwohnungen und anderen staatlichen Unterstützungsleistungen verweigert wird. Deshalb haben vorbestrafte Schwarze geringe Chancen auf einen legalen Job.

Running in circles

Das Leben der *6th Street Boys* – und auch anderer schwarzer Männer in US-Amerika – ist gekennzeichnet von Bullenkontrollen, Gerichtsterminen, Knastaufenthalten, Gewalt, Drogen und prekärer Beschäftigung. Die Bullen patrouillieren in den Straßen, Schulen, Krankenhäusern, machen Hausdurchsuchungen und tauchen bei Beerdigungen auf. Durch verbesserte Technik – z. B. Fingerabdruck-Scanner im Auto – können schnell und effektiv Daten über die kontrollierte Person abgefragt werden. Liegt etwas gegen sie vor, wie z. B. ein Haftbefehl, geht es

Beckert ist kein Marxist, wird eher dem liberalen Spektrum zugerechnet, trotzdem erinnert »King Cotton« in der Analyse der globalen Akkumulationsstrukturen stellenweise an Marx – Entwicklung und Unterentwicklung bilden eine Einheit, der Kapitalismus verbindet Krieg, Sklaverei und moderne Fabrik zu einem produktiven Ganzen. Allerdings entgeht seinem Blick die Potenz, die in der Kooperation der ArbeiterInnen steckt: die Arbeit und somit die Klassengesellschaft abzuschaffen. Wenn Beckert von Revolution redet, dann meint er schlussendlich immer eine »kapitalistische« im Sinne der Profitsteigerung. Insofern verweist seine Geschichte des Kapitalismus nicht über diesen hinaus, seine Kritik ist nicht radikal, sondern humanistisch. Aber als historische Aufarbeitung (der Sklaverei, der Proletarisierung...) ist das Buch gut und empfehlenswert. ■

mit aufs Revier und anschließend in den Bau. Dabei scheint es so, als wären diese jungen Männer in einer Art Teufelskreis gefangen: Gab es einmal einen Konflikt mit dem Gesetz – da reicht auch schon mal eine Schulhofschlägerei – beginnt der Kampf. Nicht bezahlte Bußgelder/Gerichtskosten, das Verstoßen gegen Bewährungsauflagen (Fahren ohne Führerschein, das Trinken von Alkohol) oder bei einem Gerichtstermin nicht auftauchen, usw. – all das kann schnell zu einem Haftbefehl führen, der bei der nächsten Kontrolle zum Verhängnis werden kann. Um nicht wieder in den Knast zu wandern, muss man die Überprüfung durch die Bullen vermeiden. Dafür gibt es unterschiedlichste Strategien: Man versucht, sich ein Einkommen zu verschaffen – oftmals durch den Verkauf von Drogen – um die Bußgelder/Gerichtskosten abzustottern. Im Durchschnitt sind Ex-Knackis in ihrem Leben mit mehr als 11 000 US-Dollar an Gerichtsschulden konfrontiert. Bei Verletzungen oder Krankheiten wird kein Krankenhaus aufgesucht, sondern auf informelle Dienstleistungen zurückgegriffen. Die letzte Meldeadresse wird gemieden, indem man z. B. in einem abgestellten Auto ein paar Blocks weiter schläft. Kreuzen die Bullen den Weg, werden die Beine in die Hand genommen.

Untergrund-Markt und Korruption

Um nicht erneut im Bau zu landen, reicht es aber nicht, den Cops aus dem Weg zu gehen. Man braucht Sachen, die es nur auf dem Untergrund-Markt gibt. Zum Beispiel Prepaid-Handys, sauberen Urin für Piss-Tests, gefälschte Dokumente (etwa einen Führerschein). Oder Dienstleistungen wie medizinische Versorgung, Sachen in den Knast schmuggeln, Autoreparaturen oder ein einfaches Hotelzimmer. Denn normalerweise müssen bei offiziellen Geschäften die KäuferInnen ihre Identität sowie ihre Kreditwürdigkeit nachweisen, nur im Untergrund-Markt wird darauf verzichtet.

Solche Dienstleistungen entstehen oft zufällig. Jemand tut einem/einer Bekannten einen Gefallen und entdeckt, dass es auch andere Menschen gibt, die darauf angewiesen sind. Daraus entsteht dann eine Möglichkeit, sich ein Nebeneinkommen zu verschaffen.

Auch im Justizsystem selber gedeiht ein Untergrund-Markt. Korrupte GefängniswärterInnen, Justizangestellte und Aufsichtspersonen von Resozialisierungseinrichtungen verschaffen Angeklagten und Gefangenen gegen das nötige »Kleingeld« Ausnahmen, Privilegien und Waren. Das Angebot reicht von Drogen, Tabletten, Handies, über Zeit für Sex bis hin zum Wegschauen, wenn gegen die Ausgangssperre verstoßen wird.

Angriff gegen das schwarze Proletariat

Im Anhang befindet sich ein kleines, unerwartetes Highlight des Buchs. Hier schildert die Autorin ihre Erfahrungen bei der Arbeit in der Mensa der University of Pennsylvania. Dabei behandelt sie einen Angriff der Universität auf die schwarzen Kantinen-ArbeiterInnen. Ein klassischer Fall von »Outsourcing«: gewerkschaftlich organisierte ArbeiterInnen, die in Rente gehen oder krankheitsbedingt ausfallen, werden von jungen Frauen und Männern ersetzt. Diese arbeiten in der Regel weniger als 25 Stunden und sind bei einer externen Firma angestellt.

Was ist mit den Knästen?

Leider fehlt in der Untersuchung von Goffman ein Einblick in das Knastsystem. Beim Lesen wirkt es oft so, als würden die jungen Männer wie in einem schwarzen Loch im Knast verschwinden, um dann später wieder wie aus dem Nichts aufzutauchen. Der Rassismus und die Gewalt hören natürlich nach der Einknastung nicht auf. Und dass es auch in Knästen möglich ist zu kämpfen, zeigt ein aktuelles Beispiel: nach drei Hungerstreiks (2011 [2x], 2013 [1x]) in kalifornischen Knästen konnten die Gefangenen und ihre UnterstützerInnen die unbegrenzte Isolationshaft im September 2015 endlich zum Teufel jagen.

Fehlende Solidarität und die Bullen sind nicht das Problem

Obwohl Goffman durch das Buch hindurch unterschiedliche Geschichten erzählt, in denen man durchaus Solidarität – nicht nur zwischen Familienmitgliedern – entdecken kann, vertritt sie die These, dass unter *»der steten Drohung des Gefängnisses […] ein neues und paranoides soziales Gefüge* [entsteht]. *[…] Wenn es hier Solidarität gibt, dann nur eine gelegentliche gegen die Polizei.«* (S. 262).

Die Autorin äußert sich zwar nicht explizit darüber, ob es einen »Krieg unter den Armen« gibt oder nicht. Jedoch kann man aus ihrer Darstellung ableiten, dass sie dies verneinen würde, weil 1) Goffman der Meinung ist, dass Werte wie Großzügigkeit, Vertrauen, Freundschaften und Familienbande in den Vierteln weiterhin bestehen. Und 2) in ihren Erzählungen, bis auf vereinzelte Schießereien zwischen rivalisierenden Gangs, wenig Gewalt zwischen den BewohnerInnen vorkommt.

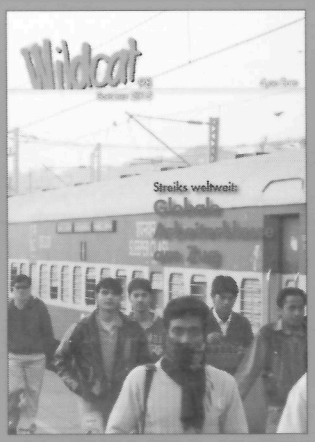
Goffmans Haltung gegenüber den Bullen ist ambivalent. Einerseits schildert sie eigene Erlebnisse mit übertriebener Gewalt und Rassismus durch die Cops. Schwarze Männer werden von weißen Bullen niedergeknüppelt, angeschossen oder getötet. Auch in ihrem Fazit ist sie der Meinung, dass die *»Polizei (neben den Gerichten und Gefängnissen) […] nämlich nicht die signifikanten Probleme von Kriminalität und Gewalt* [löst], *sondern […] stattdessen zusätzliche Probleme zu denen, mit denen die Leute ohnehin konfrontiert sind* [erzeugt].« (S. 267). Aber noch auf derselben Seite relativiert sie das: *»Diese berechtigte Wut bedeutet aber nicht, dass wir die Polizei als Übeltäter betrachten oder ihre Handlungen als durch rassistische oder anderweitige bösartige Motive befeuert verstehen sollten.«* (S. 267). Hier muss ganz klar widersprochen werden: Historisch betrachtet ist die Entstehung der Polizei untrennbar mit Eroberung, Sklaverei, industrieller Disziplin und sozialen Hierarchien verknüpft. Die Polizei ist eine rassistische, autoritäre Institution, die nur für einen Zweck existiert: die Besitzenden von den Besitzlosen zu trennen. ■

Außerdem lesenswert:

Tara Herivel und Paul Wright: *Prison Nation: The Warehousing of America's Poor;* Taylor & Francis Books, New York, 2003 | 332 Seiten.

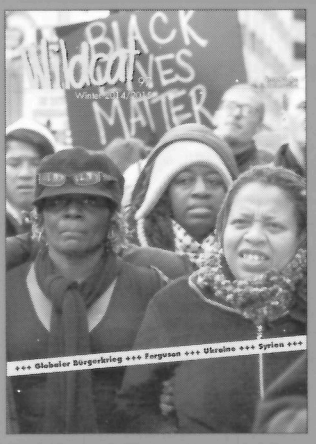
USA: Hungerstreiks in US-Knästen – The Living Hell in Pelican Bay; *Wildcat* 91.

Back Issues.



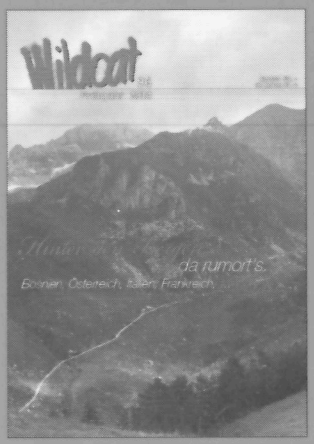
Wildcat 98 (Sommer 2015)

Baltimore's »Fire next time«
Hongkong: Schüler und Studenten im Kampf
BRD: Europa arbeitet in Deutschland
China: Der Lernprozess der WanderarbeiterInnen
Mexiko – USA: Klassenkampf und Gewaltökonomie
Griechenland: Die Linke an der Regierung
Südafrika: ArbeiterInnen gegen den ANC-Staat
Nordafrika: Proletarisierung, Streikwelle, Aufstand
Südamerika: ¡Hasta la victoria siempre!
Delirium im Donbass



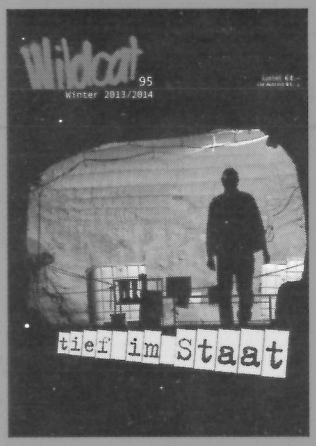
Wildcat 97 (Winter 2014/2015)

Ferguson: Bewegung gegen Bullenmorde
Bodentruppen gesucht – Der globale Bürgerkrieg
Krieg und Revolution in Syrisch-Kurdistan
Drei Tage Volksaufstand in Turin – Krise der selbständigen Arbeit in Italien
Südafrika: »Economy can go to hell«
Bangladesch: Streiks der Textilarbeiterinnen
Indien: Kapitalistische Entwicklung und Egalitarismus
China: Streik der Schuharbeiterinnen
Grüne Visionen oder Fracking-Blase



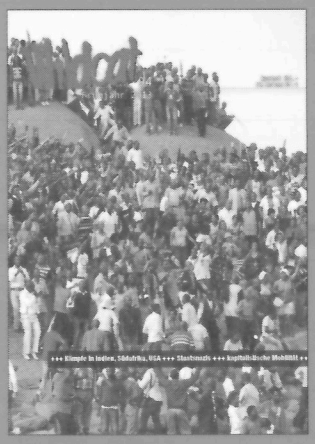
Wildcat 96 (Frühjahr 2014)

NSU: Beihilfe im Amt
NSA: Public/Private Surveillance Partnership
Ukraine – Die Bewegung vom Majdan
Panorama der Krise
Italien
Frankreich
Österreich
Bosnien
Indien
Boom, Bust und Kämpfe in den »Schwellenländern«
Bewegung und Beruf: Linke im Dilemma



Wildcat 95 (Winter 2013/2014)

Platzbesetzungen – eine globale Bewegung?
Tiefer Staat:
Faschos in Griechenland
Ägypten nach dem Putsch
NSA leck geschlagen
Autoindustrie – Kämpfe und Spaltung
Südafrika – Marikana ein Jahr danach
Streik und Streikunterstützung bei Neupack
Streik und Betriebsschließung bei Norgren
Aufruhr in der Bretagne
Green New Deal

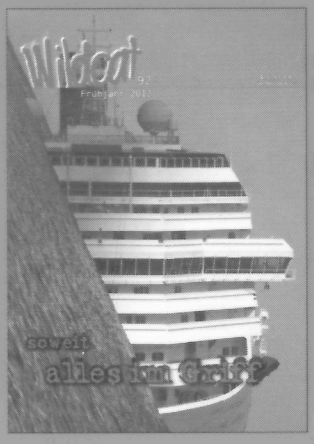


Wildcat 94 (Frühjahr 2013)

Slovenien: Das Ende der Transformation
Südafrika: Hier gibt es keine Parteien, nur Arbeiter!
Griechenland: Kämpfe in der Krise
Blick auf eine vergewaltigende Gesellschaft
BRD/NSU: Es dürfen keine Geheimnisse bekannt werden, die das Handeln des Staates beeinträchtigen
Umschlagpunkte: Kämpfe gegen die kapitalistische Mobilität
USA: Blaumann und Blaufrau
Buchbesprechnungen: Wallerstein, Bayat, P.M.

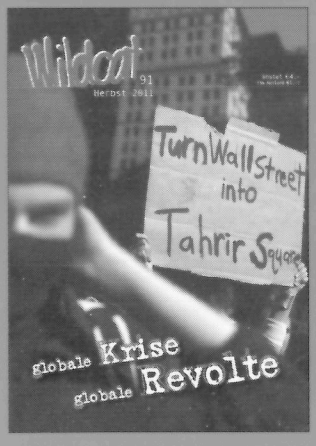
Wildcat 93 (Herbst 2012)

Der NSU und der Staat
Auto Slaves: Die Krise der Auto-Gesellschaft
Der deutsche Sonderboom am Ende
Bergarbeiterstreik in Spanien
Alles Lüge! Bolivien, Frühjahr 2012
Mursis Zeitbombe – Ägypten nach den Wahlen
Neues aus der weißen Fabrik
Beilage:
Materialien gegen die Individualisierung – Betriebserfahrungen von den 70er Jahren bis heute



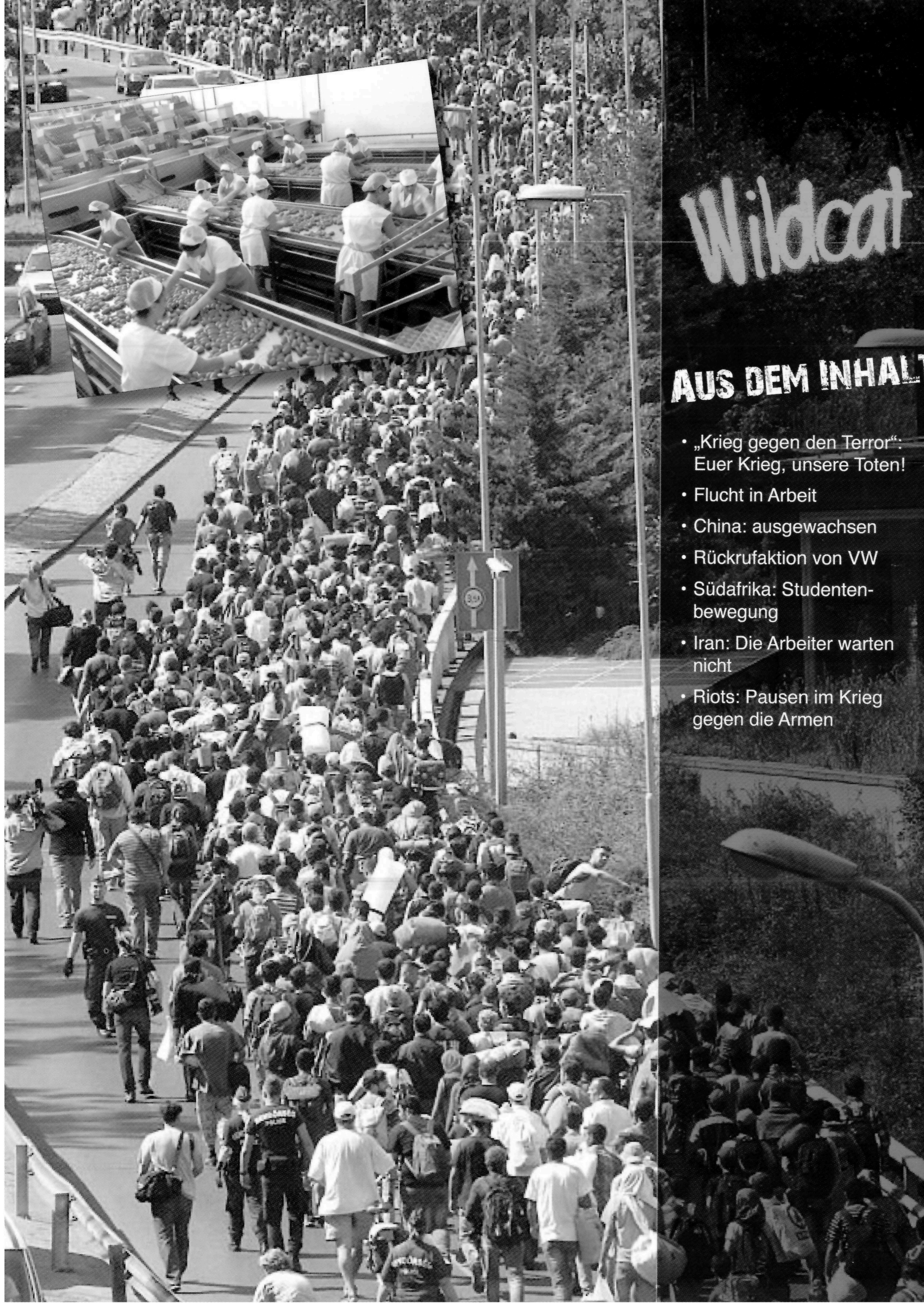
Wildcat 92 (Frühjahr 2012)

Heimatschutz: Unsere Staatsnazis
Ägypten: Schritt für Schritt
MigrantInnen: Kämpfe in den Golfstaaten
Krise in Eurpa – Rückkehr des Klassenkampfs
Griechenland: Fortgesetzte Angriffe, Riots, Streiks
China: Das war das Jahr des Hasen
Indien: Kampf bei Maruti Suzuki
Commons-Debatte
Kasachstan: Frühling in der Steppe
aktuelle Buchbesprechungen



Wildcat 91 (Herbst 2011)

Krise: Private Laster, öffentliche Tugenden
Eurokrise, Eurobonds, Kampf um die Schulden
Griechland: Einheit und Spaltung
USA: Hungerstreik in US-Knästen
Indien: Kampf bei Maruti Suzuki
Iran: Streik der Petrochemiearbeiter gegen das Leiharbeitssystem
Italien: Selbstorganisierter Streik der Tagelöhner
Occupy! (Frankfurt, Oakland, Israel)
Texte zur Situation in Ägypten, Spanien, England



Wildcat

AUS DEM INHALT

- „Krieg gegen den Terror“: Euer Krieg, unsere Toten!
- Flucht in Arbeit
- China: ausgewachsen
- Rückrufaktion von VW
- Südafrika: Studenten-bewegung
- Iran: Die Arbeiter warten nicht
- Riots: Pausen im Krieg gegen die Armen